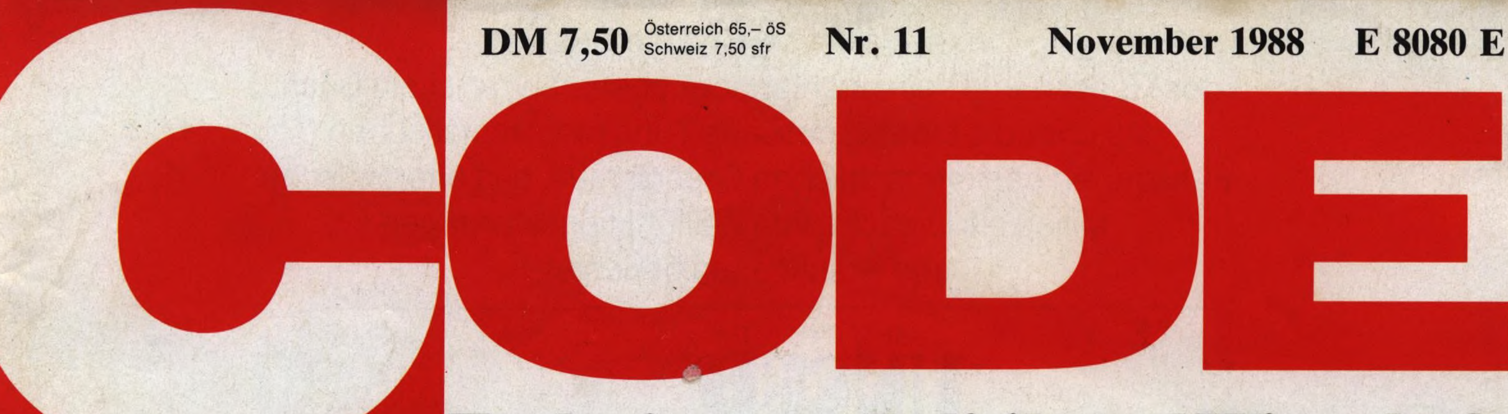


DM 7,50 Österreich 65,– öS Schweiz 7,50 sfr Nr. 11 November 1988 E 8080 E

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Richard von Weizsäcker:
Fahnenflüchtiger als Bundespräsident?

Bonns Politiker sind für kommunistische Evolution statt roter Revolution

Naher Osten:
Der Mord an Graf Bernadotte

Drittes Reich:
Was in der »Kristallnacht« auch gesc

Nationale
Freys Kon
die Rechte



Vatikan:
Wie Rom heimlich mit dem Kreml paktiert und sich verständigt

»Unser Schicksal sind die Strahlen – der Mensch und sein strahlender Lebensraum« ist ein Buch, das über die bioenergetischen und bioplasmatischen Funktionen des menschlichen Organismus, das energetische Milieu als Ursache von Zellfunktionsstörungen und Krankheiten berichtet.





Lieber Leser

CODE ist ein Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.
CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.
CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.
CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.
CODE wird in den Fragen des Antizionismus von jüdischen Persönlichkeiten beraten, die der Redaktion ausdrücklich bestätigt haben: »Wir kennen die Zeitschrift und finden darin kein Material, das seiner Natur nach anti-semitisch ist, und verstehen die Position, die Unterschiede zwischen Zionismus und Judaismus aufzuzeigen. Obwohl wir nicht mit allen vertretenen Positionen übereinstimmen mögen, unterstützen wir das Recht darauf, politische Ansichten darzustellen.« Dieser Satz wurde von sechs namhaften Rabbinern unterzeichnet.
CODE verfügt auch auf anderen Gebieten über kompetente Mitarbeiter: Victor Marchetti, Autor des bekannten Bestsellers über den CIA, war stellvertretender Direktor des CIA; Mark Lane, ein bekannter Washingtoner Rechtsanwalt, hat Prozesse wegen der Ermordung des US-Präsidenten John F. Kennedy gegen CIA-Mitarbeiter geführt; C. Gordon Tether, der für den Finanzteil zuständig ist, arbeitet seit langem für die »Financial Times«.
CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun. Dadurch paßt dieses Nachrichtenmagazin auch nicht in das Schablonendenken der im Auftrage des Bonner Staates tätigen »Aufsichtsbeamten«.
CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch von Des Griffin »Wer regiert die Welt?«**

Vielen Dank
Ihr Verlag Diagnosen

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ______
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 60,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 60,– DM anbei (Ausland: DM 72,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Wer regiert die Welt?«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift und ist nicht mit mir identisch. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

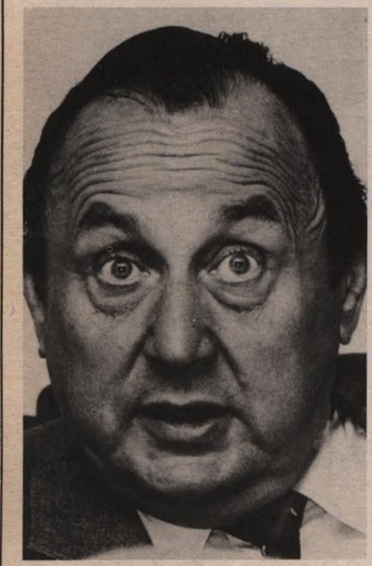
CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Deutschland

6 Deutschland den Ausländern?
Politikern, Kirchen und Medien begrüßen es, daß auf dem Boden Westdeutschlands als Folge andauernder Einwanderer ein buntes Vielvölkergemisch entsteht, eine »mulitkulturelle Gesellschaft«.

7 Die »Mafia« ist für Evolution
Das Zentralthema der »Mafia«, der internationalen Absprachegremien, heißt: Nicht kommunistische Revolution, sondern Förderung einer kommunistischen Evolution.



Genscher-Film Bundesaußenminister Hans Dietrich Genscher hat die Bonner Politik auf prosowjetische Linie gebracht.

9 Richard von Weizsäcker – Fahnenflüchtiger als Bundespräsident?
Von Weizsäcker soll, während die deutschen Soldaten an der Ostfront versuchten, die mordende, vergewaltigende und brandschatzende sowjetische Soldateska aufzuhalten, Fahnenflucht begangen haben.

12 Die vergeistigte Fahnenflucht des Bundespräsidenten

13 Dr. Gerhard Freys Komplott zur Schwächung der Nationalen

17 Politiker sehen die Zukunft der Gesellschaft ohne Gott

18 Demokratie und Wahlen
Das Wahlrecht der Demokratien in der »freien« Welt bedeutet nicht nur eine Stärkung demokratischer Regierungsformen, sondern ist auch gleichzeitig ihr größter und verwundbarster Schwachpunkt

20 Der Zeitgeist zerstört die Bonner Demokratie
Eine Jahrhundertlüge begleitet unsere Gesellschaft: Das Wort vom Wertewandel. In Wirklichkeit sind von Generationen überlieferte Werte im Namen von »Selbstverwirklichung« und unter Mißbrauch der Freiheitsideale zerstört und mit Hilfe von Umerziehern abgeschafft worden.

22 Was in der »Kristallnacht« auch geschah

24 Das Schweigen über Katyn
Katyn ist nicht nur für die Sowjetunion ein Problem. Die Morde an 14 000 polnischen Kriegsgefangenen, angeordnet von Stalin und Beria, sind auch für die Amerikaner zu einem Problem geworden.



Josef Stalin war für die Amerikaner und vor allem für US-Präsident Roosevelt der »gute Verbündete«, und darum zeigte man Verständnis für das Massaker an den Polen.

26 Abgrenzung und Fremdenhaß
Das Vaterland ist die Heimat der Seele. Nur in der angestammten Heimat findet die Seele Geborgenheit, die für das körperliche Wohlbefinden wichtiger ist als jeder materielle Besitz.

Finanzen

32 Den Schaden trägt der Kunde
Die Internationalisierung der Banken-Aktivitäten haben das Risiko für die Kunden beim Wertpapierhandel in einem gefährlichen Ausmaß erhöht.

33 Was geschieht mit dem Dollar nach den US-Wahlen?

34 Waffengeschäfte sind eine potentielle Goldgrube

35 Waffen für Saudi-Arabien gegen Bargeld
Das Waffengeschäft zwischen Saudi-Arabien und Großbritannien im Wert von 20 bis 30 Milliarden Dollar gegen bar ist perfekt.

Internationales

38 Invasion aus Afrika
Auch die italienischen Regierungsstellen und Behörden machen mit bei der Verschwörung der Hintergrundmächte gegen die westeuropäischen Völker, indem sie die afrikanisch-asiatische Invasion insgeheim dulden oder gar fördern.

39 Das Geheimabkommen des Vatikan mit den Kommunisten
Seit dem zweiten vatikanischen Konzil schweigt die Kritik am Kommunismus. Der Grund ist ein Übereinkommen zwischen Moskau und dem Vatikan, daß die Kirche nichts mehr gegen die »Irrlehre des Kommunismus« sagt.

Nr. 11 November 1988

41 Glasnost ist nicht der Prager Frühling

43 Fakten über Chile statt Desinformation
Da die Desinformation der westlichen Medien über Chile ein Ausmaß erreicht hat, daß Fakten praktisch nicht mehr dargestellt und immer stärker einer einseitigen Propaganda geopfert werden, hier einige Tatsachen, die eigentlich bekannt sein sollten, wenn man über Chile spricht.

Naher Osten

46 Kampf ums Überleben in der Negev Wüste

48 Der Mord an Graf Bernadotte

49 Gespräche in Jerusalem
Unser Mitarbeiter Victor Marchetti sprach bei seinem jüngsten Besuch in Israel mit einer Reihe politischer Persönlichkeiten. Diese Gespräche vermitteln eine eingehende Interpretation der gegenwärtigen Situation in Israel.



Unser Mitarbeiter Victor Marchetti interviewte für uns eine Reihe israelischer Politiker während seines Aufenthaltes in Jerusalem.

52 Auf den Spuren der Jüdischen Verteidigungsliga (JDL)

53 Das Mißtrauen im Nahen Osten gegenüber den USA wächst



Henry Kissinger sorgte als US-Außenminister für eine totale Abhängigkeit Israels von den USA.

Religion

55 Marcion und die Wahrheit Christi
Marcion und den Seinen ist es zu verdanken, daß noch heute bedeutende Teile des wahren Johannes-Evangelium erhalten sind, sorgsam gehütet von Eingeweihten. Denn die Wahrheit Christi, für die Marcian lebte, kämpfte und schließlich starb, ist heute nicht minder verfemt und gefürchtet wie zu seinen Lebzeiten.

In eigener Sache

66 Das sind die Fakten

Medizin

58 Schmerzfrei ohne Tabletten
Die Theorie, daß Magnetfolien auf Akupunkturpunkte verbracht, eine permanente Reizung dieser Punkte, ähnlich wie bei einer Nadelung oder Pressur ausüben, wird durch eine neue Naturheilmethode bestätigt. Die Wirkung von Magneten als schmerzlinderndes, nebenwirkungsfreies Mittel ist schon seit Jahrtausenden bekannt.

60 Gesund bleiben, gesund werden
Das Wort Diät ist in Mode, aber man sollte es aus dem ärztlichen Sprachschatz verbannen. Nach Günter Carl Stahlkopfs Erkenntnissen muß die Kost und Ernährung, die den Gesunden nicht krank werden läßt, auch umgekehrt dazu beitragen, den Kranken gesund werden zu lassen. Nach seiner Erkenntnis gibt es keine Spezial- und Sonderkrankheiten, sondern ein einziges umfassendes Ganzheitsgeschehen aus der Unterschiedlichkeit der erbbedingten Konstitution.

Ständige Rubriken

19 Impressum

30 Banker-Journal
Hammer vermittelt zwischen China und Taiwan; Die Verschuldung der dritten Welt ist gewachsen; IWF-Boss verteidigt harte Finanzpolitik; Industrienationen kürzen Dritte-Welt-Programme; Japan will gegen Gatt prozessieren; In Afrika besteht Zusammenhang zwischen Schulden und Drogenhandel; Japaner greifen nach den Banken in Kalifornien; Botha warnt vor weiteren Sanktionen; China sieht Arbeits-Kräfteüberschuß voraus.

36 Europa-Journal
Sowjetische Angriffe gegen den Papst; Stand der CIA hinter italienischen Terroristen; Italiens Schulden geraten außer Kontrolle; Sowjetbürger werden gegen »Nazis« aussagen; Franzosen warnen vor Heuschrecken-Apokalypse; Sowjets unterstützen internationalen Terrorismus; Castro besorgt über neues Jalta; Sowjets verstärken Handel mit Peru.

44 Nahost-Journal
Israel lehnt Friedensangebot der PLO ab; Rabbi Kahane in Südafrika unerwünscht; An den Palästinensern scheitert das zionistische Experiment; Vorschläge eines jüdischen Friedensaktivisten; Rabbi Kahane gab US-Paß zurück; Israel soll nicht wie ein Automat handeln.

54 Zitate

64 Vertrauliches
US-Computer für die Sowjetunion; Panamas Präsident warnt vor Abhängigkeit von den USA; Kommt die Unabhängigkeit Südwestafrikas?; Kolumbiens Kokain-Könige bedrohen Richter; Warnung vor der Roten Khmer; Reagan ordnet Sanktionen gegen Brasilien an; In Angola ist Amerikanern, Russen und Kubanern nicht zu trauen; Sihanouk kooperiert gegen die Rote Khmer.

Bonn

Deutschland den Ausländern?

J. H. Scherer

Die Deutschen müssen mit Bestürzung feststellen: In Parteien und Politik, in Gewerkschaften, Verbänden und Kirchen, in Rundfunk und Fernsehen sowie in anderen Medien üben heute solche Personen einen entscheidenden Einfluß aus, denen die Weiterexistenz des deutschen Volkes gleichgültig ist. Sie lassen es zu oder begrüßen es sogar, daß auf dem Boden Westdeutschlands als Folge andauernder Einwanderung von Menschen aus aller Herren Länder ein buntes Gemisch aus verschiedensten Rassen, Völkern, Sprachen, Kulturen und Religionen entsteht. Sie nennen ein solches Vielvölkergemisch beschönigend eine »multikulturelle Gesellschaft« – in dieser werden die Deutschen immer weniger und in gar nicht so ferner Zeit eine Minderheit bilden.

Besonders auch die beiden großen Kirchen spielen eine schlimme Rolle in dem schleichenden Prozeß der Auflösung des deutschen Volkes. Der Ausländerbeauftragte des Bistums Limburg, Herbert Leuninger, ist ein extremer Verfechter der »multikulturellen Gesellschaft«. Er meint, »daß gerade die Kirche von ihrem Glauben an eine universale Heilzusage Gottes her die Institution ist, die wie kaum eine andere zur Gestaltung einer solchen Gesellschaft beitragen kann und ihrem Auftrag entsprechend beitragen muß.« Und: »Die Kirche glaubt an eine multikulturelle Gesellschaft.«

Der Engel der Türken

Weniger verschnörkelt drückte sich ein leitender Mitarbeiter der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck aus, der im Februar 1986 an den Schutzbund schrieb: »Manche Leute befürchten, daß das deutsche Volk weiter abnehmen wird. Wäre es nicht großartig, wenn der Landstrich zwischen der Nordseeküste und den Alpen dann durch Zuwanderer aus dem Ausland aufgefüllt würde?«

Die in linken Kreisen hochgeschätzte Psychoanalytikerin und Publizistin Margarete Mitscherlich schrieb im März 1984 in der Zeitschrift »Natur«: »Uns erregt, daß hierzulande zu wenig Kinder geboren werden, daß es im Jahr 2030 in der Bundesrepublik nur noch 38 Millionen Deutsche geben wird. Warum aber müssen es unbedingt deutsche Kinder sein, die geboren werden, wo es schon so viele Kinder auf der Welt gibt, die dringend unsere Hilfe brauchen?«

Dieselbe Dame erklärte am 15. Dezember 1986 in einer ZDF-Diskussion, daß die Deutschen aussterben, so wie sie bisher waren, könne man dies eigentlich nicht bedauern. Ihren Platz in der Mitte Europas könnten gut deutsch sprechende Gastarbeiter ausfüllen, die dann auch »ihren ganzen kulturellen Reichtum« hier einbringen würden.

Der SPD-Politiker Albrecht Müller, seinerzeit Planungschef im Bundeskanzleramt, antwortete auf die Frage, ob es ihn gleichgültig ließe, wenn hier in hundert Jahren »lauter Mustaphas, Mohammeds und Ali Babas« herumliefen: »Wenn die Entwicklung dahin friedlich verliefe, kann ich persönlich nichts Schlimmes daran finden.«

Multinationale Kultur mit fremden Völkern

In einem dem Schutzbund vorliegenden Brief vom 30. März 1984 aus der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz (CDU) findet sich die entlarvende Feststellung: »Die Probleme der nächsten Jahrzehnte können wir sicher nicht damit lösen, daß wir in Europa ein künstliches Reservat für das deutsche Volk errichten.«

Von Anfang an hat sich besonders die FDP gegen alle Versuche gesperrt, den massenhaften Zustrom von Ausländern in die Bundesrepublik wirksam zu unterbinden. Die FDP-Politikerin Liselotte Funke, Ausländerbeauftragte der Bundesregierung schon seit der sozial-liberalen Koalition, wird für ihre Bemühungen um die Etablierung und den Nachzug von Türken in die Bundesrepublik in der türkischen Presse als »Engel der Türken« gefeiert und erhielt bezeichnenderweise vor einigen Jahren einen türkischen Ehrendoktortitel.

Nach einem Zeitungsbericht erklärte auf dem Bundesparteitag der Grünen in Nürnberg eine grüne Delegierte vor der Fernsehkamera, die Bundesrepublik könne von Deutschen gar nicht mehr revolutioniert werden. Dazu bedürfe es einer multinationalen Kultur, die man nur mit fremden Völkerscharen erreichen könne.

Am 14. März 1987 sendete der Bayerische Rundfunk eine Hörfunk-Diskussion zu der Frage: Sterben die Deutschen aus? Die teilnehmende stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Renate Schmidt, erklärte ungeniert: »Die Frage, die Sie hier stellen, das ist für mich eine, die ich an allerletzter Stelle stelle, weil dieses ist mir, also so wie sie hier gestellt ist, verhältnismäßig wurscht.«

Müßten solche deutsch-feindlichen Äußerungen nicht einen Proteststurm in der Öffentlichkeit auslösen?

Da ist es kein Wunder, wenn in einem solchen antideutschen Klima Ausländeraktivisten ungehindert Tätigkeiten entfalten können, als sei die Bundesrepublik ein herrenloses, zur Landnahme frei gegebenes Gebiet.

Am 14. Juni 1979 rief der Kölner Iman Harun R. Tüyloglu in der Vestlandhalle Recklinghausen vor 3000 Türken aus: »Bei Allah! Wir werden so lange kämpfen, bis es von Zypern bis Oslo überall Koranschulen gibt und überall die türkische Fahne weht.«

Bis die türkische Fahne überall weht

Die in Saarbrücken erscheinende Ausländer-Kampfschrift »Die Brücke« verlangt in ihrer Ausgabe vom Dezember 1985 im Fettdruck auf der Titelseite: »Schluß mit dem Integrationsvorhaben – den Vielvölkerstaat Bundesrepublik Deutschland verwirklichen.« Im Innern der Zeitschrift werden unter anderem gefordert: die Anerkennung der Muttersprachen der Einwanderer als Amts- und Unterrichtssprache, die doppelte Staatsbürgerschaft für Ausländer und die Institutionalisierung des Islam in Westdeutschland.

In der Ausgabe Januar 1986 derselben Zeitschrift fordert ein türkischer Autor: »Es sollen nicht nur sonntags morgens die Kirchenglocken bimmeln, sondern auch am Freitag soll der Muezzin vom Minarett rufen. Kämpfen wir dafür, daß in jeder deutschen Stadt Moscheen und Minaretts gebaut werden.«

Wer möchte da noch über die Befürchtung lächen, ein selbstbewußter, kämpferischer Islam könne zunehmend in Konkurrenz zu einem schwächlich gewordenen Christentum treten und der Koran werde mehr und mehr Einfluß auf unser öffentliches Leben, auf Gesetzgebung und Rechtsprechung ausüben?

In vielen westdeutschen Institutionen und Gewerkschaften sitzen heute ausländische Funktionäre, die die Bundesrepublik als »Einwanderungsland« betrachten und ihren Einfluß dazu benutzen, um den westdeutschen Staat zum Vielvölkerstaat umzukrempeln.

Was tun? Entziehen Sie Personen und Institutionen, die die Lebensinteressen unseres Volkes mißachten entschlossen Ihre Unterstützung. Können Sie Politikern, denen die Weiterexistenz unseres deutschen Volkes »wurscht« ist, noch Ihr Vertrauen schenken? □

Schutzbund für das deutsche Volk, Postfach 11 16 11, D-6000 Frankfurt 1.

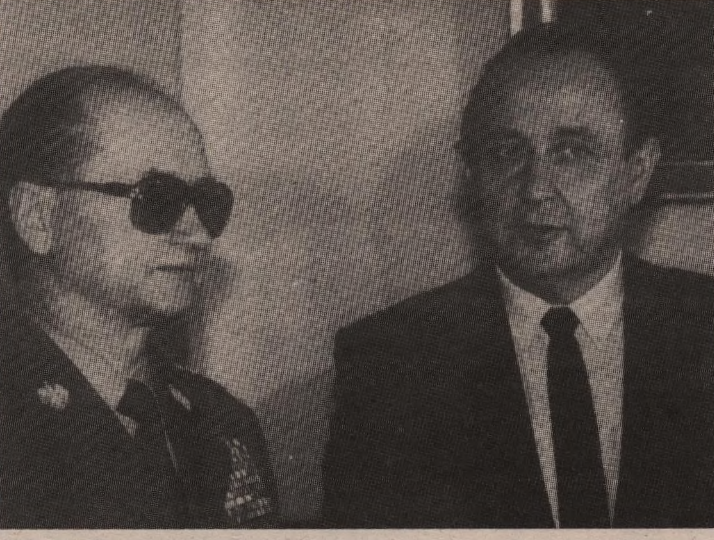
Kommunismus

Die »Mafia« ist für Evolution

Oscar Boline

Das größte Vermächtnis, das der amerikanische Präsident Ronald Reagan den freiheitsliebenden Menschen auf der ganzen Welt zurücklassen wird, ist das Wissen, daß die Vereinigten Staaten die Hilfe und Unterstützung für die Menschen in den von der Sowjetunion unterjochten Staaten aufgegeben haben.

Die Vereinigten Staaten werden die Bemühungen um das »Aufrollen des Eisernen Vorhangs« nicht mehr unterstützen und auch den Teilnehmern an internen Protesten und Revolten in der Sowjetunion keine Unterstützung mehr geben. Trotz Reagans Geschwätz von dem »bösen Kommunismus« auf dem März-Treffen der Chefs der NATO-Staaten hatte er diesem Kurs eigentlich schon vor fünf Jahren seine Zustimmung gegeben. Sein ganzes Gerede danach über das Gegenteil war reine Schaumschlägerei.



Wojciech Jaruzelski von Polen und Bonns Außenminister Hans Dietrich Genscher arbeiten für die Evolution des Kommunismus.

Gerüchte über geheime Vereinbarungen

Zwei Jahre bevor Michail Gorbatschow der Spitzenmann im Kreml wurde und während der Sowjetblock sich noch im Griff der Verfechter eines harten Kurses aus der Stalin-Ära befand, bereitete sich schon die Änderung der amerikanischen Politik vor.

Daß die Reagan-Regierung diese Politik der Nichteinmischung bereits im Jahr 1983 begonnen hatte, erhebt viele Fragen unter den Kreml-Beobachtern, insbesondere weil die amerikanischen Bestrebungen genau in die verkündeten Pläne Gorbatschows hineinpassen. Viele fragen, ob es vorherige Absprache und Kooperationen gegeben hat oder ob eine gewisse Übereinstimmung zwischen der Gorbatschow-Gruppe und den inneren Kreisen des Weißen Hauses, in den USA ansässigen internationalen Bankern und Chefs von multinationalen Unternehmen seit Jahren im geheimen besteht.

Bei dem Versuch, eine Antwort zu finden auf die Gerüchte über Vereinbarungen hinter verschlossenen Türen und auf Fragen über das, was seit Jahren vor sich gegangen ist, ohne das Wissen der besser informierten Kreise der Internationalisten zu haben, habe ich über mehrere Monate hinweg eine Reihe von Gesprächen geführt mit einem Schriftsteller und Kommentator, der sehr bekannt ist unter dem Namen Stefan Troyanski. Troyanski hat ausführlich berichtet über die Unzufriedenheit der Menschen der Länder des Sowjetblocks und über die wirtschaftlichen und politischen Probleme dort.

Für ihn ist dies eigentlich das beherrschende Thema, weil er als ein ehemaliger Bürger eines Ostblocklandes besonders engagiert in diesen Fragen ist. Er ist früherer Angestellter des Bundesnachrichtendienstes.

Die Verbündeten sind die Unzufriedenen

»Troyanski« ist ein Pseudonym, das es ihm ermöglicht, an internationalen Konferenzen über Sicherheit und politische Probleme teilzunehmen, ohne daß seine Identität als Schriftsteller und Kommentator den Teilnehmern bekannt wird.

Im Jahr 1980 veröffentlichte Troyanski ein Buch mit dem Titel »Der stärkste Verbündete«, eine Studie über den Einsatz psychologischer Kriegführung, um das Weltreich der Sowjets auseinanderzubrechen. Der »Verbündete« besteht aus Millionen von unzufriedenen Menschen, die in der Sowjetunion leben, von denen die meisten sich nicht mit dem Sowjetstaat identifizieren und die Freiheit haben wollen, um ihre eigene nationale Identität verwirklichen zu können.

Troyanski behauptet in seinem Buch, daß es das Ziel der westlichen Regierungen und Privatgruppen, die an der Freiheit dieser Menschen interessiert sind, sein sollte, Revolten in Gang zu setzen, die das kommunistische Weltreich der Sowjets zum Einsturz bringen könnten. Dieser Sowjetblock ist einem solchen psychologischen Angriff gegenüber äußerst verwundbar.

Im Jahr 1981 veröffentlichte das verstorbene Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses Larry McDonald im »Congressional Record« eine Zusammenfassung aus Troyanskis Buch. Außerdem schickte er 20 Exemplare des Buches an US-Präsident Ronald Reagan. Ein Jahr später, am 9. Juni 1982, zitierte Reagan in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag eine Passage aus Troyanskis Buch.



Oskar Lafontaine, Ministerpräsident des Saarlandes, folgt ebenfalls dem Kurs der Absprachegremien.

Kurz danach wurde James L. Buckley nach München geschickt, um Chef von Radio Freies Europa und Radio Liberty zu werden, mit einem Gehalt von 145 000 Dollar plus einem exklusiven Haus, einem Auto plus Chauffeur sowie weiteren Vergünstigungen. Diese beiden Sender waren bis dahin für Troyanskis Kampagne der psychologischen Kriegführung. Radio Freies Europa und Radio Liberty senden Nachrichten und Kommentare in den Sowjetblock. Sie werden unterstützt von der amerikanischen Regierung und aus privaten Geldern.

Änderung in der US-Politik

Kurz nachdem Buckley Radio Freies Europa und Radio Liberty übernommen hatte, waren diese Sender immer weniger interessiert an der Führung eines psychologischen Krieges, sondern konzentrierten sich statt dessen auf »Nachrichten«. Ein

Kommunismus

Die »Mafia« ist für Evolution

großer Teil der Nachrichten konnte kaum als anti-kommunistisch bezeichnet werden. Viele Schreibtische wurden besetzt von Männern und Frauen, die bekannte Kommunisten waren.

Geryld B. Christianson, demokratischer Stabsdirektor für den US-Senatsausschuß für Auslandsbeziehungen, berichtete, daß im ersten Jahr, als Buckley Chef der Sender war, Kommentatoren über die Sender sprechen durften, die den Vereinigten Staaten gegenüber feindlich eingestellt waren.

Der Christianson-Bericht wurde im Februar 1984 veröffentlicht, acht Monate nachdem US-Außenminister George Shultz die Änderungen in der offiziellen außenpolitischen Zielsetzung der Vereinigten Staaten bekanntgemacht hatte, obwohl nur wenige Politiker dies zu jener Zeit verstanden. Die USA zielten jetzt auf eine »Evolution« des Kommunismus und nicht auf eine Revolution, um die Vorherrschaft des Kreml auszulöschen.

Die Tatsache, daß Gorbatschow erst im Jahr 1985 im Kreml an die Macht kam, hat Sowjet-Experten zu der Frage veranlaßt, ob es nicht eine enge Beziehung gegeben hat zwischen jemandem mit Insider-Kontakten in Washington und engen Kontakten mit Gorbatschow oder jemandem in seiner Gruppe. Das Zentralthema von Michail Gorbatschows Politik ist die Evolution des Kommunismus.

Troyanski formuliert es mit den Worten: »Dieses Thema, daß der Kommunismus in der Sowjetunion stark und gesund ist und viele grundlegende und gute Merkmale besitzt, die nicht zerstört werden können, sondern verbessert werden müssen, ist das Zentralthema des Buches von Zbigniew Brzezinski, das veröffentlicht wurde zu der Zeit, als das Außenministerium seine Änderung in den außenpolitischen Zielen verkündet hat.

Die Vereinigten Staaten streben nicht mehr länger nach dem Sturz des Sowjetsystems und der Befreiung der unterjochten Bevölkerung. Das ist das Zentralthema der Mafia, mit der ich die Bilderberger, die Trilaterale Kommission und den Council on Foreign Relations (CFR) meine.«

Troyanski behauptet, daß jetzt die beste Zeit ist für das Anheizen internationaler Aufstände in dem sowjetischen Weltreich, das Thema, das er zum Mittelpunkt seines Buches »Der stärkste Verbündete« gemacht hat. Der Kreml hat seinen harten Griff auf die vielen nationalen Gruppen in der Sowjetunion verloren und die Männer, die an den Kontrollhebeln der Macht sitzen, sind überzeugt von der Unmöglichkeit, daß man das Land mit den Säuberungen und Verfolgungen wie in der Zeit der Herrschaft von Josef Stalin zusammenhalten kann.



Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß: »Ich bin nicht für Revolution. Ich bin für Evolution.«

Widerstand leistet die politische Mafia

Das größte Hindernis, auf das Troyanski trifft, ist nicht der Kreml, sondern die organisierte Opposition gegen die Aufwiegelung der Unzufriedenen, die in der Sowjetunion und deren Satellitenstaaten leben. Diese Opposition besteht aus den Gruppen der Absprachegremien, die er als »die Mafia« bezeichnet.

Im Sommer letzten Jahres kam Troyanski bei einer internationalen Konferenz über Sicherheit und außenpolitische Fragen in Kopenhagen mit dem Yale-Professor Eugene Rostow zusammen, einem der wichtigen Sprecher dieser Mafia und Berater amerikanischer Regierungsbehörden über außenpolitische Angelegenheiten.

Troyanski berichtet: »Als ich in einer Frage-und-Antwort-Periode meine These der Unterstützung einer organisierten Kampagne der psychologischen Kriegführung präsentierte, die darauf abzielen solle, den Menschen in der Sowjetunion zu helfen, die Kontrolle über sie durch die Kommunisten zum Einsturz zu bringen, ging Rostow der Hut hoch. Er wurde zornig. Er schrie, daß so etwas gefährliches Abenteuertum sei, und ließ die ganze Sache in einem Wutanfall untergehen.«

Anstatt die Kontrolle des Kreml über die nationalen Gruppierungen innerhalb des Sowjetreiches zum Einsturz zu bringen, verfolgt diese Mafia, Troyanski zufolge, eine Doktrin, die den Westen zum Einsturz bringen wird.

Das schwächste Bindeglied in der Front des Westens gegen den Kommunismus und die Expansion der Sowjetunion ist Troyanski und anderen Kreml-Experten in Westdeutschland zufolge die Bonner Regierung.

Sie weisen alle auf die pro-sowjetische Linie von Außenminister Hans Dietrich Genscher hin, die extreme Linksgerichtetheit der Sozialdemokratischen Partei unter anderem unter der Führung von Oskar Lafontaine, dem Ministerpräsidenten des Saarlandes, und den fraglichen Einfluß der Grünen.

Sobald diese drei Parteien die Regierung in Bonn übernehmen werden, was bei den nächsten Wahlen nicht auszuschließen ist, wird Westdeutschland die Politik der Vergangenheit zugunsten eines Neutralismus und der Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands in den Papierkorb werfen.

Selbst die Änderung der Haltung von Franz Josef Strauß ist Anlaß zur Sorge. Bei einem kürzlichen Treffen sagte der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident und bisher »Verfechter eines harten Kurses« Troyanski zufolge: »Ich bin nicht für Krieg. Ich bin nicht für Revolution. Ich bin für Evolution«.

Diese Äußerung wird als Beweis dafür angesehen, daß Strauß auch der Linie zum Opfer gefallen ist, die Troyanski die Strategie der Mafia nennt. Die verborgene Macht dieser Mafia hat sich gezeigt in dem Versagen der europäischen Presse, über das jüngste Treffen der Bilderberger in Telfs bei Innsbruck zu berichten, obwohl der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl, der österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky und andere westliche Regierungschefs, Banken- und Industriebosse daran teilgenommen haben. □



Richard von Weizsäcker

Fahnenflüchtiger als Bundespräsident?

Alfred König

Der jetzige Bundespräsident Richard von Weizsäcker erreicht auf der Sympathieskala so hohe Werte wie keiner seiner Amtsvorgänger und auch kaum ein Politiker in der nunmehr 43jährigen Geschichte der Bundesrepublik vor ihm. In seinem Lebenslauf gab es allerdings immer eine Unklarheit, die die letzten Kriegsmonate betrifft. Nunmehr verdichten sich die bislang nur hinter vorgehaltener Hand geflüsterten Gerüchte: Richard von Weizsäcker soll, während Tausende heldenhafte deutsche Soldaten an der Ostfront versuchten, die mordende, vergewaltigende und brandschatzende sowjetische Soldateska aufzuhalten, Fahnenflucht begangen haben.

In einem bislang von Bundespräsident Richard von Weizsäcker nicht widersprochenen Artikel der Zeitschrift »Der Spiegel« soll er beabsichtigen, Anfang des kommenden Jahres die beiden wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilten Terroristen der Roten-Armee-Fraktion (RAF), Angelika Speitel und Peter-Jürgen Boock, zu begnadigen. Das besondere ist dabei: Speitel wurde erst 1978 und Boock gar erst 1981 zu dieser Haftstrafe verurteilt. Während »normale« Mörder abgesehen von wenigen Ausnahmen mindestens 15 Jahre »sitzen« müssen, sollen die beiden Linksterroristen also bereits nach rund dreiviertel beziehungsweise der Hälfte der sonst üblichen Zeit freikommen.

Gnade gilt nur für die Linken

Weizsäcker soll dies folgendermaßen begründen: Beide hätten ihre Taten bereut und sich von der RAF losgesagt. Außerdem soll dieser Gnadenakt ein Signal für die noch aktiven RAF-Terroristen innerhalb und außerhalb der Gefängnisse sein und sie zur Umkehr auffordern.

Und dies sollen nicht die einzigen Begnadigungen bleiben. Laut »Der Spiegel« werde in den nächsten Jahren »mit Sicherheit der eine oder andere dazukommen«.

Weizsäcker erklärte schon 1986 öffentlich, Gnade »kann zum Zuge kommen, wenn der Rechtsstaatlichkeit Genüge getan ist«. Ist der Rechtsstaatlichkeit aber wirklich Genüge getan, wenn Mörder nach knapp elf beziehungsweise acht Jahren bereits wieder entlassen werden? Was für einen Schock muß dies für die Familien der Ermordeten bedeuten?

Wo bleibt aber die Gnade des Bundespräsidenten für Verurteilte des rechten politischen Spektrums. 70- und 80jährige Greise müssen sich heute noch, nach mehr als 40 Jahren, vor Gerichten in aller Welt wegen tatsächlicher oder angeblicher Verbrechen im Dritten Reich verantworten. Personen, die sich in der Regel die ganze Zeit über nichts zuschulden haben kommen lassen. Ganz im Gegenteil, oftmals haben diese Männer wesentlich zum Aufbau der Bundesrepublik beigetragen. Für sie gibt es aber kein Recht auf Gnade. Dies gilt nur für linke Mörderbanden.

Betrachten wir einmal den Lebensabschnitt Weizsäckers zwischen April und Mai 1945, den Zeitpunkt, an dem der heutige Bundespräsident und damalige Hauptmann Fahnenflucht begangen haben soll. Historiker haben dazu vier Versionen aufgestellt, die folgend ohne jede weitere Kommentierung aufgeführt werden.

Über das Ausscheiden des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker aus der ehemaligen deutschen Wehrmacht in den Apriltagen des Jahres 1945 gibt es bei Historikern vier Versionen, die teilweise autorisiert sind.

Die vier Versionen der Historiker

Zur ersten Version heißt es in dem 1984 erschienenen Buch von Werner Filmer und Heribert Schwan »Richard von Weizsäcker – Profile eines Mannes«: »Richard von Weizsäcker, der letzte Regimentsadjutant des Grenadierregiments 9, konnte gerettet werden. Anfang April 1945 wurde er über das Frische Haff auf die Nehrung transportiert, dann von Danzig nach Kopenhagen. In letzter Sekunde entging er dem Schicksal seiner übrigen Regimentskameraden, denen nur die Gefangenschaft blieb. Von Kopenhagen aus gelangte er zu seinem Ersatztruppenteil nach Potsdam. Kurze Zeit später demobilisierte er sich selbst und setzte sich nach Lindau an den Bodensee ab. Dort erlebte er am 8. Mai 1945 die bedingungslose deutsche Kapitulation.«

Diese Version besagt der Untersuchung dieser Historiker zufolge aber nun, daß gerade diese – von Weizsäcker autorisierte – Darstellung auf Fahnenflucht schließen läßt. Und zwar aus folgenden Gründen: Denn Demobilisierung bedeutet nichts anderes, als seine Uniform aus- und Zivilkleidung anzuziehen. Dieses müßte dem Buchbericht zufolge etwa in der Zeit zwischen dem 8. und dem 15. April 1945 in oder nahe bei Potsdam geschehen sein.

Der Reiseweg nach Lindau, die Absatzbewegung, hat Richtung Süden und damit »örtlich wie zeitlich durch einen Raum (geführt), in welchem sowohl bei der 9. Armee als auch bei der 12. Armee – südlich von Potsdam – jeder Mann, insbesondere jeder fronterfahrene Mann dringend gebraucht wurde«. Dort konnten in dieser Phase noch Zehntausende Deutsche vor den Brutalitäten der Roten Armee gerettet werden.

Die Schilderung in dem Filmer/Schwan-Buch könne aber nur zu dem Schluß führen, daß von Weizsäcker sich »in Zivilkleidung durch das Operationsgebiet der 12. Armee in Richtung Heimat abgesetzt hatte, anstatt sich der 12. Armee zur Verfügung zu stellen«. Damit habe er »sowohl formell als auch moralisch den Straftatbestand der Fahnenflucht (erfüllt)«.

Von Weizsäcker habe nun aber die Konsequenzen erkannt, die diese Schilderung in dem Filmer/Schwan-Buch nach sich zog. Also habe er dann eine zweite Version ins Spiel gebracht.

Richard v. Weizsäcker

Fahnenflüchtiger als Bundespräsident

In einem Brief vom 14. April 1986 antwortete der Bundespräsident auf dementsprechende Fragen: »Für Ihre Anfrage vom 2. April bin ich Ihnen sehr dankbar, weil Sie mir damit Gelegenheit geben, eine mich betreffende mißverständliche Darstellung richtigzustellen. Die von Ihnen erwähnte, hier und da kursierende Behauptung ist auf das Buch von Werner Filmer und Heribert Schwan zurückzuführen, in dem mein Kriegsende nicht ganz zutreffend beschrieben worden ist.

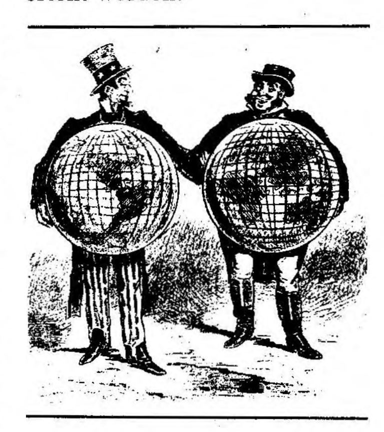
»Nicht ganz zutreffend beschrieben«

Ich wurde im April 1945 aus Ostpreußen mit einer leichten Verwundung evakuiert und über Kopenhagen zu meinem Ersatztruppenteil nach Potsdam transportiert. Von dort wurde ich wegen meiner Verletzung nach Hause, nach Lindau am Bodensee geschickt. Nachdem die alliierten Truppen, in diesem Falle die Franzosen, in Lindau eingerückt waren – nicht vorher – verwandelte ich mich dort selbst in einen Zivilisten, um nicht in Gefangenschaft zu geraten.«

Dieses Dementi überzeugt den Historiker jedoch nicht. Alleine die Behauptung »nicht ganz zutreffend« lasse darauf schließen, daß dies nichts anderes als »großenteils richtig« bedeute. Seltsam ist auch, daß trotz intensiver Erörterungen Weizsäckers mit den beiden Autoren des Buches nie Derartiges erwähnt worden sei. Wichtiger ist jedoch, daß dieses Dementi keinerlei Angaben darüber enthält, von wem Weizsäcker »geschickt« wurde und womit dies »militärdienstlich und militärrechtlich« begründet worden sei?

Weizsäckers Äußerungen, besonders die »wegen meiner Verletzung« könnten nichts anderes bedeuten, als daß er »Genesungsurlaub« oder »Sonderurlaub zur Wiederherstellung der Gesundheit« erhalten habe. Beides wurde zu dieser Zeit aber nur nach schweren Verwundungen beziehungsweise Erkrankungen und nur »im Anschluß an einen Lazarettaufenthalt« und nach Befürwortung des Chefarztes des Lazaretts erteilt.

Weizsäcker spricht aber selber nur von einer »leichten Verwundung«, für die Genesungsurlaub ausdrücklich verboten gewesen war. Für den Sonderurlaub war zusätzlich ein truppenärztliches Gutachten erforderlich. Auch ist Sonderurlaub dieser Art im letzten Kriegsjahr nur noch selten erteilt worden.



Daneben müsse davon ausgegangen werden, daß im April 1945 an diesem Frontabschnitt eine weitgehende Urlaubssperre angeordnet gewesen war. Von dieser Anordnung wären dann aber alle für den Kriegseinsatz noch irgendwie tauglichen Soldaten betroffen gewesen. Und darunter fielen eben auch die Leichtverwundeten und höchstwahrscheinlich nach Ansicht der Historiker auch von Weizsäcker.

Wegen der vielen »Unannehmlichkeiten«

Ein weiteres gegen Weizsäckers Dementi sprechende Indiz sei, daß der damalige Hauptmann erst nach Einmarsch der Franzosen – »nicht vorher« – die Uniform ausgezogen und Zivilkleidung angezogen haben will.

Nach aller Erfahrung, auch wegen der vielen »Unannehmlichkeiten«, die das Tragen von Uniform nach sich gezogen haben – beispielsweise Grußpflicht –, sei aber davon auszugehen, daß Weizsäcker sich so schnell wie möglich Zivilkleidung angezogen habe – in deren Besitz er im Gegensatz zu manch anderen Soldaten war –, sonst hätte er diese nicht unmittelbar nach Einmarsch der Franzosen anziehen können.

Dieses gelte um so mehr, wenn man bemerkt, daß die SS-Standgerichte zu dieser Zeit unterwegs waren. So habe auch von Weizsäcker befürchten müssen, daß sie auf ihn aufmerksam hätten werden können, wenn er Uniform getragen und sich, wie die Historiker voraussetzen, ohne Erlaub in Lindau aufgehalten hätte. Konsequenz wäre dann aber die sofortige Erschießung Weizsäckers gewesen. Allein von daher sei seine Schilderung äußerst unglaubwürdig.

Die dritte Version geht von einer »Entlassung« Weizsäckers aus dem Militärdienst aus. Dazu heißt es im Munzinger-Archiv: ». . . leistete ab 1938 Militärdienst. Er nahm anschließend bis 1945 – zuletzt als Hauptmann d. R. im Inf.-Rgt. 9 – am Zweiten Weltkrieg teil. In die Heimat entlassen, studierte Weizsäcker Jura und Geschichte in Göttingen.«

Diese Version sei aber in jeder Beziehung haltlos. Wo fragt der betreffende Historiker, ist dann der Entlassungsschein Weizsäckers, die Eintragung der Entlassung ins Soldbuch? Warum habe Weizsäcker dann in Lindau noch Uniform getragen, obwohl er doch im Besitz von Zivilkleidung gewesen sei?

Die vierte Version geht davon aus, daß der Grund »Genesungsurlaub« nur noch unterschwellig suggeriert, aber nicht mehr ausdrücklich behauptet werde. Dieses habe seinen Grund darin, daß Weizsäcker eingesehen habe, daß seine Äußerung im Schreiben vom 14. April 1986 – »wegen meiner Verletzung« – zu weitgehend gewesen sei und sich nicht belegen lasse.

Folglich schrieb Weizsäcker dann am 10. Juni 1986: »Nach einer letzten Verwundung kam ich über mein Ersatztruppenteil nach Süddeutschland. Dort habe ich nach Besetzung durch die Siegermächte (in der französischen Zone) die Uniform ausgezogen und habe mich der Gefangenschaft entzogen.«

Hier wird also die Verletzungsgeschichte nebulös umschrieben und der Genesungsurlaub nur noch suggeriert, aber nicht mehr eindeutig durch die Wortwahl belegt.

Hier liegt der dunkle Punkt

Da auch dieses Dementi noch zu schwach gewesen sei, um Weizsäckers Äußerungen von April desselben Jahres vom Tisch wischen zu können, ist dann Version 4 B gefolgt, nämlich der 1987 von Helmut R. Schulze und Bernhard Wördehoff erschienene Bildband »Richard von Weizsäcker – Ein deutscher Präsident«. Hierin heißt es wörtlich:

»Als Hauptmann, Anfang April 1945 noch gerade von Danzig nach Kopenhagen abkommandiert, kehrte er in den letzten Kriegstagen nach Potsdam zurück in seinen Ersatztruppenteil. Von dort wurde er als Verwundeter nach Hause geschickt, nach Lindau am Bodensee. Nachdem die französischen Truppen eingerückt waren, verwandelte er sich selbst in einen Zivilisten, um nicht in Gefangenschaft zu geraten.«

In diesem Buch, das übrigens in enger Betreuung durch den persönlichen Referenten des Bundespräsidenten – die Autoren weisen ausdrücklich darauf hin – abgefaßt woren ist, werde also verschwommen und unverfänglich auf Weizsäckers Reisegrund eingegangen, und es werde wieder ein »Genesungsurlaub« nur suggeriert. Der Text selber ist aber durch diese Redewendungen nicht mehr direkt angreifbar.

Auf der anderen Seite ist diese neueste Version aber auch nicht geeignet, Weizsäcker vom Vorwurf der Fahnenflucht zu entlasten. Zwar enthalte sie nunmehr keinen anfechtbaren Reisegrund, nenne aber auf der anderen Seite überhaupt keinen Reisegrund.

»Hier liegt der dunkle Punkt, und hier hat der Herr Bundespräsident offensichtlich etwas zu verbergen. Daraus folgt der zwingende Schluß: entweder gab es für Herrn von Weizsäcker überhaupt keinen Marschbefehl; dann ist er – ohne Papier – als Fahnenflüchtiger ›gereist‹. Oder es gab einen dienstlich unkorrekten Marschbefehl, dessen wahre Natur der Herr v. W. ver-

bergen muß (weil es dabei nicht mit rechten Dingen zugegangen ist), und es gab ein entsprechendes Reisepapier; dann aber kann dieses Reisepapier nur ein manipuliertes Machwerk gewesen sein; mit einem vorgeschützten Reisegrund, welcher so beschaffen war, daß er dem ›reisenden‹ Hauptmann v. W. das ungehinderte Passieren der Feldjäger- und Polizeikontrollen ermöglichte.«

Nach Auswertung aller Versionen und sonstiger vorliegender Fakten stellt der Historiker eine eigene Version der damaligen Vorgänge auf. Dieser »Version X« zufolge, habe der Kommandant des Ersatzbataillons, Major d. R. Dr. Herbert Meyer, Mitleid mit dem verwundeten Weizsäcker sowie Sympathie für dessen Familie empfunden. Ausgeschlossen werden könne auch nicht, daß die Familie Weizsäckers »hinter den Kulissen« Einfluß ausgeübt habe – so war Richards Vater, Ernst, bekanntlich von 1938 bis 1943 Staatssekretär im Außenministerium, und damit hinter Reichsminister Joachim von Ribbentrop zweithöchster Mann im Ministerium, und später Botschafter im Vatikan sowie General der SS. Meyer sei sich klar gewesen, daß der Krieg verloren war, und habe den jungen Offizier Richard von Weizsäcker nicht verheizen wollen.

Zur Verteidigung der »Alpenfestung«

So habe Meyer dann Weizsäcker mit einem fingierten militärischen Grund auf »Dienstreise« geschickt, wobei Meyer sich bei einer übergeordneten Stelle abgesichert habe. Dazu habe er sich die Erlaubnis eingeholt, einen verwundeten, derzeit in Potsdam nicht verwendbaren jungen Offizier an einen Standort in den Alpen zu versetzen, um dort nach seiner Genesung die »Alpenfestung« zu verteidigen.

Ein Indiz hierfür sei ein Brief an den Historiker, in dem es heißt: Der damalige Kommandeur, Major d. R. Dr. Herbert Meyer, habe seinen damaligen Adjutanten, den Oberleutnant Ernst Georg Schaefer – er war damals 23 Jahre alt –, »zu einer ›Erkundung‹ an die Elbe ›geschickt‹, um erfolgreich sein Leben zu retten«. Dieses könnte auch für den Fall Weizsäcker zutreffen.

Auf der Reise in den Süden sei von Weizsäcker aber einem Feldjägerkommando in die Hände gefallen, die damals bekanntlich mit weitestgehenden Vollmachten ausgestattet waren. Der Führer der betreffenden Feldjägergruppe habe dann Weizsäckers »Marschbefehl« in die Alpen zerrissen und ihm den Befehl erteilt, sich zur Frontsammelstelle Zerbst oder zu einem Infanterie-Regiment in Dessau oder einem Grenadier-Regiment in Wittenberg zu begeben, gemäß dem Führerbefehl »Jeder verfügbare Mann muß zur 12. Armee!«

Auf dieser Reise habe Richard von Weizsäcker dann die Gastfreundschaft einer ihm nahestehenden und mit den Männern des 20. Juli 1944 sympathisierenden Familie auf dem in der Nähe erreichbaren Rittergut in Anspruch genommen. Diese hätten ihn dann davon überzeugt, daß der Krieg so gut wie verloren sei und für den Aufbau des Nachkriegsdeutschlands noch »genug anständige Männer« gebraucht würden.

Von Weizsäcker sei schließlich von der Richtigkeit dessen überzeugt gewesen und habe sich dann zur Fahnenflucht entschlossen. Er »demobilisierte sich selbst und setzte sich nach Lindau an den Bodensee ab«.

Der Historiker, der diese Version aufgestellt hat, kommt zu dem Schluß: »Der jetzige Bundespräsident, Herr Dr. Richard von Weizsäcker, hat sich an einem noch nicht festgestellten Tag des April 1945 auf dem Gebiet zwischen Potsdam und Lindau eines militärischen Verbrechens der Fahnenflucht schuldig gemacht.«

Sollte dies alles zutreffen, dann stellt sich die Frage, ob es wirklich angehen kann, daß ein Fahnenflüchtiger den Bonner Staat repräsentiert? Richard von Weizsäcker ist aufgefordert, sich klipp und klar zu erklären und gegebenenfalls die Konsequenzen zu ziehen. Und diese könnten dann nur seinen sofortigen Rücktritt beziehungsweise die Nichtwiederwahl im kommenden Jahr bedeuten. □

Richard von Weizsäcker

Vergeistigte Fahnenflucht

Alfred König

Indizien lassen den Verdacht aufkommen, daß Bundespräsident Richard von Weizsäcker in den letzten Tagen des Zweiten Weltkriegs Fahnenflucht begangen hat. Die damaligen Vorfälle haben offenbar den Grundstein für von Weizsäckers heutige politische Einstellung gelegt. Besonders gilt dies für seine Rede am 8. Mai 1985 anläßlich des 40. Jahrestages der deutschen Niederlage im zweiten Weltenringen, der nach Ansicht des Bundespräsidenten jedoch ein »Tag der Befreiung« war.

Der Historiker, der den Vorwurf der Fahnenflucht von Richard von Weizsäcker erhebt, kommt auch zu dem Schluß, daß gerade diese auch das »Schlüsselerlebnis« für von Weizsäckers spätere politische Einstellung bildet. Eine Einstellung, die von der Unterstützung der unseligen Ostverträge bis hin zur aktiven Umerziehung des deutschen Volkes reicht. Und trauriger Höhepunkt der bisherigen Amtszeit des Bundespräsidenten war dann eben die Rede im Bundestag am 8. Mai 1985, die »Befreiungsrede«.

Dann kamen die Selbstzweifel

Nachdem Richard von Weizsäcker sich von der Truppe abgesetzt und bei seiner Familie in Lindau eingefunden hatte, erlebte er dort, so lange Lindau noch deutsch regiert wurde, eine qualvolle Zeit. Es war die schlimmste Zeit seines Lebens: es war der absolute Tiefpunkt. Dies zunächst deshalb, weil er Tag und Nacht um sein Leben fürchten mußte. Und nicht nur um sein Leben, sondern auch um einen ehrenhaften Tod.

Denn zu dieser Zeit gab es bekanntlich die fliegenden Standgerichte der SS. Und da Weizsäcker, jedenfalls nach Ansicht von Historikern, fahnenflüchtig war, mußte er befürchten, daß nach ihm gefahndet wurde. Sei es, weil eine Dienststelle von seiner Fahnenflucht oder von seiner ungerechtfertigt ausgestellten Reiseerlaubnis erfahren hatte oder auch nur ein Neider oder Denunziant ihn verpfiff. Jedenfalls konnte er sich solange Krieg war nicht sicher fühlen und mußte jede Minute damit rechnen, aufgespürt und am nächsten Baum aufgehängt zu werden.

Dazu kamen dann noch die Selbstzweifel: Was war er denn nun? Einst hatte er allen Maßstäben genügt, die als bindend und überzeugend in seiner adligen Familie, in der Schloßschule Salem, beim Bismarck-Gymnasium in Berlin, beim Reichsarbeitsdienst und im 9. Infanterie-Regiment gegolten hatten: es waren die Maßstäbe der Ehre und Treue gegen Volk und Vaterland, es waren die Maßstäbe der opferbereiten Pflichterfüllung. Eine ganze Zeit lang hatte er dies auch unter Beweis gestellt.

Aber nun war alles dahin! Wäre er doch wenigstens an irgendeiner Widerstandshandlung jener Männer vom 20. Juli 1944 beteiligt gewesen: dann könnte er den Schergen jedes SS-Gerichts mit erhobenem Haupt und mit letztem Stolz entgegenhalten: »Ich sterbe für Deutschlands Ehre!«

»Ich verlange Disziplin und Gehorsam«

So aber war er in Wahrheit gar nichts: eine Null, ein straffälliger Fahnenflüchtiger der gewöhnlichen Art, ein Versager, wie er nicht nur in Deutschland, sondern in allen Staaten der zivilisierten Welt eingestuft wird.

Doch dann sei der Einmarsch der französischen Truppen in Lindau gekommen, und damit der erste Akt der »Befreiung«. Er habe kein Standgericht zu befürchten gehabt und keinen schimpflichen Tod, sondern nur noch schlimmstenfalls die Kriegsgefangenschaft. Und von den Besetzern hätte er auch nicht den Vorwurf der Ehrlosigkeit zu hören bekommen, eher das Gegenteil. Doch noch war der Krieg nicht zu Ende.

Der Krieg ging im mittleren und nördlichen Teil Deutschlands noch weiter. Auch nach Hitlers Tod wurde weiter gekämpft, vor allem gerade an der Ostfront, die von Weizsäcker in Stich gelassen hatte.

Doch selbst, wenn der Krieg beendet gewesen wäre, bestand damals aber noch immer die Möglichkeit, daß die Reichsregierung unter Admiral Dönitz »am Ruder« blieb. Ihr könnte dann eine deutsche Reichsregierung nachfolgen – vielleicht sogar unter Dönitz' Leitung –, die an deutschen Wertmaßstäben orientiert blieb und Fahnenflucht auch nach Kriegsende weiter verfolgen würde.

Schließlich hatte sich Dönitz in einer Rundfunkrede am 1. Mai ausdrücklich an die Wehrmacht gewandt und erklärt: »Ich verlange Disziplin und Gehorsam. Nur durch vorbehaltlose Ausführung meiner Befehle werden Chaos und Untergang vermieden. Ein Feigling und Verräter ist, wer sich gerade jetzt seiner Pflicht entzieht und damit deutschen Frauen und Kindern Tod und Versklavung bringt.«

Sollte Dönitz aber auch nach der sich zu diesem Zeitpunkt bereits abzeichnenden Niederlage Deutschlands an der Macht bleiben und weiterhin deutsches Recht gelten, dann hätte lediglich eine Amnestie von Weizsäcker vor der Bestrafung retten können. Doch selbst dann wäre der Makel des »Feiglings und Verräters« an ihm haften geblieben und hätte für alle Zeiten eine Karriere von ihm unmöglich gemacht.

Auch geistig wurden die Deutschen besiegt

Doch dann kam der 8. Mai 1945, der Tag, an dem die Wehrmacht endgültig kapitulierte. Bereits kurze Zeit später hat sich dann auch gezeigt, daß die Alliierten nicht bereit waren, nach Kriegsende eine Regierung Dönitz, eine deutsche Regierung überhaupt, zu tolerieren.

Im Gegenteil: Politik der damaligen Alliierten sei gewesen, »das deutsche Volk endgültig zu unterjochen und seinen Staat endgültig zu zerstören«. Und mit der Beseitigung der deutschen Regierung war jetzt niemand mehr da, der von Weizsäcker wegen Fahnenflucht oder ähnlichen Vorwürfen zur Rechenschaft ziehen könnte.

Ferner: Mit der brutalen Durchführung der Beschlüsse von Jalta und Potsdam sowie der Morgenthau-Direktive JCS 1067 wurden die Deutschen nun auch geistig unterjocht, nämlich durch die Re-Education der »Psychological Warfare«. Durch diese »Umerziehung« wurden von den Siegermächten alle diejenigen sittlichen Maßstäbe planmäßig zerstört, die mit deutschem Lebensrecht, deutscher Selbstbehauptung, deutscher Gleichberechtigung im Leben der Völker und deutscher Ehre zusammenhingen; mithin wurden gerade diejenigen Maßstäbe beseitigt, die von Weizsäcker als treulos und vielleicht als ehrlos kennzeichneten.

Dankespflicht für deutsche Kapitulation

Mit dem Erlöschen dieser Maßstäbe war Weizsäcker nun endgültig und vollkommen »frei«. Man erkennt: Die deutsche Niederlage mit ihrem Symbol vom 8. Mai 1945 war für von Weizsäcker gerade auch deshalb die totale »Befreiung«, weil sie ihrerseits »total« war und sich nicht auf die militärische Entwaffnung beschränkte, sondern die Deutschen auch geistig zu zerstören unternahm, mit dem Ziel, sie durch »Charakterwäsche« geistig wehrlos zu machen und in willfährig-ehrlose, geschichtslose Wesen zu verwandeln; so »befreite« ihn diese Niederlage auch vom Vorwurf der Ehrlosigkeit.

Der Schluß liegt nahe, daß dieses alles in von Weizsäcker eine tiefe Dankbarkeit für die »Befreier« auslöste. Auch sei es demzufolge seine »selbstverständliche Dankespflicht« gewesen, diese Niederlage innerlich voll anzunehmen und sich dafür einzusetzen, daß diese »Verinnerlichung der Kapitulation auch allgemein gültig« werde. □

Parteien

Freys Komplott zur Schwächung der Nationalen

Ernst Krüger

Die von CODE bereits in den letzten Ausgaben vorgebrachten Indizien gegen den Münchner Verleger Dr. Gerhard Frey und den Vorsitzenden der NPD, Martin Mußgnug, in Wirklichkeit eine Politik zu betreiben, die die Schwächung des nationalen Lagers zum Ziel hat, erhärten sich weiter.

Von besonderem Interesse ist dabei ein Schreiben Freys an Mußgnug vom 15. März dieses Jahres, aus dem ganz eindeutig die finanzielle Verzahnung der beiden »Nationalen« hervorgeht. Mußgnug erklärte den für ihn sicherlich peinlichen Brief damit, daß dieser fingiert sei. Wenngleich sicherlich etwas ungewöhnlich, daß Frey 1988 von »notariellen Vereinbarungen in Gräfelfing II (dem Wohnort Freys, der Verfasser) vom 3. 9. 1967« schreibt, über deren Inhalt bislang nichts bekannt ist, so bleibt doch folgendes festzuhalten.

DR. GERHARD FREY

Paosostr. 2
8000 München 60
15.3.1988

Herrn
Rechtsanwalt,
Martin Mußgnug
– persönlich –
Bahnhofstr. 26
7200 Tuttlingen

Sehr geehrter Herr Mußgnug,

bei unserem Treffen am 25.12.87 haben wir folgendes vereinbart:

1) Sie werden künftig für mich eine Reihe von Zivilprozessen mit einem Streitwert von mindestens 100.000,-- DM führen. Insbesondere werden Sie mich vor dem Oberlandesgericht München vertreten.

2) Am 1.7.1988 werde ich Sie auf der turnusmäßigen Gesellschafterversammlung zum Vorstandsvorsitzenden des DSZ-Verlages vorschlagen. Über die finanziellen Angelegenheiten werden wir am 19.3.88 eine abschließende Vereinbarung treffen.

3) Im übrigen bleibt es bei unseren notariellen Vereinbarungen in Gräfelfing II vom 3.9.1967.

Viele herzliche Grüße

Ihr Dr. Gerhard Frey

P.S. Auf den nächsten gemeinsamen Urlaub unserer Familien auf Sizilien freue ich mich.

Dieser persönliche Brief wurde von Frey angeblich nur zur Irreführung der Öffentlichkeit geschrieben. Wenn solche eigenhändig unterzeichneten Briefe nur Unwahrheiten verbreiten, wie sieht dann die Wahrheit aus?

Die Unterstützung für Mußgnug begann 1968

Die Unterschrift Freys stimmt mit der auf anderen Briefen überein. In einem fingierten Schreiben würde wohl kaum einer einen langen handschriftlichen Satz daruntersetzen, da dieser von einem Graphologen mit Leichtigkeit als Fälschung idendifiziert werden könnte.

Auffällig ist auch, daß die massive Frey-Unterstützung für Mußgnug 1968 begann, wenige Monate nach der im Brief skizzierten »notariellen Vereinbarung«. Darüber, daß der als prozeßfreudig bekannte Frey irgend etwas unternommen hat, um diesen Brief als Fälschung zu entlarven, ist bislang nichts bekannt. Freys einzige Reaktion könnte darin zu sehen sein, daß Mußgnug nicht, wie eigentlich vorgesehen, am 1. Juli dieses Jahres zum Vorstandsvorsitzenden des DSZ-Verlages gewählt wurde.

Wahlverzicht zu wessen Gunsten?

Besonders aufschlußreich ist dabei der politische Werdegang Mußgnugs. Freys Verhältnis zur NPD, mit der er heute ein Bündnis unterhält, war seit der Gründung ein gespaltenes. Kapselte er die Partei direkt nach ihrer Gründung im November 1964 noch ab (»Alle vier Jahre wieder/Die beste DRP, die es je gab«) und kritisierte er sie auch in den folgenden Jahren, kam es dann 1968 anläßlich der baden-württembergischen Landtagswahl zur ersten Annäherung Freys an die NPD und besonders an den damaligen Wahlkreiskandidaten Martin Mußgnug. Der schaffte dann auch dank Freys Medien-Unterstützung und aufgrund der besonderen Wahlbestimmungen Baden-Württembergs den Sprung in den dortigen Landtag.

Dieses war der Beginn einer jahrelangen engen Verbindung beider Männer. Nicht zuletzt dieser Verbindung hatte es Mußgnug auch zu verdanken, daß er 1968 baden-württembergischer NPD-Landesvorsitzender und 1971 sogar Bundesvorsitzender der NPD wurde. Stets unterstützt durch Freys Zeitungen und der darin enthaltenen Enthüllungskampagnen gegen Frey-Konkurrenten.

So war in der »National-Zeitung« vom 28. Juni 1968 folgendes zu lesen: »Das ›Syndikat‹ (so wurden damals in Parteikreisen Angehörige des NPD-Präsidiums genannt, der Verfasser) bewies, daß es auch tolerant sein kann: Während Mußgnug durch seinen Leserbrief in der National-Zeitung allzu belastet erschien, wird Kuhnt sein einstiges Wirken als NSDAP-Reichstagsabgeordneter und hauptamtlicher HJ-Obergebietsführer, sein ›bürgerlicher‹ Beruf während der NS-Zeit, nachgesehen. Auch der vormalige NS-Ortsgruppenleiter Gutmann, NSDAP-Mitglied seit 1931, gilt als durchaus tragbar, obgleich er wegen Landfriedensbruchs und Freiheitsberaubung im Zusammenhang mit der Reichskristallnacht nach dem Krieg von einem ordentlichen Gericht für eineinhalb Jahre ins Gefängnis geschickt wurde, die er absaß. Der jetzt 68jährige Gutmann prangert die National-Zeitung als ›militaristisch‹ an, hatte jedoch im April 1945 seine Mitbürger mit gezückter Pistole . . . aufgefordert, bis zum letzten Blutstropfen für Führer und Reich zu kämpfen.«

Und ab diesem Jahr ging es bei der NPD mit einigen Merkwürdigkeiten weiter. Obwohl die Partei 1968 in Baden-Württemberg ein geradezu sensationelles Ergebnis von 9,8 Prozent erzielt hatte, setzte Mußgnug zum Erstaunen vieler einen freiwilligen Wahlverzicht bei den Landtagswahlen 1972 durch.

»Der Spiegel« schrieb hierzu in seiner Ausgabe 16/1972: »Wahlkampfkosten – Stuttgarts Nationaldemokraten müssen vom Land erhaltene Vorschüsse in Höhe von 507 299 DM zurückzahlen – sollen auch am 18. März bei einer Sitzung von NPD-Bundes- und Landesvorstand zur Diskussion gestanden haben. Bei diesem Anlaß erwähnte

Parteien

Freys Komplott zur Schwächung der Nationalen

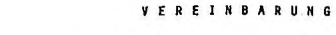
NPD-Bundesvorsitzender Mußgnug, er habe tags zuvor mit dem Stuttgarter CDU-Landtagsabgeordneten Bernhard Müller über einen Kandidaten-Rückzug gesprochen – für viele der 36 NPD-Vorsteher der erste Hinweis darauf, daß einige Christdemokraten früher als sie selber von dem Manöver wußten. Gleichwohl stimmten die übergangenen Parteivorsteher dem Rückzug zu.«

Zwei Ausgaben später schrieb das Hamburger Nachrichtenmagazin: »NPD-Bundespressesprecher Hans-Joachim Richard bestätigte – was von NPD-Führer Mußgnug vorher gegenüber dem Spiegel bestritten worden war –, daß Mußgnug mit CDU-Müller schon vor dem Rückzugsbeschluß der Nationaldemokraten im Foyer des Stuttgarter Landtags über die NPD-Absicht gesprochen hat.«

Mußgnug wurde stets geschont

Weiter schrieb »Der Spiegel«: »Zwar tritt der Industrie-Manager dem Verdacht entgegen, er habe der NPD im CDU-Auftrag Geldzusagen für den Fall einer Nichtkandidatur gemacht. Gleichwohl gibt er zu, daß er von Mußgnug über den Kandidaten-Rückzug informiert wurde, als darüber noch gar nicht beschlossen war.«

In der Ausgabe der »Waiblinger Kreiszeitung« vom 23. März 1972 führte NPD-Kreisvorsitzender Otto Heth den Wahlverzicht seiner Partei darauf zurück, daß dieser »mit großen Geldmitteln seitens der CDU erkauft wurde . . . 13 Mann des Parteivorstandes haben gegen den Willen der ca. 3000 Mitglieder des Landesverbandes gestimmt«.



V E R E I N B A R U N G

zwischen der DEUTSCHEN VOLKSUNION - Liste D (DVU)

und der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)

Da sich die Kluft zwischen den vom Grundgesetz vorgezeichneten rechts-, sozial- und deutschlandpolitischen Leitlinien und der Wirklichkeit zunehmend vergrößert und

weil die versprochene Wende in Bonn nicht nur nicht vollzogen wurde, sondern vielmehr weitere Verschlechterungen eingetreten sind,

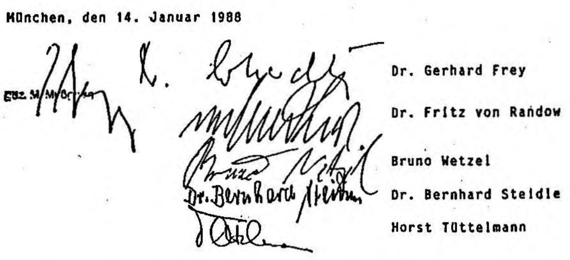
legen die DEUTSCHE VOLKSUNION - Liste D und die NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS, vorbehaltlich der Zustimmung der Vorstände beider Parteien, die weitere auf Bewahrung des freiheitlichen demokratischen Rechtsstaats und auf Verwirklichung der Forderungen des Grundgesetzes zielende Zusammenarbeit wie folgt fest:

1. Bei der im Frühjahr oder Sommer 1988 anstehenden Landtagswahl in Schleswig-Holstein tritt die NPD an und wird dabei von der DVU unterstützt.

2. Bei der nächsten Europawahl, die voraussichtlich 1989 stattfindet, tritt die DVU an. Sie wird dabei von der NPD unterstützt. Der Bundesvorstand der DVU wird dem DVU-Bundesparteitag, der die Kandidaten zur Europawahl wählt, für die Listenplätze 3, 6, 9 und 12 Nationaldemokraten vorschlagen. Diese Kandidaten werden vorher von der NPD dem DVU-Vorstand benannt.

3. Ab Montag, 25. Januar 1988 mittag, können sowohl DVU wie NPD verlautbaren: In Schleswig-Holstein tritt die NPD an, während die DVU auf Wahlantritt verzichtet und die NPD unterstützt. Bei den Europawahlen tritt die DVU an, während die NPD auf Wahlantritt verzichtet und die DVU unterstützt.

München, den 14. Januar 1988



Dr. Gerhard Frey

Dr. Fritz von Randow

Bruno Wetzel

Dr. Bernhard Steidle

Horst Tüttelmann

Die Vereinbarung zwischen der NPD und dem Verleger Gerhard Frey vom 14. Januar 1988.

Interessant ist dabei, daß Heth diese Äußerungen später, nachdem ihm die Landes-CDU mit gerichtlichen Schritten drohte, widerrief. Die NPD unternahm ihrerseits jedoch nichts – zumindest ist nichts über diesbezügliches bekannt geworden.

```
526131+
526131 nold d

524685 dszvl d

xhhzwmotnnn
12.2.1987 - 16.45 uhr

bitte herrn nold geben.

sehr geehrter herr nold,

der ordnung halber bestaetigen wir unsere telefonische ver-
einbarung von soeben, gemaess der wir an der vermittlerprovision
fuer die plakatierungsauftraege in bremen fuer unseren kunden
deutsche volksliste wie auch fuer die anzeigenauftraege
mit zwei drittel beteiligt werden, sie also 5 prozent und
wir 10 prozent erhalten.

mfg

dsz-verlag
-werbeagentur-

ppa. bruno wetzel

524685 dszvl d>
526131 nold d
```

Der Kunde von Wetzel ist sein Arbeitgeber, der Verleger Dr. Frey. Wer schiebt hier wem Prozente zu?

1975 scheiterte dann der Versuch Mußgnugs, Frey zum stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden zu machen und ihm die Parteipresse zu übertragen. Obwohl Frey dennoch als Beisitzer in den Parteivorstand gewählt, trat er kurz darauf aus der NPD aus und startete teilweise haßerfüllt Kampagnen gegen die Nationaldemokraten, die er 1984 dann sogar in die Nähe von Kommunisten rückte. Mußgnug wurde aber stets geschont. 1986 bändelte Frey erneut mit den Nationaldemokraten an, gründet im selben Jahr aber eine eigene Partei, die – nach vielen Namensumbenennungen – »Deutsche Volksunion (DVU) – Liste D«. Ergebnis ist ein enges Kooperationsabkommen beider Parteien.

1987 kam es dann bereits auch zu einer Reihe von Gesprächen zwischen Frey und Mußgnug, die dieser für die NPD weitgehend im Alleingang führte. Zu den entschiedensten Befürwortern einer Kooperation NPD–DVU gehört auch NPD-Generalsekretär Walter Seetzen, der bereits seit 1975 Mitglied der DVU sein soll.

Obwohl der Bundesparteitag der NPD 1987 beschloß, über die Kandidatur bei der Europawahl 1989 erst nach der baden-württembergischen Landtagswahl im Frühjahr 1988 zu beschließen, schlossen Frey und Mußgnug am 14. Januar dieses Jahres in München ein Abkommen, wonach die DVU bei der Europawahl 1989 und die NPD bei der Bundestagswahl 1990 kandidiert.

Höchst interessant ist dabei, daß Mußgnug auf dem Bundesparteitag einen Antrag des NPD-Kreisverbandes Saarbrücken, die NPD soll unter ihrem Namen an der Europawahl teilnehmen, unter anderm auch damit ablehnte, der Parteivorstand der NPD habe die Teilnahme an der Europawahl bereits beschlossen.

Knappe Mehrheit für den Europawahl-Verzicht

Bei der NPD-Parteivorstandssitzung verlangte Mußgnug dann die nachträgliche Genehmigung dieser Vereinbarung. Und obwohl er die von der Satzung vorgeschriebene Zwei-Drittel-Mehrheit nicht bekam, sah er diese Vereinbarung als genehmigt an. Daraufhin erklärte dann der langjährige Parteijustitiar Dr. Wolfgang Huber seinen Rücktritt von diesem Amt.

Auf die sich aus den Verzicht einer eigenen Kandidatur bei der Europawahl ergebenden gewaltigen Nachteile für die NPD – für das ganze nationale Lager – wurde ebenfalls ausführlich in der September-Ausgabe von CODE eingegangen.

Erst auf Drängen mehrerer Landesverbände kam es dann am 26. Juni dieses Jahres zu einem Sonderparteitag in Feucht, in

dem Mußgnug lediglich durch seine Rücktrittsdrohung eine knappe Mehrheit von 182 zu 133 Stimmen für den von ihm bereits zugestimmten Europawahl-Verzicht der NPD erhielt.

Im Vorfeld dieses Sonderparteitages – der im übrigen erstmals in der NPD-Geschichte unter Ausschluß der Öffentlichkeit und der Parteimitglieder stattfand – kam es zu einem rücksichtslosen Feldzug gegen Kritiker innerhalb der Partei. Mehrere Mitglieder von Landesvorständen wurden sogar gemäß Paragraph 8c der Bundessatzung ihrer Ämter enthoben. Diese satzungswidrigen Maßnahmen sind mittlerweile jedoch von Schiedsgerichten wieder aufgehoben worden.

Von vielen Nationaldemokraten wird dann auch das Wirken ihres Vorsitzenden als Versuch bezeichnet, die NPD durch Flügelkämpfe politisch zu lähmen oder sogar eine Spaltung der Partei herbeizuführen – und das alles in Zusammenwirken mit Frey.

Als ein Beispiel, daß der Münchener Verleger dies schon früher versucht haben soll, erinnern sich Nationaldemokraten an das Jahr 1971, als der damalige bayerische NPD-Landesvorsitzende Dr. Siegfried Pöhlmann aus der Partei austrat und die »Aktion Neue Rechte« (ANR) gründete.

Diese von vielen als Spaltungsversuch angesehene Neugründung wurde von Anfang an von Frey massiv unterstützt. So wurde beispielsweise die Zeitung der ANR, »Recht und Ordnung«, im FZ-Verlag verlegt, der sich im Eigentum von Freys Gattin Regine befindet. Diese soll zugleich auch für den Inhalt der Zeitung mitverantwortlich gewesen sein. Auch in den Frey-Blättern fand Pöhlmann stets Unterstützung. Doch konnte auch dies nicht verhindern, daß die ANR kurz darauf in der Versenkung verschwand.

Wie sieht eigentlich der politische Lebenslauf dieses am 18. Februar 1933 im oberpfälzischen Cham geborenen Dr. rer. pol. Gerhard Frey aus, dessen Vermögen auf mehrere Millionen DM geschätzt wird – unter anderen gehören der Frey-Familie einige Warenhäuser, die von Gerhards Bruder Adalbert geführt werden –. Nach seinem Studium wurde Frey Referendar bei der Regierung von Oberbayern, dem ein Volontariat bei der »Passauer Neuen Presse« folgte. Als sogenannter »weißer Jahrgang« wurde Gerhard Frey nicht zur Bundeswehr eingezogen.

Für 70 000 DM die Soldaten-Zeitung

1951 erschien erstmals eine Ausgabe der »Deutschen Soldaten-Zeitung«, zu deren Gründern der einstige NS-Kreisleiter Helmut Damerau, der Wehrmachtsoberst Heinrich Detloff von Kalben und der einstige General der Waffen-SS Paul Steiner gehörten. Damals subventionierten die USA das Blatt. Nachdem diese aber 1953 zahlungsunwillig wurden, sprang das Presseamt der Bundesregierung ein und unterstützte dann das Blatt monatlich mit 11 000 DM.

Da die Auflage kontinuierlich zurückging, drängte die Bundesregierung Damerau, das Blatt in die Hände des Verlegers von Sportblättern, dem Kölner Stoph, zu geben. Als Damerau dieses Ansinnen ablehnte, stoppte die Bundesregierung den Geldhahn, worauf die »Soldaten-Zeitung« in finanzielle Schwierigkeiten geriet. Erschien das Blatt wöchentlich, kam es ab 1954 nur noch einmal im Monat heraus.

Damerau sah angesichts seiner Finanznöte keine andere Möglichkeit, als sich bei seinem freien Mitarbeiter Gerhard Frey immer mehr Geld zu leihen. Mit der Zeit wurde die Summe so hoch, daß Frey 50 Prozent der Verlagsanteile forderte und sie auch erhielt. Für 70 000 DM wurde die »Soldaten-Zeitung« dann später aus Dameraus Schild-Verlag herausgelöst und in die 1958 von Frey gegründete »DSZ-Druckschriften- und Zeitungsverlags GmbH« eingebracht. Nach mehreren Namensumbenennungen hat die ehemalige »Soldaten-Zeitung« nun ihren wohl endgültigen Namen »Deutsche National-Zeitung« gefunden.



Die Biedermänner des sogenannten »nationalen Lagers«. Wer ist hier der Pinocchio, einer oder beide?

Frey stellte in seinen Zeitungen von Anfang an eine nationale Gesinnung heraus, an der aber nicht erst seit heute viele Zweifel bestehen. Die Gründe hierfür sind die immer wiederkehrende massive Unterstützung der CDU/CSU und zeitweise auch der FDP sowie ein stetes Festhalten an der Integration der Bundesrepublik in die NATO.

Einige wenige Beispiele seien hierzu zitiert. So schrieb Frey in der »National-Zeitung« am 17. November 1972: »Am 19. November 72 werde ich CSU wählen. Und ich würde CDU wählen, wenn ich in einem westdeutschen Bundesland außerhalb Bayerns lebte.« Und dies obwohl er am 23. Mai 1972 der Union aufgrund ihrer Zustimmung zu den Ostverträgen eine »moralische Bankrotterklärung« attestierte.

Alles Gute für die Regierung Kohl/Genscher

Am 11. Oktober 1974 heißt es dann in der »National-Zeitung« in einem Artikel, in dem gefragt wurde, ob Strauß eine »neue Rechtspartei« gründen werde: »Unsere Zeitung als Führungsorgan der gesamten nationalfreiheitlichen Rechten hat sich seit jeher für eine Regierung der Mitte anstelle der Linken ausgesprochen.«

Am 24. September 1982 hieß es ebenfalls in einem Artikel der »National-Zeitung«: ». . . muß man der Regierung Kohl/Genscher alles Gute wünschen.«

Am 8. Oktober 1982 schrieb Frey: »Die politische Landschaft in der Bundesrepublik Deutschland hat sich über Nacht grundlegend verändert. Die neue bürgerlich-liberale Regierung erwarb sich mit einem Schlag einen beachtlichen Bonus beim Wähler.«

Und eine Woche später: »Noch ist nichts verloren. Noch kann auch die FDP als wichtiger nationalliberaler Partner in der deutschen Politik regeneriert werden.«

Am 11. März 1983 hieß es im »Deutschen-Anzeiger«: »Dank Genschers erneuerter FDP ist die entscheidende Wende der deutschen Politik eingeläutet.«

Parteien

Freys Komplott zur Schwächung der Nationalen

Und am 1. April desselben Jahres: »Das Wohl des deutschen Volkes mehren, Schaden von ihm wenden – das muß wieder die Linie Bonner Politik werden . . . Der gute Wille ist dem christlich-liberalen Kabinett kaum abzusprechen.«

Am 11. Oktober 1984 schrieb Frey in einem Antwortbrief auf die Frage, ob er an eine nationale Sammlungsbewegung denke: »Auf Ihr Schreiben darf ich Ihnen mitteilen, daß ich keinen vernünftigen Sinn in der von Ihnen mir unterschobenen Absicht sehen könnte. Vielmehr hoffe ich, daß die bürgerliche Koalition sich stabilisiert und die nächsten Bundestagswahlen gewinnt.«

Als US-Präsident Ronald Reagan die Bundesrepublik besuchte, schrieb die »National-Zeitung« am 11. Juni 1982: »Darum bekennen wir uns zum Bündnis mit Amerika und sagen nochmals: Welcome, Mister President!«

Und am 21. August dieses Jahres erklärte Frey in Herborn: »Das Westbündnis ist eine Zweckmäßigkeitsüberlegung, ich bin darum heute durchaus für das Westbündnis und die NATO.«

Bis heute kam kein zustimmendes Wort Freys zu einem unbedingt notwendigen neutralen und wiedervereinigten Deutschland. Zumindest ist nichts bekannt darüber.

Wetterwendisch gegenüber den Republikanern

Der jetzige Vorsitzende der Republikaner, Franz Schönhuber, wurde von Frey jahrelang unterstützt. Erst 1983, als die Republikaner bei der bayerischen Landtagswahl 3,1 Prozent der Stimmen erreichten und drohten, der CSU in Bayern und der Union ganz allgemein gefährlich zu werden, wandte sich Frey in seinen Blättern gegen Schönhuber.

Am 12. März 1982 nannte Frey Schönhuber, den er sogar mit dem mit 10 000 DM dotierten »Europäischen Freiheitspreis der Deutschen National-Zeitung« auszeichnete, einen »durch und durch nationalen Menschen«. 1986 wurde er dagegen dann in der »National-Zeitung« als »politisches Chamäleon« bezeichnet.

Und 1986 erfolgte dann auch trotz Annäherung an die NPD die Gründung der Partei »Deutsche Volksunion (DVU) – Liste D«, die auch wenig später durch wenige tausend in Bremerhaven erzielte Stimmen den Sprung ins Bremer Stadtparlament schaffte. Der einzige DVU-Abgeordnete, Hans Altermann, brachte es aber sogar fertig, unter anderem bei dem Antrag der Grünen (Drucksache 12/22), der sich gegen die DVU wendet, sich der Stimme zu enthalten. Der Antrag der FDP (Drucksache 12/26) mit einem ähnlichen Inhalt wurde sogar einstimmig angenommen.

Besonders interessant ist aber ein Telex vom 12. Februar 1988 an eine Bremer Werbeagentur, aus dem hervorgeht, was mit den Spenden- und Mitgliedsgeldern für die DVU geschieht. Der sich im Alleinbesitz Frey befindliche DSZ-Verlag vermittelte Plakatierungs- und Anzeigenaufträge der »DVU-Liste D« – im Telex »Deutsche Volksliste« genannt – an diese Bremer Agentur. Von der Vermittlungsprovision von 15 Prozent für die Agentur fließen dann aber zwei Drittel an den DSZ-Verlag und damit, da er Alleininhaber ist, in Freys eigene Tasche.

Der Leser soll sich doch nur die einfache Frage stellen: Warum vergibt die »DVU – Liste D« die Aufträge dann nicht selber an die Werbeagentur, zumal der im Telex genannte Bruno Wetzel auch dem DVU-Liste D-Parteivorstand angehört?

Wie sehr sich Frey die Alleinherrschaft in der »DVU-Liste D« gesichert hat, geht auch aus folgendem hervor: Im Gegensatz zu anderen Parteien besteht der Vorstand der »Liste D« lediglich aus fünf Personen. Vorsitzender ist natürlich Frey selber. Sein Stellvertreter ist der über 80jährige Dr. Fritz von Randow – der im übrigen ein sehr gutes Enthüllungsbuch über von Weizsäcker geschrieben hat.

Beisitzer sind der ebenfalls im achten Lebensjahrzehnt stehende Dr. Bernhard Steidle sowie der im DSZ-Verlag angestellte und von daher quasi weisungsgebundene Bruno Wetzel und ein gewisser Horst Tüttelmann. Laut Satzung dieser Partei wirkt der Schatzmeister, der anscheinend aber gar nicht benannt ist, nur bei »wesentlichen Finanzfragen« mit.

Wer entscheidet also bei »unwesentlichen Finanzfragen« und wie sind diese überhaupt zu definieren? Diese Frage mag sich der Leser selbst beantworten.

De facto die alleinige Macht

Dem bayerischen Landesverband gehören neben Gerhard Frey sein Sohn Gerhard Frey jun. und der Mitherausgeber der »Deutschen Wochen-Zeitung« und Mitarbeiter der »Deutschen National-Zeitung« und des »Deutschen Anzeigers« Hans-Joachim Richard an.

Einer der beiden Kassenprüfer dieses Landesverbandes soll als Halbtagskraft im Archiv des DSZ-Verlages angestellt sein. Dem Landesschiedsgericht gehört neben einer dem Vernehmen nach ebenfalls im DSZ-Verlag Angestellten die Gattin von dem oben erwähnten Bruno Wetzel an.

Schatzmeister des Bremer Landesverbandes ist der in München beim DSZ-Verlag beschäftigte Sven Eggers. Stellvertretender Landesvorsitzender ist der NPD-Landesvorsitzende Hans Wiedenbach, der zumindest zeitweise Gehaltsempfänger bei Frey gewesen sein soll. Dem Hamburger Landesvorstand gehört die Ehefrau Sven Eggers an, die ebenfalls auf der Gehaltsliste Freys stehen soll.

Wie man sieht, hat sich Frey damit zwar nicht de jure, aber de facto die alleinige Macht in der »DVU-Liste D« gesichert.

Zum Abschluß sollen noch zwei weitere Aktionen Freys, die ein bezeichnendes Licht auf ihn werfen, kurz aufgezeigt werden: Der Herausgeber der »Bauernschaft«, Thies Christophersen, der nach Dänemark flüchten mußte, weil ihn die deutsche Justiz für seine Veröffentlichungen zum Thema Gaskammern im Dritten Reich, ins Gefängnis stecken will, hatte früher auch den »Deutschen Bauern« herausgegeben. Diese Zeitung wurde später dann aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten von dem DSZ-Verlag, also von Gerhard Frey, übernommen.

Obwohl Christophersen weiter an der Zeitung mitarbeiten sollte, wurde die Schriftleitung ganz alleine in München getätigt. Christophersen bekam die Zeitung erst nach dem Druck zu sehen, so daß er sich selber als »Sitzredakteur« bezeichnete, zumal seine eigenen Artikel immer seltener wurden. Nach wiederholten Beschwerden seinerseits wurde er dann von Frey kurzerhand fristlos entlassen. Ein Prozeß vor einem Arbeitsgericht endete mit einem für Christophersen mageren Vergleich. Und wieder war dann wenig später ein für die Etablierten unliebsames Blatt von der Bildfläche verschwunden.

Über Ernst Zündel, der in Kanada ebenfalls einen recht erfolgreichen Kampf für die Aufdekkung der geschichtlichen Wahrheit über das Dritte Reich führt, schrieb Frey in einem Antwortbrief an eine Dame am 10. Februar dieses Jahres: »Der von Ihnen genannte Herr Zündel hat unserer Sache in der Vergangenheit ungeheuer geschadet, indem er die verrücktesten Dinge behauptete und tat und letztlich genau das unternahm, wofür antideutsche Geheimdienste üblicherweise viel Geld aufwenden. Daß er bei einem Prozeß, ausgerechnet in Kanada, irgend etwas Positives für die deutsche Sache erreichen könnte, ist das Absurdeste, was ich im Laufe meiner politischen Tätigkeit je gehört habe.« Kommentar überflüssig.

All dies oben aufgeführte erhärtet den Verdacht, daß Frey in Wirklichkeit eben nicht die von ihm immer propagierte nationale Seite vertritt, sondern versucht, durch ein pseudo-nationales Getue diese Kräfte an ihn zu binden. Dazu passen auch immer wiederkehrende Gerüchte, daß Freys Aktivitäten durch die CSU über Strohmänner aus Österreich und der Schweiz finanziert werden sollen. □

Gesellschaft

Politiker sehen die Zukunft ohne Gott

Emil Rahm

Im Chinesischen ist in dem Schriftzug für »Krise«, »Gefahr« auch die Aussage »Chance« enthalten. In seinem Buch »Zukunftschinesisch« untersucht Dr. Eduard Ostermann, Experte für Zukunftsfragen, die Chancen der Krisenkonzepte prominenter Philosophen und Politiker. Als Praktiker bietet Ostermann dem Wirtschaftsmanager und Politstrategen eine Fülle von Anregungen, aber auch die Dimension einer realistischen Hoffnung.

Ein berühmter Kalif Bagdads forderte seine gut bezahlten Gelehrten auf, seinen weißen Elefanten reden zu lernen. Alle lehnten ab bis auf einen, der dem Kalifen das den anderen unmöglich scheinende versprach. Der Kalif zeigte sich erfreut und überhäufte ihn mit Geschenken. Auf die Frage eines Gelehrten, der abgelehnt hatte, wie er so etwas Unmögliches versprechen könne, erwiderte der, der das Unmögliche versprach und den Ruf eines begnadeden Politikers und Wirtschaftsführers hatte:

»Ich habe vier Jahre Zeit, und was kann in diesen vier Jahren alles geschehen: Erstens, der Kalif oder der Elefant könnten sterben. Zweitens, auch ich könnte sterben. Drittens, vielleicht spricht er doch?«

Auf dem Weg in die Katastrophe

Der Kommentar von Eduard Ostermann dazu: »Wie leicht sagt man doch: Es wird schon gutgehen, wir werden schon etwas finden.«

Ostermann erwähnt in seinem Buch weitgehend bekannte Fakten, die auf eine Katastrophe hindeuten, wenn wir unsere Grundeinstellung nicht ändern. Negativ vermerkt er, daß Politiker und Wirtschaftsmanager nur auf Zeit gewählt werden und fast ausschließlich Tagesfragen behandeln. Dabei beschäftigt sich Ostermann intensiv mit den Grenzen, die uns nicht so recht bewußt werden wollen: Die Grenzen der Wirtschaft, der Ressourcen, des Menschen, der Produktion, des Absatzes, der Arbeitsmöglichkeiten. Er kritisiert auch den blinden Glauben an einen sogenannten freien Welthandel.

Ostermann geht auch auf die Schriften einiger Politiker und Philosophen ein. Zu dem Buch des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth »Wende in die Zukunft« schreibt er: »Die Evolution schafft sich in dem Moment, da die Komplexität der Welt das menschliche Erfassungs- und Kontrollvermögen zu übersteigen beginnt, künstliche Hilfsmittel . . . intellektuelle Werkzeuge.«

Die Evolution wirke ganz im Sinne des Neo-Darwinismus. Späth akzeptiere die Entstehung des Lebens im Sinne der Evolutionslehre. Auch in Willy Brandts Buch »Der organisierte Wahnsinn« finden sich die gleichen Gedanken. Basis beider Politiker ist: Der Mensch als Produkt der Evolution.

Bereits in seiner Jugend hat sich Ostermann gefragt, ob aus nichts wirklich etwas entstehen könne. In der Praxis gebe es kein Perpetuum mobile, darum ist die vom Atheismus geprägte Philosophie ein unvollkommenes Lehrgebäude. Ostermann ist zu der Erkenntnis gekommen, daß es einen Gott gibt und daß hinter den Wundern dieser Welt ein großer Plan stehen müsse.

Die Wende in die Zukunft

Brandt als Agnostiker glaubt nicht an Gott. Er ist zutiefst davon überzeugt, daß der Mensch im Laufe der Zeit immer besser, immer vollkommener werde, dann seinen Egoismus überwinde und schließlich in Frieden leben könne. Ähnlich empfindet auch Kurt Biedenkopf in seinem Buch »Die neue Sicht der Dinge«.

Auch bei Erich Fromm in seinem Buch »Haben oder Sein« sei der Mensch Produkt der Evolution. Die Entwicklung vom Haben- zum Seins-Menschen, der liebevoll, gut, geduldig, selbstlos ist, müsse der einzelne Mensch selbst bewerkstelligen. Erich Fromm bezeichnet sich als Atheist, der noch weiter links stehe als Karl Marx. Seine Thesen entsprechen den vier edlen Wahrheiten Buddhas und dem Erlösungsbegriff.

»Was aber sagte die heutige Naturwissenschaft?« fragt Ostermann. Erstens, es habe niemals eine Selbstorganisation der Materie und den von Darwin entwickelten Mutations-Selektionsmechanismus gegeben. Zweitens, der Mensch bessere sich nicht. Drittens, die Zukunftshoffnung der Evolution sei falsch.

In dem intelligenten, selbstbewußten Buch des CDU-Politikers Späth mit dem Untertitel »Die Bundesrepublik auf dem Weg in die Informationsgesellschaft« komme das Wort »Gott« oder an Gott erinnernde Begriffe wie »Glaube«, »Vertrauen«, »Sünde«, »Vergebung«, »Liebe« oder »Kirche« nicht mehr vor. Die Evolution und nicht Gott sei der Motor allen Geschehens. Es fehlt auch die Suche nach den Ursachen der Probleme.

Für Ostermann ist der Mensch die Ursache der Probleme, Lothar Späth dagegen erwartet die »biologische« Ergänzung des Menschen durch den Computer. Darum wird es weitergehen wie bisher.

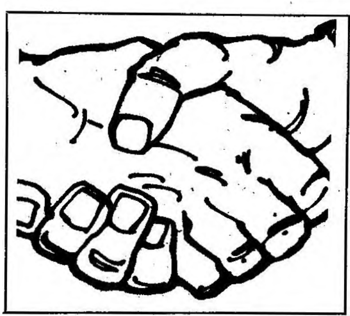
Brandts Vision der Evolution laufe auf eine Weltregierung hinaus. Ostermann findet es tragisch, wie alle politischen Parteien davon ausgehen, daß der Mensch auf dem Weg zum Übermenschen sei, und daß die Lösung der Probleme durch Wettbewerb – die Konservativen und Liberalen –, durch Planung – die Sozialdemokraten – oder durch Diktatur – die Marxisten – zu lösen seien. Diese Sicht führt unweigerlich zum Schrei »nach starken Männern«.

Die Menschheit nutzt die Chance nicht

Ostermann erinnert an die Geschichte der Stadt Ninive, die die Botschaft, den Ruf zur Umkehr des Propheten Jona angenommen hat. Zu dieser Umkehr heute müßten die Menschen ein neues Herz bekommen, das uns nur Gott schenken könne. Doch die Bibel lehrt, daß die Menschheit die ihr gebotene Chance nicht nützen wird.

Trotzdem entwickelt Ostermann Leitsätze für erfolgreiches Wirtschaften. Die Wirtschaft kann allerdings die politischen Probleme nicht lösen. Der Weg in die Katastrophe sei für die Menschheit vorgezeichnet. Für den einzelnen Menschen sei nur die Umkehr zu Gott die einzige Hoffnung, die durch Gottes Geist gewirkte neue Geburt.

Die von Ostermann zitierten Politiker wie Späth und Brandt haben eine unbegründete optimistische Schau. Der Autor sieht andererseits das Individuum in seinem Verhältnis zu Gott. Die biblische Prophetie zeigt, daß das Böse wie das Gute ausreifen wird und nach welcher Sicht der wiederkehrende Christus – oder im Blick der Juden, der Messias – die Weltverhältnisse neu schaffen wird. □



Parteien

Demokratie und Wahlen

Alfred König

Jedes Land, und mag es noch so freiheitlich sein, und mag es noch so sozialverantwortlich handeln, wird heute danach beurteilt, ob es freie und geheime Wahlen zuläßt. Ist dem nicht so, erhebt sich in der ganzen »freien« Welt und besonders in den USA und in der Bundesrepublik ein Wutgeschrei, das, wie so vieles, von Linken gesteuert wird. Dabei wird geflissentlich übersehen, daß das Wahlrecht nicht nur eine der Stärken der Demokratie darstellt, sondern gleichzeitig auch ihr größter und verwundbarster Schwachpunkt ist.

Die jüngsten Vorfälle in Südkorea und Südafrika zeigen doch besonders deutlich auf, wer hinter diesen »Wahlkampagnen« steckt und welche Ziele damit verfolgt werden. Südkorea, ein Land, um dessen Wohlstand es von vielen beneidet wird. Nahezu Vollbeschäftigung, der einzelne Arbeiter verdient gemessen an den dortigen Lebenshaltungskosten gut, das soziale Umfeld stimmt – beispielsweise gibt es in Südkorea eine sehr gute ärztliche Versorgung – und der einzelne ist weitgehend frei. Er kann machen, was er will, wird nicht bespitzelt, kann reisen, wann und wohin er will, und vieles mehr. Er muß sich nur an die Gesetze halten, die aber auch weitgehend liberal sind.



Bundesfinanzminister Stoltenberg leistet den Eid und schwört zum Wohle des Volkes zu handeln, in der politischen Praxis ist der »kleine Mann« Manövriermasse.

Die Wahlen sind die Dukatenesel der Parteien

Doch die linke Opposition warf der Regierung immer vor, daß es keine freien Wahlen gebe. Selbst einmal vorausgesetzt, diese Vorwürfe stimmten, ging es dem Land deswegen schlechter, verdiente der Bürger deswegen weniger, hätte er Nachteile? Die Antwort ist ein klares Nein. Es ist doch ein Unding, daß dieses Land momentan weitaus stärker im Mittelpunkt der Weltkritik steht als das menschen-verachtende System Nordkoreas.

Beispiel Südafrika: Der Lebensstandard und die ärztliche Versorgung sind dort für die Farbigen so gut wie nirgendwoanders in Afrika. Hunderttausende Farbige kommen als Gastarbeiter in dieses Land. Der Lebensstandard der Schwarzen in Südafrika ist höher als der der Weißen in den meisten Ländern des Ostblocks.

Doch obwohl jeder auf der Welt weiß, daß eine Regierungsübernahme der Schwarzen den wirtschaftlichen Niedergang des Landes bedeuten würde, siehe beispielsweise Angola, und es auch sowohl von der Rohstoffversorgung als auch strategisch für den Westen ein Riesenrückschlag wäre, ruft die ganze Welt, allen voran Bundesaußenminister Genscher: »One man, one vote!«

Neben dem Recht auf freie Meinungsäußerung ist das Recht, alle vier oder fünf Jahre eine Regierung wählen zu dürfen, der wichtigste Punkt, der darüber entscheidet, ob sich ein Land Demokratie nennen darf oder nicht. Nur durch freie und geheime Wahlen seien die Interessen des Volkes garantiert, da es letztendlich durch seine Entscheidung die Politik des Landes bestimme, so jedenfalls die Verfechter freier Wahlen. Die Abgeordneten werden von daher oft auch »Volksvertreter« genannt, obwohl sie meistens Interessenvertreter sind.

In der Theorie klingt alles schön

Und zunehmend muß man den Eindruck haben, daß die Parteien die Wahlen als »Dukatenesel« sehen. Denn wie anders läßt es sich erklären, daß die Wahlkampfkostenpauschale von bislang 3,50 DM pro Stimme auf nunmehr 5,– DM heraufgesetzt wurde, was den Staat, und somit uns alle, jährlich rund 17 Millionen DM kosten wird. Und dies, obwohl die SPD Häuser und Grundstücke im Wert von mehr als 75 Millionen DM und für mehr als 14 Millionen DM Aktien, Wertpapiere und Gold besitzt. Die CDU verfügt über ein Anlagevermögen von knapp 20 Millionen DM und die FDP immerhin noch über knapp eine Million DM.

Durch freie, unabhängige Medien und die damit verbundene Meinungsvielfalt und umfassende Berichterstattung sei jeder in der Lage, sich selber ein Bild von den Geschehnissen zu machen und zu entscheiden, welcher Partei er seine Stimme gibt, heißt es von den Verfechtern freier Wahlen. In der Theorie klingt dies alles ganz schön, nur schauen wir uns an wenigen exemplarischen Beispielen die Wirklichkeit an, die Wirklichkeit, wie sie heute in der Bundesrepublik vorherrscht.

So war in der »Frankfurter Allgemeinen« vom 18. Februar 1988 zu lesen, »sind besonders aus (der CDU) Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein, wo Landtagswahlen bevorstehen, Beschwerden darüber laut geworden, daß das Papier die Erfolgschancen beeinträchtigen könnte« (gemeint ist das unter Vorsitz von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler von einer CDU-Kommission ausgearbeitete neue Deutschlandpapier).

Nicht also der skandalöse Inhalt dieser von den CDU-Linken ausgearbeiteten und dann auf dem CDU-Parteitag in Wiesbaden nur leicht geänderten Pläne, sondern der Zeitpunkt der Veröffentlichung stand im Mittelpunkt der Kritik. Erst Tage später entschloß sich dann Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth auf den wachsenden Druck traditioneller CDU-Wähler hin, vor einer Änderung der CDU-Standpunkte in der Deutschlandpolitik zu warnen.

FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann forderte, den Ausstieg aus der Kernenergie so schnell wie eben nur machbar zu betreiben. Zwar relativierte er später seine Äußerungen dahingehend, daß dies bereits ein »alter Hut« sei, da die FDP dies bereits auf vielen vorhergehenden Parteitagen gefordert habe, doch stellte er sich mit einem Satz selbst ins Abseits. Er sagte nämlich wörtlich: »Eine moderne Partei muß schneller als die großen schwerfälligen Parteien Folgerungen aus neuen Erkenntnissen ziehen.«

Die Angst, Stimmen zu verlieren

Ein heute noch führender FDP-Politiker erklärte einmal in einem inoffiziellen Journalisten-Gespräch zum Vermummungsverbot folgendes sinngemäß: Ihm persönlich wäre es »scheißegal«, Herr Zimmermann könnte seine persönliche Zustim-

mung sofort haben. Aber die FDP müsse sich gegenüber der CSU vor den liberalen Wählern profilieren, also müsse er offiziell gegen ein Vermummungsverbot sein.

Fachleute waren und sind sich auch einig, im Rahmen einer Steuerbereinigung Bagatellsteuern, wie beispielsweise die Börsenumsatzsteuer, aber auch die Flugbenzinsteuer, die jährlich nur wenige Millionen Mark in die Staatskasse bringt, nicht mehr zu erheben. Als die CSU dies bei der Steuerreform durchpreßte – wobei der Anteil dieser Steuer an der gesamten Reform nur 0,004 Prozent ausmacht –, erhob sich, gesteuert und aufgebauscht durch linke Medien, ein überwiegend unqualifiziertes Protestgeschrei, das dann dazu führte, daß diese Steuer, und zwar ausschließlich bei Privatfliegern, nach wie vor erhoben wird. Dies bedeutet aber gleichzeitig, daß für ein Steueraufkommen von maximal zehn bis 20 Millionen DM, eher sogar etwas weniger, Verwaltungskosten entstehen, die in etwa gleich hoch liegen werden – was diese Regelung absolut unsinnig macht.

Anstatt aber eine absolut richtige Entscheidung nun auch durchzuführen, kippt die jetzige Regierungskoalition diese alleine aus der Angst heraus, bei kommenden Wahlen Stimmen zu verlieren.

Und genau dieses ist das Hauptproblem der Demokratie, ein Punkt, an dem sie, wenn mehreres auf einmal zusammenkommt, sogar zugrunde gehen kann. Heute wird von allen sogenannten »etablierten« Parteien, keine kann davon ausgenommen werden, zu vielen Punkten eine Politik gemacht, die sich nicht daran ausrichtet, was notwendig ist, um das jeweilige Problem zu lösen, sondern daran, was der Wähler für richtig empfindet.

Und die meist in guter Absicht geäußerten Wünsche der Bürger sind oft nicht das, was auch richtig und notwendig ist, sondern oftmals aus Unkenntnis genau das Gegenteil, nämlich das absolut Falsche. Wenn es aber genügend Wähler betrifft, dann machen es unsere Politiker genauso, wie diese Personen es wünschen, da es im anderen Fall wichtige Stimmen kosten könnte. Um nochmals den FDP-Politiker sinngemäß zu zitieren: Man müsse es vor der Wahl so sagen, dann aber ohne großes Aufhebens versuchen, es wieder in die richtigen Gleise zu bringen.

Politiker als gute Schauspieler

Der Leser braucht sich doch nur einmal zu fragen, warum Steuererhöhungen oder andere den »kleinen Mann« belastende Dinge an den Anfang oder in die Mitte einer Legislaturperiode gesteckt werden und für den »kleinen Mann« Positives immer kurz vor den Wahlen in Kraft tritt. Auf vielleicht wirtschaftliche Notwendigkeiten wird dabei keine Rücksicht genommen.

Alle Wirtschaftsexperten waren sich einig, daß ein Vorziehen der für 1990 geplanten großen Stufe der Steuerreform angesichts der vielen Probleme notwendig sei, doch Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg stellte sich quer. Und warum? Ganz einfach: Wenn dieses nämlich erst 1990 in Kraft tritt, dann haben die Wähler bei der nächsten Bundestagswahl, die wahrscheinlich schon im Herbst 1990 stattfindet, ihre steuerliche Entlastung noch gut im Gedächtnis, während es bei einem Inkrafttreten 1989 schon normal wäre, monatlich mehr Geld in der Lohntüte zu haben. Also wird aus rein wahl-opportunistischen Gründen anders gehandelt, als es die wirtschaftlichen Gegebenheiten zwingend erforderlich machen.

Altbundeskanzler Helmut Schmidt sagte im Herbst des vergangenen Jahres vollkommen richtig, daß es eine Gefahr für die Demokratie sei, daß es, wie derzeit, den Politikern zunehmend auf den Eindruck, den sie in der Öffentlichkeit machen, ankomme und immer weniger auf den Inhalt der von ihnen vorgetragenen Dinge. Schmidt hat absolut recht.

Alles zusammengenommen wirft nun sicherlich nicht nur auf die etablierten Parteien ein schlechtes Bild, sondern auch auf das Wahlrecht. Doch kann das Wahlrecht nichts dafür, wenn es von vielen in ihrem Sinne pervertiert wird. □



Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burkhardt, Nicole Franke-Gricksch (Medizin), Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Europäische Gemeinschaft: Oscar Boline; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexiko: Arturo Ramirez; USA: Charles Cooper, George Nicholas, Alec de Montmorency; Zentralamerika: Moises D. J. Ulloa Durate.
Die Mitarbeiter der internationalen Redaktion gehören dem Redaktionsteam der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, Washington, an.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti, Mark Lane.

Die Mitarbeiter der Nahost-Redaktion sind Herausgeber des Informationsdienstes »New American View«, Washington.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight«, einer wöchentlich erscheinenden populistischen Zeitschrift aus Washington. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. SE, Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, einem Informations- und Nachrichtendienst. »New American View« wird herausgegeben von Victor Marchetti und Mark Lane, 132 Third St. SE, Washington, D. C., 20003, USA.

Alle Informationen und Berichte stammen aus zuverlässigen Informationsquellen, sind mit Sorgfalt recherchiert und werden veröffentlicht nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr. Verantwortlich für den Inhalt sind die jeweilig zuständigen Redaktionen in Washington und Leonberg.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

CODE kostet als Einzelheft DM 7,50 einschließlich 7% Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 60,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats. Vertrieb Handel im In- und Ausland; Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Gesamtherstellung: Greiserdruck, Karlsruher Straße 22, D-7550 Rastatt.

Verlag Diagnosen GdbR, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11.

ISSN 0932-3473

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 30. November 1988 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er CODE nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.

Bonn

Der Zeitgeist zerstört die Demokratie

Michael Brandegger

Eine Jahrhundertlüge begleitet unsere Gesellschaft: Das Wort vom Wertewandel – so, als ob anstelle der abgeschafften Werte, wie zum Beispiel Treue, Liebe, Vaterland, Einsatzbereitschaft oder Arbeitsfreude, andere Werte herausgebildet worden seien, also als ob nur ein Wandel vom einen zum anderen Wert stattgefunden hätte. In Wirklichkeit sind von Generationen überlieferte Werte im Namen von »Selbstverwirklichung« und unter Mißbrauch der Freiheitsideale zerstört und mit Hilfe von Umerziehern abgeschafft worden. Frustration, Glücklosigkeit, Zukunftsängste haben die Freiräume in unserer wertlosen Gesellschaft besetzt.

Der Zeitgeist produziert eine morbide, zur Solidarität unfähige Gesellschaft und ist auf dem besten Wege, die Demokratie erneut zu zerstören. Dabei lebt auf unserem Erdball kein Volk, und ist keine Geschichtsperiode zu entdecken, die ohne sittliche Normen und Werte, ohne Orientierungshilfe, Ideale, Vorbilder und Glaubensgrundsätze ausgekommen wäre. Wenn unsere Politiker verkünden: »In der freiheitlichen Demokratie ist die Würde des Menschen der oberste Wert«, so zeigt eine Bilanz der gesellschaftlichen Entwicklung doch an, daß nichts so sehr auf den Hund gekommen ist, wie gerade diese Würde des Menschen. Rufen wir uns einiges von dem ins Gedächtnis, was der Zeitgeist unter uns anrichtet.

Das Recht auf Faulheit

Ministerpräsident kann bei uns sein, und vermutlich Kanzlerkandidat werden, der – wie Lafontaine – vom damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt gesagt hat, er besitze »Sekundärtugenden, mit denen man auch Konzentrationslager betreiben kann: Zuverlässigkeit, Arbeitsfreude, Pflichtbewußtsein«. Hier sind also alte, offenbar überholte Werte gleich mit der Erinnerung an Konzentrationslager verknotet worden.

In der »Muttersprache« von Familienministerin Süßmuth heißen Jungen und Mädchen »Boys und Girls«.

Wer so die Arbeitsfreude herunterstuft, muß natürlich den Personalbestand seiner Staatskanzler seit Amtsübernahme um 50 Prozent erhöhen, vom »Staatskoch« mit einem Gehalt von monatlich 6000 DM ganz abgesehen.

Einen Schritt weiter ging 1988 die Gewerkschaftsjugend, die vom Gesetzgeber verlangte, »das Recht auf Faulheit« in der Verfassung zu verankern.

Jeder klaut, aber niemand aus materieller Not

Drei Milliarden DM Verlust erleidet in einem Jahr der Einzelhandel in der Bundesrepublik durch Ladendiebstähle. Waren es laut Statistik des Bundeskriminalamtes im Jahr 1963 erst 43 325 erfaßte Fälle, so wurden 1987 bereits 351 868 Ladendiebstähle gemeldet.

»Die Zeit der erregten Debatten ist längst vorbei«, schreibt dazu die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«. »Man hat sich daran gewöhnt und lebt damit. 95 Prozent der Ladendiebe haben Geld genug für den Kauf der Ware in ihrer Tasche. Der Handel schlägt den Diebstahlschaden auf die Preise. Jeder klaut, aber niemand klaut aus materieller Not.«

Das Phänomen wird vor allem bei Jugendlichen aus gestörten Familienverhältnissen beobachtet. Der Zeitgeist hat uns hier eine Einstiegsdroge in die Kriminalität geliefert, die in Hamburg bis zu einem Warenwert von 100 DM noch dazu völlig gefahrlos ist, denn laut Verfügung des Justizsenators Krumsiek (SPD) werden Verfahren nach Paragraph 153 der Strafprozeßordnung wegen »geringer Schuld« eingestellt.

Übrigens hat zur rasanten Entwicklung der Ladendiebstähle die Bundesarbeitsgemeinschaft des Einzelhandels (BAG) festgestellt: »Es liegt an der Gesellschaft und ihrem Wertesystem.«

Umweltkriminalität ein Kavaliersdelikt

Auf 24 Milliarden DM wird der alljährliche Schaden geschätzt, der durch Umweltkriminalität angerichtet wird. 1986 registrierte das Bundeskriminalamt 14 853 solcher Fälle – 1973 waren es erst 2321 –, die zu 97 Prozent mit meist geringfügigen Geldstrafen geahndet werden. Die verbleibenden drei Prozent sind in der Regel zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafen.

Das Risiko, für den angerichteten Schaden bestraft zu werden, ist gleich Null, der erzielte Gewinn in der Regel beträchtlich. Nichts beleidigt das Rechtsgefühl so sehr, wie der Umstand, daß einem Straftäter die Vorteile seiner Straftat verbleiben.

Wie der Abgeordnete Sauter im Bundestag erklärte: »Ein Kapitän, der in der Elbmündung aus seinem Schiff Öl abpumpen ließ, wurde zu einer Geldstrafe von 3000 DM verurteilt. Das ordnungsgemäße Reinigen des Tanks im Hafen, wie es das Gesetz vorschreibt, hätte das Zehnfache, nämlich 30 000 DM gekostet.«

Solange der Umweltkriminalität nur Bagatellcharakter zukommt, ist sie ein Kavaliersdelikt, auch eine Blüte des Zeitgeistes. Dazu kommt noch das, was man unter Wirtschaftskriminalität versteht. Sie hat sich 1987 gegenüber dem Vorjahr nahezu verdoppelt. Allein in Nordrhein-Westfalen be-

ziffert der dortige Justizminister den entstandenen Schaden auf 1,9 Milliarden DM.

Das Geschäft mit den Spielhallen

Einst traf man unsere Jugend in Heimen und Herbergen, in Zeltlagern oder auf Wanderungen, heute sind Diskotheken und Spielhallen »in«. 4500 solcher Spielhallen mit 120 000 Geldspielgeräten und einem Jahresumsatz von 1,5 Milliarden DM gibt es inzwischen in der Bundesrepublik. Etwa 80 000 Bundesbürger verbringen in der Woche durchschnittlich fünf Stunden und mehr mit dem Automatenspiel.

Staatssekretär Anton Pfeiffer vom Familienministerium muß es schließlich wissen: »Es gibt eine ständig wachsende Zahl auffälliger Spieler mit einem Spielverhalten, das man zum Teil als krankhaft bezeichnen muß.«

Auf 100 000 Einwohner kommen bereits 15 Spielhallen, dreimal soviel wie vor acht Jahren. Spielbanken sind ein Thema für sich.

Gleichberechtigung für homosexuelle Paare

Als Befreiung von sexuellen Zwängen wurde vor 13 Jahren von der sozialliberalen Koalition die Freigabe der Pornographie durch Liberalisierung des Strafrechts (Paragraph 184) gepriesen, durch Ersatz des offenbar als verstaubt empfundenen Begriffs »Unzucht« durch Pornographie und bei einer Verbotsbegrenzung auf grausame, pädophile und sodomistische Darstellungen.

Im Zeitalter der Beate Uhse überschwemmte pornographischer Schund die bundesrepublikanische Gesellschaft. Obszönität, Perversion feierten mit Video-Kassetten in Wohn- und Schlafzimmern Triumphe. Abertausende von Ehen und Lebensgemeinschaften zerbrechen darunter. Die Grüne Fraktion des Bundestages setzte noch eins drauf und forderte die rechtliche Gleichstellung homosexueller Paare, und der dreitägige bundesweite Hurenkongreß in Hamburg forderte die Abschaffung aller Sperrgebietsverordnungen, da ein Abschieben der Prostituierten in geduldete Toleranzzonen zwischen Kanälen und Gleisen ein »unzumutbares Sicherheitsrisiko« mit sich bringe.

Jetzt hat wenigstens die Welle von Vergewaltigungen die Feministinnen in Bonn auf eine Barrikade getrieben, und bei einer »Anhörung« haben sie die Kommerzialisierung der Sexualität »in dem nicht mehr zu verantwortenden Maß« kritisiert. Eine Quotenfrau machte sogar die für unseren Zeitgeist erstaunliche Entdeckung, daß die Pornographie ein Mittel zur Erniedrigung der Frau sei und die Liebe zerstöre; von der sexuellen Ausbeutung der Kinder und deren Folgeschäden war keine Rede. Kinder wählen ja nicht und haben keine Lobby.

Für das Jahr 1985 liegt eine Statistik vor, wonach in etwa 1000 Sex-Shops und rund 4500 Videotheken ein Umsatz von 850 Millionen DM gemacht wurde. 500 000 Porno-Videos wurden zu Preisen zwischen 50 und 200 DM verkauft oder ausgeliehen. In einer Reportage war zu lesen: »Die Herrschaft über den Sex entglitt der Kirche. Sie liegt nun in den Händen des Kommerzes.«

Zerstörung der Muttersprache

Zur vielbeschworenen politischen Kultur gehört auch eine saubere Muttersprache. Die Beat-Generation, die sich in einer Peep-Show »anmachen« läßt. Allenfalls im T-Shirt Jogging betreibt, die cool reagiert und up to date ist, die ihr Make-up pflegt und mit Styling Gel umzugehen versteht, will nicht nur ihre Punk-Sprache sprechen, sondern wartet schon darauf, daß auch unsere Rechtschreibung geändert wird, damit die nachwachsende Generation selbst dann, wenn sie es wollte, unsere Klassiker gar nicht mehr lesen kann.

Auch Sprachzerstörung leistet sich der Zeitgeist. Was wunder dann, daß sich die Familienministerin Süßmuth mit einer Aids-Aufklärungs-Broschüre nicht mehr an unsere Jungen und Mädel wendet, sondern, um die erwünschte Akzeptanz zu erzielen, ihre Schrift mit »Boys und Girls« betitelt. Wollen wir daher dankbar sein, wenn sich in Zukunft unsere Politiker in Bonn wenigstens noch für Zweisprachigkeit verwenden werden.

Wiedervereinigung wird zur »Lebenslüge«

Unser Alt-Bundeskanzler Willy Brandt hat zum 40jährigen Bestehen des Grundgesetzes einen bezeichnenden Beitrag zu seiner Demontierung geleistet, indem er die Wiedervereinigung zur »Lebenslüge der zweiten Republik« erklärte und die Aufforderung, die Einheit zu vollenden, als »wirklichkeitsfremd« titulierte.

Ach, hätte er sich doch in der 125jährigen Geschichte Polens umgesehen, um in diesem dreigeteilten Volk jemanden zu entdecken, der die Zukunft seines wiedervereinigten polnischen Staates so drastisch in den Kamin geschrieben hätte. Nein, Polen hat keinen Brandt hervorgebracht!

Auch die Demokratie hat ihre Schreibtischtäter

Zeigen wir schließlich noch an einem Beispiel, wie Wertvorstellungen wie Ehrfurcht oder Respekt zertrümmert werden. Da schreibt der Kolumnist Dieter Höss in der »Augsburger Allgemeinen«: »Allen Fröschen sei verziehen./ Dieses Jahr blieb ich daheim/ und ging Wetterprophetien/ einfach nicht mehr auf den Leim./ Zwar – die Gegend war verregnet./ Doch zumindest bin ich Kohl/ eine Weile nicht begegnet./ Kohl war fort. Schon das tat wohl.«

Man kann zum gewählten Kanzler stehen wie man will. Die gewählten Volksvertreter haben ihn mehrheitlich in sein Amt gerufen. Früher wäre ihm Respekt entgegengebracht worden. Ein Stück demokratischen Selbstverständnisses. Dem heutigen Zeitgeist aber geht jede Ehrfurcht ab. Ohne ihr Vorhandensein kann auch keine geistige Führung erfolgen. Das kleine Beispiel zeigt: auch die Demokratie hat ihre Schreibtischtäter, die sie zugrunde richten.

Johannes Gross am 16. September 1988 im »FAZ-Magazin«: »Die Menge der Deutschen erscheint der Welt als ein Volk ohne Anstand und Scham. Zeichen einer Gesellschaft, die nie die Kraft hat gewinnen können, sich Konventionen zu geben, sondern amorph wird, wenn das Korsett des Obrigkeitsstaates entfällt.« □

Revisionismus

Was in der »Kristallnacht« auch geschah

Günter Kaufmann

Am 13. November 1938 trug Dr. Josef Goebbels in sein Tagebuch ein: »Heydrich gibt einen Bericht über die Aktionen. 190 Synagogen verbrannt und zerstört. Das hat gesessen. Konferenz bei Göring über die Judenfrage. Heiße Kämpfe um die Lösung. Ich vertrete einen radikalen Standpunkt . . . Die Juden bekommen eine Kontribution von einer Milliarde Mark auferlegt. Sie werden in kürzester Frist gänzlich aus dem wirtschaftlichen Leben ausgeschieden . . . Jedenfalls wird jetzt tabula rasa gemacht. Ich arbeite großartig mit Göring zusammen. Er geht auch scharf heran. Die radikale Meinung hat gesiegt . . . Der Tote kommt den Juden teuer zu stehen.«

Der Tote war der Gesandtschaftssekretär Ernst vom Rath, auf den am 7. November 1938 in Paris der siebzehnjährige polnische Jude Herschel Grynzpans einige Schüsse abgegeben hatte. Als die alten Kämpfer der NSDAP sich traditionell zwei Tage später, am Abend des 8. November, diesmal im Saal des alten Rathauses in München versammelten, erwähnte Hitler das Pariser Attentat in seiner Rede mit keinem Wort.

Die große Rede war vorbei

Es hätte wohl auch einen dunklen Schatten auf seinen Erfolgsbericht geworfen, den er auf dem Zenit seiner Macht nach dem Anschluß Österreichs und der am 28. September mit dem Münchner Abkommen vollzogenen Angliederung des Sudetenlandes an das Reich triumphierend erstattete. Was Wunder, daß die Hochstimmung, in der sich der Führer befand, den ganzen Saal elektrisierte. Und draußen im Volk war angesichts dieser Erfolgsbilanz ohnehin jede Disposition für kritische Überlegungen auf dem Nullpunkt angelangt.

Die große Rede war vorbei, es war 21 Uhr, als Adjutant Schaub mit einer Nachricht an Hitler herantrat, die ihn über den an diesem Nachmittag erfolgten Tod des Herrn vom Rath unterrichtete. Hitler und Goebbels steckten die Köpfe zusammen und tauschten offensichtlich ihre Gedanken darüber aus, was nun zu geschehen habe.

Vielleicht erinnerten sich beide sogar in diesem Augenblick daran, daß der erste Boykott jüdischer Geschäfte, Rechtsanwälte und Ärzte im April 1933 nach vier Tagen abgebrochen werden mußte, weil er bei der Bevölkerung keine Unterstützung fand.

Übrigens war dieser erste Boykott nichts anderes als die Antwort auf den Boykottaufruf aller jüdischen Organisationen, wie er im »Daily Express« vom 24. März 1933 nachzulesen ist: »Jews of all the world unite – Boykott of german goods.«

Die Wirkung allein zu verurteilen, wie im Fall der Kristallnacht, ohne auf die Ursachen gleichzeitig zu verweisen, ist nichts als Geschichtsklitterung. Eine Wiederholung von Boykottmaßnahmen wie zu Beginn des Dritten Reiches erschien Hitler und Goebbels in diesen Augenblicken sicherlich nicht als eine wirksame Maßnahme.

Das Gespräch der beiden mußte also andere Formen der Reaktion zum Gegenstand haben. Zu ihrer Überraschung sahen die Alt-Parteigenossen, wie Hitler unmittelbar danach aufstand und den Saal verließ. In diesem Augenblick aber schritt Goebbels zum Mikrophon, um die Nachricht vom Tod des deutschen Diplomaten bekanntzugeben und in einer von Leidenschaft und Haß erfüllten Rede zu Rache und Vergeltung aufzurufen.

»Der Führer hat entschieden«

»Die Gunst der Stunde« schien er beim Schopfe packen zu wollen, um sein gerade erst durch die Lida-Baarova-Affäre gesunkenes Ansehen wieder aufzupolieren und sich als besonders entschlossener Gefolgsmann seines Führers durch blitzartiges Handeln zu bewähren. Goebbels verkündete, als erste Reaktion auf das Attentat seien in Kurhessen und Magdeburg Schaufenster jüdischer Warenhäuser eingeschlagen und Synagogen in Brand gesteckt worden.

»Der Führer hat entschieden«, so sagte er, »die Partei solle Demonstrationen nicht organisieren; wenn sie spontan entstehen, dann soll ihnen nicht entgegengetreten werden.«

Das war also ein Freibrief und ein Signal für die Ereignisse der nächsten Stunden. Die SA-Obergruppenführer versammelten sich unmittelbar nach dem fanatischen Appell des Propaganda-Ministers im Hotel »Bayerischer Hof«, um von dort fernmündlich ihre Befehle zur Durchführung der Pogrome zu erteilen.

Unter den Teilnehmern an der Veranstaltung im alten Rathaus befand sich auch der Reichsjugendführer Baldur von Schirach, der sich mit einigen Mitarbeitern ebenfalls in den »Bayerischen Hof« begab, wohin er auch seinen Fahrer Häfner beorderte mit der Ankündigung, er müsse mit ihm noch in der gleichen Nacht nach Berlin fahren.

Noch bevor Schirach an den Telefonapparaten des Hotels mithörte, welche Weisungen SA-Führer an ihre Dienststellen erteilten, war ihm klar, daß hier eine gefährliche Eskalation in Gang gesetzt wurde, die in dem von ihm für die Jugendarbeit proklamierten »Jahr der Verständigung« großen Schaden in der Weltöffentlichkeit anrichten würde. Alles, was er im Kontakt mit François-Poncet, dem Botschafter Frankreichs in Berlin, mit dem britischen Premierminister Neville Chamberlain und vielen anderen ausländischen Persönlichkeiten im Sinne eines ständigen Jugendaustausches und besserer Verständigung unter der nachwachsenden Generation angebahnt hatte, drohte mit den Fensterscheiben der jüdischen Geschäfte im Reich in dieser Nacht zu Bruch zu gehen.

Aus erzieherischen Gründen gegen jede Gewalt

Die nationalsozialistische Reaktion auf die Ermordung vom Raths kam überraschend, hatte Hitler doch nach der vorangegangenen, am 4. Februar 1936 erfolgten Ermordung des Landesgruppenleiters der NSDAP in der Schweiz, Wilhelm Gustloff, durch den sechsundzwanzigjährigen jüdischen Medizinstudenten David Frankfurter auf jegliche Repressalien verzichtet, obschon dieser bei seiner Vernehmung ausgesagt hatte, die Kugel habe eigentlich Hitler gegolten, gegen dessen Verfolgungspolitik habe er protestieren wollen.

Diesmal war die Situation aber eine andere. Als Frankfurter schoß, stand die Besetzung des Rheinlandes bevor, was deutschfeindliche Kräfte mobilisieren konnte. Grynzpans aber schoß, als sich Hitler auf dem Höhepunkt seiner Macht wähnte und nun bereits in der Vorstellung lebte, aller Welt seinen Willen aufzwingen zu können.

Auch Schirach griff in dieser Nacht zum Telefonhörer und erreichte seinen in Berlin befindlichen Stabsführer Hartmann Lauterbacher, dem er Weisung gab, unverzüglich den Gebietsführern im gesamten Reichsgebiet durch Rundruf seinen Befehl zu übermitteln, weder selber noch mit HJ-Einheiten an den Progromen teilzunehmen.

Als Schirach am anderen Morgen in Berlin eingetroffen war und von seiner Frau am Telefon Einzelheiten von den Ausschreitungen in München erfuhr, fiel das Wort von der Kulturschande, der sich die Partei schuldig gemacht habe. Eine der in dieser Nacht flüchtenden jüdischen Familien hatte Frau von Schirach übrigens in ihrem Haus in München-Bogenhausen aufgenommen und damit vor Zugriffen der Gestapo bewahrt.

Der Reichsjugendführer selber berief für den 15. November die Gebietsführer zu einer Tagung nach Berlin ein, an der auch der Verfasser dieser Zeilen teilnahm. Was Schirach dort ausführte, sei mit den Worten der Zeugenaussage Lauterbachers im Nürnberger Prozeß (Band 13/14, Seite 598 ff. der Sitzungsprotokolle) wiedergegeben:

»Er bezeichnete in seiner Rede die Ausschreitungen als eine Kulturschande und als einen Angriff auf unsere eigene Würde. Er sagte, daß so etwas bei einem unzivilisierten Volk, aber nicht im deutschen Volk hätte vorkommen dürfen. Er erklärte weiter, daß wir uns durch diese Demonstrationen die Welt, darüber hinaus aber auch alle Anständigen in Deutschland selbst zum Gegner gemacht hätten. Er befürchtete ernsthafte innenpolitische Schwierigkeiten und auch Schwierigkeiten in der Partei selbst. Herr von Schirach gab dann der Jugendführerschaft noch die besondere Anweisung, sich auch in Zukunft unter allen Umständen aus Demonstrationen dieser oder ähnlicher Art herauszuhalten, und verurteilte schon aus erzieherischen Gründen jede Gewalt. Er hat dann noch zum Abschluß dieser Tagung den ›Stürmer‹ als Zeitung, die in der Hitler-Jugend etwa bei Heimabenden oder sonstwo hätte Verwendung finden können, verboten.«

Nicht die Verbrechen des deutschen Volkes

Schirach, der sich einige Tage nach der Kristallnacht bei Hitler über die Vorgänge beschwerte und auf die Folgen für seine Auslandsarbeit verwies, berichtete seinen Mitarbeitern darüber. Hitler habe, so sagte er, die Beschwerde zur Kenntnis genommen und eingeräumt, sie habe ihn in seiner Politik um Jahre zurückgeworfen.

Der Reichsjugendführer und seine Mitarbeiter befanden sich mit dieser Einstellung zu den Ereignissen der sogenannten »Reichskristallnacht« im Konsens mit der öffentlichen Meinung wie mit der überwiegenden Zahl von Parteigenossen.

So verwendete sich denn auch die Reichsjugendführung nach dem 9. November für die weitere Zulassung der jüdischen Jugendorganisationen, was jeder bei Edith Wolf »Jüdische Jugend im Untergrund«, 1969 erschienen im Verlag Bitaon Ltd. in Tel Aviv, nachlesen kann. Dort heißt es übrigens auch: »Das Bestehen des Reichsausschusses der jüdischen Jugendverbände als offiziellem Partner gegenüber der Reichsjugendführung konnte naturgemäß die Aufgabe erfüllen, vor Übergriffen und Verfolgungen durch verschiedene Behörden zu schützen, da der Kontakt des Reichsausschusses mit den zentralen Nazi-Behörden seine Stellung gegenüber Lokalbehörden stärkte und zum Beispiel Verfolgungsmaßnahmen lokalen Charakters zu mildern imstande war.«

Nicht ohne Grund berichtete am 16. November der britische Geschäftsführer in Berlin seiner Regierung: »Ich habe nicht einen einzigen Deutschen, gleich welcher Bevölkerungsschicht, angetroffen, der nicht in unterschiedlichem Maße zumindest mißbilligt, was geschehen ist.«

Der amerikanische Botschafter Wilson berichtete aus Berlin: »In Anbetracht der Tatsache, daß dies ein totalitärer Staat ist, ist es ein erstaunliches Merkmal der Lage, wie heftig und zahlreich die kürzlich unternommenen Aktionen gegen die Juden von den deutschen Bürgern verurteilt werden.«

Das Mitglied des Exilvorstandes der SPD, Friedrich Stampfer, schrieb im Dezember 1938 in Paris: »Die Verbrechen, die da verübt wurden, sind nicht die Verbrechen des deutschen Volkes. Sie sind von ihm nicht gewollt und nicht gebilligt.«

Sarah Gordon, eine jüdische Autorin, schreibt in ihrem 1983 erschienenen Buch »Hitler, Germans and the Jewish Question«, »daß die Ablehnung der nazistischen Judenpolitik durch die Bevölkerung während und nach dem November-Progrom besonders ausgeprägt war, und daß sie im Lichte fast aller Berichte für die große Mehrheit der Deutschen zu gelten hat«.

In der HJ-Presse wurde entgegen der Weisung von Goebbels, wie in den Nürnberger Protokollen nachzulesen ist, keine Kommentierung der Vorgänge um den 9. November vorgenommen, statt dessen die »Rede des Perikles auf die Gefallenen« im Führungsorgan »Wille und Macht« am 15. November nachgedruckt, in der zu lesen war: »Im öffentlichen Leben empfinden wir Ehrfurcht vor dem Sittengesetz und den Gesetzen, vor allem denen, die zum Wohl der Schutzbedürftigen erlassen sind, und jenen ungeschriebenen Gesetzen, die an das allen gemeinsame Ehrgefühl appellieren.«

Schaden vom deutschen Volk fernhalten

Keiner der Zeitzeugen hat in jenen November-Nächten des Jahres 1938 geahnt, welche Eskalation der Gewalt uns allen noch bevorstand. Trotz der 91 Todesopfer der »Kristallnacht« und trotz der »Schutzhaft«, in die einige Tausend Juden damals genommen wurden, wurde die Reaktion des Dritten Reichs auf die Ermordung vom Raths von den Führern des Judentums nicht als Warnung verstanden.

Von den 600 000 jüdischen Staatsangehörigen im Deutschen Reich waren zu diesem Zeitpunkt 170 000 bereits emigriert. Im Oktober 1939 erklärte der Jüdische Weltkongreß ganz offiziell dem Deutschen Reich den Krieg an der Seite Frankreichs und Großbritanniens.

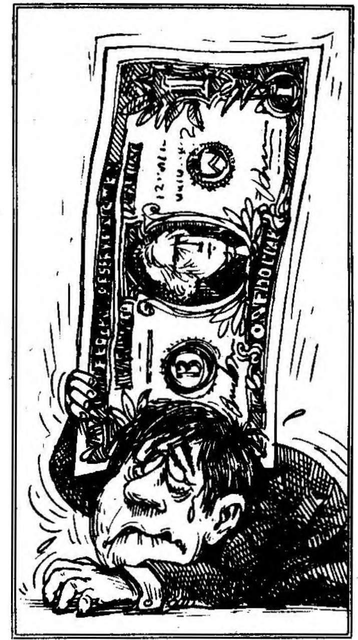
In diesem Zusammenhang muß zitiert werden, was Edgar Bronfman, der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, in einem »Spiegel«-Interview zum Thema »Schlußstrich« unter die Vergangenheit erklärte: »Wenn die Deutschen willens sind, zu ihrer Geschichte zu stehen und zu sagen: ›Ja, wir haben das getan, es war Teil unseres Nationalcharakters, wir werden so etwas nie wiederholen, wir bereuen es zutiefst, es war Irrsinn‹, dann werden wir weitersehen.«

Wahr ist hingegen, daß sich bei einer differenzierten Bewertung des damaligen Geschehens dieses eben nicht als »Teil des deutschen Nationalcharakters« erweist. Es ist darum auch an der Zeit, für die volle Wahrheit über die Ereignisse am 8./9. November 1938 einzutreten.

Die junge Generation von damals, die heute die Senioren der Bundesrepublik stellt, steht unbelastet und schuldlos vor der Welt. In der »Kristallnacht« wurden die ersten Sorgen und Zweifel über den späteren Weg des Dritten Reiches laut, wurde die Saat für Widerstand und Häresie im Parteigefüge in die Seelen gepflanzt.

Von Schirachs Stopp-Befehl am Abend des 8. November über seine Warnungen bei Kriegsausbruch bis hin zu seinem Bekenntnis im Nürnberger Prozeß läßt sich eine folgerichtige Entwicklung nachweisen.

Wenn der fünfzigjährigen Wiederkehr jener Nacht des wüsten Terrors von Bundespräsident und Bundeskanzler in Reden gedacht wird, so würden sie sicherlich gut beraten sein und ihre beschworene Pflicht erfüllen, Schaden vom deutschen Volk fernzuhalten, wenn sie der Wahrheit über den 9. November eine Gasse schlügen und damit der Verzerrung des Bildes von den Deutschen in der Welt entgegenwirken wollten. □



Revisionismus

Schweigen über Katyn

William Carmichael

Der römisch-katholische Primas Kardinal Josef Glemp ist der erste oberste Kirchenvertreter Polens, der Katyn in Weißrußland besuchte. Glemp brachte ein Kreuz mit, das er an dem Massengrab von 4300 polnischen Offizieren errichtete, die im Jahr 1939 von der Sowjetarmee gefangengenommen worden sind. Das Massengrab wurde im Jahr 1943 von den Deutschen entdeckt.

Das Massaker war lange ein Dorn in den polnisch-sowjetischen Beziehungen und bis zum vergangenen Jahr ein Tabu-Thema in den beiden Ländern. Moskau und die polnischen kommunistischen Behörden haben den eingefallenen deutschen Truppen die Schuld dafür gegeben, doch die meisten Polen schreiben die Morde dem sowjetischen NKWD, dem Vorläufer des heutigen KGB, zu. Das Schicksal weiterer 11 000 polnischer Offiziere und Intellektueller, die verschwanden, nachdem sie von der Sowjetarmee gefangengenommen worden waren, ist niemals aufgeklärt worden.



US-Präsident Roosevelt wußte von Stalins Massakern an 14 000 polnischen Kriegsgefangenen. Er schwieg aus Freundschaft.

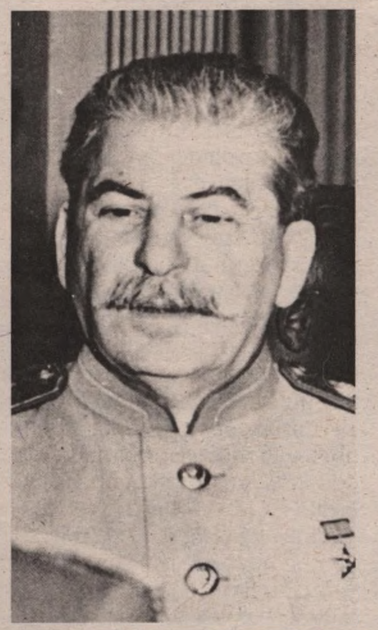
Der Ruf nach Wahrheit in Sachen Katyn

Kardinal Glemp war der erste polnische Primas, der die Sowjetunion im Juni dieses Jahres besucht hat. Während seines Besuches verlangte er nach der Wahrheit über Katyn und daß an den Gräbern ein Kreuz aufgestellt werden solle. Sowjetchef Michail Gorbatschow und der starke Mann Polens Wojciech Jaruzelski einigten sich im letzten Jahr darauf, eine gemeinsame Kommission zur Untersuchung der »weißen Punkte« in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern einzusetzen.

Das Massaker von Katyn gehört zu einem dieser »weißen Punkte«, zusammen mit der sowjetischen Invasion des Jahres 1939 und der anschließenden Deportation von Hunderttausenden von Polen in abgelegene Teile der Sowjetunion.

Polnische Beamte sagen, das Geheimnis von Katyn könnte bald von der Kommission gelöst werden, doch aus zuverlässiger Quelle verlautete, daß die Zensur vor kurzem einen Artikel in einer führenden offiziellen Tageszeitung verboten hat, der nicht der offiziellen Linie gefolgt ist und den Deutschen nicht die Schuld gab. Gorbatschow vermied jedes Wort über Katyn bei einem offiziellen Besuch Polens vor einigen Wochen.

Was ist die Wahrheit, die die Bevölkerung der unterjochten Staaten – und selbst die Menschen in der Sowjetunion – kennt und die Bürger der Vereinigten Staaten dagegen nicht kennen? Katyn ist sowohl für die führenden amerikanischen Zeitungen wie zum Beispiel »New York Times« ebenso tabu wie für den Kreml.



Josef Stalin wollte mit den Morden in Katyn jede künftige polnische Opposition gegen seine Politik beseitigen.

Im Zweiten Weltkrieg ermordeten die Sowjets unter Josef Stalin und Lavrenti Beria über 14 000 polnische Kriegsgefangene. Das Massaker wurde zunächst vertuscht. Dann, als der Massenmord nicht mehr länger verborgen gehalten werden konnte, gaben die damaligen Alliierten – die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion und Großbritannien – einer unschuldigen dritten Partei die Schuld: den Deutschen. Diese Version des Geschehens wird von den westlichen Establishment-Medien vor allem in den USA noch heute nachgeplappert.

Viele wurden niemals lebend wiedergesehen

Am 1. September 1939, nach zwanzigjährigen Verhandlungen über das Schicksal der deutschen Stadt Danzig, fiel Adolf Hitler in Polen ein. Am 17. September marschierte Stalin von Osten her in Polen ein und nahm 230 670 Soldaten, 10 000 Offiziere und 5000 andere Führer in Polen gefangen beziehungsweise akzeptierte deren Kapitulation.

Die Sowjetunion mißachtete die Hager Regeln und die der Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen. Die 15 000 Offiziere und Intellektuellen wurden in Lagern im Gebiet von Smolenks – in Starobelsk, Ostahkow und Kosielsk – gefangengehalten. Bis zum April 1940 wurde den Gefangenen erlaubt, in bestimmten Zeitabständen mit ihren Familien zu korrespondieren. Doch nach April hörte man kein Wort mehr von ihnen. Briefe kamen zurück mit dem Vermerk »unzustellbar«.

Anfang jenes Monats wurden die Lager geschlossen. Von den 15 000 Kriegsgefangenen war das Ziel von nur 448 bekannt: das Lager Pavlishchew Bor (später Griazoviets). Und abgesehen von diesen 448 wurde keiner der Kriegsgefangenen jemals wieder lebend gesehen.

Im Juni 1941 brach der deutsch-sowjetische Krieg aus und die Sowjets beschlossen, daß eine wiederaufgebaute polnische Armee unbedingt erforderlich sei, um gegen die Deutschen zu kämpfen. Am 30. Juli 1941 unterzeichneten General Wladyslaw Sikorski und der sowjetische Botschafter in Großbritannien, Ivan Maisky, eine Amnestie für alle polnischen Bürger, die in der Sowjetunion gefangengehalten wurden.

Die neugeschaffene polnische Botschaft legte Buzul'uk als den Sammelpunkt für die neue polnische Armee fest, und ausgemergelte Polen strömten von 138 Gefängnissen und Arbeitslagern zusammen.

Von den Offizieren meldeten sich nur 294 aus dem Lager Griazoviets; 15 000 fehlten, einschließlich der 8400 von den drei Lagern, die im April 1940 geschlossen worden waren.

Polnische Vertreter wurden in die Sowjetunion geschickt, um nach den Vermißten zu suchen, doch ohne Ergebnis. Sikorski fragte den sowjetischen Botschafter in London nach den Kriegsgefangenen und bekam einen Monat später die Antwort, daß sie »freigelassen worden seien«.

Am 14. November 1941 bat der polnische Botschafter in Moskau, ein Professor Kot, Stalin persönlich, die Männer freizu-

lassen. Stalin telefonierte mit dem NKWD, der Geheimpolizei und dem Vorläufer des KGB, und erhielt auch eine Antwort, die er allerdings nicht an Kot weitergab (J. K. Zawodny »Tod im Wald«, Notre Dame Press).

»Wir haben einen großen Fehler gemacht«

Immer verzweifelter geworden, trafen sich Sikorski und ein Berater, General Anders, schließlich im Kreml am 3. Dezember 1941 mit Stalin. Zawodny berichtet:

»Auf die permanente Frage ›Wo sind die Männer?‹ antwortete Stalin ›Sie sind geflüchtet‹. General Anders fragte: ›Wohin konnten sie fliehen?‹ ›In die Mandschurei‹, antwortete Stalin.

Ein polnischer Hauptmann mit dem Namen Berling sagte zu Beria bei einem Abendessen im Lubianka: ›Ich möchte meine Offiziere aus Starobelsk und Kosielsk zurückhaben.‹

Beria antwortete: ›Wir haben einen großen Fehler gemacht . . . wir haben einen großen Fehler gemacht.‹«

Das ist das einzige Stück festgehaltener Wahrheit, das ein Bolschewist jemals über das Massaker in Katyn ausgesprochen hat, ein Massaker, das der Historiker Louis Fitz Gibbon »ein Verbrechen ohnegleichen« nennt.

Unterdessen drangen die Deutschen in sowjetisch besetztes Territorium vor und überrannten Smolensk. Am 13. April 1943 verkündete Radio Berlin, daß in einem Hügel im Wald von Katyn, westlich von Smolensk, »ein 28 Meter langer und 16 Meter breiter Graben gefunden worden sei, in dem die Leichen von 3000 polnischen Offizieren in zwölf Schichten übereinandergestapelt waren«.

»Sie steckten in ihren Militäruniformen. Einige waren gefesselt und alle hatten einen Kopfschuß am Hinterkopf . . . Die Suche nach weiteren Gräben ist im Gange.«

Die Bolschewisten feuerten sofort eine heftige Reaktion ab und gaben den »deutschen faschistischen Schurken« die Schuld an dem Verbrechen, und diese Behauptung der Sowjets erhielt sofort den Segen der amerikanischen Establishment-Medien.

Eine Tatsache, die die Schuld der Sowjets deutlich machte, ist, daß innerhalb von zwei Tagen nach der Berliner Rundfunkmeldung die Bolschewisten, die die suchenden Polen jahrelang hatten herumlaufen lassen und sie zum Narren gehalten hatten mit der lächerlichen Behauptung, die Offiziere seien in der Mandschurei geflüchtet, alles darüber zu wissen schienen, wie die »Hitler-Gangster« die polnischen Offiziere getötet hatten:

»Die einstigen polnischen Kriegsgefangenen waren im Jahr 1941 an Bauarbeiten in den Gebieten westlich von Smolensk beteiligt und fielen im Sommer 1941 nach dem Abzug der sowjetischen Truppen in die Hände der deutschen faschistischen Henker.«

Die Alliierten griffen den Schwindel auf

Nachdem also die Verschwörung des Schweigens gescheitert war, so Dr. Austin J. App, »setzten die Sowjets sofort eine alternative Strategie ein, um die Schuld von sich wegzulenken, und verbreiteten einen anderen Schwindel. Sie gerieten in Panik und erkannten nicht, daß ihr plötzliches ›Wissen‹ selbst der Beweis für ihre eigene Schuld war.«

Washington und London griffen den sowjetischen Schwindel sofort auf – was zu erwarten war – und die Establishment-Medien sprangen auf den Propagandazug der Kommunisten auf. Die »Washington Post« schrieb zum Beispiel: »Die Frage der russischen (das heißt sowjetischen) Schuld darf nicht einmal gestellt werden.« Eine Position, die diese amerikanische Zeitung noch heute vertritt.

Die »New York Times« war der führende amerikanische Lobpreisträger der sowjetischen Bolschewisten seit 1917 und sie müßte deshalb ihren langjährigen Fehler zugeben, wenn sie die Wahrheit über Katyn sagen würde. Deshalb muß die »angesehene Zeitung der Vereinigten Staaten« – wie sie sich selbst gerne nennt – den Mythos weiterhin aufrechterhalten. Wenn die Establishment-Medien ihren Lesern die Wahrheit erzählen sollten, dann würden sie damit auch den Revisionisten Glaubwürdigkeit verleihen, die verhöhnt worden sind, weil sie Beweise für die Wahrheit über Katyn und andere sowjetische Greueltaten präsentiert haben.

Die Polen dagegen haben es abgelehnt, die Legende zu akzeptieren, und baten das Internationale Rote Kreuz um eine Untersuchung. Das Rote Kreuz antwortete, es würde eine Untersuchung durchführen, wenn die Deutschen und Sowjets sich beteiligen würden. Die Deutschen stimmten sofort zu, doch die Bolschewisten lehnten ab und gerieten in Wut. V. M. Molotow nannte das Verlangen der Polen einen »verräterischen Schlag« und verkündete, daß »deshalb die Sowjetregierung beschlossen habe, die Beziehungen zur polnischen Regierung abzubrechen«.

Winston Churchill und Franklin Roosevelt schlugen sich auf die Seite ihres Freundes Stalin. Roosevelt schrieb zweimal an Stalin, daß Churchill »Sikorski dazu bringen würde, vernünftig zu sehen«. Am 30. April berichtete er glücklich an Stalin, daß er Sikorski gedrängt habe, seinen Antrag auf eine Untersuchung zurückzuziehen.

App zufolge lud Deutschland die Kommission des polnischen Roten Kreuzes, die deutsche Sonderkommission Medizin und Recht sowie eine internationale Kommission zu einer Untersuchung an Ort und Stelle ein. Die internationale Kommission, die aus zwölf Ländern zusammengesetzt war, bestand aus Wissenschaftlern und medizinischen Experten. Die polnische Kommission bestand aus neun – später zwölf – Medizinern. Die deutsche Kommission wurde erweitert um Gefangene der Alliierten, die nach Katyn gebracht worden waren, und um Besucher sowie ausländische Korrespondenten.

Komplizenschaft Stalin – Roosevelt

Jede Kommission arbeitete selbständig, mit einem Maximum an Freiheit, und erreichte eine gemeinsame Schlußfolgerung: »Die Männer wurden im Frühjahr 1940 getötet und vergraben, als die Region zur Sowjetunion gehörte.«

Als der ehemalige amerikanische Gouverneur George E. Earle, Sondergesandter für Balkan-Angelegenheiten und einer der sechs rühmlichen Diplomaten um Roosevelt, sagte, er möchte gern die Tatsachen über Katyn veröffentlichen, antwortete Roosevelt am 24. März 1945: »Ich verbiete Ihnen ganz entschieden, Informationen darüber zu veröffentlichen.« Roosevelt schickte Earle nach Samoa ins Exil.

Bei den Nürnberger Prozessen versuchten die Sowjets die Deutschen des Massakers von Katyn zu überführen. Doch als die Männer, denen sie die Verantwortung dafür geben wollten, über jeden Zweifel erhaben beweisen konnten, daß sie zu jener Zeit nicht dort gewesen sein konnten, wurde die Sache fallengelassen.

Am 18. September 1951, als der Korea-Krieg das Image von Amerikas »gutem Verbündeten« im Zweiten Weltkrieg, Stalin, getrübt hatte, schuf der amerikanische Kongreß einen Sonderausschuß, um das Massaker im Wald von Katyn zu untersuchen. Die kommunistischen Regierungen Polens und der Sowjetunion lehnten jegliche Kooperation ab.

Am 2. Juli 1952 veröffentlichte er einen Bericht mit der Schlußfolgerung: »Der sowjetische NKWD beging das Massaker . . . nicht später als im Frühjahr 1940«, und daß »die Sowjets diese Auslöschung von Polens intellektueller Führung bereits im Herbst 1939 geplant haben« als Teil »einer kalkulierten Verschwörung zur Eliminierung aller polnischen Führer, die später gegen den sowjetischen Plan eines kommunistischen Polen opponiert hätten«.

Alle diese Informationen sind in den USA öffentlich und für jede Zeitung oder andere Medien zugänglich, die sie verbreiten möchten. Sie stehen auch dem amerikanischen Militär zur Verfügung, das seine in der Bundesrepublik stationierten US-Soldaten immer noch über »die Greueltaten der Nazis in Katyn« instruiert. □

One-World

Abgrenzung und Fremdenhaß

Günther Viercke

Es ist erstaunlich, wie wenig manche Experten und Journalisten, die sich für Ausländerfragen zuständig fühlen, sich mit den angeborenen Verhaltensweisen der Menschen vertraut gemacht haben. Lautstark treten sie als edle Humanisten auf und verwirren das Volk sowie die Politiker. Sie wissen scheinbar nicht, oder wollen es nicht wissen, daß auch sie als Mitglied der menschlichen Art auf die gleichen und primitiven Verhaltensregeln programmiert sind. Sie sind wahrscheinlich der Meinung, daß sie vom Verstand und ihrem vermeintlichen humanitären Bewußtsein kontrolliert werden. Es ist der soziale Trieb des einzelnen, der aus ihnen spricht, und er darf nicht mit dem Antrieb der Masse verwechselt werden, der seine instinktive Eigengesetzlichkeit hat, und der naturgesetzliche »Streß« als Überlebenshilfe beweist es.

Wenn wir Ursache und Wirkung erkennen wollen, müssen wir uns in die Zeit rückversetzen, in der die Instinkte der Menschen geprägt wurden. Wir tragen die Instinkte des Einzelkämpfers »Saurier« in uns, wie den Herdeninstinkt, der als Rudel kämpfenden Raubtiere der späteren Entwicklung.

Wunderdinge durch Willen und Verstand

Befassen wir uns mit den menschlichen Horden der Steinzeit. Die Horde kannte als Umwelt nur den kleinen Raum auf dieser Erde, in dem sich ihr Leben abspielte. Jeder kannte nur die wenigen Mitglieder der Horde, mit denen er täglich auf Leben und Tod verbunden war. Nur die Mitglieder der Horde waren keine Feinde, denn der Erkennungsdienst war auf diese programmiert.

So betrachten heute noch einfältige Menschen nur die Mitglieder der eigenen Kulturgemeinschaft als wirkliche Mitmenschen.

Die schwarzen, roten und gelben Rassen machen es uns schwer, die Menschen innerhalb einer Rasse zu unterscheiden und wir sollten uns nicht wundern. Jeder Mensch ist auf die Rasse konditioniert, in der er aufgewachsen ist. Eine dringende Notwendigkeit aus der Vorzeit, um die Stammesbrüder an Tausenden von feinsten Merkmalen zu erkennen.



Ein Straßenhändler, der jenseits des Warschauer Ghetto-Bezirks seine Waren anbietet.

Weil Fremdrassige in deinem Kopf nicht programmiert sind, entsprechen sie nicht deiner Norm und sind somit »abnormal«. Die starken, unlösbaren Bindungskräfte der menschlichen Gemeinschaften waren und sind noch immer: Der gemeinsame Feind, die gleiche Tradition und der Glaube an gemeinsame Götter, die gleiche Sprache, der autoritäre Führer und die Rangordnung, die gegenseitige Abhängigkeit im Kampf um das Leben und Überleben.

Diese Gemeinsamkeiten haben über viele Millionen Jahre unsere Seelen geprägt und die Verhaltensweisen bestimmt. Wir Menschen vollbringen Wunderdinge mit unserem Willen und Verstand und erobern den Weltraum. Unsere Seelen jedoch befinden sich noch in der Steinzeit und davor.

Instinktive Abgrenzung des Menschen

Paul Overhage stellt dazu fest: »Die Erforschung des sozialen Lebens höherer Tiere, besonders der nicht-menschlichen Primaten, hat in den letzten Jahren immer deutlicher werden lassen, wie viele Züge der sozialen Lebensführung dem Menschen und den höheren Tieren gemeinsam sind und auch deshalb tiefe Wurzeln haben. So ist der Mensch auf ein Leben in kleinen Gruppen abgestimmt. Diese Trennung scheint zu den Grundstrukturen menschlichen Seelenlebens zu gehören und auf der Sonderung von Vertrautem und Fremdem zu beruhen. Ablehnung gegen Fremde, gegen alle, die anders gekleidet sind, die anders denken, andere Gesichtszüge, Haut- und Haarfarbe oder Sprache haben.«



Vom Ghetto bis zum Haß ist kein großer Schritt und Gewalttätigkeit die Folge. Abgrenzung ist wie ein Schwelbrand.

Das ist die belegte Tatsache und sie beweist sich täglich im Zeitalter der Massengesellschaften. Wir brauchen uns doch nur in jedem beliebigen Land der Erde umzuschauen. Überall, wo unterschiedliche Rassen, Religionen und Kulturen gezwungen sind, innerhalb einer gemeinsamen Grenze zu leben, kapseln sich die völkischen Gruppen ab

und bilden Inseln in der erzwungenen Großgemeinschaft.

Die instinktive Abgrenzung des Menschen gegenüber fremden Menschen kann man täglich beobachten. Wir sprechen gelegentlich über verklemmte Menschen und meinen die, die nicht aus sich herausgehen, die schüchtern sind. Besonders bei Dorfbewohnern kann man es gelegentlich beobachten, weil sie der Dorfgemeinschaft verbunden sind und weniger Kontakte mit der Masse haben als die daran gewöhnten Großstädter.

Sehr gut kann man das Abgrenzungsverhalten in der kindlichen Phase der Entwicklung beobachten. Der Mensch grenzt sich instinktiv gegenüber Fremden ab, und dieses Verhalten ist der Normalzustand für Vertreter einer menschenfeindlichen Ideologie, von wissenschaftlichen Experten und für die Presse.

Wenn du in ein dir fremdes Lokal gehst, dann wirst du dich garantiert an einen noch freien Tisch setzen. Ist auch der letzte Tisch besetzt und sei er auch nur mit einer Person besetzt, dann würde zum Beispiel der Norddeutsche das Lokal verlassen, weil es nach seiner Meinung überfüllt ist.

Ratten wären ein Vorbild

Oder schlendern wir durch die Einkaufsstraße einer Großstadt, dem Treffpunkt der anonymen Masse. Unsere Sinnesorgane sind scheinbar auf Sparflamme geschaltet, und die Wahrnehmungen werden nur im Unterbewußtsein verarbeitet. Doch nur scheinbar, die Sinnesorgane sind hellwach und kontrollieren unaufhörlich die Umgebung auf mögliche Gefahren. Die Ohren melden jedes Geräusch, die Nase fortlaufend den Geruch und die Augen erfassen die Umgebung und die uns begegnenden Menschen.

Ständig werden die Sinneswahrnehmungen mit den gespeicherten Erfahrungswerten verglichen. Wenn Übereinstimmungen vorhanden sind, die keine Gefahr bedeuten, gibt es keine Reaktion.

Der bunte Strom von Menschenleibern wird nicht als Gefahr erkannt, die Merkmale sind gespeichert. Sobald wir aber einen andersfarbigen, fremdrassigen, abnormal dicken, großen oder kleinen Menschen oder einen Behinderten sehen, drängen die Erkenntnisse in das Bewußtsein, das nunmehr die Entscheidung treffen muß.

Wir reagieren nicht besonders, weil uns in der heutigen Zeit die Mehrzahl der Abweichungen von der Norm bekannt sind. Bei den in der Abgeschlossenheit lebenden Urwaldbewohnern, vielleicht auch noch bei unseren Großeltern, hätte es sofort zu einem aggressiven Verhalten geführt.

Heute sind wir an den Anblick von andersartigen Ausländern gewohnt, so meinen wir. Wir sind es, und trotzdem dringen sie beim Anblick immer in das Bewußtsein, wie wir eben festgestellt haben.

Wenn wir fremde Rassen und kultisch fremde Merkmale nicht mehr in dem hohen Maße ablehnen, wie vielleicht noch vor fünfzig Jahren, so liegt dies einfach daran, daß unser Gehirn sie als Abweichung pauschal, oder auch nach Rasse, gespeichert hat. Wir sehen in der Abweichung keine unmittelbare Bedrohung, lehnen sie aber weiterhin instinktiv ab, auch wenn es unser Bewußtsein nicht merkt.

Einen interessanten Vergleich bringt Vitus B. Dröscher: »In einem Falle aber scheinen die Affen sozial intelligenter zu sein als gewisse Menschen: Feindschaft bedeutet bei ihnen nach dem ersten Zusammenstoß keineswegs eine unaufhörliche Folge von Streitigkeiten. Ja, zwei Verfeindete bedrohen und schikanieren sich nicht einmal. Die Ablehnung äußert sich einfach in einem Mangel an Kontakt. Man geht sich einfach aus dem Wege.«

Dröscher stellt weiter fest: »In vielen Tiersozitäten werden nur Bekannte freundlich behandelt. Alle Fremden aber sofort scharf angegriffen. Auch unter Menschen werden Freunde freundlicher behandelt als Fremde, dennen zu schaden man viel weniger Hemmungen hat. Ratten benehmen sich jedoch ganz anders. Wenn eine Gemeischaft so stark geworden ist, daß nicht mehr jeder jeden kennt, verhalten sie sich nur noch freundlich.«

Die Ratten wären für uns ein Vorbild, so könnte man glauben. Dröscher spricht aber ausdrücklich nur von den Ratten einer Gemeinschaft und nicht von Ratten aus unterschiedlichen Stämmen. Ein gnadenloser Kampf um Leben und Tod würde einsetzen, so, wie die Natur es befohlen hat.

Kein Gesetz schafft Rassengleichheit

Dröscher fährt fort: »Erst wenn die Überbevölkerung existenzgefährdende Ausmaße angenommen und einen Grenzwert überschritten hat, entartet das Sozialverhalten in Kannibalismus und Inzest.«

Das sonst so vorbildliche Sozialsystem der Ratten entartet. Darum ist die Frage an alle Menschen erlaubt: Sind unsere Lebensräume nicht schon lange überfüllt, und spüren wir nicht täglich, daß unser künstliches Sozialsystem zusammenbricht. Wollen wir in Kannibalismus und Inzest unsere Übervermehrung beseitigen?

Um Abgrenzung und Fremdenhaß zu verdeutlichen, nehmen wir als Beispiel einen beliebigen Staat, den wir jetzt mit einer lebenden Zelle vergleichen. Fremdrassige Menschen sickern vereinzelt, aber ständig, in den Lebensraum »Zelle« ein und verteilen sich, bildlich gesprochen, als viele kleine schwarze Punkte im Raum. Weil die vielen kleinen Fremdkörper von der Zelle nicht vereinnahmt werden, drängen sie sich nach einer gewissen Zeit aneinander und bilden nunmehr einen kompakten Fremdkörper in der Zelle. Die Eindringlinge haben sich verdichtet, weil ihnen nur die Gemeinsamkeit in einer fremden Kultur, in einem fremden Land, die Geborgenheit und Sicherheit gibt.

Jetzt reagiert die Zelle und versucht, den Fremdkörper abzustoßen. Das heißt, sie drängt ihn an die Peripherie. Die Fremdrassigen leben jetzt in einem Ghetto, das sie aus eigenem Antrieb gebildet haben, wenn auch ganz im Sinne der Zelle. Die Abgeschiedenen sind Menschen zweiter oder dritter Klasse und in jedem Fall niederen Ranges.

Kein Gesetz für Rassengleichheit schaft die Gleichheit. Die Schwarzen, die seit Jahrhunderten in den USA wohnen, sind gesetzlich voll integriert. Doch was nützt es, die Weißen, in der Mehrzahl, lehnen die Schwarzen weiterhin ab, und sie bleiben Menschen zweiter Klasse oder noch darunter, weil andere Rassen in den USA höher bewertet werden. Wie wäre es, wenn die Weltbeglücker erst einmal den Beweis für das Funktionieren von Brüderlichkeit und Gleichheit in ihrem Land unter Beweis stellen würden, bevor sie die gesamte Menschheit in ein Abenteuer, in ein Elend mit unbekanntem Ausmaß stürzen.

Die bedauernswerten Menschen zweiter Klasse und darunter, die aus irgendwelchen Gründen die Heimat verloren haben, leben in den Ghettos in aller Welt und besonders auch in Europa. Ich brauche nicht an die glanzvolle Kolonialzeit der Europäer zu erinnern, für die sie heute mit den Ghettos der ehemals Eroberten, Befreiten und geknechteten Seelen bezahlen, wie es etwa in London der Fall ist.

Man kann Ausländer nicht per Gesetz umarmen

Ghetto steht für eigene Abgrenzung, aber auch für Isolierung, Nichtanerkennung und Rangabwertung durch die Gesellschaft, weniger durch den Staat.

Wir, oder vielmehr die Meinungsmacher und die sogenannten Experten wundern sich, wenn die Deutschen sich von den Türken abgrenzen und daß diese Agrenzung gelegentlich in Haß und Aggressivität ausartet. Aber, ist die Geschichte der Menschheit nicht auch die Geschichte der Abgrenzung, des Völkerhasses und des Völkermordes?

Weiß man denn nicht, daß die Romas und Sintis oder Zigeuner, wie man im Volksmund sagt, seit 1407 ruhelos und rastlos durch die deutschen Lande ziehen? Weiß man denn nicht, daß sie als Außenseiter der Gesellschaft verachtet und ausgestoßen werden und dies bis zum heutigen Tag? Weiß man denn nicht, daß sie buchstäblich, im Sinne des Wortes, von Ort zu Ort gejagt werden, weil sie immer nur die Aufenthaltsgenehmigungen für einen, höchstens für mehrere Tage erhalten?

One-World

Abgrenzung und Fremdenhaß

Ich will nicht von den oft sehr bösartigen und üblen Nachreden sprechen. Die Romas und Sintis sind in der jeweiligen Gesellschaft der »Bodenständigen« nicht integriert. Sie fordern Rechte und Schutz, man soll ihnen beides gewähren. Doch was nützen die Gesetze, man kann die Ausländer nicht per Gesetz umarmen.

Das sollten die klugen Ideologen endlich begreifen. Die Gesellschaft kann nur dann eine fremde Minderheit aufnehmen, sofern diese dazu bereit ist. Bei Nomaden mit eigener Kultur und Sprache wird es wohl kaum gelingen und die Geschichte beweist es.

Die Flüchtlinge und die Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten haben nach dem letzten Weltkrieg vielfach die Erfahrung mit der Abgrenzung machen müssen, obgleich sie die Brüder eines Volkes sind. Sie wurden von der heimischen Gemeinschaft ab- und vielfach ausgegrenzt.

Ich erinnere mich an ein kleines Dorf in der Nähe des Rheins. Die Gemeinde hatte ein Flüchtlingshaus gebaut und es sicherheitshalber weitab an den Waldrand gesetzt. Diese Haltung ist unmenschlich, würden die Edlen unter uns in echter Empörung schreien. Die Gemeindevertreter haben sich nur echt menschlich verhalten und ihre Schutzbefohlenen vorsichtshalber gegen die völlig »Fremden« abgegrenzt.

Jeder, der in ein anderes Dorf umzieht, besonders in früheren Zeiten, wird die Abgrenzung deutlich gespürt haben. Scherzhaft wird manchmal behauptet, daß man erst nach 25 Jahren als Einheimischer anerkannt wird. Natürlich wird es an jedem Umsiedler liegen, wie schnell er sich anpassen und eingliedern kann.

Jede Abweichung von der Norm wird abgestoßen

Die unterschiedliche Entwicklung der Menschheit in Rassen, Mentalitäten und Kulturen in der Evolution ist Naturgesetz und damit Gottes.

Das naturgesetzliche Sozialsystem für Menschen entspricht dem der in Rudeln jagenden Raubtiere. Die Menschen leben im Rudel und sind nur dadurch überlebensfähig. Sie sind konditioniert auf ihre Rasse, ihre Mentalität, Tradition und Kultur. Diese Gegebenheiten sind für die Angehörigen einer Horde, eines Stammes oder eines Volkes die programmierte Normalität. Jede Abweichung von der Norm wird als Abnormalität empfunden und abgestoßen. So auch die Homosexualität.

Abgestoßen werden auch die Menschen des eigenen Volkes, wenn sie durch körperliche Abnormalitäten von der Norm abweichen. Es ist traurig und betrüblich, doch auch die Herdentiere handeln nicht anders.

Man kann uns Menschen vorwerfen, daß wir unseren Verstand nicht genügend benutzen. Der einzelne kann es vielleicht, doch leider sind die Instinkte stärker als die Vernunft. Wir tragen das zentrale Nervensystem der Saurier in uns, einer Art die schon ausgestorben war, bevor die Menschen die Erde besiedelten.

Ein kleinwüchsiger Mann – 115 Zentimeter –, der vor einigen Jahren von der Verzweiflung getrieben, den freiwilligen Tod als eine Erlösung gesucht hat, schildert sein Leben als einen Spießrutenlauf durch die Höllenqualen der offenen Verachtung, der Verhöhnung, der sonstigen Erniedrigungen und der Einsamkeit. Die Gesellschaft hat ihn nicht aufgenommen, und die Soziologen sollten nicht immer weiter an Wunschmodellen basteln, sondern sich an der Realität orientieren. Er, der Zwerg, ist immer an den Rand der Gesellschaft verbannt, auch wenn die Mitmenschen sich bemühten, neutral und freundlich zu sein.

Vielleicht empfindet der einzelne Mitgefühl, nicht aber die anonyme Masse. Der Ausgestoßene war ein gebildeter Mensch und hat den Stoßseufzer zum Himmel geschickt: »Wäre ich doch dumm und glücklich!« Er hat mein tiefstes Mitgefühl und alle Behinderten werden ihm und mir zustimmen. Es ist alles unendlich traurig aber menschlich.

Natürlich gibt es auch Beweise, daß die Integration fremder Rassen gelungen ist und von der Volkszelle, um bei diesem Beispiel zu bleiben, voll anerkannt und nach einer gewissen Zeit vereinnahmt wurden. Denken wir an die Gründerzeit in Deutschland, die Anfänge des industriellen Zeitalters. Aus Osteuropa, besonders aus Polen, drängen Mengen von Menschen in die im Westen aufblühenden Fabriken. Denken wir an die unendlichen Ströme der Flüchtlinge und der Heimatvertriebenen aus des Ostgebieten nach dem Zweiten Weltkrieg.

Haß ist der Motor der Aggression

Oder nehmen wir die Gastarbeiter aus den europäischen Ländern, die in die Zentren des Wohlstandes drängten. Alle hatten anfänglich Schwierigkeiten, denn die Abgrenzung funktionierte. Aber mit der Zeit wurden sie von der Zelle anerkannt.

Die Einverleibung ist möglich, weil es sich um Menschen handelt, die rassisch Europäer sind, einen gemeinsamen Gott haben und in der Kultur des Abendlandes aufgewachsen sind. Die Integration funktioniert letzlich, weil die Umsiedler bereit sind, sich der neuen Heimat anzupassen und ein Teil von ihr sein wollen. Die Deutschen haben in den Vereinigten Staaten eine mustergültige Anpassung und Einfühlung bewiesen, und die Sieger sollten sich gelegentlich daran erinnern.

Wir haben bisher festgestellt, daß die Abgrenzung gegen Fremde, andersfarbige Rassen, andere Kulturen und Religionen in der menschlichen Erbmasse rings um den Globus verankert ist.

Von der normalen Abgrenzung bis zum Haß ist kein großer Schritt, und Gewalttätigkeit ist oft die Folge. Abgrenzung ist wie ein Schwelbrand. Ein Windstoß und die Flammen des Hasses lodern empor. Haß ist der Motor der Aggression.

Wir wissen es, die Rädelsführer, die Politiker und die Weltverbesserer wissen es. Zu oft in der Geschichte ist die Abgrenzung in Haß und Aggression umgeschlagen, wenn die Spannung im Volkskörper zu groß wurde, oder wenn bestimmte Kräfte bewußt Öl in das Feuer gegossen haben.

Die ersten Juden kamen 321 nach Christus nach Deutschland und haben sich in dieser Zeit auch über ganz Europa verbreitet. Wir wollen nicht untersuchen, warum sie in die Welt gezogen sind. Ich möchte sie nur als Beispiel benutzen um zu zeigen, daß sie nicht mit Rosen empfangen wurden.

Die Juden werden nicht überall als unbedeutende Minderheiten aufgetreten sein. Sie lebten in den Großstädten, in Ghettos der Seelen, in denen das Volkstum, der Glaube und die Kultur, aber auch die rassische Reinheit gepflegt und erhalten wurde. Die Stadtväter legten die geographischen Grenzen des Ghettos fest um angeblich die Bevölkerung vor den Juden und ihrem Geschäftssinn zu bewahren.

Wenn ich die Geschichte der Frankfurter Juden verfolge, dann haben die Juden nach den Aussagen ihrer Historiker in unmenschlicher Enge und im knöcheltiefen Schmutz gehaust, und Stück für Stück haben sie sich ihre Freiheiten »erkauft« und ihre Erfolge werden nicht immer mit Wohlwollen begrüßt worden sein.

Nicht das Ergebnis einer zufälligen Entwicklung

1290 Nach hundertjähriger Verfolgung werden die Juden in England ausgewiesen.
1306 In Frankreich werden 100 000 Juden enteignet und des Landes verwiesen. Erneute Vertreibung 1394.
1348 Die Pest in Europa löst allgemeine Judenverfolgung aus, weil sie angeblich die Schuldigen sind.
1492 Vertreibung der glaubenstreuen Juden aus Spanien.
1497 Vertreibung der glaubenstreuen Juden aus Portugal.
1526 Vertreibung der Juden aus Ungarn.
1551 Vertreibung der Juden aus Bayern.
1938 Judenverfolgung durch deutsches NS-Regime

nach der Ermordung des deutschen Botschafters in Paris durch einen Juden. Diese Ursache wird diskret verschwiegen.

Ich habe diese Angaben ungeprüft dem Kulturfahrplan entnommen und auch die nicht nachprüfbaren Zahlen der Kriegs- und Nachkriegsaufschreibung nicht benutzt, weil sie zu unserem Thema der natürlichen Abgrenzung in keinem Zusammenhang stehen.

Die Geschichte der Juden in Europa beweist uns, daß die rassisch fremden Juden nur selten willig waren sich zu integrieren, auch wenn sie, wie auch Karl Marx, zum Christentum übergetreten sind. Nicht aus Überzeugung, sondern um in der Enklave des jeweiligen Landes bürgerliche Rechte zu erhalten, die ihnen sonst vorenthalten wurden. In der Welt, und besonders in Europa in der damaligen Zeit, konnten sie aufgrund ihrer alles überragenden Intelligenz und kaufmännischen Tüchtigkeit höhe und höchste Ränge einnehmen, wie es nur wenigen Menschen aus anderen Rassen durch berufliche oder sportliche Leistungen gelingt, sich aus der Zweitklassigkeit herauszuarbeiten.

Unser Beispiel, die Juden in Europa, zeigt uns sehr deutlich, daß der sogenannte Antisemitismus nicht nur eine Eigenschaft der bösen Deutschen ist, wie man es uns immer wieder einzureden versucht. Mit dem Antisemitismus ist es wie mit Gott und dem Teufel, und die Feindschaft ist der Kitt der Gemeinschaft. Wo keiner ist, muß man ihn schaffen. Ich meine den Kitt.

Die jüngere Geschichte beweist die These, daß die Inhaber der Macht mit Hilfe der modernen Medien die normale Abgrenzung über Tausende Meilen hinweg schnell und sicher in eine offene Aggression umwandeln können.

Der Krieg zwischen den Deutschen und den Juden, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit in aller Welt, waren nicht das Ergebnis einer zufälligen Entwicklung. Das Jahrhundert des Mordens ist das Werk von Demagogen, Ideologen, Fanatikern, Machtgierigen, Helfern und Nutznießern. Das deutsche Volk und alle Völker, die in den Strudel des Wahnsinns hineingezogen wurden und werden, wußten nicht und wissen auch heute nicht.

Bestandteile der menschlichen Seele

Abgrenzung und Fremdenhaß sind Bestandteile der menschlichen Seelen in aller Welt, und die Weltenplaner sollten diese Tatsache berücksichtigen. Doch auch die sogenannten Experten und Meinungsmacher sollten es zu Kenntnis nehmen, denn sie haben maßgeblich Einfluß, und die Politiker tragen eine hohe Verantwortung. Sie müssen bemüht bleiben, die Verhältnisse so zu gestalten, daß die Abgrenzung und der Fremdenhaß nicht ausarten können. Alle müssen zur Kenntnis nehmen, daß die recht bedauerlichen menschlichen Eigenschaften aus der Vorzeit nicht durch Willensakte des Geistes und durch Gesetze abzuschaffen sind.

Humanistisches Denken und Handeln wird von dem einzelnen Bürger erwartet, nicht jedoch und in jedem Fall von der Regierung. Sie ist immer der Gemeinschaft verpflichtet, alle Fakten sachlich zu bewerten und die Voraussetzung für den äußeren und inneren Frieden zu schaffen. Seit Jahrtausenden versuchen große Denker die Kennzeichen der menschlichen Humanität zu beschreiben, ohne daß sie bisher gelebt wurde.

C.G. Jung meint nach Lyall Watson, daß der Geist des Menschen durch die Evolution vorgeprägt sei. Folglich sei das Individuum mit seiner Vergangenheit verknüpft, nicht nur mit der Vergangenheit seiner Kindheit, sondern wichtiger noch mit der Vergangenheit der Spezies und davor mit dem langen Strang der organischen Evolution.

Mit ihrer Erbsubstanz ist die Menschheit für den Aufbau der »Eine-Welt« nicht geeignet, wenn die natürliche und notwendige Abgrenzung nicht Beachtung findet.

Nur Narren können glauben, daß man die Zwischenwände eines riesigen Wohnhauses nur abreißen braucht, um alle Bewohner dann im großen Saal der »Eine-Welt« glücklich zu vereinen. Selbst in dem so »fortschrittlichen« Großraumbüros konnte man bisher auf kleine Stellwände nicht verzichten. Für Gläubige und Fanatiker sind dieses natürlich keine Argumente.

Die sowjetischen Machthaber und Ideologen, aber auch die Weltverbesserer in den USA, haben trotz ihrer eigentlich recht langen Erfahrung nichts begriffen. Die Dogmen sind eben stärker als jede Vernunft, werden sie doch ständig von den Opportunisten bestätigt.

Meine Herren Weltverbesserer, es gibt keine Einheitsmenschen so wenig wie es Einheitsfliegen gibt. Es sind biologische Sammelbegriffe, mehr nicht. Es gibt mehr als 60 000 Arten von Fliegen und Mücken unter dem Begriff »Fliegen«. Jede Art ist anders als die andere, und ist ein Produkt ihrer stammesgeschichtlichen, ganz speziellen Entwicklung oder Evolution, die sich in Hunderte Millionen Jahre durch Anpassung an den besonderen Lebensraum vollzogen hat. So auch die menschliche Rasse.

Das Vaterland ist die Heimat der Seele

Es gibt keine Einheitsmenschen, selbst wenn alle Mittel der Unterdrückung eingesetzt werden.

Die Vielfarbigen in den USA und in den Ländern der ehemaligen Kolonien, die durch die Brutalität ihrer weißen Befreier stammesgeschichtlich zerrissen und vermischt wurden, sind bis zum heutigen Tag weder verschmolzen noch integriert. Außerhalb ihrer Heimat bilden sie Rasseninseln und sind Anlaß zu ständigem Unfrieden.

Die Deutschen sollten daraus lernen und nicht ohne Not den deutschen Lebensraum verfremden lassen. Nicht nur das Interesse der Deutschen und der künftigen Kinder, sondern auch im Interesse der Zuwanderer aus fremden Kulturkreisen. Sie werden nicht integriert, gleichgültig, welche humanen Gesetze für die Gleichstellung erlassen werden. Die nicht angepaßten Zuwanderer bleiben Fremde, Heimatlose und Unterprivilegierte.

Das Vaterland allein ist die Heimat der Seele. Nur in der angestammten Heimat findet die Seele die Geborgenheit, die für das körperliche Wohlbefinden wichtiger ist als jeder materielle Besitz.

C.G. Jung: »Es ist eine altbekannte Tatsache, daß die Moral einer Gesellschaft als Ganzes im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Größe steht, und daß jede Gesellschaft, auch wenn sie sich aus ganz bewundernswerten Menschen zusammensetzt, die Moral und die Intelligenz eines schwerfälligen, dummen und gewalttätigen Tieres hat.

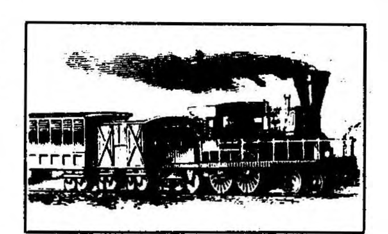
Abgrenzung und Fremdenhaß waren die Überlebenshilfen bis in die Gegenwart hinein und sind ein fester Bestandteil aller menschlichen Seelen. In den Massengesellschaften sind die gleichen Überlebenshilfen ein Fluch und der Feind der modernen Menschheit.

Heimat ist die Heimstätte der Seele

Nur mit bewußt geprägten Charakteren und Gewissen können wir die Überlebensinstinkte aus der Vorzeit mäßigen, nicht aber beseitigen.«

Der völkische Lebensraum, die ökologische Nische, die Heimat, das Vaterland, sind die Heimstätten der Seelen und unveränderliches Naturgesetz. Wir können eine bessere Welt aufbauen, wenn wir jeden völkischen Raum als eine der vielen Zellen oder Organe des Körpers betrachten. In jeder Zelle, deren Unverletzlichkeit zum Weltgesetz erhoben werden muß, wohnen Menschen, die sich der allgemeinen Verpflichtung gegenüber der Gesamtheit der Menschheit und der Natur voll bewußt sind und ihren Beitrag dazu liefern.

Die Abgrenzung durch eine deutliche Markierung ist das Gesetz der Natur und dient zur Erhaltung der göttlichen Weltordnung des Friedens. □



Hammer vermittelt zwischen China und Taiwan

Der Milliardär und Sowjetagent Armand Hammer sagte, er habe seine Occidental Oil Company als »Vermittler« angeboten, um den Handel zwischen der Volksrepublik China und der Republik von China (Taiwan) in Gang zu bringen. Diese Aussage entstammt einem Kommentar, der in der »International Herald Tribune« veröffentlicht wurde. Hammer äußerte da, er sei glücklich »einer der anwesenden Zeugen« für eine neue Wirtschaftsordnung und politische Ordnung in Fernost sowie für das Streben aller Länder dort nach »glücklicher Harmonie« zu sein.

Hammer sagte weiter, direkten Handel zwischen Taiwan und China sowie Nord- und Südkorea in naher Zukunft voraus und meinte: »Wirtschaftliche Notwendigkeit zählt immer mehr als Ideologie.«

Das Randgebiet des Pazifik »wird rasch zum wirtschaftlichen Cockpit der industriellen Welt«, fuhr er fort. Bei seiner letzten Reise dorthin »entdeckte« er Beweise dafür, daß alte politische und ideologische Barrieren bald durchbrochen sein werden.

Sowohl Korea als auch Taiwan mit all ihrer »unglaublichen Produktion« fehlt es genau an den »riesigen« Mineralreserven, über die sowohl Nordkorea wie China verfügen. Diese beiden Länder erkennen, daß sie »freundliche Beziehungen« mit den kapitalistischen Ländern um sie herum entwickeln müssen, um ihre Volkswirtschaften aufzubauen.

Hammer traf sich mit allen »großen Zementherstellern« von Taiwan, um ein »Geschäft« vorzuschlagen: Anstatt Kohle aus den Vereinigten Staaten, Australien und Südafrika zu importieren, wie sie es jetzt tun, sollte Taiwan von dem großen Kohlebergwerk in der Provinz Xianxi kaufen, das seiner Occidental Petroleum gehört, wobei die amerikanische Tochtergesellschaft die Lieferung garantieren würde, falls die chinesische Regierung im Mutterland sie zu stoppen droht. Sein Angebot wurde mit Applaus begrüßt, sagt Hammer.

In Seoul verlangten Geschäftsleute, er solle als Vermittler mit Nordkorea agieren, um eine Nord-Süd-Handelsverbindung zu etablieren. Hammer sagte auch, er kenne Deng Xiaoping gut und »kein realistischerer oder pragmatischerer Mann sei sonstwo im Amt«.

Kim Il Sung, gibt Hammer zu, ist »weitaus weniger vorhersagbar«. Wenn Kim jedoch bei den Olympischen Spielen in Seoul »seine Anhänger in Schach hält, könnten wir zu dem Glauben gelangen, daß Nordkorea wirklich ein neues Klima guten Willens möchte. Wir sind vielleicht in der Lage Präsident Roh Tae Woos Bitte wohlwollender zu betrachten, die Freunde von Südkorea mögen versuchen, neue Handelsbeziehungen mit Nordkorea zu eröffnen«.

Die Haltung der USA von »hart bleiben« und daß amerikanische Truppen in Südkorea bleiben werden, gibt Roh die Zuversicht Verhandlungen mit Pyongyang vorzuschlagen, behauptet Hammer.

»Wenn Handel zwischen Süd- und Nordkorea und zwischen Taiwan und China beginnen sollte, der schließlich zu offenem Handel in dieser Region und auf der ganzen Welt führt, würden wir einen wichtigen Schritt in Richtung einer neuen weltpolitischen Ordnung tun.« □

Die Verschuldung der Dritten Welt ist gewachsen

Die Schwellenländer haben ihre offenstehende Außenschuld im Jahr 1987 trotz enormer Schuldendienst-Zahlungen an ausländische Gläubiger um zehn bis zwanzig Prozent erhöht. Obwohl die Schwellenländer mindestens 30 Milliarden Dollar an die Industrieländer, supranationale Institutionen, Regierungen und Privatbanken im Jahr 1987 überwiesen haben, zeigt eine jüngst veröffentlichte Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), daß sich die Schulden der dritten Welt im Jahr 1987 auf 1,2 Billionen Dollar erhöht haben. □

IWF-Boss verteidigt harte Finanzpolitik

Der Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF) Michel Camdessus hat in einem Interview mit der französischen Zeitung »La Croix« bezüglich Schulden der Dritten Welt einen harten Kurs vertreten: »Es ist offensichtlich, daß es vor allem die Verantwortung der verschuldeten Länder ist, eine Lösung für ihre Probleme zu finden«, sagte Camdessus. »Viele dieser Länder müssen mehr Beständigkeit zeigen in ihren Bemühungen ihre Ungleichgewichte und Schwächen zu korrigieren. Kein Anpassungsplan kann ohne interne Schwierigkeiten verwirklicht werden, doch es ist eine Illusion zu glauben, man könnte dauerhaftes Wachstum ohne die Anpassung erreichen.«

Auf die Frage, ob die IWF-Politik nicht schmerzlich sei, antwortete Camdessus, diese stimme, aber »sie ist nicht nur unvermeidlich, sie ist auch wichtig«. Der IWF, behauptete er, würde jenen Ländern helfen »zusätzliche Maßnahmen durchzusetzen, um das Gewicht der Anpassung gerechter zu verteilen. Aber machen Sie keinen Fehler. Unser Ziel ist es, die Anpassung zu fördern, nicht sie zu verschieben; sie zu stärken, nicht zu schwächen.«

Camdessus rief die internationalen Banken auf »eine aktivere Rolle« bei diesen Bemühungen »zu spielen«, denn es wird den Banken die »beste Gelegenheit geben den Wert ihrer Schulden zu verbessern und den Interessen der Weltfinanz als ganzer zu dienen«. □

Industrienationen kürzen Dritte-Welt-Programme

Alle Industrienationen außer Japan haben im Laufe des Jahres 1987 ihre Hilfsprogramme für die Dritte-Welt-Länder gekürzt. Japan dagegen hatte seine Hilfe an die Dritte Welt im Vergleich zum Jahr 1986 sogar erhöht.

Die Kürzungen sind in einem neuen Bericht dokumentiert, der von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) veröffentlicht wurde. Danach haben allein die USA ihre Hilfsprogramme für die Dritte Welt um ganze zehn Prozent gekürzt. □

Japan will gegen Gatt prozessieren

Japans internationaler Handels- und Industrieminister Hajime Tamura sagte, Japan werde vielleicht einen Prozeß gegen das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) anstrengen und das internationale Handelsgericht bitten festzustellen, daß der vom US-Senat im August verabschiedete Entwurf zum amerikanischen Handelsgesetz die internationalen Handelsbestimmungen verletze.

Tamura wies darauf hin, daß die Bestimmung, mit der der japanischen Firma Toshiba Sanktionen auferlegt werden, weil sie sensitive Technologie an die Sowjetunion verkauft habe, die japanische Souveränität verletze, mit der Begründung, in dem Cocom-Prinzipien heiße es, jedes Mitgliedsland der Cocom behalte sich das Recht vor, Industriefirmen ihrer Länder auf der Grundlage ihres eigenen Urteils mit einer Strafe zu belegen.

Premierminister Noboru Takeshita nannte auch die »Super-301«-Klausel »problematisch«, die die Befugnisübertragung vom Präsidenten auf den Handelsrepräsentanten verlangt, wenn es darum geht zu entscheiden, welche Maßnahmen zu er-

greifen sind gegen das, was die Vereinigten Staaten »unfaire Außenhandelspraktiken« nennen.

Die japanischen Broker haben heftig gegen die Maßnahme reagiert, die es Finanzinstituten aus Ländern mit geschlossenen Märkten für Staatsobligationen verbietet, primäre Händler von Obligationen des amerikanischen Schatzamtes zu werden. Einige der Broker schlugen sofort vor beziehungsweise deuteten an, daß der Kapitalfluß von Japan in die Vereinigten Staaten – der wichtig ist für die Finanzierung des riesigen amerikanischen Haushaltsdefizits – stark absinken könnte, wenn den japanischen Brokern ihr Primärhändler-Status entzogen werde. □

In Afrika besteht Zusammenhang zwischen Schulden und Drogenhandel

In einem für eine Entwicklung typischen Zwischenfall, die bereits im Jahr 1986 begann, haben Westberliner Drogenfahnder einen Nigerianer festgenommen, der im Juli 1988 versucht hat, in Schneckenhäusern Heroin zu schmuggeln. Westberlins Chef der Drogenbehörde, Gerhard Ulber, sagte, die Verhaftung von 16 Personen aus Nigeria, Ghana und der Elfenbeinküste in den letzten drei Monaten kennzeichne einen neuen Trend im Schmuggel von harten Drogen aus Afrika über den Ostberliner Flughafen Schönefeld. Der Nigerianer war von Lagos über Sofia in Bulgarien nach Ostberlin geflogen.

Im Jahr 1986 kamen 20 Prozent des vom britischen Zoll beschlagnahmten Heroins aus Südwestasien über Nigeria, 65 Prozent davon mit Nigerianern.

Im April 1987 schrieb das ehemalige nigerianische Staatsoberhaupt Olusegun Obasanjo als Antwort auf das Problem einen Kommentar in der »International Herald Tribune« mit dem Titel »Schulden und Drogenhandel stehen im Zusammenhang«. Er wies darauf hin, daß »die Kapitalflucht aus den Ländern der Dritten Welt – eine wichtige Komponente ihres Schuldenproblems – den Handel mit Drogen fördert und nicht möglich wäre ohne das geheime betrügerische Einverständnis der westlichen Länder und deren Banken«.

Viele afrikanische Länder sind in der Tat Kapitalexporteure. Der Internationale Währungsfonds (IWF) erhielt 6,1 Milliarden Dollar mehr von den Schwellenländern als er ihnen in den letzten 12 Monaten geliehen hat. Im vergangenen Jahr haben die Schwellenländer zehn Milliarden Dollar an die Handelsbanken auf ihre Kredite und Zinsen gezahlt. Es überrascht also kaum, daß der Drogenhandel über Afrika im Aufstieg begriffen ist. □

Japaner greifen nach den Banken in Kalifornien

Das Direktorium des amerikanischen Federal Reserve Systems hat vor kurzem die Übernahme der Union Bank in Los Angeles durch die Bank of Tokyo Ltd. entgegen der Einwände von Federal Reserve Bank Gouverneur Martha Seger genehmigt.

Paradoxerweise haben New Yorker Banken nach den Bankengesetzen des amerikanischen Bundesstaats Kalifornien vor dem Jahr 1991 nicht das Recht kalifornische Banken zu kaufen.

Mrs. Seger sagte in einer Erklärung, sie habe gegen die Übernahme gestimmt, weil es amerikanischen Banken nicht erlaubt sei aufgrund sehr strenger japanischer Restriktionen bezüglich ausländischer Investitionen ähnliche Käufe in Japan zu tätigen.

»Während zwar einige Fortschritte erzielt werden bei der Öffnung japanischer Märkte für amerikanische Banken-Organisationen, so sind diese und andere Finanzinstitute meiner Meinung nach noch weit davon entfernt eine umfassende Wettbewerbschance in Japan zu erhalten«, sagte sie.

Die Bank of Tokyo besitzt Vermögenswerte in Höhe von fast 183 Milliarden Dollar und ihr gehören 77 Prozent der California First Bank. Die California First – die sechsgrößte Bank im amerikanischen Bundesstaat Kalifornien – hat Vermögenswerte in Höhe von 6,1 Milliarden Dollar. Im Februar stimmte sie dem Kauf der Union Bank, der fünfgrößten Bank im Bundesstaat mit Vermögenswerten in Höhe von 9,1 Milliarden Dollar, von Großbritanniens Standard Charter Plc. für 750 Millionen Dollar zu.

Der Vorstand des Federal Reserve Systems stimmte mit fünf zu eins Stimmen für den Antrag der Bank of Tokyo und Mrs. Seger war die einzige Gegenstimme. Von den zehn Spitzenbanken in Kalifornien befinden sich jetzt vier im Besitz der Japaner. □

Botha warnt vor weiteren Sanktionen

Nachdem das amerikanische Repräsentantenhaus eine Resolution verabschiedet hat, in der nach weiteren Sanktionen gegen Südafrika verlangt wird, sagte der südafrikanische Präsident P. W. Botha, jede regionale Friedensregelung könne hinfällig werden, wenn die Vereinigten Staaten diese Sanktionen durchführen werden.

Botha betonte ausdrücklich, die »Durchführung« der Resolution 435 der Friedensregelung der Vereinten Nationen für Namibia, die zu dem amerikanisch-sowjetischen Abkommen über das südliche Afrika gehört, »könne durch Bestimmungen in der amerikanischen Gesetzgebung verhindert oder unmöglich gemacht werden«.

Eine von Südafrikas Bedingungen für die Unabhängigkeit Nambias ist, daß die internationale Gemeinschaft die Verantwortung für die Schulden des Territoriums an Pretoria übernimmt, eine Maßnahme, die verhindert werden könnte, wenn der Entwurf über die amerikanischen Sanktionen gegen Südafrika Gesetz wird. Botha bezeichnete »die Unbesonnenheit der amerikanischen Kongreßmitglieder«, die diesen Gesetzentwurf verabschiedet haben, als »erstaunlich«. □

China sieht Arbeitskräfteüberschuß voraus

Chinas ländliche Gebiete werden bis zum Jahr 2000 Millionen überschüssige Arbeitskräfte haben, das geht aus Zahlen hervor, die vom staatlichen Statistischen Amt Chinas veröffentlicht wurden. Ohne einen Durchbruch in der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes wird es zu einem Holocaust kommen.

Die Studie des Statistischen Amtes zeigt, daß das Aufgebot ländlicher Arbeitskräfte, die agrarfremde Tätigkeiten angenommen haben, von 31,5 Millionen im Jahr 1978 auf 81,3 Millionen im Jahr 1987 angestiegen ist. Die Menge an ländlichen Arbeitskräften in China ist allerdings als Folge des natürlichen Bevölkerungswachstums immer noch größer.

In den vergangenen neun Jahren stiegen die ländlichen Arbeitskräfte um mehr als 83 Millionen Menschen, während lediglich 70 Millionen in die Forstwirtschaft, Tierzucht, die Fischereiwirtschaft und verwandte Berufe gingen, was zu einem Zuwachs von 84 Prozent an landwirtschaftlichen Arbeitskräften führte.

»Wenn wir unsere Voraussagen auf das Anwachsen der Arbeitskräfte-Produktivität im Agrarsektor und die durchschnittliche Menge an Ackerland in Zusammenhang bringen, die von jedem Landarbeiter bis zum Ende dieses Jahrhunderts bearbeitet wird, werden bis zum Jahr 2000 nur 160 Millionen Menschen in der Landwirtschaft benötigt«, heißt es in dem Bericht.

»Wenn die durchschnittlichen jährlichen Abwanderungen auf der Stufe der Jahre 1986 bis 1987 – acht Millionen Menschen – blieben, dann werden Chinas ländliche Gebiete bis zum Jahr 2000 einen Arbeitskräfteüberschuß von fast 200 Millionen Menschen aufweisen.« □



Wertpapiere

Den Schaden trägt der Kunde

C.Gordon Tether

Die Internationalisierung des Börsenhandels hat einen neuen Besorgnisfaktor in das Investmentgeschäft eingeführt. Die Investoren müssen größere Vorsicht bei ihren Wertpapiergeschäften walten lassen.

Der Beginn der Schuldenkrise in der dritten Welt Anfang der achtziger Jahre hat das Ausmaß enthüllt, in dem die Internationalisierung der Banken-Aktivitäten zu den Risiken beigetragen hat, denen Banken und ihre Kunden traditionell ausgesetzt sind. Die Ereignisse der letzten beiden Jahre haben gezeigt, daß das relativ neue Phänomen – die Internationalisierung von Firmen, die sich auf den Handel mit Effekten spezialisieren – eine ähnlich unwillkommene Auswirkung in diesem Sektor der Finanzwirtschaft hatte.

Korrektur der Spekulationsexzesse

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Katastrophe, die die Aktienmarktwerte auf der ganzen Welt im Oktober letzten Jahres auf so alarmierende Weise ins Fallen geraten ließ, im Grunde eine Korrektur darstellte, die durch die Spekulationsexzesse der vorangegangenen Monate nötig geworden war. Doch durch die Herausstellung einiger neuer Merkmale des Weltfinanzsystems, die zuvor weitgehend unbemerkt geblieben waren, wurde die Aufmerksamkeit auf die Art gezogen wie durch die Internationalisierung des Wertpapiergeschäfts eine schlechte Situation noch bedeutend schlechter gemacht werden konnte.

Im Oktober vergangenen Jahres hatte die Expansion der Operationen in Übersee durch große Effektenhäuser in allen führenden Ländern ein fortgeschrittenes Stadium erreicht. Der Sturm, der die Wall Street getroffen hatte war also mehr oder weniger umgehend dabei auch auf andere Zentren loszugehen. Das gleiche gilt für die Sorgen über die Fähigkeit aller Aktienmarktfirmen, dem Druck zu widerstehen, die ein solcher Umsturz ihrem Kapitalgefüge zweifellos auferlegen würde.

Ein weiteres Beispiel – wenn dies nötig ist – dafür, daß die Internationalisierung der Effektenhäuser nicht der uneingeschränkte Segen war, der er sein sollte, ist geliefert worden durch die Auswirkungen der Boesky-Affäre. Dies zeigt wie das Schmieden engerer Bindungen zwischen Effektenhändler in verschiedenen Ländern ein falsches Handeln fördern und unterstützen kann, das den Interessen von Firmen und ihren Aktionären äußerst zuwiderlaufen kann.

Der britische Guiness-Gigant wird in Europa noch immer geschüttelt von den Peinlichkeiten, bei deren Schaffung Ivan Boeskys Aktivitäten eine beträchtliche Rolle gespielt haben.

Alles in allem ist es kaum überraschend, daß einige Beobachter jetzt zwei Punkte feststellen. Der erste ist, daß der Konkurs eines großen Effektenhauses heutzutage weitaus wahrscheinlicher ist als in der Vergangenheit; der zweite ist, daß ein solches Ereignis zur Störung des Finanzsystems führen könnte, die ebenso ernst ist wie ein Konkurs im Bankensystem selbst, wobei die Folgen sich rasch von einem Finanzzentrum zum anderen ausbreiten würden.

Und wie ernst ein großer Konkurs in diesem Sektor ist, läßt sich aus den außerordentlichen Schritten erkennen, die die Behörden in den Vereinigten Staaten, Großbritannien und anderen schrittmachenden Ländern in den achtziger Jahren bereit waren zu unternehmen, um sicherzustellen, daß es nie passiert.

Es gibt keine perfekte Lösung

Es gibt keine perfekte Lösung für das Problem, das sich durch die Internationalisierung der Effektenhäuser ergibt, ebensowenig wie für die Probleme infolge der Internationalisierung der Banken. Wie sehr es auch bedauert werden mag, die Integration der Finanzmärkte muß als irreversibel angesehen werden.

Die größte Hoffnung für eine Milderung der nachteiligen Auswirkungen liegt in der Anpassung der internationalen regulatorischen Bestimmungen. Solche Mechanismen, wie es der Gouverneur der Bank von England vor kurzem in einer für einen Zentralbanker ungewöhnlich offenen Analyse der Weltfinanzsysteme nannte, würden »die Evolution der Finanzstrukturen und die Internationalisierung der Finanzwirtschaft angemessen anerkennen«.

Es scheint jetzt allgemein anerkannt zu sein, daß regulatorische Bestimmungen für den internationalen Finanzverkehr jeder Art nötig sind. Das Problem ist, daß im Falle des Effektengeschäfts offizielle Überwachung, wie der Chef der Bank von England zugab, »in den Kinderschuhen steckt«.

Es gibt keine internationale Kooperation bei Effektenbestimmungen vergleichbar mit denen im Bankenbereich und bisher auch noch kein glaubwürdiges Organ, um sie aufzustellen. Dies, plus der Tatsache, daß es fast überall eine größere Zersplitterung der Verantwortung für die Bestimmungen auf den Wertpapiermärkten im Inland gibt als im Bankwesen, kann nur eines bedeuten.

Das Kreditrisiko für den Kunden beim Wertpapierhandel

Es bedeutet, daß es eine Zeitlang dauern wird, bevor ein Disziplinarsystem, das der Rede wert ist, am Platz und funktionsbereit ist. Unter Hinweis darauf, daß die betroffenen Themen komplex sind und daß eine rasche Reparatur deshalb weder machbar noch wünschenswert ist, implizierte der Mann von der Bank of England, daß die Arbeit bis zu zehn Jahren dauern könnte, bevor sie Früchte trägt.

Die Botschaft für die investierende Öffentlichkeit ist also klar. Ein neuer, möglicherweise gefährlicher Faktor ist in den Investmentsektor hineingekommen was den Effektenhandel betrifft und der kluge Investor wird von jetzt an alle möglichen Maßnahmen ergreifen, um sich dagegen zu schützen.

Es ist unnötig zu erwähnen, daß die investierende Öffentlichkeit so gut wie nichts tun kann, um die Internationalisierung von Effektenhäuser zu verhindern, die zur Destabilisierung von Aktienmärkte beitragen wie im Oktober letzten Jahres durch die Weiterleitung großer Bewegungen in einem Zentrum zum anderen. Doch sie kann ihre Geschäfte mit Effektenhäusern so organisieren, daß die Möglichkeit der Rückwirkungen finanzieller Schwierigkeiten, in die diese Firmen aufgrund ihrer internationalen Verwicklungen hineingeraten, reduziert wird.

Effektenhäuser können dem ausgesetzt werden, was als »Positionsrisiko« und auch »Kreditrisiko« bezeichnet wird, insbesondere bei dem Handel mit Wertpapieren. Die Folgen des Schadens, den sie dabei erleiden, können leicht an ihre Kunden weitergegeben werden. Diese Gefahr kann auf ein Minimum gesenkt werden, wenn eine Geschäftspolitik betrieben wird, die diese Dinge sehr wohl im Auge behält. □

Was geschieht nach den US-Wahlen?

C. Gordon Tether

Eines der bemerkenswertesten Dinge bezüglich des weltweiten Abschwungs am Aktienmarkt im Oktober 1987 war die Art, in der er unheimlich exakt den Abschwung in der Wall Street widerspiegelte, der ihn ausgelöst hatte. Der Dow Jones Index verzeichnete ein Absinken von rund 35 Prozent und innerhalb weniger Tage wiesen alle Aktienmärkte, über die es sich zu reden lohnt, einen identischen Verfall auf.

In dem Jahr, das seither vergangen ist, kann man sagen, hat eine allgemeine Gesundung stattgefunden. Anfängliche Befürchtungen, daß der Zusammenbruch des Jahres 1987 der Vorläufer einer Folge von Schocks der Art sein könnte, wie sie die Wall-Street-Katastrophe des Jahres 1927 folgten, haben sich bisher als unbegründet erwiesen und dies scheint auch weiterhin der Fall zu sein.

Wall Street verlor die Anziehungskraft

Wie ich damals darauf hinwies, ist durch die Orgie an Kreditschöpfungen, in der sich die internationale Bankengemeinde seit Mitte der siebziger Jahre ergangen hat, so viel Geld übriggeblieben, das ständig nach Investitionsmärkten sucht, daß wenig Raum für eine Wiederholung dieser traumatischen Erfahrungen vorhanden ist.

Der Zusammenbruch des Jahres 1987 hat seine Zeichen hinterlassen in dem Sinne, daß die Investoren jetzt überall eine vorsichtigere Haltung einnehmen als bisher üblich war, mit dem Ergebnis, daß die Aktienmarktpreise generell in der Finanz- und Wirtschaftsszene realen oder imaginären Veränderungen gegenüber empfindlicher geworden sind als es vielleicht vernünftig wäre. Doch wochen- oder monatsweise betrachtet ging der Trend nach oben.

Was nicht weniger interessant und zutreffend ist: die magnetische Anziehungskraft beziehungsweise der Einfluß des Verhaltens an der Wall Street, der im Oktober 1987 so dynamisch war, ist im Laufe der Monate langsam schwächer geworden. Internationale Berechnungen sind jetzt viel schwieriger in genauer Form zu machen, wo die Unbeständigkeit der Wechselkurse uns den zuverlässigen Maßstab geraubt hat, den der amerikanische Dollar dargestellt hat.

Doch es ist weitgehend zutreffend, wenn man sagt, daß sich die Werte am Aktienmarkt weltweit im Durchschnitt wieder erholt und etwa zwei Drittel an Boden zurückgewonnen haben, den sie in der Katastrophe des Jahres 1987 verloren haben.

Die Erfahrungen der einzelnen Länder wiesen in letzter Zeit allerdings größere Unterschiede auf als während und unmittelbar nach dem Crash im Oktober letzten Jahres deutlich wurde.

Noch soll das Boot nicht schwanken

In den Vereinigten Staaten und in Großbritannien war die Aufwärtsbewegung von den niedrigen Werten des Jahres 1987 geringer als im weltweiten Durchschnitt. Das gleiche gilt im allgemeinen für die wichtigsten Länder Europas.

Andererseits gibt es Länder, wo der Aufschwung der Aktienmarktpreise nach dem Crash so groß war, daß der beim Abschwung im Jahr 1987 verlorene Boden mehr als wieder gewonnen wurde. Das herausragende Beispiel dafür ist Japan. Dort haben die Preise am Aktienmarkt in den letzten Monaten gemessen am Dollar ihre Höchstwerte des Jahres 1987 um fünf bis zehn Prozent überstiegen.

Die Folge ist: Während das Verhalten der Wall Street immer noch einen erheblichen Einfluß auf die Märkte im Ausland ausübt, sind andere Länder nicht mehr bereit, sich in der sklavischen Form an den Vereinigten Staaten zu orientieren, wie sie das noch vor einem Jahr taten.

Das ist die Situation, wie sie in der jüngsten Vergangenheit geherrscht hat. Wie sieht es allerdings mit dem längerfristigen Ausblick aus?

Inmitten der Unsicherheiten gibt es eine Feststellung, die herausragt. Zwischen jetzt und dem Ende des Jahres wird ein relativ neuer Faktor eine dominierende Rolle bei der Bestimmung des Kurses am amerikanischen Aktienmarkt spielen und folglich auch – obwohl wahrscheinlich in geringerem Ausmaß – auf den Märkten anderswo auf der Welt.

Ein wichtiger Hinweis auf die Politik der Behörden in Washington im Hinblick auf die Aktienmärkte in der Zeit vor den Präsidentschaftswahlen im November läßt sich erkennen aus der bemerkenswert optimistischen Note, die der Vorsitzende des Federal Reserve Systems, Alan Greenspan, eingeschlagen hat, als er vor ein paar Wochen einen Überblick über die amerikanische Wirtschafts- und Finanzszene gab.

Es gab, so schien er zu sagen, kaum oder keinerlei Grund zur Beunruhigung über das, was an irgendeiner der wichtigeren Fronten passierte: die Zahlungsbilanz, die Inflation, der Dollar. Das sieht sehr danach aus, als habe man beschlossen, daß zwischen jetzt und den amerikanischen Präsidentschaftswahlen das finanzielle Boot der USA nicht ernsthaft ins Schwanken geraten soll. Washington ist darauf bedacht, daß auf dem Aktienmarkt die Stabilität so gut wie möglich erhalten bleibt, dem Sektor, wo Stürme, die ein solches Schwanken verursachen können, am ehesten auftreten könnten.

Der Kampf beginnt nach den Wahlen

Es ist nicht schwer, die gleichen Schlußfolgerungen aus der Art zu ziehen, wie die internationalen Kollaborations-Vereinbarungen zur Stabilisierung der Devisenmärkte kürzlich durchgeführt wurden. Es scheint, als hätten sie darauf abgezielt, bei jeder Aufwärtstendenz des Dollars sich selbst zu übertreffen Einhalt zu gebieten – damit kein größerer Rückfall eintritt.

Denn die Wall Street hat sich in der letzten Zeit sehr stark am Dollar orientiert und die Preise erhöht, wenn er Stärke zeigte, und sie gesenkt, wenn der Dollar nach unten ging.

Kurz gesagt: Es gibt vernünftige Aussichten dafür, daß es an der Wall Street relativ ruhig bleibt, bis der Kampf um das Weiße Haus ausgetragen sein wird. Investoren täten allerdings gut daran nicht zu vergessen, daß die Situation sich drastisch ändern könnte – nach den Wahlen –, wenn man berücksichtigt, daß die Möglichkeit eines Sieges der Demokraten jetzt in Erwägung gezogen werden muß.

Die Moral der Geschichte lautet: Man muß sorgfältig darüber nachdenken, wie die amerikanische Wirtschaftspolitik unter der neuen Regierung aussehen wird, was wiederum heißt, man sollte versuchen, ein klareres Bild davon zu bekommen, wofür die rivalisierenden Parteien stehen – was bisher nicht so leicht möglich war. □



Waffengeschäfte

Potentielle Goldgrube

Victor Marchetti

Die Untersuchungen des FBI über massive Betrügereien bei Rüstungsaufträgen im US-Verteidigungsministerium, die sich um die Aktivitäten des früheren stellvertretenden US-Marineministers Melvyn Paisley herum konzentrieren, haben sich jetzt auch auf israelische Rüstungsproduzenten ausgedehnt, die Geschäfte mit dem US-Verteidigungsministerium machen.

Mindestens zwei israelische Firmen werden derzeit untersucht: Pocal Industries in Scranton, US-Bundesstaat Pennsylvania, eine Tochtergesellschaft der Soltam Ltd. in Israel, und AAI-Mazlat aus Baltimore, eine Tochtergesellschaft der Israel Aircraft Industries. Beide Firmen verhandelten über große Aufträge mit dem amerikanischen Marineministerium, während Paisley im Amt war, und er könnte an einem und möglicherweise an beiden ein finanzielles Interesse gehabt haben.

Die Tür war geöffnet

Im April vergab das US-Verteidigungsministerium einen lukrativen Auftrag an ein Joint-venture-Unternehmen von Soltam und der amerikanischen Firma Martin Marietta über die Lieferung von 120-Millimeter-Geschützen und Geschossen an die US-Armee im Wert von 50 Millionen Dollar.

Führungskräfte der israelischen Firma sagten damals, sie betrachteten das Geschäft als eine »potentielle Goldgrube« für Israel. Sie meinten, im Laufe der nächsten zehn Jahre könnte der Auftrag zur Lieferung im Wert von über eine Milliarde Dollar an die Armee allein führen. Auch das Marinecorps, so behaupteten sie, würde einen ähnlich großen Auftrag in Erwägung ziehen.

Paisley wäre aufgrund seiner Position an Kaufverhandlungen über die Geschütze für das Marinecorps beteiligt gewesen. Wie sein Chef im Verteidigungsministerium, der ehemalige Marineminister John Lehman, war er bekannt dafür, daß er den Israelis nahesteht und ein Anhänger ihrer Waffen ist.

Die Tür war geöffnet für die Israelis, der einzige Lieferant von 120-Millimeter-Geschützen und Munition an die bewaffneten Streitkräfte der USA zu werden, als das Verteidigungsministerium im Jahr 1985 beschloß, die 4,2-Zoll-Standard-US-Geschosse durch die 120-Millimeter-Version zu ersetzen. Da keine amerikanische Firma die 120-Millimeter-Version herstellt, waren die Israelis automatisch auf dem Gewinnerpfad, die riesigen Aufträge des US-Verteidigungsministeriums zu bekommen.

Soltam machte dann eine Joint-venture-Vereinbarung mit Martin Marietta, um sich als Anbieter zu qualifizieren. In dem Angebot zur Lieferung der Geschosse und Geschütze versprach Soltam, sie in ihrem Werk in Haifa und im Zweigwerk Pocal in Scranton herzustellen.

Nachdem er seinen Posten im Verteidigungsministerium im Jahr 1987 verlassen hatte, arbeitete Paisley als Berater für verschiedene große amerikanische Rüstungsproduzenten, unter anderem auch für Martin Marietta. Er nahm an einer Cocktail-Party in Washington teil, die von der Firma vor ein paar Monaten aus Anlaß der Vergabe des Armeeauftrages über die Geschütze an das Joint-venture-Unternehmen Martin Marietta und Soltam vergeben wurde.

Poju Zabludowicz, dessen Familie Pocal Industries gehört und teilweise auch Soltam, erzählte Wolf Blitzer von der »Jerusalem Post« in einem kürzlichen Interview, er persönlich kenne Paisley und hätte mit ihm in den Jahren 1983 und 1984 in Sun Valley, US-Bundesstaat Idaho, Urlaub gemacht, wo Paisley Häuser gehören. Zu der Zeit war Paisley stellvertretender amerikanischer Marineminister, doch Zabludowicz meinte, Paisley habe niemals weder für Pocal noch für Soltam gearbeitet.

Ehemalige Mitarbeiter des CIA

Die andere israelische Firma, die vom FBI untersucht wird, Mazlat, ist eine Tochtergesellschaft von Tadiran, Israels größtem Elektronikunternehmen, und Israels Aircraft Industries. Sie bildete ein Joint-venture-Unternehmen mit AAI aus Baltimore, das im Jahre 1985 geschaffen wurde, um ferngesteuerte Miniaturfahrzeuge (RPV) an das US-Verteidigungsministerium zu verkaufen. Mazlat ist das hebräische Akronym für Mini-RPV.

Der Durchsuchungsbefehl des FBI gegen Mazlat sagt aus, daß Paisley ein finanzielles Interesse an der Firma haben soll.

Im Jahr 1986 machte Lehman eine große Sache aus dem Kauf einer Reihe von Mazlats Mastiff-RPVs mit fotografischer Überwachung für das Marinecorps mit dem Hinweis, daß sie Feldkommandeuren »live« Videos vom Kampffeld liefern könnten.

Sein Stellvertreter Paisley meinte, dies sei nicht die einzige Einsatzmöglichkeit für die RPVs. Er nannte das RPV die »künftige Büroklammer« des Militärs, das heißt, seine Einsatzmöglichkeit ist fast unbegrenzt.

Zu einem späteren Zeitpunkt in jenem Jahr zog die US-Marine ihre Unterstützung für das Aquila-RPV-Entwicklungsprogramm der Armee zurück und vergab an Mazlat einen 26-Millionen-Dollar-Auftrag zur Entwicklung einer größeren Version des Mastiff, bekannt als der Pioneer, zum Einsatz durch Kampfschiffe der US-Marine. Die Pioneers wurden darauf von der US-Flotte im Persischen Golf eingesetzt. Der Aquila war eine Weiterentwicklung der Aquiline, dem Mini-RPV des CIA, das 20 Jahre vorher als Spionagefahrzeug entwickelt worden war.

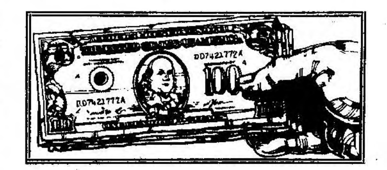
Im Sumpf der Berater

Ironischerweise waren die israelischen Ingenieure, die den Mastiff und seine Nachfolger entwickelt haben, ehemalige US-Bürger, die für den CIA an diesem Auftrag gearbeitet hatten. Später emigrierten sie nach Israel und nahmen ihr geheimes CIA-Wissen mit, was sie schließlich mit Hilfe von Lehman und Paisley nützlich und profitbringend einsetzten.

Vor ein paar Monaten kündigten israelische Vertreter an, daß Mazlat mit dem US-Verteidigungsministerium über den Verkauf eines weiteren Mini-RPV verhandele, Harpy genannt, und diesmal an die US-Luftwaffe. Das Fahrzeug soll feindliches Radar aufspüren, so daß angreifende, bemannte Flugzeuge ein geringeres Risiko eingehen, entdeckt und abgeschossen zu werden. Der Harpy wurde Quellen im US-Verteidigungsministerium zufolge dem Seek Spinner gegenüber vorgezogen, einem ähnlichen Mini-RPV-Radarjäger, der von Boeing entwickelt wurde.

Bei der Untersuchung von Mazlat versuchen FBI-Agenten, mehr über Paisleys Verbindung zum Präsidenten der israelischen Firma, dem ehemaligen General Zvi Schiller, und einem anderen ehemaligen israelischen Offizier, General Uri Simchoni, ein Berater für Rüstungsproduzenten, herauszufinden.

Simchoni war der Verteidigungsattaché an der israelischen Botschaft in Washington und Schiller war sein Stellvertreter von 1984 bis 1986, der Zeitraum als Lehman und Paisley mit den Verhandlungen zum Kauf der Mini-RPVs für die US-Marine und das amerikanische Marinecorps begannen. □



Saudi-Arabien

Waffen gegen Bargeld

Victor Marchetti

Das Waffengeschäft zwischen Saudi-Arabien und Großbritannien ist perfekt. Einer zuverlässigen diplomatischen Quelle aus Saudi-Arabien zufolge wird die saudiarabische Regierung in den nächsten vier bis fünf Jahren von Großbritannien militärische Ausrüstung im Wert von 20 bis 30 Milliarden Dollar gegen bar kaufen.

Dieses harte Bargeld und die Arbeitsplätze, die durch das Waffengeschäft geschaffen wurden – zusammen mit dem Goodwill des ölreichen arabischen Königreichs –, sollten zunächst den Amerikanern zugute kommen, doch das amerikanische Israel Public Affairs Committee (AIPAC), das die Interessen der israelischen Regierung im amerikanischen Kongreß vertritt, sabotierte jedes mögliche Geschäft zwischen den USA und den Saudis. Die Saudis wandten sich deshalb an die Briten, um ihren Rüstungsbedarf zu decken.

Die USA hören nur auf Israel

»Wir haben versucht, euch Amerikaner viele Male zu warnen«, sagte der saudische Diplomat. »Doch ihr hört uns niemals zu. Nur auf die Israelis hört ihr.«

Er sagte weiter, daß verschiedene amerikanische Regierungen sich jahrelang darum bemüht haben, moderne Waffen an sein Land zu liefern, und der US-Kongreß hat es der jüdischen pro-israelischen Lobby in Amerika immer wieder eingeräumt – ebenso wie deren Helfershelfern –, die vorgeschlagenen Rüstungskäufe zu torpedieren. Deshalb, so sagte dieser Informant, entschlossen sich die Saudis im vergangenen Jahr »widerwillig«, nach »China zu gehen«, um ballistische Mittelstreckenraketen zu kaufen, »um uns gegen die strategische Bedrohung unserer Sicherheit von seiten des Iran und Israel zu verteidigen«.

Ironischerweise werden die Raketen der CSS-2-Klasse, die Saudi-Arabien vom kommunistischen China zu einem Preis von schätzungsweise zwei Milliarden Dollar gekauft hat, vor kurzem von israelischen Experten mitentwickelt, die in China unter dem damals geheimen Abkommen über technische Unterstützung gearbeitet haben.

Unterdessen ist ein weiterer potentieller größerer Waffenverkauf – diesmal mit Kuwait – wegen der Aktionen der mächtigen pro-israelischen Kräfte im amerikanischen Kongreß in Gefahr. Ein Vertrag in Höhe von 1,9 Milliarden Dollar für Waffen gegen Bargeld, der von der US-Regierung vorgeschlagen wurde, ist im Repräsentantenhaus unter schweren Beschuß geraten. Die meisten der 27 jüdischen Vertreter haben zusammen mit 30 weiteren Gesetzesvertretern ein Schreiben unterzeichnet, das vom Mitglied des Repräsentantenhauses Lawrence Smith verfaßt worden ist, mit dem US-Präsident Ronald Reagan über ihre Opposition gegen den geplanten Verkauf informiert wird.

Schädlich für die Interessen der USA

Schließlich stimmte der Senat gegen den Verkauf von Maverick-Raketen, die zu dem vorgeschlagenen Paket gehören, ein Schritt, der von den AIPAC-Lobbyisten so kalkuliert ist, daß damit »das ganze Geschäft mit dem ölreichen Königtum am Persischen Golf scheitern soll«.

Der Sprecher des Weißen Hauses Marlin Fitzwater sagte, Präsident Reagan sei »erschreckt« über die Abstimmung im Senat, und las dann eine äußerst strenge Regierungserklärung vor. Es hieß darin, die Aktion des Senats sei »voreilig« und sei erfolgt, ohne auch nur Ausschußanhörungen zu dem Vorschlag durchzuführen. Außerdem hieß es in der Erklärung, die Aktion sei »schädlich für die außenpolitischen Interessen der USA«.

Fitzwater beschuldigte den Kongreß, er sei der Grund dafür, warum sich die Saudis entschlossen haben, bezüglich ihres Rüstungsbedarfs sich an Großbritannien zu wenden, und meinte, der Kongreß sei die »widerstrebende Partei« gewesen, weil er es abgelehnt hat, die Anträge der Regierung für mehrere Rüstungsverkäufe an die Saudis zu genehmigen.

»Der Kongreß hat wiederholt gefragt, was die Golfstaaten für ihre eigene Verteidigung tun«, hieß es in der Erklärung des Weißen Hauses. »Kuwait antwortete, daß es mehr tun möchte, und hat zum Ausdruck gebracht, daß es dabei am liebsten mit uns zusammenarbeiten wolle. Doch einige Leute im Senat möchten diese Bitte jedoch offensichtlich ablehnen und sich Kuwait anderswohin wenden lassen.«

Dieses »anderswohin« könnte die Sowjetunion sein, wie aus Berichten der amerikanischen Geheimdienstgemeinde hervorgeht.

Was aus der Erklärung des Weißen Hauses jedoch nicht hervorgeht, ist die Tatsache, daß eine Vereitelung des Waffenverkaufs an Kuwait durch die AIPAC ebenso wie das vorgeschlagene Geschäft mit Saudi-Arabien ein weiterer Beweis dafür ist, daß die vorrangige Loyalität der jüdischen pro-israelischen Lobby in Amerika nicht den USA gilt, sondern Israel.

Und daß diese amerikanischen Gesetzeshüter, die die AIPAC im amerikanischen Kongreß vertreten, es vorziehen, amerikanische Seeleute im Persischen Golf kämpfen und sterben zu sehen, um kuwaitische Öltanker mit US-Flagge zu schützen, als lieber Kuwait mit den entsprechenden Waffen zu versorgen, damit sie ihre Schiffe gegen fremde Angriffe selbst verteidigen können.

Die Milliarden von Dollar

All das, weil diese gleichen Waffen von Kuwait und Saudi-Arabien eingesetzt werden könnten, um sich gegen die Gefahr zu verteidigen, die Israel für alle arabischen Länder im Nahen Osten darstellt.

Die Milliarden von Dollar, die Tausende von Arbeitsplätzen und der nicht abzuschätzende Einfluß, den die USA aufgrund dieser im Kongreß sabotierten Waffengeschäfte verlieren, sind nur ein Teil des Preises, den das amerikanische Volk für die blinde Unterstützung Israels von seiten seiner Regierung zahlt.

Der amerikanische Steuerzahler zahlt an den zionistischen Staat jährlich drei Milliarden Dollar an militärischer und Wirtschaftshilfe, das macht ungefähr 1000 Dollar für jeden Mann, jede Frau und jedes Kind in Israel. Dieses großzügige Geschenk wurde den Israelis gemacht als Belohnung für die Unterzeichnung des Camp-David-Abkommens und den Frieden mit Ägypten vor zehn Jahren.

Doch es war mehr hinter Jimmy Carters Camp-David-Abkommen als dies. Die USA leisteten Ägypten jährlich 2,6 Milliarden Dollar an Wirtschafts- und Militärhilfe für seine Beteiligung an der Friedensvereinbarung. Dann sind da noch die vielen verborgenen Kosten für den amerikanischen Steuerzahler bei der Unterstützung Israels. Über eine Milliarde Dollar pro Jahr an steuerfreien Spenden aus verschiedenen jüdischen Organisationen werden aus der amerikanischen Wirtschaft herausgenommen und an den zionistischen Staat geschickt. Wieviel mehr Geld der Wirtschaft jedes Jahr verlorengeht, um die riesige Armee professioneller jüdischer Spendensammler in Amerika aufrechtzuerhalten, kann nur geschätzt werden. □

Stand der CIA hinter italienischen Terroristen?

Am 28. Juli 1988 verhaftete die Polizei Adriano Sofri, den Gründer von Lotta Continua, einer radikalen Terrorgruppe der siebziger Jahre, zusammen mit drei anderen Gruppenmitgliedern, Giorgio Pietrostefani, einem früheren Führer von Lotta Continua, und Leonardo Martino und Ovidio Bompressi, von der Lotta Continua »Sicherheitsgruppe«. Alle sind der Ermordung von Polizeichef Luigi Calabresi von Mailand am 17. Mai 1972 angeklagt.

Drei Tage später enthüllte die Mailänder Tageszeitung »Il Giorno«, daß die Zeitung der Lotta Continua in der Druckerei »Tipolito Art-Press« gedruckt worden sei, die Dapco gehört, dem Herausgeber von »Daily American«, der damaligen englischsprachigen Zeitung in Rom. Diese Verbindung weist auf eine enge Verbindung des amerikanischen Geheimdienstes CIA zur Lotta Continua hin.

Chefredakteur des »Daily American« war Robert Hugh Cunningham, ein CIA-Agent. Cunningham arbeitet mit Richard Helms zusammen, der der damalige Chef des CIA war. Cunningham kam im Jahr 1968 nach Rom und übernahm die Zeitung nach und nach von Samuel Meek, der seit dem Jahr 1964 Chefredakteur war. Meek soll für den CIA gearbeitet haben.

Im Jahr 1971 wurde der »Daily American« von Matteo Macciocco und Michèle Sindona übernommen. Nachdem Sindona bankrott war und mit ihm der »Daily American«, schuf Cunningham, der Chefredakteur geblieben war, eine neue Tageszeitung, die »Daily News«, zusammen mit seinem Sohn Robert Hugh Cunningham.

Danach gründeten verschiedene Mitglieder von Lotta Continua eine neue Druckerei für die Tageszeitung der Gruppe und der junge Cunningham half ihnen dabei, der auch verschiedene Publikationen radikaler »autonomer« Gruppen herausgab, die alle den Terrorismus unterstützten. □

Italiens Schulden geraten außer Kontrolle

Der italienische Finanzminister Giuliano Armato behauptet, Italiens öffentliche Schulden werden in diesen Monaten außer Kontrolle geraten, wenn nicht sofort eingegriffen wird. Er schlägt deshalb Haushaltskürzungen von 5,11 Milliarden Dollar jährlich vor, ein Höchstbetrag bei den Ausgabensteigerungen, damit diese unter dem Wachstum des Bruttosozialprodukts bleiben und eine größere Einnahmeerhöhung als in den letzten Jahren. Damit würde das Haushaltsdefizit bis zum Jahr 1992 voraussichtlich auf Null reduziert.

Das italienische Finanzministerium versucht mit seinem Liquiditätsbedarf fertigzuwerden, indem monatlich Staatsobligationen im Wert von 29 Milliarden Dollar auf den Markt gebracht werden, doch nur wenige Investoren kaufen Obligationen mit Laufzeiten von mehr als zwei Jahren. Das Finanzministerium muß dagegen ständig Zinsen zahlen auf die Obligationen, die fällig werden; es kann bei dieser Lage keine langfristige Finanzpolitik durchführen.

Das nationale Defizit Italiens nähert sich der 116-Milliarden-Dollar-Grenze, während die Schulden insgesamt die schwindelerregende Summe von 729 Milliarden Dollar erreicht haben. Am 1. Januar 1987 haben die Schulden der Regionalregierungen den Rekordwert von 37 Milliarden Dollar erreicht – 584 Prozent mehr als im Jahr 1978.

Die Investitionen der Agentur für das Mezzogiorno, die für die Erschließung der rückständigen südlichen Region Italiens zuständig ist, gingen von 2,1 Milliarden Dollar im Jahr 1986 auf 1,8 Milliarden Dollar in diesem Jahr zurück. □

Sowjetbürger werden gegen »Nazis« aussagen

Zum ersten Mal hat die Sowjetunion ihren Bürgern, die in den Westen gehen, erlaubt, gegen »Nazi-Kriegsverbrecher«, die in Großbritannien leben, auszusagen. Sir Thomas Hetherington, ehemaliger britischer Staatsanwalt, und William Chalmers, ehemaliger Vertreter der Krone für Schottland, die eine »unabhängige Untersuchung« der Frage der »Nazi-Kriegsverbrechen« geleitet haben, trafen sich vor kurzem vier Tage lang mit Sowjetvertretern in der UdSSR, um diese Angelegenheit zu diskutieren.

Es ging um die angeblichen Greueltaten, die untersucht werden sollen, allesamt in den deutsch-besetzten Territorien begangen, die jetzt Teil der Sowjetunion sind. Ephraim Zuroff, ein Top-»Nazijäger« des Simon-Wiesenthal-Zentrums in Los Angeles, berichtete: »Es gibt keine Frage, daß die Bereitschaft der sowjetischen Behörden der Verfolgung in Großbritannien lebender Nazis gegenüber kritisch ist. Das ist ein enormer Schritt vorwärts.«

Eine ähnliche »Zusammenarbeit« zwischen sowjetischen und amerikanischen Behörden hat die Verfolgung und Deportation solcher Personen ermöglicht wie Karl Linnas, dem Raumfahrtwissenschaftler Arthur Rudolph und dem Automobilarbeiter John Demjanjuk – aus politischen Gründen und auf der Grundlage keiner anderen »Beweise« als denen, die von der Sowjetunion geliefert wurden. □

Sowjetische Angriffe auf den Papst

In der sowjetischen Zeitschrift »Scientific Atheism«, eine Schrift eines Instituts gleichen Namens in der UdSSR, erschien ein 31 Seiten langer Artikel, der Papst Johannes Paul II. und sein »bourgoises, klerikales Propaganda-Sprachrohr«, Radio Vatikan, angreift. Der Artikel mit der Überschrift »Klerikale Radio-Propaganda – ein Instrument ›psychologischer Kriegsführung‹« wurde verfaßt von Nikolai A. Trofimchyk.

Der Autor untersucht peinlich genau alle Sendungen von Radio Vatikan, um zu zeigen, daß es im Vatikan eine Kampagne psychologischer Kriegsführung gegen die Sowjetunion gibt. Insbesondere wird der Papst verunglimpft wegen seiner Unterstützung des »ukrainischen Glaubens, des Uniatismus«. Die uniatische Kirche ist katholisch und gehört zu Rom. Sie war unter Stalin verboten.

Unter dem gegenwärtigen Papst, so heißt es in dem Artikel, »unterstützt« Radio Vatikan die theoretische Einstellung, daß »es Missionaren der katholischen Kirche zu verdanken ist, daß das Christentum nach Rußland kam«.

In dem Artikel wird auch die Tatsache angegriffen, daß Johannes Paul II. in Radio Vatikan als »Papst der Jugend« dargestellt wird. Die Strategie des Vatikans ist es gewesen, »junge Leute in den sozialistischen Ländern in die Kirche hinein zu rekrutieren, in der Hoffnung, sie würden durch die Aktivierung ihres religiösen Lebens die marxistische Ideologie ablehnen und eine Opposition zur sowjetischen Regierung unter einem religiösen Banner schaffen, was sie zu anti-sowjetischen Aktivitäten und antikommunistischen Ablenkungen führt«. □

Franzosen warnen vor Heuschrecken-Apokalypse

»Wir standen nie so nahe vor dem Schlimmsten.« Das ist die Beurteilung von »Prifas«, der französischen Organisation, die sich auf die Bekämpfung der Heuschrecken spezialisiert hat. »Mehrere Millionen Hektar in 15 Ländern Afrikas sind noch immer verseucht und die Dinge werden immer schlimmer. Das Ausbrüten der Heuschreckeneier in Mauretanien, Mali, Niger und Tschad hat sich inzwischen von West- nach Ostafrika ausgebreitet.«

Prifas erläutert, daß die bisherigen Bemühungen die Heuschreckenplage zwar verzögert haben, sie jedoch nicht aufhalten konnten. Im Gegenteil, durch den Einsatz von Pestiziden mit geringen Rückständen über ein Gebiet von fünf Millionen Hektar konnte nur die Hälfte der Heuschrecken vernichtet werden und der jüngste »Rückgang« in ihrer weiteren Ausbreitung ist lediglich auf jahreszeitlich bedingte Faktoren zurückzuführen.

»Das Schlimmste ist derzeit zu befürchten«, heißt es von Vertretern der Prifas. Alle Möglichkeiten zur Bekämpfung der Heuschrecken können in der Sahel-Zone und Ostafrika bald dahinschwinden durch den Schwarm von Heuschrecken, die im Norden Äthiopiens auftreten. Diese Schwärme werden größer, stärker und beweglicher sein, weil sie geselliger sind. In ihrem Zug nach Westen werden sich diese Schwärme mit Schwärmen in der Region zusammentun und innerhalb weniger Monate in den Maghreb einfallen, ohne jedoch die Sahel-Zone zu verlassen.

»Jede Demobilisierung hätte die schlimmsten Folgen« in naher Zukunft und weitaus noch schlimmere Auswirkungen. Das Wort »Apokalypse« könnte sehr gut in einigen Monaten benutzt werden, wenn nichts Außergewöhnliches in der Bekämpfung dieser Plage unternommen wird, so ist die Schlußfolgerung dieser französischen Organisation. □

Sowjets unterstützen internationalen Terrorismus

Es liegt jetzt an den sowjetischen Gerichten zu beweisen, daß sie es ernst meinen, wenn Michail Gorbatschow den »Terrorismus in allen seinen Manifestationen verurteilt«, schreibt Yonah Alexander in der »Jerusalem Post«. Sie schreibt, daß in den letzten Jahren der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen »graue Zonen« in den Ost-West-Beziehungen zurückgeblieben sind – sprich: die sowjetische Unterstützung des internationalen Terrorismus.

Als Gorbatschow im Jahr 1985 die Macht übernahm, fiel dies zusammen mit einer beispiellosen Terrorwelle auf internationaler Ebene. Dann führte Gorbatschows Drängen nach Vertragsvereinbarungen zu einem scheinbaren Nachlassen der Spannungen einschließlich des Terrorismus, schreibt sie.

Doch in der Zeit danach, seit Gorbatschow an der Macht ist, hat Moskau gleichzeitig eine Politik der »Ermunterung und Unterstützung einer großen Welle von terroristischen Gruppen einschließlich religiöser Fundamentalisten sowie Staatssponsoren des Terrorismus aufrechterhalten«.

Mrs. Alexander nennt mehrere Ziele des Einsatzes von Terrorismus durch die Sowjets: Erstens, Beeinflussung von Nachbarländern; zweitens, Rückkehr »irredentistischer Territorien in den sowjetischen Einflußbereich – zum Beispiel Kurdistan in der östlichen Türkei; drittens, das Zwingen nicht-kommunistischer Staaten in den Einflußbereich Moskaus – zum Beispiel Jordanien; viertens, Spaltung der NATO; fünftens, Destabilisierung Europas; sechstens, führen eines geheimen Krieges gegen Einzelpersonen, die vom Kreml als »Todfeinde« des Kommunismus und der UdSSR angesehen werden.

Zum Zeitpunkt, als sie dies schrieb, berichtete Bernard Steward, ein Oberst der US-Armee einem internationalen Kongreß über die »Künftige Orientierung des Terrorismus« in Tel Aviv, daß über 600 Terroristen derzeit in der UdSSR geschult würden. An dem Kongreß nahmen 21 Experten aus Israel, den USA und Kanada teil.

Jossi Snir, ein israelischer Oberst, deutete an, daß sich der Terrorismus auf dem Seewege entwickeln werde und auf die Handelsschiffahrt abziele, die schwer zu verteidigen seien. Snir sagte weiter, daß die in der UdSSR und anderen Ländern des Sowjetblocks trainierten Terroristen wissenschaftliches Training erhalten und ausgezeichnet ausgerüstet werden.

Paul Leventhal vom Washingtoner Institute für Atomare Kontrolle sagte, der atomare Terrorismus sei weitaus wahrscheinlicher als die Leute meinen, da die Kommerzialisierung chemischer Abfälle Mengen von Plutonoium auf die Märkte bringt, die für Atombomben verwendet werden können. □

Castro besorgt über neues Jalta

Fidel Castro scheint recht besorgt zu sein über die Abkommen der Supermächte des »neuen Jaltas«, mit denen jetzt die Weltkarte in die jeweiligen Einflußsphären aufgeteilt wird.

Castro wörtlich: »Wenn der Imperialismus uns angreift, wer wird dann die Insel verteidigen? Niemand wird aus dem Ausland kommen, um unsere Insel zu verteidigen. Wir müssen an unseren Standort denken, daß unser Volk verantwortlich ist für unser Land und unsere Partei verantwortlich für unser Land, seine Politik, Philosophie und Verteidigung.«

»Wir sprechen eine offene und klare Sprache« mit den Sowjets, meinte Castro, niemand sollte denken, daß es einen »Bruch gibt zwischen den Kubanern und den Sowjets«. Nachdem er dies gesagt hatte, führte er sodann einen Angriff gegen die »Nachahmer«, jene, die wollten, daß Kuba Gorbatschows Glasnost-Politik imitiert.

»Es gibt einige, die glauben, daß wir sofort damit anfangen müssen das zu tun, was an anderen Orten getan wird. Das ist die falsche Einstellung. Wenn wir den Plänen anderer gefolgt wären, würden wir heute nicht hier zusammenkommen. Der konventionellen Theorie zufolge hätte es diese Revolution nicht gegeben. Ich würde gerne wissen, was einige dieser billigen Nachahmer unter den Umständen tun würden, wie wir sie am 26. Juli hatten.

Ich empfinde eine solche Verachtung für jene, die zwar ein starkes Herz, aber einen schwachen Verstand haben und wenig Willenskraft und sie sich betrügen damit, daß sie sich von Illusionen leiten lassen. Wir können keine Methoden verwenden, die nach Kapitalismus riechen. Kuba wird niemals kapitalistische Methoden, Stile, Philosophien oder Idiosynchrasien akzeptieren.«

Castro sagte auch, Kuba sei in keiner Weise verantwortlich für die Offensive gegen die UNITA im vergangenen Jahr im Süden Angolas, die eine »schwierige und kritische Situation geschaffen hat«. Diese Offensive ist von der Sowjetunion angeordnet worden, obwohl Castro diese Tatsache nicht erwähnte. □

Sowjets verstärken Handel mit Peru

Der sowjetische Handelsattaché in Lima, Andrei Drimitiev, traf sich mit dem peruanischen Präsidenten Alan Garcia, um verschiedene Handelsabkommen zu diskutieren einschließlich der Möglichkeit des Verkaufs oder der Vermietung von Flugzeugen an Perus nationaler Fluglinie »Aeroperu« durch die Sowjetunion.

Der sowjetische Minister für die zivile Luftfahrt, Alexander Volkow, verkündete, die Peruaner könnten für solche Flugzeuge bezahlen, indem sie einfach auf dem Flughafen in Lima Dienstleistungen für die sowjetischen Aeroflot-Flugzeuge erbringen.

Der sowjetische Fischereiminister führte kürzlich eine Delegation an, die sich bemühte die Kontroverse beizulegen, die über die sowjetischen Fischereiverträge mit Peru ausgebrochen war. Es kam zu einem Skandal, als aufgedeckt wurde, daß die Sowjets auf ihre Fänge in peruanischen Gewässern keine Steuern gezahlt haben. □

Jährlich ein Zweiter Weltkrieg an weltweiten Abtreibungen

Nach Recherchen der amerikanischen »Organisation zum Studium der Bevölkerungskrise« (PPC) werden jährlich weltweit 54 Millionen Kinder abgetrieben. □

Italien

Invasion aus Afrika

Beat Christoph Bäschlin

Auch die italienischen Regierungsstellen und Behörden machen mit bei der Verschwörung der Hintergrundmächte gegen die westeuropäischen Völker, indem sie die afrikanisch-asiatische Invasion insgeheim dulden oder gar fördern.

Die Zahl der afrikanischen Einwanderer nimmt sprunghaft zu. Schon heute kann man von einer wahren Invasion reden. Niemand will genaue Zahlen nennen. Ganz offensichtlich werden die Tatsachen verheimlicht, damit das wahre Ausmaß der Einschleusung und der gezielten behördlichen Nachlässigkeit und Schlamperei nicht erkennbar würden. In einer Reportage nennt die illustrierte Massen-Zeitung »Gente« die Zahl vom 750 000 Illegalen. In Mailand seien es mindestens 70 000, in Rom 60 000, in Turin 20 000, wie »Gente« mitteilt, hätten sich in Italien bereits mehrere Millionen von Einwanderern festgesetzt, vorab Marokkaner, dann Tunesier und Senegalesen.

Für hermetische Abriegelung der Grenzen

Die italienische Presse hat »entdeckt«, daß irgend etwas im Land nicht mehr stimmt. Aus Rom und Neapel wurden Zwischenfälle gemeldet, wonach Schwarzafrikaner in öffentlichen Verkehrsmitteln zum Aussteigen gezwungen worden waren, weil »Neger unerwünscht« waren. Dazu kam eine Meinungsumfrage bei 5573 Studenten und Schülern höherer Lehranstalten der Stadt Rom. Es ergab sich, daß 75 Prozent der Befragten die sofortige und hermetische Abriegelung der Grenzen forderten, um jeden Zustrom von Einwanderern zu stoppen. Im übrigen wurde verlangt, die in Italien eingesickerten Elemente seien in ihre Herkunftsländer zurückzubringen.

In der genannten Rundfrage äußerten die Jungendlichen ihre Befürchtung, es werde früher oder später zu schweren Konkurrenzkämpfen um die Arbeitsplätze kommen, wenn diese Neuankömmlinge sich in Italien endgültig niederlassen dürften. Ist doch das Land ohnehin überbevölkert und seit jeher hat Italien eine übertrieben hohe Zahl von chronisch Arbeitslosen und Millionen von Unterbeschäftigten. Es sei unschwer zu erkennen, daß die Arbeitsmarktlage durch die Zugewanderten übermäßig belastet würde.

Die im Sinn und Auftrag der Hintergrundmächte wirkenden Medien vergießen schon Krokodilstränen über die »Intoleranz und Engherzigkeit« der Jungen, die sich in überwiegender Zahl gegen die Einschleusung von artfremden Arbeitskräften aussprechen. Schon fallen die mit »Moral« angereicherten Bannfluche, die totbringend sein sollen, wie »Rassisten«, »Rechtsextreme«, »LePen-Sympathisanten«.

»Gente« meint, daß es doch eine »Selbstverständlichkeit wäre, diesen Einwanderern wohlwollend« gegenüberzutreten, sich nicht vor ihrer Konkurrenz zu fürchten und sich mit dem Nebeneinander verschiedener Kulturen und Religionen freundlich vertraut zu machen. Die über ganz Westeuropa ausgegossenen Gemeinplätze und hohen Redensarten werden da freigebig weiter gereicht.

Niemand protestiert gegen afrikanischen Rassismus

Natürlich wird in dieser Diskussion verschwiegen, daß in der Zeit von 1945 bis 1965 Hunderttausende von Italienern aus Nordafrika verjagt worden sind. Diese Flüchtlinge haben dort den Arbeitsmarkt nicht belastet, sondern im Gegenteil Wohlstand geschaffen und als zuverlässige Arbeitskräfte gewirkt.

Ich habe selber miterlebt, wie im Dorf Hafouz bei Kairuan die Landarbeiter sich bitter beklagten, als ein großes Landgut verstaatlicht wurde: »Bisher wußten wir, daß der italienische Verwalter uns die Löhne regelmäßig und pünktlich auszahlte. Nun, da der tunesische Staat das Gut übernimmt, wissen wir nicht mehr, ob mehr Arbeit überhaupt noch entlohnt wird.« Da ich damals von afrikanischen Verhältnissen noch nichts wußte, wunderte ich mich über diese Aussage.

Heute darf die Erinnerung an die brutale Vertreibung der italienischen Siedler und Handwerker nicht mehr wachgehalten werden. Denn diese schmähliche Massenausweisung trug alle Eigenschaften des Rassenhasses in sich.

Im Auftrag der schweizerischen Entwicklungshilfe reiste ich im Frühjahr 1965 kreuz und quer durch ganz Tunesien. In einer großen Ortschaft nahe bei Zaguan war das einzige Gasthaus von Italienern betrieben. Zu meiner Verwunderung wurde die Haustür erst geöffnet, nachdem ich versichert hatte, Europäer zu sein. Kaum waren wir eingetreten, wurde das Haustor mit schweren Balken verrammelt, als wären wir in einer mittelalterlichen Burg.

Auf den ersten Blick sah das aus wie Folklore. Die Wirtsleute sagten nur: »Sie werden sehen, diese Nacht geht es wieder los.« Erst nach Mitternacht begriffen wir, was gemeint war: eine Menschenmasse wälzte sich durch die ganze Ortschaft. Brüllende und grölende Demonstranten, pochten an die Türen und Fensterläden unseres Gasthauses und an alle Häuser der noch verbliebenen Italiener, Franzosen und Malteser. Der immer wiederkehrende Ruf lautete: »Europäer raus!«

Auch die Juden wurden verjagt

Bei Frühstück erklärten uns die moralisch vollständig zermürbten Gasthausbesitzer: »Die ganze fremdenfeindliche Haßkampagne wird von der tunesischen Einheitspartei über das ganze Land hin systematisch betrieben. Und doch beruht der Wohlstand hiesiger Gegend auf Fleiß der Italiener. Unser Großvater hat hier in einem Steppengebiet Olivenbäume gepflanzt, und manche seiner Landsleute taten das gleiche. Heute verjagt man alle Europäer wie räudige Hunde. Wir müssen alles entschädigungslos zurücklassen. Zwar hat unsere Familie noch eine Frist, weil es weit und breit kein Gasthaus gibt. Sobald mit staatlichen Mitteln ein Hotel gebaut ist, müssen wir weg, zurück nach Italien, das wir fast nur vom Hörensagen kennen.«

In einer größeren Stadt im Süden Tunesiens stand irgendwo eine Tür offen. Zahlreiche Leute gingen ein und aus. Wir folgten ihnen und sahen uns in einem halbdunklen Raum mit einigen Bankreihen. Die Anwesenden erklärten uns, das sei eine Synagoge und heute sei ein großer Abschiedstag. Alle Juden müßten Tunesien verlassen. Es sei hart, aus dem Land der Väter ausziehen zu müssen, doch hofften sie, in Israel einer neuen und glücklicheren Zukunft entgegenzugehen.

Auf dem Hintergrund der Ausweisung und Vertreibung aller Europäer und Juden aus Tunesien, Algerien und Marokko nehmen sich die journalistischen Schnörkel, wie sie heute von den antirassistisch getrimmten Meinungsmachern abgeleiert werden, als bitterer Hohn aus. Zur Verteidigung der auf 750 000 geschätzen illegalen Einwanderer schreibt »Gente«: »Diese Leute möchten in Italien bleiben. Aber ein Teil der Italiener möchte die Forderung LePens erheben und sie heimschicken, wo Hunger und Elend ihrer wartet. Wir sollten die Afrikaner zu vollberechtigten Mitgliedern unserer Gesellschaft erheben, ohne uns vor dieser Lösung zu fürchten. Man muß die Jugend zum Nebeneinander verschiedener Kulturen und zur Befolgung der Anstandsregeln erziehen.«

Die politischen »Moralisten« haben vor einem Menschenalter den afrikanischen Rassenhaß als gesunde Äußerung des Volksempfindens betrachtet. Aber heute wollen uns dieselben »Moralisten« aufschwatzen, es sei böse und verwerflich, die europäischen Länder vor der asiatisch-afrikanischen Invasion zu schützen. □

Vatikan

Geheimabkommen mit den Kommunisten

John F. McManus

Man muß kein guter Katholik sein, um zu wissen, daß die Kirche in den letzten beiden Jahrzehnten einigen gewaltigen Änderungen unterworfen war. Es liegt nicht in der Absicht dieser Abhandlung zu kritisieren, was die Konservativen quält oder was die Liberalen anspricht und umgekehrt. Dieser Artikel will sich vielmehr nur einem Gegenstand widmen, der nur sehr wenigen Gläubigen von heute wichtig erscheinen mag.

Es wird behauptet, daß der Westen im allgemeinen, speziell die USA und insbesondere die katholische Kirche, an einer Lähmung des Widerstandswillens hinsichtlich des Kommunismus leidet. Die rote Macht wächst weiter und jede Alternative zu ihr findet sich auf dem Rückzug. Im Falle der Kirche gibt es einen schockierenden Grund für dieses Zurückweichen. Es ist das wenig bekannte Übereinkommen zwischen Moskau und dem Vatikan, das ein Hauptdiskussionsthema für die Synode sein sollte (gemeint ist die »Bischofssynode« Ende 1987 in Rom). Aber dieser Vertrag – ein in aller Stille ausgehandeltes Übereinkommen – erregte kaum die Aufmerksamkeit eines Bischofs oder einiger gläubiger Laien.

Ist der Vatikan seit dem letzten Konzil, zu einem Werkzeug des Antichristen geworden?

Der militante Antikommunismus verpuffte

Ein ernst zu nehmender Opponent des Kommunismus hätte am Ende dieser Dekade – gemeint sind die fünfziger Jahre – verzweifeln können, daß nur ein Feind des roten Terrors vorhanden war, von dem niemand glauben konnte, daß er jemals im Kampf gegen diese atheistische Macht straucheln würde. Dieser Gegner mit seinen Hunderten von Millionen Anhängern in der ganzen Welt, mit seinen Schulen, Organisationen, Kanzeln, seiner Presse sowie seiner beneidenswerten Disziplin war die katholische Kirche.

Man mußte kein Katholik sein, um Trost aus der Kraft des Katholizismus als einem Opponenten des Kommunismus zu schöpfen. Es gab tatsächlich viele, die sich zu einem anderen Glauben bekannten, zugleich aber Gott dankten für die kompromißlose antikommunistische Einstellung des Katholizismus.

Die Haltung der Kirche wurde von Papst Pius XI. im Jahr 1937 klar dargelegt, der die Zusammenarbeit mit dem Kommunismus in jeder Art von Unternehmungen verboten hatte, was unter der Regierung Pius XII. erneut bekräftigt wurde, besonders durch dessen strenges Verbot eines Kontaktes mit kommunistischen Führern. Zu Recht bestand er darauf, daß ihnen weder Ehrungen zuteil werden dürften noch daß es Verhandlungen oder Anerkennungen von der Art geben dürfe, wie sie legitimen nationalen Oberhäuptern vorbehalten sind.

Die zahlreichen Berichte typisch kommunistischer Grausamkeit, wie sie gegenüber katholischen Prälaten angewandt wurde – gegenüber Stepinac in Jugoslawien, Mindszenty in Ungarn, Walsh in Rot-China und viele andere – dienten nur dazu, die Kirche und ihre Bewunderer gegenüber der Propaganda der Unterwanderung und dem Terror, die der Kommunismus überall ausbreitete, zu festigen.

Die neue Haltung der Kirche

Aber diese feste Haltung begann sich abzuschwächen und der militante Antikommunismus der Kirche verpuffte, zuerst langsam, dann immer deutlicher sichtbar und wahrnehmbar und jetzt – mit Ausnahme gelegentlicher Demonstrationen von Katholiken wie in Polen – ist eigentlich keine Opposition seitens der katholischen Hierarchie vorhanden.

Ja, was noch viel schlimmer ist, es kann gezeigt werden, daß die vatikanischen Autoritäten sich 1962 förmlich gegenüber ihren sowjetischen Verhandlungspartnern verpflichteten, von da an auf jede Verurteilung des Kommunismus zu verzichten. So wurde die katholische Kirche von einem militanten Gegner des Kommunismus zu einer neutralen Haltung umfunktioniert und etwas später wenigstens in einigen Fällen eigentlich zu dessen Kollaborateur.

Die neue Haltung in der Kirche begann mit dem Tod Pius XII. im Jahr 1958. Das erste Anzeichen dieser Änderung zeigte sich im Jahr 1959, als Johannes XXIII. seine Absicht, die Fenster der Kirche aufzureißen, ankündigte – angeblich, um die alten Praktiken und alten Führer durch frische Luft zu beleben.

Als die Planung für das Konzil begann, wurden auch die ersten Schritte unternommen, die geschichtlich bedeutsam gewordene Opposition der Kirche gegenüber dem Kommunismus – als einer atheistischen Lehre – zu neutralisieren. Es war im November 1961 in Neu-Dehli als der Patriarch der russisch-orthodoxen Kirche, Nikodim, die Bedingungen des Kremls bekannt gab, die akzeptiert werden mußten, ehe die Kirche, deren Oberhaupt er war, sich bereit erklären konnte, irgendwelche Beobachter zum Konzil zu entsenden.

Rom nahm alle Bedingungen an

Es war kein Geheimnis, daß Nikodim, bekannt als Verbündeter des KGB seine Stellung als Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche nach Gutdünken der Sowjetfunktionäre innehatte. Auch war es nicht überraschend zu erfahren, daß der russische Kirchenführer eben zu dem Zweck in Neu-Dehli weilte, die noch erforderlichen Schritte zur Zulassung seines Patriarchats in das pro-kommunistische Welt-Konzil der Kirche zu unternehmen.

Zu Beginn des Jahres 1962 bestimmte der Vatikan den französischen Kardinal Eugène Tisserant – vielleicht aufgrund seiner fließenden Beherrschung der russischen Sprache – , mit Niko-

Geheimabkommen mit den Kommunisten

dim in Metz zusammenzutreffen. Diese vom Bischof von Metz, Joseph Schmitt, veranstaltete Zusammenkunft erfolgte in dem am Place St. Glossing gelegenen Haus eines gewissen P. Lagarde.

Nikodim hatte bereits schon vorher bestimmt, daß Beobachter seines Patriarchats nur unter der Bedingung das Konzil besuchen würden, wenn »es keine feindlichen Erklärungen gegenüber unserem geliebten Vaterland geben werde«. Er fügte noch hinzu: »Der Vatikan ist oft auf politischer Ebene aggressiv gegenüber der UdSSR. Wir, die wir Christen russisch-orthodoxen Glaubens sind, sind loyale Bürger unseres Staates und lieben unser Vaterland heiß. Dies ist der Grund, warum alles, was sich gegen unser Land richtet, ungeeignet ist, die Beziehungen zu anderen zu verbessern.«

Das in Metz ausgearbeitete Übereinkommen wurde sorgfältig abgefaßt. Dem holländischen Bischof Jan Willebrands fiel die Aufgabe zu, es nach Moskau zu bringen. Da sämtliche seiner Bedingungen angenommen wurden, kam die russisch-orthodoxe Delegation im Oktober 1962 als offizieller Konzilsbesucher nach Rom. Von diesem Zeitpunkt der Geschichte an gab es keine Verurteilung des Kommunismus mehr durch die Zentrale des römischen Katholizismus. Gelegentlich gab es noch Erklärungen gegen den Atheismus oder gegen gottlose Systeme.

Ein Jahr vor dem Abschluß des Vatikan-Moskau-Abkommens gab Johannes XXIII. seine Enzyklika »Mater et magister« am 15. Mai 1961 heraus. In ihr bezog er sich auf den »fundamentalen Gegensatz zwischen Kommunismus und Christentum«. Aber selbst diese Feststellung geht auf Pius XI. zurück und wurde keinesfalls von Johannes XXIII. als seine eigene ausgewiesen. Immerhin zeigte es sich, daß dies die letzte negative Äußerung eines Papstes in einem offiziellen kirchlichen Dokument war. Nach dem Vatikan-Moskau-Übereinkommen veröffentlichte Johannes XXIII. seine Enzyklika »Pacem in terris« am 11. April 1963. In ihr wird der Kommunismus überhaupt nicht mehr erwähnt.

Am 6. März 1963, kurz vor Erscheinen von »Pacem in terris«, gestattete es Johannes XXIII. dem sowjetischen »Journalisten« Aleksei Adzhubei, ihn zu interviewen. Adzhubei war nicht nur der Schwiegersohn des sowjetischen Premierministers Nikida Chruschtschow, sondern auch der Herausgeber der sowjetischen Regierungszeitung »Iswestia«. Laut Beobachter für italienische Angelegenheiten führte die weite Publizität, die diesem außerordentlichen Treffen zuteil wurde, dazu, daß bei der nächsten Wahl in diesem Land die Kommunistische Partei Italiens (KPI) zusätzlich eine Million Stimmen erhielt.

»Man hat die Pflicht, diesen Weg zu beginnen«

Nachdem die Übereinkunft zwischen Moskau und dem Vatikan erzielt worden war, war es die kommunistische Zeitschrift »France Nouvelle«, die diese Nachricht als erste bekanntgab. Dieses »führende Wochenblatt der Partei« schrieb in seiner Ausgabe vom 16. Januar 1963: »Seitdem das sozialistische System der Welt seine unbezweifelbare Überlegenheit zeigt und sich der Zustimmung vieler Hunderte Millionen von Menschen erfreut, kann sich die Kirche nicht mehr länger mit einem rohen Anti-Kommunismus begnügen. Sie verpflichtet sich anläßlich ihres Dialogs mit der russisch-orthodoxen Kirche, das kommunistische Regime auf dem Konzil nicht mehr indirekt anzugreifen.«

Jean Madiran faßte all dies in seiner Zeitschrift »Itineraires« vom April 1963 zusammen. Dabei bemühte er sich sehr, das, was er berichtete, zu entschuldigen. Im Juni 1964 beschäftigte er sich wieder mit dem gleichen Thema, wobei er sich von neuem bemühte, das Abkommen möglichst wohlwollend darzustellen. Selbst im Februar 1984 erklärte er noch, kein Bedauern wegen seines früheren Wohlwollens zu haben. »Man hat immerhin die Pflicht, diesen Weg zu beginnen«, behauptete er. »Man darf aber dabei nicht beharren, wenn er eindeutig unhaltbar würde.«

Als eine direkte Reaktion auf Madirans Kommentar von 1984 über das Abkommen verteidigte Monsignore Georges Roche, des verstorbenen Kardinals Tisserant enger Vertrauter, seinen Freund und früheren Kollegen. Indem er dies tat, bekräftigte er, daß sämtliche vorher veröffentlichten Details vollständig korrekt waren, und er fügte sogar noch weitere Informationen über dieses Ereignis sowie seine Nachwirkungen hinzu.

In einem Brief an Madiran, der im Mai 1984 in »Itineraires« veröffentlicht wurde, stellte Monsignore Roche fest: »Ich kann Ihnen versichern, daß die Entscheidung, russisch-orthodoxe Beobachter zum Zweiten Vatikanischen Konzil einzuladen, persönlich durch seine Heiligkeit Papst Johannes XXIII. erfolgte . . . mit deutlicher Ermutigung seitens Kardinal Montini . . . Und was noch mehr ist: Es war auch Kardinal Montini, der geheim die Politik des Staatssekretariats während der ersten Sitzungsperiode des Konzils von einem geheimen Ort aus leitete, den ihm der Papst in dem berühmten St.-Johannes-Turm innerhalb der Mauern der Vatikanstadt bereitgestellt hatte.«

1963 wurde Kardinal Montini zum Nachfolger von Johannes XXIII. erwählt und nahm den Namen Paul VI. an. Während Johannes XXIII. der Urheber der Einberufung des Konzils war und auch die ersten vier Sitzungen leitete, war es Paul VI., der es zuerst vom Szenenhintergrund dirigierte und später als Papst Vorsitzender war. Monsignore Roche erwähnt auch, daß der in Mailand residierende Kardinal Montini »Berater« des Patriarchen von Venedig war, ehe dieser zum Papst Johannes XXIII. gewählt wurde.

Das Abkommen mit Stalin

Im Zuge dieser bemerkenswerten Enthüllungen suchte Monsignore Roche die Bereitschaft Kardinal Tisserants, mit den Kommunisten Kontakte aufzunehmen, dadurch zu verteidigen, daß er auf einen zwanzig Jahre vorher vereinbarten Pakt Bezug nahm. Während Monsignore Roche sich vielleicht mit der Bemerkung, daß es für solch ein Verhalten einen Präzedenzfall gäbe, zu trösten vermag – obwohl es vom damaligen Papst streng verboten war –, können vielleicht Beobachter der postkonziliaren katholischen Kirche einige Erklärungen für das Durcheinander in diesen Einzelheiten finden.

Folgendes gestand Monsignore Roche in seinem Brief an Madiran: »Sie scheinen daher von einem früheren Übereinkommen nichts zu wissen, das während des Zweiten Weltkrieges – genauer 1942 – erzielt wurde und dessen Vorkämpfer Monsignore Montini sowie Stalin selbst waren. Dieses Abkommen von 1942 scheint mir von großer Wichtigkeit zu sein.«

Aber gerade hier endete er mit seiner Bezugnahme auf dieses Übereinkommen von 1942, beruhigt im Glauben, Kardinal Tisserants Verhalten – dieser Skandal – aus dem Jahr 1962 lassen sich damit rechtfertigen, indem er ein ähnliches skandalöses Verhalten aus dem Jahr 1942 anführt, gerade jenes Mannes, der unter Johannes XXIII. während der ersten Sitzungen das Konzil leitete und dann selbst in den übrigen Sessionen den Vorsitz innehatte.

Madiran schloß seinen Kommentar über die von ihm veröffentlichten Informationen mit folgender Bemerkung: »Das Vatikan-Moskau-Übereinkommen war kein Irrtum der Diplomatie oder selbst der Politik. Es war etwas ganz anderes. Es begründete religiösen Verrat. Sicherlich hatte es auch politische Konsequenzen. Sicherlich zog es Nutzen aus einer falschen Beurteilung. Aber ich wiederhole: Im wesentlichen begründete es religiösen Verrat und vor dem Richterstuhl der Geschichte wird es als die Schande des 20. Jahrhunderts für den Heiligen Stuhl angesehen werden.«

Hier nun der beim Vatikanum II abgeschlossene Pakt: P. Ralph M. Wiltgen wurde 1950 zum katholischen Priester geweiht. Als Mitglied des Missionsordens vom Göttlichen Wort war er zu Beginn des Vatikanums II 1962 Leiter der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit. Sein enger Kon-

takt mit fast sämtlichen Konzilsvorgängen befähigte ihn, 1967 das Buch »Der Rhein fließt in den Tiber« zu verfassen. Dieses 304 Seiten umfassende Buch stellt eine beispielhafte Geschichtsschreibung des Vatikanum II dar. Durch dieses Buch kann man Zugang finden zu den Vorgängen vor, während und unmittelbar nach dem Konzil. Die folgenden Einzelheiten dieser Abhandlung über die Weigerung des Konzils, den Kommunismus zu verurteilen, entstammen diesem Werk.

Sorgfältig das Wort Kommunismus vermeiden

Während der ersten Sitzung des Konzils, die von Mitte Oktober bis Anfang Dezember 1962 dauerte, verlautete nichts über den Kommunismus. Die zweite Sitzung währte von Anfang September bis Anfang Dezember 1963. Nur einen Tag von Schluß, dem 3. Dezember, legte der Erzbischof Geraldo Sigaud von Diamantina, Brasilien, eine an Paul VI. gerichtete Petition vor, die von über 200 Konzilsvätern aus 46 Ländern unterzeichnet war. Sie forderte die Abfassung eines Schemas – das heißt, eines Vorschlages, der in die Beschlüsse des Konzils aufgenommen werden soll –, in dem die Irrtümer des Marxismus, des Sozialismus und des Kommunismus auf philosophischer, soziologischer und wirtschaftswissenschaftlicher Grundlage widerlegt werden sollten.

Erzbischof Sigaud erhielt keine Antwort von Papst Paul VI., und die zweite Sitzungsperiode wurde beendet. Am 6. August 1964 erließ Paul VI. seine erste Enzyklika »Ecclesiam suam«, in der er nicht zu einer Verurteilung, sondern zu einem Dialog mit dem atheistischen Kommunismus aufrief. Während der dritten Sitzungsperiode im Herbst 1964 entstanden heftige Diskussionen über das vorgelegte Schema über die Kirche in der modernen Welt, besonders hinsichtlich des Kapitels, das den Atheismus betraf. P. Wiltgen stellte fest, daß dabei »sorgfältig das Wort Kommunismus vermieden« worden sei.

Am 23. Oktober 1964 forderte Erzbischof Paul Yu Pin von Nanking, China, öffentlich im Namen von 70 Konzilsvätern wegen der kommunistischen Herrschaft in seinem Vaterland – der Erzbischof mußte deswegen in Taiwan residieren –, es solle dem damals diskutierten Schema ein weiterer Passus über den atheistischen Kommunismus hinzugefügt werden. Er bezeichnete ihn als das gewaltigste, augenscheinlichste und unglückseligste aller modernen Phänomene, und er setzte sich mit gleichgesinnten Konzilvätern dafür ein, nicht die zu ignorieren, »welche unter dem Joch des Kommunismus stöhnen«. Aber wiederum wurde nichts unternommen, und die dritte Session des Konzils wurde beendet.

Als die vierte und letzte Sitzungsperiode am 14. September 1965 begann, war das Schema über den Atheismus revidiert worden. Indessen enthielt es weiterhin keine Erklärung bezüglich des Kommunismus. Diese Unterlassung führte dazu, daß ein von 25 Bischöfen unterzeichnetes Schreiben in Umlauf gesetzt wurde, das zehn Gründe anführte, weshalb das Konzil zu diesem Thema etwas entscheiden sollte. Der Brief betonte, daß Schweigen gegenüber dem Kommunismus gleichbedeutend sei mit einem Desavouieren all dessen, was von den früheren Päpsten bisher getan worden war.

Der sehr lange Brief war von dem italienischen Bischof Luigi Carli verfaßt worden. Er zirkulierte unter den Konzilsvätern mit Starthilfen von Erzbischof Sigaud und Erzbischof Marcel Lefebvre. In kurzer Zeit unterzeichneten ihn 450 Konzilsväter. Als indessen Mitte November eine Revision des Schemas, das sich mit der Kirche in der Welt befaßte, erfolgte, gab es wiederum keine Erwähnung des Kommunismus. Schnell verschwand der Brief mit seinen Unterschriften. Ein Priester, der Sprecher war, behauptete, daß es sich um »keine Intrigen irgendwelcher Art handle«. Ein nicht genannter Prälat verkündete, das Dokument »sei zu spät« vorgelegt worden und könne daher nicht mehr berücksichtigt werden.

Als die komplette Konstitution über die »Kirche in der modernen Welt« zur Abstimmung dem gesamten Konzil vorgelegt wurde, gab es 75 »Nein«-Stimmen. Das Konzil wurde am 8.Dezember 1965 beendet. □

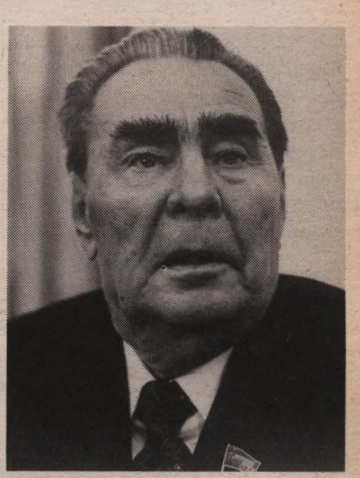
Ostblock

Glasnost ist nicht der Prager Frühling

Oscar Boline

Vor zwanzig Jahren war der »Prager Frühling« bei den Europäern in aller Munde. Wie Glasnost und Perestroika heute weckte er Hoffnungen auf eine Verständigung mit der Sowjetunion, mit der man würde leben können. Freiheit für Millionen Menschen und ungeheuere Märkte schienen innerhalb der Reichweite der internationalen Geschäftsleute und Banker.

Die Stalinisten der alten Garde, die die Tschechoslowakei 20 Jahre lang kontrolliert hatten, wurden am 5. Januar 1968 durch eine Regierung unter Führung von Alexander Dubcek und eine Gruppe junger Männer ersetzt, die sich liberalen Wirtschafts- und Sozialreformen verschrieben hatten.



Leonid Breschnew, damaliger Staatschef der UdSSR, gab den Befehl zum Einmarsch der sozialistischen Bruderstaaten in die Tschechoslowakei.

Die Leute waren glücklich

Presse, Radio, Fernsehen, Theater und alle anderen Medien wurden zunehmend offener in ihrer Kritik der Ereignisse seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Kein einziger Vorfall wurde öfter diskutiert als der mysteriöse Tod von Jan Masaryk, dem Gründungsvater der Tschecheslowakei. Fragen wurden gestellt, die früher eine sofortige Verhaftung zur Folge gehabt hätten. Alle lobten die Tschechoslowakei der zwanziger und dreißiger Jahre, etwas, was bei dem vorherigen Regime verboten war und verfolgt wurde.

In diesen Mittsommerwochen vor 20 Jahren, die ich in Prag, Pilsen, Bratislava und anderen tschechoslowakischen Städten verbrachte, fand ich Restaurants, Cafés, Weinstuben und Straßen überfüllter denn je. Die Leute waren glücklich, sorglos und redseliger als je zuvor. Sie waren bereit einem Amerikaner einen Kaffee zu spendieren, ein Bier oder ein Glas Wein, einfach, um mit ihm ins Gespräch zu kommen.

Sie sprachen von dem Land, das die Tschechoslowakei in den zwanziger und dreißiger Jahren gewesen ist, als man sich eines hohen Lebensstandards in Europa rühmte. Sie sprachen von dem großen Fehler von Jalta, als Winston Churchill und Franklin Roosevelt zustimmten, daß Josef Stalin Osteuropa bekam und darüber, wie der amerikanische General George Patton in Pilsen gestoppt wurde, nur wenige Ki-

Ostblock

Glasnost ist nicht der Prager Frühling

lometer westlich von Prag, so daß die in Teschen zusammengezogene Sowjetarmee – was doppelt soweit östlich lag – im »Sieges«-Marsch in Prag einziehen konnte als die »Befreier« ihrer »slawischen Landsleute«, der Tschechen, wie es in Jalta vereinbart worden war.

Sie kritisierten ihren letzten Präsidenten Eduard Benesch und auch sich selbst, weil sie es zugelassen hatten, daß der Pan-Slawismus den besseren Teil ihres Landes bekam, und weil sie im Umgang mit den Sowjets nicht mißtrauisch genug waren.

Sie lachten herzhafter denn je

Als die Nachricht Prag Mitte Juli erreichte, daß Moskau und die Warschauer-Pakt-Staaten verlangt hatten, daß die neuen Führer ihre Reformen und das Tempo der Liberalisierung verlangsamen sollten, lachten die herausfordernden Tschechen nur, sie lachten herzhafter denn je und hatten weiterhin ihre Freude und Spaß.

Am 21. August 1968 wachten wir alle auf durch den Lärm der sowjetischen Panzer und Lastkraftwagen mit polnischen, ungarischen und bulgarischen Soldaten sowie Militär aus der DDR, die gekommen waren, um die Tschecheslowakei zu besetzen und ihrem »Frühling« ein Ende zu machen. Sie taten das unter der »Breschnew-Doktrin«, von der bis zu diesem Tage niemand etwas gehört hatte. Sie gab dem Kreml das »Recht« in jedes sozialisitische Land einzumarschieren, wenn die Sowjetführer der Meinung waren, daß der Sozialismus in diesem Land von innen oder außen bedroht war.

Langsam drehte der Kreml die Uhr des »Prager Frühlings« zurück. Erst im April 1969 wurde Dubcek seines Amtes enthoben und er verlor seine Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei. Seine Regierung wurde ersetzt durch Gustav Husak und Verfechter eines harten Kurses, die seither der Linie Moskaus gefolgt sind.

Nur Stunden nach dem Einmarsch richteten die Sowjetpanzer ihr Ziel auf die Medien. Es wurden massenweise »Schüsse« abgefeuert auf jedermann in Presse, Radio, Fernsehen und Theater, der sich an Recherchen, Berichten oder selbst milder Kritik über die Vorgänge seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges beteiligt hatte.



Als führender Theoretiker des tschechoslowakischen Reformkommunismus wurde Ota Sik (oben links) Stellvertreter von Ministerpräsident Dubcek (rechtes Bild oben) bis Breschnews Panzer den Prager Frühling beendeten.

Jan Pelikan gehörte zu den ersten Opfern dieser Äußerung der Medien. Pelikan war seit 1963 Generaldirektor des Fernsehens. Er war einer der Gründungsväter des Prager Frühlings, weshalb er schließlich aus der Tschechoslowakei vertrieben wurde und man ihm seine Staatsbürgerschaft entzog.

Pelikan erhielt politisches Asyl in Italien, wo er seine journalistische Laufbahn fortsetzte. Im Jahr 1977 bekam er die italienische Staatsbürgerschaft und zwei Jahre später wurde er über die Liste der Sozialistischen Partei im Wahlkreis Rom ins Europäische Parlament gewählt. Im Jahr 1984 ist er wiedergewählt worden.

Motiviert durch nationalistische Gefühle

Als ich Pelikan nach seiner Meinung über Gorbatschows Pläne bezüglich Perestroika fragte und danach, was damals in Prag passiert ist, begann er zu erzählen.

Dieses Jahr ist der 70. Jahrestag der Gründung des selbständigen Staates Tschechoslowakei. Es waren die vierzehn Punkte von US-Präsident Woodrow Wilson, auf die das Land gegründet wurde.

»Das was den Prager Frühling motiviert hat ist ein nationalistisches Gefühl, daß die Tschechoslowakei zu einem führenden Land im Sowjetblock werden ließ. Ein breiter Sektor des tschechischen Volkes wollte den Sozialismus den speziellen Bedingungen der Tschechoslowakei anpassen. Dieser Prager Frühling war ein Vorläufer von Glasnost und Perestroika. Er war nicht motiviert durch eine Absicht, den Warschauer Pakt oder den COMECON zu verlassen. Deshalb glaube ich heute auch nicht, daß die Tschechoslowakei die Absicht hat, jetzt den Sowjetblock zu verlassen.«

Der COMECON ist der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, der seinen Hauptsitz in Moskau hat und aus Bulgarien, Kuba, der Tschechoslowakei, DDR, Ungarn, der Mongolei, Polen, Rumänien, der Sowjetunion und Vietnam besteht.

Was die Zukunft der Länder des Baltikums Estland, Lettland und Litauen angeht, meint Pelikan: »Ich würde sagen, daß es im Augenblick keine Möglichkeit gibt, daß sie in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken mehr Autonomie erhalten werden.«

Er betonte die kulturelle und wirtschaftliche Autonomie – insbesondere den Gebrauch ihrer eigenen Sprachen in Schulen, im Radio und Fernsehen. »Gorbatschow hat angekündigt, daß er eine Sonderversammlung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei diesen nationalen Problemen der verschiedenen Völker in der Sowjetunion und im Sowjetblock widmen wolle. Dies ist eines der wichtigsten Probleme der Sowjetunion und er wird versuchen dieses Problem hoffentlich korrekt zu lösen.« □



Chile

Fakten statt Desinformation

Michael Brandegger

Chile ist ein Land, das sich den Eingriffen der internationalen Mächte widersetzt. Die weltweite Agitation gegen das Pinochet-Regime hat ihre Ursache in der Tatsache, daß Chile nicht der von den Weltherrschaftsstrategien gewünschten Parteidemokratie entspricht. Da die Desinformation der westlichen Medien ein Ausmaß erreicht hat, daß Fakten praktisch nicht mehr dargestellt und immer stärker einer einseitigen Propaganda geopfert werden, hier einige Tatsachen, die eigentlich bekannt sein sollten, wenn man über Chile spricht.

Chile hat sich trotz stärksten Drucks während der beiden Weltkriege dieses Jahrhunderts nicht zur Kriegserklärung an das Deutsche Reich zwingen lassen. Der frühere Staatspräsident Allende hat selbst Mitte des Jahres 1973 den General Pinochet zum Oberbefehlshaber des chilenischen Heeres berufen. Pinochet ist nicht, wie alle westdeutschen Medien fälchlicherweise ständig behaupten, durch einen »Militärputsch an die Macht gelangt«, sondern es war im Jahr 1973 der Oberste Gerichtshof Chiles sowie die Abgeordnetenkammer (81 zu 47 Stimmen), die die Regierung Allende des Bruchs der Verfassung beschuldigten und das Militär aufforderten, seine Rolle als Hüter der Verfassung wahrzunehmen und das Regime Allende zu beseitigen.

Revolution nach kubanischem Muster

Es waren also nicht die Militärs, die die chilenische Demokratie abgeschafft haben, sondern ihre Zerstörung erfolgte unter Allende.

Unter der Herrschaft des Marxisten Allende waren etwa 30 000 bewaffnete Terroristen ins Land eingeschleust worden, die nach kubanischem Muster die sozialistische Revolution vorantreiben sollten. Als dieses Regime beseitigt wurde, befanden sich 85 Prozent aller Wirtschaftsunternehmen in Staatsbesitz, was durch widerrechtliche Enteignungen, wilde Besetzungen und illegale Streiks bewirkt worden war.

Der ehemalige Staatspräsident Allende kam im Jahr 1970 mit 36 Prozent der abgegebenen Stimmen an die Macht. Chile hatte zu dieser Zeit neun Millionen Einwohner, von denen sich an der damaligen Wahl rund drei Millionen beteiligten und nur rund eine Million tatsächlich für Allende votiert hatten. Die Verfassung, aufgrund deren diese Wahl erfolgte, stammte aus dem Jahr 1925 und war damals mit den Stimmen von 300 000 Bürgern der vier Millionen Chilenen beschlossen worden, das heißt, durch 7,5 Prozent der Bevölkerung.

An der Verfassungsabstimmung von 1980, durch die die Präsidentschaft von General Pinochet legalisiert und der Rückweg in die Demokratie vorprogrammiert wurde, haben 6,3 Millionen Wahlbürger, das heißt, 53 Prozent der jetzt 12 Millionen Chilenen teilgenommen; es handelte sich also um die höchste Wahlbeteiligung in der Geschichte dieses Landes.

Musterland Lateinamerika

Laut der amtlichen UNO-Statistik der CEPAL ist Chile derzeit das lateinamerikanische Land mit der höchsten Lebenserwartung seiner Bevölkerung und der geringsten Kindersterblichkeit. Die Lebenserwartung beträgt 73 Jahre, die Kindersterblichkeit 18,7 pro Tausend. Der Analphabetismus ist auf 3,5 Prozent gesunken. Chile steht pro Kopf der Bevölkerung auf diesem Subkontinent an der Spitze des täglichen Protein- und Kalorienkonsums.

Durch Steuern und Abgaben aus dem Privatbererich werden heute 60 Prozent des Staatshaushalts aufgebracht; dies ist das Ergebnis der Einführung der sozialen Marktwirtschaft nach deutschem Muster und der Wiederherstellung der vollen wirtschaftlichen Freiheit.

Chile erzielte seit vier Jahren ein jährliches Wirtschaftswachstum von fünf Prozent und die Arbeitslosenquote konnte auf acht Prozent gesenkt werden, während die Inflationsrate, die unter Allende bei 700 Prozent lag, sich jetzt unter zehn Prozent bewegt; dies ist besonders niedrig bei einem Vergleich mit den Inflationsraten anderer südamerikanischer Länder.

Chile erzielte im Jahre 1987 ein Exportaufkommen von 5,25 Milliarden Dollar und erwirtschaftete eine positive Handelsbilanz von 1,3 Milliarden Dollar. Das Land ist mit 2000 Produkten auf Märkten von über 100 Ländern präsent. Das erklärt auch, warum Chile kontinuierlich seine Auslandsschulden zurückzahlt und in dieser Hinsicht als Musterland Lateinamerikas gilt.

Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« berichtete aus Santiago: »Bei den meisten Ausländern in Chile, vor allem den lateinamerikanischen, genießt das autoritäre Regime des Generals Pinochet hohes Ansehen. Es kann im Gegensatz zu allen übrigen Regierungen des Kontinents eine wirtschaftliche Erfolgsbilanz vorweisen. Der General übertrifft offenbar die Zustimmungsquoten für die Präsidenten Sarney (Brasilien), Garcia (Peru) und Alfonsin (Argentinien) um mehr als das Doppelte.«

Ein stolzes Volk mit starkem Nationalbewußtsein

Der Sprecher der deutschen Gemeinschaft in Chile, Claudio Krebs, schrieb dem von Bundesaußenminister Genscher neu ernannten Botschafter der Bundesrepublik in Santiago in seiner Begrüßungsansprache ins Stammbuch, daß »wir nichts sehnlicher wünschen, als einen günstigen Verlauf der demnächstigen Entwicklung in Chile, der wir mit Spannung und in der Überzeugung entgegensehen, daß alles in den letzten Jahren positiv Geleistete sich wird fortsetzen lassen, um nicht zu einer Umkehr gezwungen zu werden, die Zustände und Gefährdungen aufleben lassen könnte, die wir als längst überwunden und gebannt ansehen möchten, weil wir, die wir dabei wären, beurteilen können, wie es dazumal hier aussah«.

Die Chilenen sind ein stolzes Volk mit starkem Nationalbewußtsein, das sich niemals in seiner Geschichte einer Supermacht oder auch nur einem Nachbarstaat hat beugen müssen, und das als erstes Land aus eigener Kraft eine bolschewistische Herrschaft abzuschütteln vermocht hat. Lehrmeister braucht Chile daher nicht. □

Israel lehnt Friedensangebot der PLO ab

Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) hat vor kurzem angeboten »in direkte Verhandlungen mit Israel einzutreten mit dem Ziel, eine autonomieartige Interim-Friedens-Vereinbarung zu erreichen«, das berichten Quellen in Jerusalem.

Doch sowohl der Verfechter eines harten Kurses, der israelische Premierminister Yitzhak Shamir als auch der gemäßigte Außenminister Shimon Peres haben die Annäherungen zurückgewiesen.

»Es ist nicht, weil sie denken, die PLO meine es nicht ernst«, sagen diese Quellen, »aber keiner von ihnen möchte jetzt ein Friedensimage haben. Es ist kurz vor den Wahlen und alle Meinungsumfragen zeigen eine starke ›Kompromiß‹-Haltung unter den Wählern.«

Israels Nationalwahlen sind im November geplant. Alle Anzeichen deuten auf einen knappen Wettlauf zwischen Shamirs Likud-Block und der von Peres geführten Labor-Linie hin.

Das Friedensangebot soll von PLO-Führer Yasser Arafat bei Gesprächen in Bukarest dem Präsidenten Nicolai Ceaucescu von Rumänien gegenüber geäußert worden sein. Das Angebot wurde der israelischen Regierung in einem vertraulichen Treffen mit Shamir und Peres durch den rumänischen Gesandten Konstantin Metea übermittelt. Rumänien ist das einzige kommunistische Land, das offizielle diplomatische Beziehungen zu den zionistischen Staaten unterhält.

Arafats Annäherungsversuch wird als eine bedeutende Wende in der PLO-Politik angesehen, die zum ersten Mal im Juni durch PLO-Sprecher Bassam Abu-Sharif beim Gipfeltreffen der Arabischen Liga in Algier signalisiert wurde. Abu-Sharif verteilte eine schriftliche Erklärung, in der es hieß, daß die PLO bereit sei, mit den Israelis über Frieden zu reden. Die Erklärung kam etwas überraschend angesichts der Tatsache, daß nur wenige Monate zuvor israelische Kommandos den zweiten Befehlshaber der PLO, Abu Jihad, in Tunis ermordet hatten.

»Jihad war Leiter des militärischen Flügels der PLO und ein überzeugter Gegner Israels«, berichtete ein amerikanischer Nahostexperte. Seine rasche und relativ leichte Beseitigung hat die PLO-Führung aufgerüttelt. Sie hat auch die Mitglieder der Arabischen Liga beeindruckt.

Auf dem Gipfel in Algier warnten sie die PLO sich nicht in einen terroristischen Krieg mit den Israelis hineinziehen zu lassen.

Was noch wichtiger war, sie rieten Arafat aus der Aufwertung in der internationalen öffentlichen Meinung hinsichtlich PLO einen Nutzen zu ziehen, die sich aus der Intifada (dem Aufstand der Palästinenser) ergeben hat. Sie sagten ihm, er solle sich auf ein hohes moralisches Niveau begeben und für den Frieden einstehen. Sollten die Israelis zur Abwechslung einmal die bösen Buben sein.

Der rumänische Abgesandte soll den israelischen Führern gesagt haben, daß Arafat Ceaucescu erklärt habe, die von der PLO mit den Israelis vorgeschlagenen Gespräche könnten zu einer »Interim-Beilegung« der palästinensischen Frage auf der Grundlage der »allgemeinen Linien des Camp-David-Autonomie-Abkommens« führen. Danach könnten die beiden Parteien Verhandlungen über eine abschließende Beilegung im Rahmen einer internationalen Konferenz führen.

Die Rumänen drangen Shamir und Peres Arafats Angebot zu akzeptieren, doch sie lehnten ab. Shamir lehnte den Vorschlag frei heraus ab und Peres sagte, Israel verhandele nicht mit »Terrororganisationen«. Peres allerdings hat die Tür einen Spalt weit offen gelassen und meinte, er sei bereit Gespräche mit den Palästinensern zu führen, die »Bewohner« der besetzten Gebiete seien.

Die Annäherung der PLO unterscheidet sich nicht sehr von der Friedensinitiative der Reagan-Regierung, die US-Außenminister Shultz den Israelis nach mehrmonatigen Versuchen nicht in der Lage war zu verkaufen. Shultz gab schließlich auf, als er widerstrebend zu der persönlichen Schlußfolgerung kam, daß die Israelis nicht wirklich an einer friedlichen und gerechten Beilegung des Problems der Palästinenser interessiert sind.

Nichts hat sich seither geändert. Die Ablehnung des PLO-Angebots unterstreicht diese Tatsache nur. □

Jagd auf Hilfsgelder

Nachdem Jordaniens König Hussein einseitig die Bindungen zur West Bank abgebrochen hat, hat die mächtige israelische Lobby in den USA, bekannt als American Israel Public Affairs Committee angefangen, das US-Außenministerium unter Druck zu setzen. Ihr Ziel ist es an das Geld zu kommen, das bisher über den arabischen Monarchen ging.

Informanten aus dem US-Außenministerium berichten, daß die Israelis die Gelegenheit ergreifen möchten, die durch Husseins Rückzug geschaffen wurde, um sich an dem jährlichen Hilfspaket in Höhe von drei Milliarden Dollar zu bereichern, das Israel von Amerika erhält.

Am 31. Juli dieses Jahres hat Hussein die administrativen und juristischen Bindungen zur West Bank abgebrochen. Er forderte die Palästinensische Befreiungs-Organisation (PLO) – anerkannt als die legitime Vertreterin von über einer Million Palästinenser – auf, die volle Verantwortung für die Bezahlung der rund 21 000 Beamten zu tragen.

Die volle Auswirkung seiner Aktionen können noch nicht endgültig erkannt werden, doch man weiß genug, um festzustellen, daß der überraschende Schritt bei den Anhängern Israels auf dem Kapitolhügel in Washington eine Jagd auf die Gelder hervorgerufen hat, die bisher über Jordanien gingen, um sie jetzt für Israel zu beanspruchen.

Quellen im US-Außenministerium zufolge verlangt Israel die Gelder, die Amerika für private Hilfsorganisationen (PVO) vorgesehen hat, die in der Region arbeiten, zu streichen. Statt dessen können diese Gelder Teil der Unterstützung werden, die Israel erhält und von Israel anstatt von Jordanien überwacht werden.

Bei den privaten Hilfsorganisationen handelt es sich um amerikanische Organisationen mit Verträge mit der Behörde für Internationale Entwicklung, die dabei helfen sollen, eine Reihe von Verwaltungsdienstleistungen in den besetzten Territorien zu liefern. Gegenwärtig wird das Geld auf die Zentralbank von Jordanien überwiesen. Es ist bestimmt für Verbesserungen im kommunalen Bereich, für Angestelltengehälter und die Erschließung der Infrastruktur in den von Israel besetzten Gebieten.

Normalerweise liegen diese Ausgaben im Verantwortungsbereich des besetzenden Landes; als Jordanien also die Bindungen an das Gebiet aufgab, wurde Israel dafür verantwortlich oder so ähnlich argumentieren die Anhänger Israels zumindestens.

Die einzige Alternative wäre, daß die PLO das Geld bekommt, doch das ist natürlich in den Augen der pro-israelischen Politiker in den Vereinigten Staaten undenkbar.

»Bis jetzt war die Antwort der Amerikaner auf Israels Forderungen nach dem Geld ein klares Nein. Doch man weiß, daß sich die Dinge in der besonderen Beziehung mit Israel rasch und unerwartet ändern können. Nächste Woche kann also alles schon wieder anders sein«, sagte ein Mitarbeiter des US-Außenministeriums.

In der Öffentlichkeit behaupten die Araber an der West Bank, daß Husseins Rückzug kaum Auswirkungen auf ihren Alltag haben wird. Doch inoffiziell herrschte große Sorge über die Aussichten der Fortsetzung aller kommunaler Dienstleistungen. Viele Menschen an der West Bank sind der Meinung, daß die Veränderung den Israelis lediglich helfen wird, den Widerstand finanziell auszuquetschen.

Es besteht die Befürchtung, daß das Geld die Palästinenser nie erreichen wird, denen es helfen soll, wenn es die Israelis bekommen.

Teilnehmer an dem Programm »Augenzeuge Israel«, das von dem amerikanischen-arabischen Anti-Diskriminierungsausschuß gefördert wird – amerikanische Bürger, die zwei Wochen mit Familien in den besetzten Gebieten verbracht haben, um die Lage aus erster Hand zu beobachten – kamen mit Berichten zurück, in denen die israelischen Behörden beschuldigt werden vom Red Crescent (Roter Halbmond) an der West Bank gebaute neue Kliniken nicht zu genehmigen, obwohl ein eindeutiger Bedarf besteht der wachsenden Anzahl an Verletzten zu helfen. □

An den Palästinensern scheitert das zionistische Experiment

Obwohl es die westliche Öffentlichkeit von der sich selbst beglückwünschenden pro-israelischen Lobby nicht erfahren wird: das Land Israel sieht sich in seinem 40. Jahr der Existenz ernsthaften Schwierigkeiten gegenüber. In die große Feier zum vierzigjährigen Geburtstag wurden Millionen in die internationale Publizität investiert, aber die Feier hat wegen des Aufstands der Palästinenser nie stattgefunden. Die erwartete Welle von Touristen hat es nie gegeben und Israel verlor eine Gelegenheit für die Art von Eigenpropaganda, die es regelmäßig betreibt.

Doch Israel sieht sich mehr potentiell gefährlicheren Problemen gegenüber als dem Aufstand der Palästinenser. Das große zionistische Experiment, so scheint es, ist ein Reinfall. Der Generationen-Traum von einer Heimat für die Juden, der ein Zufluchtsort vor der Verfolgung bieten würde, war weitgehend verwirklicht. Warum blieb dann aber die Mehrheit der jüdischen Menschen zu Hause, das heißt, vor allem in den USA und Westeuropa? □

Rabbi Kahane gab US-Paß zurück

Rabbi Meir Kahane hat seine amerikanische Staatsbürgerschaft aufgegeben, um sich den Weg dafür frei zu machen die Liste seiner radikalen Kach-Partei bei den Wahlen zum Knesset in Israel im November anzuführen. Bei einer Pressekonferenz in Tel Aviv zur Ankündigung der Kandidatenliste der Partei sagte Kahane, er gebe seinen amerikanischen Paß zurück, so daß es keine Probleme gäbe, wenn er seinen Sitz im neuen Knesset einnehmen wird. Sprecher der Kach-Partei meinten, sie rechneten damit, daß ihre Partei im nächsten Knesset unter Führung Kahanes »stark vertreten« sein wird. □

Israel-Lobby soll nicht wie ein Automat handeln

Die AIPAC ist in einigen der wichtigsten jüdischen Nachrichtenmedien zum Ziel der Kritik geworden, weil sie gegen das ursprüngliche Waffenpaket für Kuwait war und besonders, weil sie indirekt verantwortlich ist für das jüngste Waffengeschäft Saudi-Arabiens mit den Briten im Wert von 30 Milliarden Dollar. Gemäß dieser Vereinbarung werden die Saudis bestimmte hoch-technische Waffen erhalten, die sie vom amerikanischen Verteidigungsministerium nicht hätten kaufen können.

Abraham Foxman, leitender Direktor der Anti-Defamation-League der B'nai B'rith-Loge, meinte, die jüdischen Gruppen in den USA sollten nicht wie »Automaten« handeln, die jedes Waffengeschäft mit arabischen Ländern bekämpfen.

Martin Raffel, Direktor des »Israelischen Sonderstabs des Beratungsrats für nationale jüdische Gemeindebeziehungen«, der elf nationale jüdische Organisationen und 114 lokale jüdische Gruppen repräsentiert, meinte, der Rat beabsichtige seine Gesamthaltung zu solchen Waffengeschäften zu überprüfen. □

Rabbi Kahane in Südafrika unerwünscht

Vertreter des israelischen Außenministeriums haben ihre Zufriedenheit über Südafrikas Entscheidung zum Ausdruck gebracht, dem Knesset-Mitglied Rabbi Meir Kahane die Einreise nicht zu erlauben. Anhänger der Kach-Partei in Südafrika hatten Kahane eingeladen und der südafrikanische Zionistenverband stimmte zu, sich mit dem umstrittenen Kahane zu treffen. Die Einladung führte zu einer großen Publizität, wurde heftig kritisiert und anschließend zurückgezogen. □

Vorschläge eines jüdischen Friedensaktivisten

Der palästinensische Aktivist Faisal Husseini, der von Israel als Spitzenvertreter der PLO an der West Bank angesehen wird, ist vor kurzem zu sechs Monaten Haft verurteilt worden, weil er den Aufstand geschürt hat durch die Forderung nach einem unabhängigen Palästina.

Doch Husseins Unabhängigkeitserklärung basierte offenbar auf den detaillierten Vorschlägen eines jüdischen Friedensaktivisten aus Amerika. Die Vorschläge, geschrieben von Dr. Jerome Segal, einem Wissenschaftler an der amerikanischen Universität Maryland, wurden vom israelischen Sicherheitsdienst Shin Bet in Husseins Büro zum Zeitpunkt seiner Verhaftung gefunden.

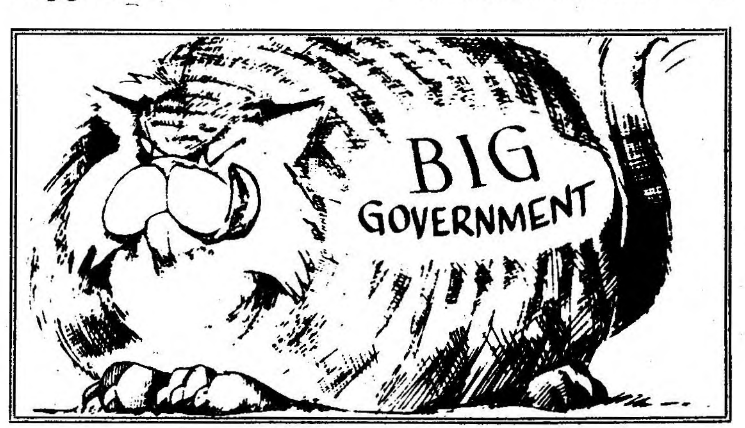
In einem Interview sagte Segal, es ist »höchst wahrscheinlich«, daß sein 270 Seiten umfassendes Manuskript, das die Schritte beschreibt, die die Palästinenser unternehmen sollten, um ihren eigenen Staat zu schaffen, das Dokument gewesen ist, das von der israelischen Geheimpolizei gefunden wurde. □

Fundamentalisten randalieren in Ägypten

Sympathisanten moslemischer Fundamentalisten der islamischen Jihad-Terrororganisation randalierten bei einem Aufstand in Ägypten, bei dem es fünf Tote gab. Er brach aus, als die ägyptische Polizei in das Al Zahraa Viertel des Kairoer Vorortes Ain Shams eindrang. Sie waren auf der Suche nach zwei Mitgliedern der islamischen Jihad, die einen spektakulären Gefängnisausbruch geplant hatten, bei dem drei Führer der Gruppe, die an der Ermordung von Ägyptens Präsident Anwar el-Sadat im Jahr 1981 beteiligt gewesen waren, entkamen.

Die drei wurden gefunden und zwei von ihnen starben durch Kanonenkugeln der Polizei. Sobald die Polizei jedoch das Viertel betrat, ging ein Steinhagel auf sie nieder. Gepanzerte Fahrzeuge und paramilitärische Streitkräfte wurden zu Hilfe geholt. Dabei starben fünf Menschen, darunter zwei Kinder und ein Polizist.

Obwohl es in Aswan und Asyut zu ähnlichen Unruhen kam, waren die Aufstände in Kairo die schlimmsten seit Jahren, wie aus Polizeikreisen verlautete. □

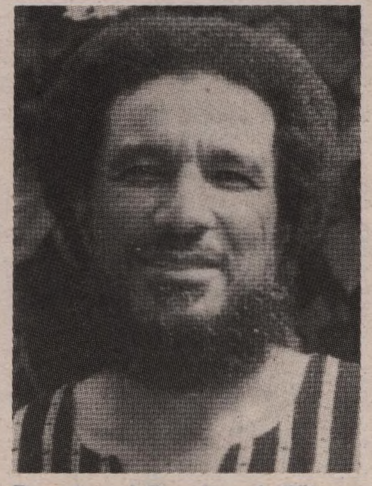


Kampf ums Überleben in der Negev-Wüste

Leon Dobbs

Seit 20 Jahren leben die afrikanisch-amerikanischen Hebräer in Israel und haben sich über drei Siedlungen in der Negev-Wüste im Süden des Landes verteilt. Die Beamten in den Gemeinden, in denen sie wohnen, und die allgemeine Bevölkerung hat sich längst an sie gewöhnt und sie akzeptiert.

Doch trotz der Harmonie der letzten 15 Jahre war die Beziehung zur israelischen Zentralregierung charakterisiert durch immer wiederkehrende Versuche die Gemeinde aus Israel zu vertreiben. Diese Versuche wurden inszeniert von kleinen orthodoxen, religiösen Parteien, die das Machtgleichgewicht in Israels besonderer Koalitionsregierung ausmachen. Um in die enge Koalitionsregierung einzutreten, verlangen die religiösen Parteien Schlüsselpositionen im Kabinett, mit denen die Kontrolle in wichtigen Bereichen der israelischen Gesellschaft aufrechterhalten wird. Traditionell haben sie sich um das Innenministerium, die Hoheit über die inneren Angelegenheiten, die Bevölkerungskontrolle und die Polizei bemüht.



Ben Ammi Ben Israel, Führer der Gemeinde der schwarzen Hebräer in Israel: »Ich kann nicht glauben, daß das in den 20 Jahren nicht gelöst worden ist.«

Wer hat Rechte in Israel?

Doch während die religiösen Parteien bezüglich der Präzisenz der afrikanisch-amerikanischen Hebräer immer eine Ausnahme gemacht haben, hatten sie ein recht wechselhaftes Verhältnis auch zu dem Rest der israelischen Bevölkerung. Wütende Fragen über die Definition »Wer ist ein Jude« und wer sollte Rechte in Israel haben, das Vorführen von Filmen am Sabbath, all diese Themen haben zu gewaltigen Zusammenstößen und Auseinandersetzungen zwischen der mehr säkularen allgemeinen Öffentlichkeit und den starren religiösen Parteien geführt.

Die Teilung in der Gesellschaft zeigte die Spaltung, als 500 000 Israelis – über 15 Prozent der Gesamtbevölkerung – den Frieden suchend die größte Demonstration in der Geschichte des Landes im Jahr 1977 nach dem Besuch des verstorbenen ägyptischen Präsidenten Anwar Sadat durchführten. Genauso geht die Politik gegen die Gemeinde der Hebräer in die falsche Richtung.

»Ich kenne die afrikanischen Hebräer seit 20 Jahren«, sagte Charlie Barabie, ein 25 Jahre alter Einwohner von Dimona, der Stadt in der Wüste, in der sich die größte Siedlung der afrikanisch-amerikanischen Hebräer befindet. »Es sind sehr ruhige Leute. In der ganzen Zeit habe ich nie gesehen, daß sie irgend etwas gegen den Staat getan haben. Sie suchen einfach nach einem ruhigen Platz, wo sie ihrer Arbeit nachgehen können.



Schüler der »Schule des Königreichs der Heiligkeit«. Wenn sie 13 Jahre alt sind, können die Kinder fließend Hebräisch, Englisch und Arabisch.

Wir haben jetzt ein Innenministerium, das eine sehr extremistische Position ihnen gegenüber eingenommen hat. Das Ministerium will ihnen nicht die Staatsbürgerschaft geben, will sie nicht anerkennen und ihnen noch nicht einmal zuhören. Manchmal finde ich als Jude ist es eine Schande einen solchen Staat zu haben, wenn ich 40 oder 50 Jahre zurückdenke; das ist es, was die Deutschen mit uns gemacht haben. Jetzt machen wir es mit anderen: schwarzen Hebräern, palästinensischen Arabern . . . selbst mit Juden, die eine andere Ansicht vertreten.«

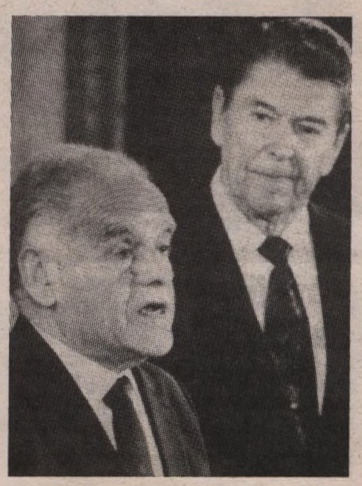
Die Umzingelung der Hebräer-Gemeinde

Seit der Umzingelung der Hebräer-Gemeinde mit 3000 Soldaten und Grenzkontrollpolizei zur Verhinderung eines geplanten Protestmarsches gegen die Verhaftung von 46 Gemeindemitgliedern, die in einem Werk gearbeitet haben, das Zitronen verpackt – das geschah im April 1986 –, haben andere Aktionen das Leben für die Hebräer und die Kommunalregierungen ihrer Wohnorte schwer gemacht. In den letzten 26 Monaten hat man Erwachsenen unter Androhung von Verhaftung und Deportation und einer hohen Geldstrafe für den Arbeitgeber verboten zu arbeiten.

Gleichzeitig sind Tausende ausländischer Arbeiter aus dem Süden Libanons und aus Portugal nach Israel gekommen, um dort zu arbeiten.

Folglich ist die Unterernährung bei vielen Kindern der Hebräer sehr weit verbreitet und es treten zahlreiche Fehlgeburten auf. Allein in diesem Jahr hat dieser Völkermord durch Nahrungsmangel durchschnittlich zu einer Fehlgeburt pro Monat geführt.

Die amerikanische Botschaft hat sich zusammen mit dem Ministerium für soziale Dienste eingeschaltet, um Kindern unter 15



Israels Premier Yitzhak Shamir (links) versprach Reagan die Probleme der schwarzen Hebräer zu lösen.

Jahren und schwangeren Frauen in den letzten zwei Jahren eine Mahlzeit pro Tag zu liefern. Doch dies hat nicht ausgereicht die kritische Gesundheitslage zu erleichtern.

Da sie nicht arbeiten dürfen, können die Familien die allgemeinen Energiekosten und sonstige laufende Kosten nicht aufbringen, ein Umstand, der die Stadtväter in eine schwierige Lage gebracht hat. In Dimona allein beläuft sich die Wasserrechnung der Gemeinde inzwischen auf 85 000 Dollar. Zweimal in diesem Jahr wurde das Wasser für wenige Tage abgestellt, was die Befürchtungen vor einer noch größeren Gesundheitsgefahr in den Wüstengemeinden noch erhöht hat.

Die Beamten vor Ort sagen, der Schritt sollte nicht den afrikanisch-amerikanischen Hebräern schaden, sondern das Innenministerium provozieren seine Politik zu ändern, die niemandem hilft und jedermann schadet.

»Schauen Sie her, das sind gute Leute«, fuhr Shitrit fort. »Sie verursachen keinerlei Probleme. Wir werden alles tun, was uns das Ministerium befiehlt. Doch diese Politik von ›keine Arbeit und keine Bezahlung‹ ist keine Lösung. Die Lösung ist, ihnen zu erlauben zu arbeiten und für die Dienstleistungen zu bezahlen, die sie bekommen, wie andere Leute in der Stadt.«

Von der Regierung kommen nur Versprechungen

Mitte Mai setzte sich der Bürgermeister von Mitzpe Ramon über die Anordnung des Innenministeriums hinweg und stellte zwei Hebräer bei der Stadt ein, die mit einem Teil ihres Gehaltes die steigende Wasserrechnung bezahlten.

Es wird vermutet, daß es die wachsende Frustration der städtischen Beamten über eine solche »nicht funktionierende« Politik war, die zu internen Kon-



Ein Mädchen näht die fließenden Gewänder, die zu einem Kennzeichen der Frauen der schwarzen Hebräer geworden sind.

»Was sollen wir tun?« fragte Avner Shitrit, Mitglied der Stadtverwaltung von Dimona. »Wir haben über 1000 Menschen in unserer Stadt, die diese Dienstleistungen brauchen, doch sie können nicht arbeiten, um dafür zu bezahlen.«

flikten und schließlich zum Rücktritt von Yehoshua Kahana, dem Generaldirektor des Innenministeriums führte. Kahana soll viele der politischen Richtlinien geschaffen haben, die darauf abzielten die Entfernung der Schwarzen zu erzwingen. Dazu gehörte auch die persönliche Überwachung der mitternächtlichen Razzia im Schlafquartier von 46 Hebräern im Jahr 1986 und die Verhaftung der Opfer.

Traditionell haben es die Beamten des Innenministeriums abgelehnt, die Politik zu ändern oder irgendeinen direkten Kontakt mit der Gemeinde der Hebräer aufzunehmen, und sie behaupten dabei, wenn man direkt mit ihnen verhandeln würde, so könnte das einer de-facto-Anerkennung der Gemeinde gleichkommen.

Im März dieses Jahres versprach der israelische Premierminister Yitzhak Shamir bei einem Besuch in den Vereinigten Staaten dem Ausschuß der Schwarzen im amerikanischen Kongreß, daß er sich mit Führern der Gemeinde der Hebräer treffen werde. Doch bis jetzt ist dies noch nicht geschehen.

Vertreter der US-Botschaft vermuten, daß vor den israelischen Wahlen nichts passieren wird. Niemand möchte es riskieren, die religiösen Parteien vor neuen Koalitionsverhandlungen zu verärgern. Doch alle Beobachter sind sich darin einig, daß neue Alternativen vorgeschlagen werden müssen, nach denen dann auch gehandelt wird, wenn eine Lösung erreicht werden soll.

Diskriminierung der schwarzen Juden

Ein solcher Vorschlag kam von dem Generalsekretär der Mapam-Partei, Elazar Granot. »Sie sollten in Israel zu den gleichen Bedingungen leben können wie andere Bürger Israels«, sagte er.

Granot schlug weiterhin vor, die israelische Regierung solle ein Kibbutz bauen, in dem die afrikanisch-amerikanischen Hebräer zu dem sozialen Fortschritt des Landes als ganzem beitragen könnten und womit dieser Sackgasse ein Ende gesetzt werde.

»Ich bin völlig gegen Diskriminierung«, sagte er. »Es ist egal, was sie hierher gebracht hat. Jede Gemeinde, die nach Israel gekommen ist, und es sind Menschen aus 100 Ländern hierhergekommen, bringt ihre eigene Kultur und die Kultur der Menschen mit, mit denen sie gelebt hat. Sie erwarten von ihnen, daß sie sich ändern. Doch wenn sie sie wirklich akzeptieren, dann ändern sie sich auch. Absorption bedeutet, daß alle Betroffenen versuchen zusammen zu leben.«

Die harten Positionen der religiösen Parteien als ein Hindernis im Ausgleich mit diesen und anderen Themen betrachtend, haben Granot und andere Vertreter eine Änderung in der Regierungsstruktur befürwortet, nach der die kleinen religiösen Parteien nicht mehr der Gesellschaft als ganzer Vorschriften machen sollen. Es waren eben diese Positionen eines harten Kurses, die zum Rücktritt von Innenminister Yitzhak Peretz führten, weil er sich lieber dafür entschied zu gehen als die Konvertierung des Amerikaners Shoshana Miller anzuerkennen.

»Anerkennung durch die religiösen Parteien anzustreben ist nutzlos«, fügte Granot hinzu. Es gibt nur eine Kirche in Israel. Es ist lustig. Das Rabbinat – die jüdische religiöse Autorität – anerkennt alle Christen in Israel und alle Moslems werden anerkannt. Doch was die jüdische Religion angeht, wird nur eine Kirche anerkannt und das ist die orthodoxe Kirche.

Reformistische und konservative Juden in Amerika sind die Mehrheit, doch ihre Rabbis sind nicht befugt in Israel Eheschließungen oder Scheidungen vorzunehmen. Wir, die Mapam-Partei, sind säkular. Wir betrachten das jüdische Erbe als eine Quelle der Inspiration, nicht als eine Quelle der Autorität.«

Immer noch im Kernpunkt des Sturmes versucht die Gemeinde der Hebräer ein normales Leben inmitten dieser schwierigen Situation zu führen. Jeden Tag stellen sich die Kinder in ihren blauen Uniformen in Reih und Glied auf, um sich auf einen weiteren Schultag vorzubereiten, während die Erwachsenen versuchen Land zu bebauen, um der Nahrungsmittelnot zu begegnen.

Die Sauberkeit und Ordnung der Gemeinde bewundernd, sagte ein Vertreter des amerikanischen Außenministeriums, indem er seine Kamera zückte: »Ich wünsche mehr Kollegen im Außenministerium könnten dies hier sehen. Es ist eine sehr friedliche und fortschrittliche Gemeinde. □

Naher Osten

Der Mord an Graf Bernadotte

Richard H. Curtis

Ob es sich dabei nun um eine Verschwörung der Medien handelt oder nicht, wenn es gute Neuigkeiten über Israel gibt oder schlechte über einen arabischen Staat, erscheinen die Meldungen auf Seite eins. Umgekehrt: Schlechte Nachrichten über Israelis oder gute Nachrichten über die Araber verschwinden irgendwo im hinteren Teil der Zeitungen. Redakteure, die diese Regel verletzen, können Inserenten verlieren oder gar ihre Arbeit.

»Ein Mann, der hingeht und einen anderen tötet, kann nur an eine Sache glauben, daß er durch seine Handlung den Lauf der Geschichte ändern wird. Das ist die Lebensweisheit von Yitzhak Yizernitzky.

Wortlos wurde Bernadotte abgeknallt

Bei Einbruch der Dunkelheit am 16. September 1948 hatten die verhärteten Terroristen, die diese Worte sprachen, die Führer des neu gegründeten Israel an den Rand internationaler Ungnade gebracht. Um 17.45 Uhr war ein Assistent in das Büro des seit vier Monaten im Amt weilenden Staatsgründers und Premierministers, David Ben Gurion, gestürzt, mit einem Telegramm in der Hand, das die Fundamente seines Lebenswerkes gefährdet erschienen ließ.

Als die Unterhändler, die unter der Flagge der Vereinten Nationen reisten und von einem israelischen Verbindungsoffizier begleitet wurden, ihre Ausweispapiere vorzeigten, marschierte einer der bewaffneten Israelis die drei Fahrzeuge entlang und schaute sich die Gesichter der Insassen an. Als er den letzten Wagen erreichte, hielt er inne und schaute auf den schwedischen Diplomaten auf dem Rücksitz.

Dann steckte der uniformierte Terrorist wortlos sein Gewehr durch das Wagenfenster und feuerte eine Salve ab.

Graf Folke Bernadotte war im Mai 1948 im Auftrag der UN der Vermittler im Palästina-Konflikt und wurde von der Stern-Bande ermordet.

Bernadotte und ein französischer Offizier neben ihm starben auf der Stelle. Ein anderer Schwede und ein britischer Offizier wurden leicht verwundet. Lediglich ein amerikanischer Offizier auf dem Vordersitz blieb unversehrt.

Um 11 Uhr abends empfing der israelische Außenminister Moshe Sharett mit totenbleichem Gesicht in seinem Büro einen Beamten der amerikanischen Regierung, James G. McDonald, einen ehemaligen amerikanischen Angestellten der Welt-Zionisten-Organisation. McDonald war von US-Präsident Harry Truman mit dem Titel »Sonderrepräsentant« und nicht als Botschafter nach Tel Aviv geschickt worden, um General George Marshall, den US-Stabschef aus dem Zweiten Weltkrieg, zu überlisten, der damals Trumans Außenminister war.

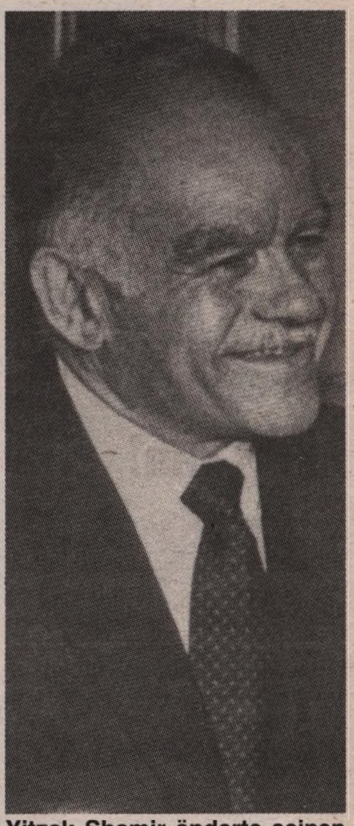
Marshall war entschieden gegen die Anerkennung des jüdischen Staates, bevor er nicht seine Grenzen festgelegt hat, was er bis heute nicht tat, und Truman wußte, daß Marshall eher zurücktreten würde, bevor er zustimmt einen ehemaligen Angestellten als ersten Botschafter in das Land zu schicken, das der Staat Israel geworden war.

Truman hatte McDonald gewarnt, die Vertreter des amerikanischen Außenministeriums glaubten, die israelische Regierung sei nur wenig mehr als eine Junta, die nicht in der Lage sei, ihre eigenen Gesetze durchzusetzen und nicht bereit, sich an ihre eigenen Gesetze zu halten.

Die mörderische Stern-Bande

McDonald war deshalb erleichtert, als Sharett ihm versicherte: »Wir werden die intesivste Suche nach den Mördern und deren Komplizen in Gang setzen und wir werden Gerechtigkeit üben, sobald die Schuld nachgewiesen ist.«

Jedermann in Israel wußte, daß es sich bei den Männern, die hinter der kaltblütigen Ermordung steckten, um Israel Sheib, Nathan Friedman-Yellin und Yitz-



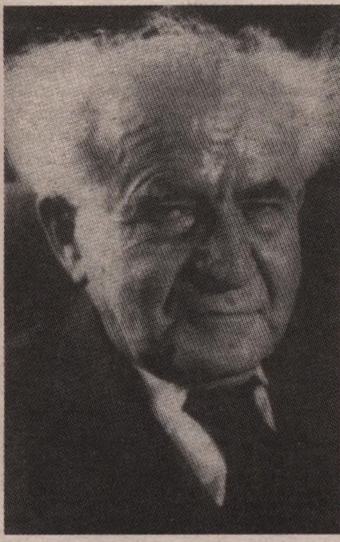
Yitzak Shamir änderte seinen Namen als er vom Terrorismus in die israelische Politik überwechselte.

hak Yizernitzky handelte. Sie waren das Exekutivkomitee der »Kämpfer für die Freiheit Israels«, eine jüdische Extremistengruppe, die den Israelis unter ihrem hebräischen Akronym Lehi bekannt war, und als die Stern-Bande für die britischen Solda-

ten hatten sie den ganzen Zweiten Weltkrieg hindurch getötet.

Die Stern-Bande wußte, daß Großbritanniens 8. Armee hart unter Druck stand bei der Verteidigung Nordafrikas gegen die wiederholten Angriffe des Afrika-Corps des deutschen Generals Erwin Rommel, und so hielten sie eine »zweite Front« aufrecht, indem sie britische Soldaten umbrachten, um die Briten zu zwingen, aus Palästina hinauszugehen.

Auf die Frage anderer Juden wie sie es rechtfertigen können, die Kriegsbemühungen der Nationalsozialisten zu unterstützen, behauptete Yizernitzky und andere Führer der Stern-Bande, daß Churchills Großbritannien und Hitlers Deutschland beides Feinde des jüdischen Staates seien, weil Großbritannien die jüdische Emigration nach Palästina zu Beginn des Zweiten Weltkrieges verboten habe.



David Ben-Gurion war Israels erster Präsident, aber er hatte nicht die Kontrolle über die Dinge.

Anfang des Jahres 1944 hatte das Exekutiv-Komitee der Stern-Bande, bestehend aus drei Männern, die erfolgreiche Ermordung von Lord Moyne in Kairo geplant, dem britischen Staatsminister in Nahost, sowie einen erfolglosen Attentatsversuch auf Sir Harold MacMichael, den britischen Hochkommissar für Palästina.

Im Jahr 1948, nachdem sie den Befehl zur Ermordung Bernadottes gegeben hatten, sobald er von arabischem Territorium in jüdisches Gebiet in Jerusalem kommen würde, versteckten sich Yizernitzky und Sheib an einem sicheren Ort.

Die dritte Karriere des Yitzhak Shamir

Friedman-Yellin, der bereits vorgeschlagen hatte, daß sich die Gruppe vom Terrorismus weg und hin zu politischen Aktionen konzentrieren solle, hat den Zeitpunkt der Aktion vielleicht nicht einmal gewußt, ihr aber trotzdem zugestimmt. Er wurde verhaftet und vor Gericht gestellt wie einige andere Mitglieder der Stern-Bande mit Rang und Namen.

Als es jedoch nicht zu starken negativen Reaktionen der USA auf die Morde kam, wurden alle Mitglieder der Miliz, die ihre Gefängniszellen bereits verlassen durften, um ihre Familien zu Hause zu besuchen, innerhalb weniger Monate freigelassen, darunter auch Friedman-Yellin.

Als Nathan Yellin-Mor wurde er später der Herausgeber einer linken Zeitung, die den Frieden mit den Arabern befürwortete. Joshua Cohen, der die Mörder von Moyne trainiert hatte und von dem allgemein angenommen wird, daß er Bernadotte tötete, wurde später David Ben Gurions persönliche Leibwache.

Noch erstaunlicher war die Entwicklung von Yitzhak Yizernitzky unter einem neuen Namen, vom »Operations«-Chef der Stern-Bande zum Mossad-Beamten, Israels Äquivalent zum amerikanischen Geheimdienst CIA.

Die Kampagne von Briefbomben, die von Europa an deutsche Raketenwissenschaftler geschickt wurden, die für die ägyptische Regierung arbeiteten, wurde ihm zugeschrieben. Später verließ er den Mossad, um eine höchst erfolgreiche dritte Karriere in der Politik zu beginnen. Er wurde Premierminister von Israel und sein neuer aktueller Name lautet: Yitzhak Shamir. □

Die Tatsachen in diesem Artikel sind dem Buch »Genesis 1948: Der erste arabisch-israelische Krieg« von Dan Kurzmann entnommen, der als Auslandskorrespondent für die amerikanische Zeitung »Washington Post« gearbeitet hat.

Israel

Gespräche in Jerusalem

Victor Marchetti

Die folgenden Interviews mit politischen Persönlichkeiten – zwei Israelis, einem Palästinenser und einem Amerikaner – liefern verschiedene Interpretationen der gegenwärtigen Situation in dem jüdischen Staat. Die Interviews wurden von unserem Mitarbeiter Victor Marchetti bei seinem jüngsten Besuch in Israel gemacht.

Nancy Ny ist die amerikanische Frau von Mubarak Awad, dem amerikanischen palästinensischen Befürworter des gewaltlosen Widerstandes – daß heißt zivilen Ungehorsams – gegenüber der israelischen militärischen Besatzung Palästinas. Sie wurde interviewt am Tag nachdem ihr Mann mitten in der Nacht vor seinem Abschieben aus Israel verhaftet wurde, weil er eine Gefahr für die nationale Sicherheit darstelle. Zum Zeitpunkt seines Abschiebens, gegen das die amerikanische Regierung offiziell protestiert hat, war Awad Direktor des »Palästinensischen Zentrums für Studien der Gewaltlosigkeit« in Ost-Jerusalem.

Nach den Lehren von Mahatma Gandhis

Mrs. Nye lieferte mir einige interessante persönliche Hintergrundinformationen über Awad, die im folgenden zusammengestellt sind.

Awad wurde vor 44 Jahren in Jerusalem geboren. Als er vier Jahre alt war wurde sein Vater, ein palästinensischer Patriot beim Kampf gegen die Israelis getötet. In der Folge wurde seine Mutter eine überzeugte und engagierte Pazifistin und lehrte ihren Sohn nach den Regeln der Gewaltlosigkeit zu leben.

Aufgezogen als ein orthodoxer Christ emigrierte Awad im Jahr 1969 in die Vereinigten Staaten, nachdem er sein Universitätsstudium abgeschlossen hatte. Er promovierte und begann zum Thema Palästina zu lehren und zu schreiben. Er wurde amerikanischer Staatsbürger und während er an einem mennonitischen (Quaker) College unterrichtete, traf er Nancy. In der Zeit als er in den Vereinigten Staaten lebte, entwickelte Awad seine Theorie des gewaltlosen Widerstandes, die er zum ersten Mal in dem wissenschaftliehen »Journal of Palestine Studies« veröffentlichte. Vor der Formulierung seiner eigenen Theorien war Awad nach Indien gereist, um die Lehren Mahatma Gandhis zu studieren.

Im Jahr 1984, als Awad nach Jerusalem zurückkehrte, ging Mrs. Nye mit ihm und engagierte sich ebenfalls sehr stark bei seiner Arbeit. Zunächst, sagte sie mir, traf Awads Botschaft der Gewaltlosigkeit unter den Palästinensern in Jerusalem auf taube Ohren und er wurde von seinem eigenen Volk mit Argwohn betrachtet. Doch in den ländlichen Gebieten der West Bank hörten ihm die Leute zu und begannen langsam die Weisheit hinter seinen Lehren zu sehen.

An diesem Punkt interessierten sich die israelischen Behörden dann auch für Awad, sagte Mrs. Nye. Studenten am Zentrum für Gewaltlosigkeit wurden auf die verschiedensten Arten belästigt und einige von ihnen wurden unter israelischen Haftbedingungen bis zu sechs Monaten verhaftet und gefangengehalten. Dann im Herbst letzten Jahres wurde Awad selbst verhaftet und das Abschiebungsverfahren gegen ihn wurde begonnen. Doch die US-Regierung intervenierte und er durfte in Jerusalem bleiben, bis eine Entscheidung getroffen ist.

Awad amüsierte sich und war dankbar für die ganze freiwillige Publizität, die ihm die israelische Regierung gab. Er sagte damals:

Israel

Gespräche in Jerusalem

»Sie haben für meine Sache in einem Monat mehr getan als es mir in drei Jahren gelungen ist.«

Mrs. Nye sagte mir, Awad glaubt, der wahre Grund, warum die Israelis ihn loswerden wollten, ist der, daß seine gewaltlose Bewegung zeigt, daß die israelische Regierung den Willen der Palästinenser nicht zerstören kann und schließlich werden die Isreaelis akzeptieren müssen, daß sie lernen müssen »in Frieden neben einem unabhängigen palästinensischen Staat zu koexistieren«.

Wie man ohne Kampf kämpft

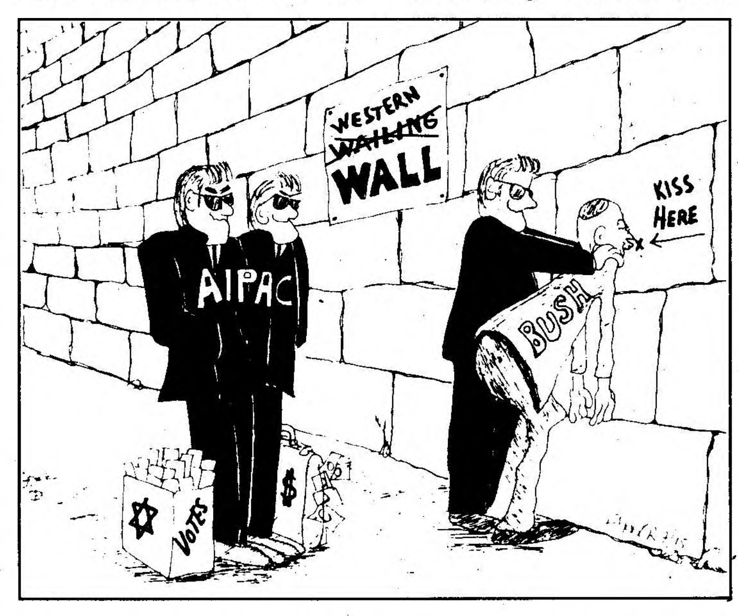
Der Aufstand, der im Dezember begann, gab Mrs. Nye zufolge der Bewegung der Gewaltlosigkeit ihren größten Auftrieb. Er gab vielen Palästinensern die Gelegenheit »ohne Kampf zu kämpfen«, erklärte sie, indem israelische Getränke, Zigaretten und andere Konsumprodukte einfach boykottiert wurden. Und er brachte sie auf verschiedene Arten zusammen.

»Die Leute begannen einander zu helfen«, sagte sie. »Jeder begann sich um den anderen zu kümmern. Die Leute fingen sogar an gemeinsam Gärten anzulegen«, weil man fürchtete, die Israelis könnten versuchen sie durch Hungersnot zur Unterwerfung zu zwingen.

Ein paar Wochen, nachdem Mrs. Nye mir von den »Siegergärten« der Palästinenser erzählt hatte, schritten israelische militärische Vertreter zur Tat. Jad Issac, der Dekan der wissenschaftlichen Fakultät an der Universität von Bethlehem, wurde verhaftet, verhört und ihm wurde eine sechsmonatige Haft angedroht, weil er einen privaten Garten habe, in dem er Sämlinge anpflanze, die er zusammen mit Ratschlägen zur modernen Landwirtschaft an Nachbarn weitergeben würde. Issac, der an der Rutgers Universität in den USA studiert hat, hat mit seinem Garten widerwillig aufgehört, »um nicht ins Gefängnis gehen zu müssen«.

Hoffen auf Détente zwischen USA und UdSSR

Mrs. Nye sagte, sie sei erfreut und erstaunt gewesen über die große Unterstützung, die Awad und die gewaltlose Bewegung nicht nur unter dem palästinensischen Volk, sondern auch von



vielen Israelis, einschließlich einer wachsenden Zahl von Knesset-Mitgliedern bekommen hat. Sie sagte, sie glaubt der Aufstand wird noch unbestimmte Zeit andauern bis die Palästinenser ihre Freiheit gewinnen.

»Sie vertrauen darauf«, sagte sie, »daß Gott ihnen die Stärke geben wird, um zu überleben und zu gewinnen.«

Was ihren Mann Mubarak Awad betrifft: »Er wird zurückkommen, selbst wenn er zum Judentum konvertieren muß, um wieder ins Land hereinzukommen.«

Mein zweiter Gesprächspartner war Sari Nusseibeh, Professor für Philosophie an der Bir Zeit Universität in Ramallah an der West Bank. Er hat in Harvard und Oxford studiert. Nusseibeh ist einer der zahlreichen Palästinenser, den der amerikanische Außenminister George Shultz in den langen Monaten dieses Jahres und des letzten Jahres inoffiziell konsultiert hat, als er versuchte seinen Nahost-Friedensvorschlag der israelischen Regierung zu verkaufen.

Nusseibeh sagte mir, er habe Shultz informiert, ebenso wie es die anderen Palästinenser und amerikanische Palästinenser taten, die Shultz konsultiert hat, daß der Friedensvorschlag der PLO ebenso den Israelis präsentiert werden müsse.

»Das Thema der PLO-Beteiligung an den Friedensverhandlungen kann nicht umgangen werden«, sagte Nusseibeh, »indem man inoffiziell mit einzelnen Palästinensern spricht.«

Es ist jetzt klar, glaubt der Professor, daß die Shultz-Initiative gescheitert ist, weil die USA versucht haben nur mit Israel zu verhandeln und in geringerem Ausmaß mit Jordanien. Er denkt, die einzige Hoffnung für Frieden und eine gerechte Schlichtung mit den Palästinensern an diesem Punkt seien Verhandlungen ihm Rahmen einer internationalen Konferenz, die die Koexistenz eines freien Palästinas neben Israel fördern und garantieren kann.

»Wir hoffen auf eine Détente zwischen den USA und der Sowjetunion«, sagte Nusseibeh. »Zusammen können sie Israel dann vielleicht zu einer friedlichen Beilegung drängen. Das palästinensische Volk traut den USA nicht. Sie betrachten die USA als strategischen Verbündeten Israels. Sie glauben nicht, daß die USA zu der Frage der Palästinenser eine neutrale Position einnehmen können.«

Einen falschen Eindruck von den Palästinensern

Er erklärt jedoch: »Wir sehen die Sowjetunion nicht als einen Verbündeten oder auch nur als neutral an. Für uns stellt die Sowjetunion ein Gegengewicht zum amerikanischen Einfluß dar. Während wir hoffen, daß die USA und die Sowjetunion zusammenkommen und Frieden in Nahost bringen können, beobachten wir die gegenwärtige sowjetisch-israelische Annäherung sorgfältig. Wenn sie nachteilige Auswirkungen auf die Rechte der Palästinenser haben sollte, dann wäre das sehr schlecht.«

In einer Stellungnahme zur »Intifada« (dem Aufstand) meinte Nusseibeh, er war sehr enttäuscht, daß die US-Regierung nichts unternommen hat, um Israel bezüglich seiner Behandlung der Palästinenser unter Druck zu setzen. Er meinte über 200 Palästinenser seien von israelischen Truppen getötet worden, Tausende mehr wurden verwundet oder brutal zusammengeschlagen, über 7000 wurden verhaftet und viele sind illegal abgeschoben worden. Doch die USA haben sich offiziell nur über einen Fall beschwert – den von Mubarak Awad.

Zu dem Zeitpunkt, als dieses Interview stattfand, besuchte Richard Schifter, US-Staatsekretär für Menschenrechte, Israel, um die Politik der zionistischen Regierung an der West Bank und in Gaza zu prüfen. Schifter, einer der Gründer des Jüdischen Instituts für Nationale Sicherheitsangelegenheiten in Washington, entdeckte offenbar nichts, um seine Meinung zu ändern – die er einen Monat zuvor im amerikanischen Kongreß geäußert hatte –, daß Israel »nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, die Ordnung mit geeigneten Mitteln der Gewalt wiederherzustellen, um dieses Ziel zu erreichen«.

Dennoch ist Nusseibeh der Meinung, der Aufstand habe eine positive Auswirkung auf die öffentliche Meinung in Amerika und Europa gehabt. »Bis jetzt«, sagte er, »hatte man im Westen einen falschen Eindruck von den Palästinensern. Es ist ein Eindruck, der auf der biblischen Tradition des Alten Testaments basiert, das von den Juden geschrieben wurde. Dort wird impliziert, daß Palästina ein fast leeres Land war, das nur von einem primitiven Volk und Tieren bewohnt wurde, als die Juden

dort hinkamen. Und es heißt darin, Gott habe den Juden das Land gegeben. Diese Vorstellung ist von den Israelis immer aufrechterhalten worden.

Niemand im Westen schreibt jemals über die Geschichte der Palästinenser. Doch der Aufstand und die umfangreiche Berichterstattung, die dieser in den Nachrichtenmedien, besonders im Fernsehen, bekommen hat, hat das alles verändert. Jetzt hat die Welt selbst gesehen, daß wir ein wirkliches Volk sind, das in Dörfern und Städten lebt, was wir auch taten, lange bevor die Juden ankamen. Der Westen hatte kein wahres Bild von Palästina bis jetzt.«

Mit dem traurigen Tonfall eines Imam, der die Menschen zum Gebet ruft, im Hintergrund, sagte Nusseibeh mir: »Nach dem Koran sollten die Juden nach Palästina zurückkehren, was sie auch taten. Dann würde eine Zeit der Prüfung für sie kommen. Sie würden entweder lernen mit ihren palästinensischen Nachbarn in Frieden zu leben oder . . . Dies ist die Zeit der Prüfung für die Israelis und die Palästinenser sind ihr Fahrschein in die Zukunft.«

Eine Polarisierung der Meinungen

Ron Cohen ist ein Mitglied des israelischen Parlaments, der Knesset, und ein Führer der Partei der Bürgerrechtsbewegung. Seine Partei befürwortet seit langem eine Schlichtung mit den Palästinensern und verlangt den Rückzug der israelischen Armee von der West Bank und von Gaza als Austausch für eine Friedensvereinbarung.

»Das israelische Volk hat die Tendenz zu jeder Frage extreme Positionen einzunehmen«, sagte er mir, »und so reagieren sie auch auf die Frage von Friedensverhandlungen mit den Palästinensern. Leider ist die Mehrheit völlig dagegen mit den Palästinensern über Frieden zu reden. Doch der Aufstand hat eine gewisse Wirkung auf sie.

Gerade jetzt betrachten sie ihn als einen Sturm und die meisten Leute wollen einfach da durchkommen. Doch viele von ihnen kommen zu der Erkenntnis, daß es für das Problem keine permanente militärische Lösung geben kann und daß eine politische Lösung nötig ist, um mit den Palästinensern fertig zu werden. Wir hoffen, daß noch viel mehr Menschen vor den israelischen Wahlen im November zu dieser Erkenntnis kommen werden.«

Auf die Frage, ob seine Partei an ein Bündnis mit anderen politischen Parteien in Israel denke, die Friedensverhandlungen befürworteten, sagte Cohen, dies sei in Erwägung gezogen worden, doch im Augenblick zurückgestellt. »Wir glauben, daß die einzelnen Parteien mehr Stimmen und Sitze in der Knesset gewinnen können, wenn separate Listen aufgestellt werden«, meinte er. »Wir können nach den Wahlen immer eine Koalition bilden.«

Ein unbekannter und sehr wichtiger Faktor bei den bevorstehenden Wahlen, glaubt Cohen, wird die Haltung der Soldaten sein, die während des palästinensischen Aufstands in der Armee dienen mußten. Alle Anzeichen weisen auf eine Polarisierung der Meinung auf seiten jener hin, die zum Wehrdienst eingezogen wurden, doch ob die Mehrheit für die gegenwärtige Politik der israelischen Regierung ist, ist nicht bekannt.

Ungeachtet dessen ist Cohen überzeugt, daß Israel ein Friedensabkommen mit den Palästinensern aushandeln muß. Doch, betont er: »Die PLO muß jetzt auch eine Verhandlungsbereitschaft zeigen.«

Wenn sie zum Thema Anerkennung des israelischen Existenzrechts weiterhin auf der Stelle tritt, sagte er, könnte sich dies nachteilig auf die Parteien in den bevorstehenden Wahlen auswirken, die Friedensverhandlungen befürworten.

Die Regierung ist nicht zum Frieden bereit

Cohen gab zu, daß seine Partei durch »Außenseiter« in »nicht direktem Kontakt« mit der PLO stehe. Doch er wollte zu diesem Thema nichts weiter sagen.

»Die USA können in dem Friedensprozeß helfen«, sagte er. »Sie müssen helfen, sonst gibt es einen neuen Krieg. Wenn die USA eine Vereinbarung mit der Sowjetunion über Afghanistan ausarbeiten können, dann sollten sie in der Lage sein, auch in diesem Teil von Nahost eine friedliche Lösung zustandezubringen. Die USA haben die Macht und den Einfluß die israelische Regierung zu drängen sich von den besetzten Territorien zurückzuziehen und mit der PLO zu verhandeln.«

Er glaubt auch, daß die Sowjetunion helfen kann und sollte, indem sie ihren Einfluß in der arabischen Welt geltend macht und die PLO unter Druck setzt.

Was ihn angeht, erklärte Cohen, er und seine Partei sind bereit sich überall mit der PLO oder der Arabischen Liga zu treffen, um »über den Frieden zu reden, doch sie müssen Israels Existenzrecht anerkennen«.

Mein letzter Gesprächspartner war Elazar Granot, Generalsekretär der Mapam-Partei, die auch den Handel Land-für-Frieden befürwortet, um in dem Palästinenser-Problem zu einer Lösung zu kommen. Während er sich intensiv um den Frieden bemüht, ist er etwas weniger optimistisch, daß eine solche Lösung unmittelbar in Sicht ist.

»Die israelische Regierung ist nicht bereit über Frieden zu verhandeln«, sagte er mir. »Sie versteckt sich hinter der Entschuldigung, daß es keinen Verhandlungspartner gibt außer der PLO. Wir brauchen eine andere Regierung. Doch ich bin sicher, daß es nach den nächsten Wahlen eine andere geben wird.«

Granot kritisierte insbesondere Premierminister Yitzhak Shamir und seinen Likud-Block. Er glaubt, wenn die Likud die Wahlen im November gewinnt, wird das Palästinenser-Problem sich verschlimmern.

»Ich hoffe, sie werden an Stimmen verlieren, aber ich muß realistisch sein und sagen, diesmal nicht. Vielleicht auch beim nächsten Mal noch nicht«, sagte er. »Doch das Problem wird nicht verschwinden. Die einzige Lösung ist ein freies Palästina. Doch das wird vielleicht noch eine lange Zeit nicht passieren.«

Granot glaubt fest daran, daß der Schlüssel für eine friedliche Lösung des Palästinenser-Problems darin liegt, daß die USA und die Sowjetunion zusammenarbeiten und Israel und die PLO zur Aufnahme von Friedensgesprächen drängen. Wenn die USA und die Sowjetunion weiterhin unterschiedliche Spiele in Nahost spielen, dann gibt es keine Hoffnung für uns.«

Nur Verhandlungen bringen eine Lösung

Doch die Mapam-Partei hat einen Plan, den sie Granot zufolge internationalen Kreisen insgeheim bekanntmacht. Die Sowjets sollten volle diplomatische Beziehungen mit Israel wieder aufnehmen und den Juden die freie Emigration erlauben. Im Austausch dafür sollten die Sowjets darauf bestehen, daß Israel Friedensverhandlungen mit den Palästinensern und anderen Arabern beginnt. Unterdessen sollten die Amerikaner die PLO kontaktieren und sie dazu drängen das Existenzrecht Israels anzuerkennen.

Es ist eine etwas neue Idee, doch die Mapam meint, es könnte funktionieren. Granot sagte mir, er habe sowohl an US-Außenminister George Shultz als auch den sowjetischen Außenminister Eduard Schewadnadze Briefe geschrieben, in denen er die Idee erläutert. Er behauptete, er habe positive Antworten »indirekt« von »beiden Seiten« erhalten. Und er sagte, er beabsichtige mehrere Hauptstädte Europas (West- und Osteuropa) zu besuchen, um Unterstützung für den Mapam-Plan zu gewinnen.

»Wir können nicht einfach darauf warten, daß etwas passiert«, erklärte er, »oder daß diese Regierung etwas tut. Deshalb nehmen wir Kontakt zu diesen anderen Regierungen auf.«

Granot sagte, er hätte den Plan der Mapam als erstes bei der Sozialistischen Internationalen Konferenz in Madrid im Mai ausprobiert und er wurde dort positiv aufgenommen.

»Wir können das Palästinenser-Problem nicht mit Gewalt lösen«, betonte er. »Es kann nur in Verhandlungen gelöst werden.« □



Zionismus

Auf den Spuren der JDL

Mark Lane

Die Jüdische Verteidigungsliga (JDL) genießt seit langem einen Ruf von Rowdytum und Gewalt ebenso wie ihr bissiger, doch charismatischer Führer, der radikale Rabbi Meir Kahane. Doch irgendwie haben es beide immer fertigbekommen, dem langen Arm des Gesetzes in den USA zu entgehen.

Mit Hilfe einer Reihe von Zionisten-Sympathisanten auf hoher Ebene im amerikanischen Justizministerium – der ehemalige US-Justizminister Edwin Meese ist sehr pro-israelisch eingestellt, mußte aber vor einigen Monaten zurücktreten – ist es immer wieder gelungen, eine »aggressive Verfolgung von Fällen, die für die Israelis peinlich sein könnten – die JDL-Bomber, Pollard und einige andere Vorkommen –, zu verhindern«, so verlautet von Beamten aus dieser US-Behörde.

Doch schon bevor Meese zur Tür hinaus war, wurde im amerikanischen Kongreß Druck ausgeübt, besonders im Justizausschuß des Repräsentantenhauses, das Justizministerium dazu zu zwingen, etwas gegen die JDL zu unternehmen. Das Mitglied des Repräsentantenhauses und Vorsitzender des Unterausschusses für Strafrecht, John Conyers, kündigte an, er plane öffentliche Anhörungen über den Stand der FBI-Untersuchungen der JDL und deren angebliche Verwicklung in eine Reihe von Bombenattentaten in den Vereinigten Staaten im Jahr 1985.

Vom FBI zusammengetragene Beweise deuten darauf hin, daß die Mitglieder der JDL Robert Manning, Andy Green, Keith Fuchs und mindestens eine weitere Person ein Jahr lang Bombenattentate ausgeführt haben, worunter im Oktober 1985 der Mord an Alex Odeh fiel, einem Vertreter des arabisch-amerikanischen Anti-Diskriminierungs-Komitees (ADC) in Santa Ana im US-Bundesstaat Kalifornien.

Bei den anderen Zwischenfällen handelte es sich um das Bombenattentat auf das Haus Tscherim Soobzokov im August 1985, einem sowjetischen Immigranten, der im Verdacht stand, im Zweiten Weltkrieg in der deutschen Armee gedient zu haben; im September 1985 das Bombenattentat auf das Haus des litauischen Immigranten Elmars Sprogis, der unter Verdacht stand – welcher allerdings beseitigt werden konnte –, im Krieg ein Kollaborateur der Nazis gewesen zu sein; im August 1985 das Bombenattentat auf das Büro der ADC in Boston, bei dem zwei Polizeioffiziere schwer verletzt wurden.

Angesichts des ganzen Beweismaterials gegen die Verdächtigen, das vom FBI gesammelt worden ist, möchte Conyers' Unterausschuß genauer untersuchen, warum das US-Justizministerium die Männer nicht angeklagt und ihre Auslieferung von Israel verlangt hat.

Manning, Green und Fuchs leben jetzt in der jüdischen Siedlung Kiryat Arba an der West Bank, dem wichtigsten Stützpunkt von Kahanes ultra-nationalistischer Kach-Partei.

Einem Insider des Unterausschusses zufolge haben das US-Justiz- und das Außenministerium »Angst«, vor den Präsidentschaftswahlen im November »die Beziehungen« zu Israel »zu strapazieren«.

Mitglieder des Unterausschusses haben kürzlich verschiedene inoffizielle Treffen mit FBI-Vertretern über deren Untersuchungen bei der JDL gehabt. Bei diesen Treffen haben sich FBI-Beamte beschwert, daß ihr Weiterkommen behindert wird durch Israels mangelnde Kooperation. Dennoch haben diese Beamten gebeten, daß öffentliche Anhörungen vorausgehen sollten, und behaupteten, das FBI mache deutliche Fortschritte bei der Untersuchung.

Mitglieder der Jewish Defense League lernen in den Bergen von Los Angeles den Umgang mit Feuerwaffen.

»Wir sind zu dem Schluß gekommen, daß sie das FBI stoppen wollen«, sagte der Insider des Unterausschusses.

Ein großes Problem im JDL-Fall ist allerdings die Schwierigkeit der Auslieferung von Verbrechern aus Israel. Die zionistische Regierung hat den Ruf, die Ihren zu schützen und Versuche anderer Länder zu torpedieren, die jüdische Verbrecher verfolgen wollen, die in Israel Zuflucht gesucht haben – selbst wenn die Übeltäter ähnlicher Verbrechen in dem zionistischen Staat überführt worden sind.

Die stellvertretende amerikanische Justizministerin Nancy Widen Stock sagte, das Justizministerium »erwäge immer noch die Möglichkeit eines Auslieferungsverfahrens«. Doch der USA ist es in über 20 Jahren noch nie gelungen, die Auslieferung einer Person aus Israel zu erreichen. Ein Versuch der US-Regierung im Jahr 1973, die Auslieferung eines anderen Mitglieds der JDL, Jerome Zeller, zu erreichen, der des Mordes beschuldigt wurde im Zusammenhang mit einem Bombenattentat in New York, wurde von den Israelis schließlich nach jahrelanger Hinhaltetaktik abgewiesen.

Dennoch bleibt die Hoffnung im Fall des Jahres 1985, daß die Bombenleger der JDL schließlich doch noch der Gerechtigkeit zugeführt werden können. Im Juni wurde Mannings Frau Rochelle in Los Angeles verhaftet, als sie aus einem El-Al-Flugzeug aus Israel stieg.

Sie wurde der Verschwörung bei dem Briefbombenattentat auf eine Frau in Kalifornien im Jahr 1980 angeklagt und ein Haftbefehl wurde gegen ihren Mann erlassen. Gerichtsunterlagen zufolge befanden sich die Fingerabdrücke von Manning und seiner Frau auf dem Paket, das die Bombe enthielt.

Samuel Abady, der Anwalt von Manning, Green und Fuchs, sagte, die Verhaftung von Rochelle Manning sei ein Versuch, Manning und seine Mitverdächtigen zurück in die USA zu locken, um sie wegen der Serie von Bombenattentaten im Jahr 1985 zu verhaften. Abady zufolge »glaubt« Kahane, »seine Anhänger werden vom FBI wegen seiner Philosophie verfolgt«. □

Naher Osten

Mißtrauen gegenüber den USA

Victor Marchetti

Donald Neffs neues Buch über Israel und den Nahen Osten berichtet wie die zionistische Nation den Kampf gewonnen hat und Amerikas bester Verbündeter wurde nach dem Yom-Kippur-Krieg im Jahr 1973. Er gibt eindeutig dem damaligen amerikanischen Außenminister Henry Kissinger und dem damaligen US-Präsidenten Richard Nixon die Schuld dafür. Die ungewöhnlich enge Beziehung zwischen den beiden Ländern, so schreibt der ehemalige Korrespondent des »Time-Magazine«, hat die folgende Situation geschaffen.

»Die Sowjetunion ist jetzt eine stärkere Kraft in der Region und die USA, wenn nicht nachweisbar schwächer, so vertraut man ihnen doch zumindest weniger und sie werden eindeutiger als je zuvor für einen Feind der Araber gehalten. Was Israel betrifft, um das sich Kissinger besonders gekümmert hat, so ist es eindeutig stärker als je zuvor. Doch die Realität sieht vielleicht ganz anders aus. Seine Abhängigkeit von Amerika ist jetzt fast vollständig; es könnte ohne amerikanische Unterstützung seine Stärke nicht lange aufrechterhalten, noch könnten seine Bürger ihren zunehmend prunkvollen Lebensstil weiter genießen.«

Der damalige US-Präsident Richard Nixon und sein Außenminister Henry Kissinger zementierten die Abhängigkeit Israels von den USA, die bis heute immer enger wurde.

Neueinschätzung der US-Politik

Neff schreibt weiter: »Diese Unterstützung dauert offensichtlich nicht ewig an. Eines Tages wird es zu einer wahren Neueinschätzung der amerikanischen Politik kommen. Wenn dieser Tag kommt, wird sich Israel weitaus größeren Problemen gegenübersehen als Mitte der siebziger Jahre. Zu jener Zeit zeigten sich die Araber bereit für den Frieden. Sie könnten weniger bereit sein angesichts eines Israels, das nicht mehr länger von der vollen diplomatischen und militärischen Unterstützung der USA eingelullt wird.«

Dieser Tag mag sich rasch nähern, beschleunigt durch den derzeitigen Aufstand der Palästinenser, der jetzt seit sieben Monaten andauert und direkt zurückzuführen ist auf die Fehler der amerikanisch-israelischen diplomatischen Komplizenschaft nach dem Krieg des Jahres 1973.

Damit kein Zweifel über den Zweck dieses Krieges aufkommt, zitiert Neff den israelischen Verteidigungsminister Yitzhak Rabin:

»Der Yom-Kippur-Krieg wurde nicht von Ägypten und Syrien geführt, um die Existenz Israels zu bedrohen, um ein begrenztes politisches Ziel zu erreichen. Was der damalige ägyptische Präsident Anwar Sadat wollte, als er den Suez-Kanal überquerte, war die politische Realität ändern und damit einen politischen Friedensprozeß starten von einem Punkt aus, der günstiger für ihn war als der augenblickliche. In dieser Hinsicht hat er Erfolg gehabt.«

Doch die Kombination von Unnachgiebigkeit auf seiten der fanatischen Zionisten in Israel und der Unangemessenheit von Kissingers Pendeldiplomatie haben Sadats Vision und die einzigartige Gelegenheit, die diese für einen dauerhaften Frieden lieferte, unterhöhlt.

Der Preis war die Gründung der OPEC

Neff schreibt, daß Kissingers »Ablehnung das schwierigste Problem, Israels fortgesetzte Besatzung der West Bank anzugehen, ermöglichte es die Besatzung fortzusetzen mit dem Ergebnis, daß die palästinensischen Guerillas extremer wurden und sich die Opposition der anderen arabischen Staaten gegen die US-Politik verstärkte.

Kissinger erklärte später in seinen Memoiren seine Motive. Es sind spezielle Gründe für einen amerikanischen Außenminister und sie weisen darauf hin, was viele zu der Zeit vermuteten: Kissingers Parteinahme für Israel war scheinbar so groß, daß er sich nicht dazu bringen konnte zu verlangen, daß es das ausspuckt, was es so verzweifelt behalten wollte:«

Dann zitierte Neff Kissinger selbst: »Ich dachte nicht, daß es erreichbar wäre ohne Israel auf brutale und unwiderrufliche Weise seine totale Abhängigkeit von der Unterstützung der Amerikaner zu demonstrieren. Meiner Ansicht nach würde das Israel psychologisch gesehen das Rückgrat brechen und das Wesen des Staates zerstören.«

In der Tat seltsame Worte von einem amerikanischen Außenminister und ehemaligen nationalen Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten – insbesondere im Hinblick auf den Preis, den das amerikanische Volk zahlen mußte, um den zionistischen Traum von der Neuschaffung des größeren Landes Israel nicht zu durchlöchern. Der Preis war die Gründung der OPEC und der anschließende dramatische Anstieg der Ölpreise.

»Plötzlich«, schreibt Neff, »mußten ganze Lebensarten geändert werden, um sich den steigenden Preisen für Öl anzupassen, mit dem die Autos fuhren, Wohnungen geheizt wurden, wovon die Industrie abhing, was den Strom lieferte und was die Grundlage war für viele Produkte von Rädern bis zu Wasserleitungen. Die Manipulation der Preise und der Produktion in den arabischen Ölländern verursachte den größten Transfer von Reichtum auf der Welt, in dem größten kommerziellen Coup der Geschichte. Jedes Land war betroffen: Die Araber durch einen nie dagewesenen Wohlstand und der Rest der Welt durch eine dramatische Reduzierung des Reichtums.

Vielen entging die Ironie nicht, daß der neue Reichtum der Araber zum großen Teil auf die Existenz Israels zurückzuführen war.«

Israels Abhängigkeit von den USA

In den 15 Jahren seit dem Yom-Kippur-Krieg und Kissingers Diplomatiedebakel sind Amerikas Bindungen zu Israel darüber hinaus stärker geworden, in nicht geringerem Maße wegen des sich ständig ausweitenden Einflusses der pro-israelischen jüdischen Lobby in Amerika sowohl im Kongreß als auch im Weißen Haus. Und Israel ist abhängiger von den USA und Washington engagierter als je zuvor die Gewinne des zionistischen Traumes zu erhalten. □

Zitate

Umbruch

Lothar Späth, Ministerpräsident von Baden-Württemberg: »Ich meine, ein Staat, der seine Aufgaben ernst nimmt und über den Tellerrand der Tagesaktualität hinausblickt, muß zwangsläufig zu der Einsicht gelangen, daß es einen Fortschritt des einzelnen und der Gesellschaft nur geben kann, wenn die Gesellschaft sich der kulturellen Werte annimmt. Konkret: In einer arbeitsteiligen Gesellschaft, in einer hochentwickelten wie der unseren, gilt es, Kunst zu bewahren, Kunst zu schaffen und deren Gehalt den Menschen zu vermitteln. Denn die Menschen – also wir alle – streben nicht lediglich nach einer Befriedigung materieller Grundbedürfnisse, sondern sie haben ganz individuelle Bedürfnisse im kreativ-kulturellen Bereich, die sie artikulieren.«

Sicherheit

Rupert Scholz, Bundesverteidigungsminister: »Die Sicherheit in Europa beruht nicht nur auf militärischen, sondern auch auf allgemeinen politischen, wirtschaftlichen und insbesondere humanitären Faktoren. In einem ungeteilten Europa, in dem alle Menschen ungehindert Gedanken und Informationen austauschen können, in dem alle Menschen ihre grundlegenden Bürger- und Menschenrechte wahrnehmen und ihre eigene Zukunft bestimmen können, wird es weder Sicherheits- noch Rüstungsprobleme geben. In diesem Sinne steht die Politik der Abrüstung im Gesamtrahmen einer Politik allgemeiner politischer Entspannung, des verstärkten Dialogs im Ost-West-Verhältnis und einer Politik, die zur allseitigen Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten führt.«

Israel

Jeschajahu Leibowitz, israelischer Philosoph: »Wenn der Zustand weitergeht – und das entscheidende Wort hier ist ›wenn‹ –, dann sind die Folgen für Israel sicher und unvermeidlich, sowohl innenpolitisch als auch außenpolitisch. Innenpolitisch: Der Staat wird ein faschistischer Staat werden. Das ist unabwendbar, und die Ansätze dafür sind schon da. Freilich nur die Ansätze. Noch ist Israel kein faschistischer Staat, und wir haben noch ein weitgehendes Maß von Freiheit der Presse und der Rede. Wenn der jetzige Zustand jedoch weitergeht, werden wir eine Regierung von Kahane und Scharon haben. Sie werden nicht nur jede innere Opposition unterdrücken, sie werden auch Konzentrationslager errichten – und ich verwende das Wort bewußt. Nebenbei gesagt, wir haben heute schon Konzentrationslager für Araber – es werden fünftausend Menschen ohne Beschuldigung festgehalten: Der Gegner wird einfach inhaftiert. Das kennen wir von einem andern Regime her. Aber die Regierung Kahane-Scharon wird auch Konzentrationslager für jüdische ›Verräter‹ errichten, für Juden wie mich. Das wird also die unvermeidliche innenpolitische Folge sein: ein faschistischer Staat. Außenpolitisch: Wir werden einen Krieg auf Leben und Tod mit der gesamten arabischen Welt haben, von Marokko bis Kuwait.«

Banker

Hans Vontobel, Präsident der Schweizer Bank Vontobel: »Von Frankfurt und München fliegt man in einer halben Stunde zu uns. Hier kann ich meinen Kunden an einem Ort alle gewünschten Dienstleistungen anbieten, eine Standortnahme in Deutschland könnte zudem mein gutes persönliches Verhältnis zu deutschen Bankiers stören. Wenn alle Mäuse durchs gleiche Loch drängen, suche ich mir ein anderes Loch.«

Kinderfeindlichkeit

Johannes Dyba, Fuldaer Erzbischof: »Wir sind eines der reichsten Länder der Erde und sind trotzdem bereits seit über einem Jahrzehnt das Volk mit den wenigsten Geburten auf der ganzen Welt. Und in dieser Situation werden bei uns noch Jahr für Jahr Hunderttausende von Kindern im Mutterleib getötet – und das wegen angeblich sozialer Notlage. Wir Deutschen sind also das kinderfeindlichste, das lebensfeindlichste Volk auf der ganzen Erde. Das ist keine Situation, an die wir uns gewöhnen dürfen – nicht nur weil hier Gottes Gebote und das natürliche Sittengesetz radikal verletzt werden, sondern weil wir als Volk durch diesen Holocaust der Ungeborenen unsere eigene Zukunft vernichten. Unsere statistischen Daten sind schon jetzt die eines sterbenden Volkes. Wie soll das in 20 Jahren aussehen? Wer wird die Generation, die sich von Kindern befreit hat, im Alter pflegen. Oder werden die öffentlichen Krankenkassen, die jetzt die Beseitigung unzumutbaren Lebens am Anfang finanzieren, dann auch die Beseitigung unzumutbaren Lebens am Ende übernehmen und uns, wenn wir alt und grau und für unsere Mitwelt eine Belastung geworden sind, auf Krankenschein einschläfern lassen?«

Satt

Yoh Kurosawa, Vizepräsident der Industrial Bank of Japan: »In Amerika haben wir genug investiert. Nun ist Europa an der Reihe.«

Abtreibung

Jutta Ditfurth, Sprecherin der Grünen im Deutschen Bundestag: »Ich weiß zu viel über die Gefahren der Pille. Und selbst die ist ja nicht hundertprozentig. Also, ich bin sechsunddreißig, da finde ich zwei Abtreibungen auf ein lustvolles, knapp zwanzigjähriges Geschlechtsleben relativ wenig.«

Ostblock

Franz Josef Strauß, CSU-Vorsitzender und bayerischer Ministerpräsident: »Ich glaube, daß der Anfang vom Ende des Kommunismus begonnen hat. Gorbatschow versucht die Quadratur des Kreises, er versucht, den Sozialismus zu erhalten, ihn aber mit neuem Leben zu füllen und ihn wirtschaftlich effizient zu machen. Das ist der Versuch, Schneebälle zu rösten. Außerdem, wie sieht sein Umfeld aus? Polen ist wirtschaftlich bankrott, in der CSSR ist das wirtschaftliche Desaster himmelschreiend. Rumänien ist pleite. In der Sowjetunion und in diesen Ländern warten die Leute auf volle Regale. Sie hören Worte, sehen aber keine positiven Konsequenzen. Wir wünschen Gorbatschow Erfolg, aber wir dürfen seine unermeßlichen Probleme nicht übersehen.«

Elite

Hans L. Merkle, langjähriger Chef der Bosch-Gruppe: »Das wichtigste, was wir brauchen, vielleicht sehr subjektiv gesagt, ist, daß wir uns frei machen von der landläufigen Kritik an der Elite-Idee. Es ist bekannt, daß ich seit langem für die Förderung der Elite eintrete, wobei ich jedesmal betone: Ich spreche nicht von einer erblichen Elite, ich spreche nicht von Pfründen für eine Elite, sondern ich meine die Selektion, die in jeder Generation wirksam wird, indem die Tüchtigsten ausgewählt werden. Wir müssen alles tun, um diese Diffamierung des Begriffs der Elite zu überwinden. Wir haben unser Bildungssystem in den letzten Jahren wesentlich verbessert. Ich spreche dabei nicht von der quantitativen Expansion des Hochschulwesens, die zunächst zu weitgegangen ist, teilweise zu Lasten der Qualität, sondern ich meine jetzt dieses Erstarken des Qualitätsgedankens im gesamten Bildungswesen im Laufe dieses Jahrzehnts, die ich zu meiner Freude beobachten kann.«

IWF

Michel Camdessus, Geschäftsführender Direktor des Internationalen Währungsfonds: »Unsere Aufgabe besteht darin, den Betroffenen Zuversicht zu geben. Wir arbeiten mit den Ländern zusammen, die mit uns zusammenarbeiten wollen. Wenn ein Land der Ansicht ist, der IWF sei der große Satan, eine kriminelle Organisation, dann können wir für dieses Land natürlich nichts tun. Aber bei allen Ländern, die bereit sind, selber alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, zu denen sie in der Lage sind, denen stellen wir umfangreiche Finanzhilfen zur Unterstützung ihrer eigenen Programme zur Verfügung.«

Gemeinsinn

Alfred Dregger, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: »Wir müssen aufhören, uns selbst zu bemitleiden, wir müssen aufhören, alles und jedes schlechtzumachen, und wir müssen aufhören, unser persönliches Interesse oder Gruppeninteresse zum obersten Maßstab zu machen.« □

Marcion und die Wahrheit Christi

François Molay

Um das Jahr 75 nach Christi Geburt kam im pontischen Sinope ein Mann zur Welt, dessen Namen heute nur mehr wenige kennen, um dessen Wirken nur wenige wissen. Und doch war dieser Mann, Marcion, sicherlich eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der Menschheitsgeschichte, jener Mann, der mit Mut und Tatkraft das wahre Christentum noch einmal zu hoher Blüte führte, so kraftvoll und aufrecht, daß allein seine Ermordung dieser Bewegung Einhalt gebieten und die Herrschaft des verfälschten Scheinchristentums sichern konnte.

Marcion und den Seinen ist es zu verdanken, daß noch heute bedeutende Teile des wahren Evangeliums erhalten sind – sorgsam behütet von Eingeweihten. Denn die Wahrheit Christi, für die Marcion lebte, kämpfte und schließlich starb, ist heute nicht minder verfemt und gefürchtet wie zu seinen Lebzeiten.



Johannes traf im 99. Lebensjahr Marcion und übergab ihm die vollständigen Schriften des wahren Evangeliums Christi und die Apokalypse.

Die verfälschten Lehren der Kirche

Die Wahrheit Christi, deren allgemeines Bekanntwerden die Kirchen stürzen und das Judentum tief erschüttern würde: Denn das echte Christentum steht im schroffen Gegensatz zum sogenannten »Alten Testament«, zu den verfälschten Lehren, die die Kirchen verbreiten, um Macht ausüben zu können; und zum Judentum, weil Jesus Christus gekommen war, um sich gegen den Hebräergott »Jahve« zu wenden – gegen den Teufel. Trotz aller in den Evangelien vorgenommenen Verfälschungen finden sich noch heute die Spuren der Wahrheit; etwa bei Johannes 8,44 oder Matthäus 23,33.

Wohl einmalig ist der totale Gegensatz, wie er zwischen »Neuem Testament« und »Altem Testament« besteht, und ebenso einmalig ist die Ungeheuerlichkeit, diese beiden Schriften zusammengekoppelt zu haben: Das – wenn auch verfälschte – Wort Gottes Christi und die Schriften El Schaddai-Jahve.

Als Marcion geboren wurde, war sein Vater bereits Bischof der judaisierten Scheinchristengemeinde von Pontus und ein eifriger Verfolger der echten Christen, die, wie überall zu jener Zeit, ihre eigenen, wahren Christengemeinden parallel zu den Scheinchristen hatten.

Um die Lebensgeschichte des Marcion recht zu verstehen, müssen wir nun noch etwas auf den Werdegang seines Vaters schauen. Marcions Vater, dessen Name vermutlich Josephus war, kam aus dem Judentum und war zunächst Oberhaupt der Synagoge von Athen gewesen, bis sein Bruder, der Mitglied des hohen Priesterrates zu Jerusalem war, ihn zum Synhedrion eben dorthin berief, wo eine wichtige Beratung hinsichtlich des Christenproblems anstand.

Dispute zwischen Vater und Sohn

Während jener Ratssitzung in Jerusalem wurden Gegenmaßnahmen gegen die Anhänger des »verfluchten Gotteslästerers« (Christus) besprochen und beschlossen. Josephus – wir wollen bei diesem Namen bleiben – erhielt den Auftrag, in pontischen Landen eine judaisierte Scheinchristengemeinde zu gründen und zugleich die echten Christen dort zu bekämpfen. Man stattete ihn mit allen dafür nötigen Mitteln aus. Neben finanziellen Mitteln erhielt er eine mit allen Verfälschungsanweisungen versehene Abschrift des Evangeliums.

Um das Jahr 60 nach Christi Geburt also ließ jener Josephus sich scheintaufen und zog dann wieder in Richtung Griechenland, um in Pontus judaisierte Scheinchristengemeinden zu gründen, was er mit viel Erfolg auch tat und also bald Bischof von Sinope wurde.

Als Marcion etwa fünfzehn Jahre später zur Welt kam – wahrscheinlich als einziger Sohn seines Vaters –, war er in ein Milieu hineingeboren worden, in dem die Auseinandersetzung zwischen Ur-Christen und judaisierten Christen praktisch allgegenwärtig war.

Es versteht sich von selbst, daß der junge Marcion in sämtlichen Schriften, vor allem den alten hebräischen, gründlich unterrichtet wurde. Aus seinem späteren Leben zu schließen, muß er von Jugend an Wissensdurst, ausgeprägten Gerechtigkeitssinn und gute Menschenkenntnis in sich vereinigt haben. Dazu mag ein besonderer Unternehmungsgeist gekommen sein, der wäh-

Marcion und die Wahrheit Christi

rend der Zeit seines Forschens und Suchens Rastlosigkeit in ihm aufkommen ließ und gleichsam die Kämpfernatur prägte, als die er sich später erwies.

Da sein alltägliches Lebensumfeld im Haus des Vaters ihm die Gegensätze zwischen wahren Christen und judaisierten Christen sehr deutlich vor Augen führte, bemühte sich Marcion frühzeitig, die Wurzel dieser Zwistigkeit zu prüfen: Die Hebräerschriften, die dem Christentum als »Altes Testament« beigeschoben worden waren – jenem Christentum, das sein Vater vertrat und gegen das die Urchristengemeinden sich zur Wehr setzten, ohne jedoch auch nur annähernd über die Mittel an Geld und Verbindungen zu verfügen, die den Scheinchristengemeinden zu Gebote standen.

Der »Große Cherem« über Marcion

Offenkundig hat Marcion allzeit ein sehr kritisches Verhältnis zum sogenannten »Alten Testament« gehabt, hat es stets als das polare Gegenteil all dessen empfunden, was Christi Wort lehrt – selbst noch nach den verfälschten Evangelien. Es muß mehrere Dispute zwischen Vater und Sohn wegen dieses Themas gegeben haben, schon bevor der endgültige Bruch erfolgte.

Es ist nicht gewiß, aber doch möglich, daß Marcion unter den Papieren seines Vaters Hinweise auf das wahre Evangelium fand – eventuell einige der Verfälschungsrichtlinien, die Josephus vom Synhedrion mitgebracht hatte. Darüber ist allerdings, wie gesagt, nichts überliefert.

Der gesunde Menschenverstand und das klare Gefühl für Gut und Böse, Recht und Unrecht, wie es Marcion in hohem Maß zueigen war, können ihn leicht ganz von selbst auf die richtigen Schlüsse gebracht haben. Dazu hätte sicherlich auch das unter den judaisierten Christen mehr und mehr verbreitete Pharisäertum beitragen können, durch das vielen die Taufe verweigert wurde, die als ihrer unwürdig erklärt wurden – während Christus sich gerade auch der Zöllner und anderer Randgruppen angenommen hatte. Es ist dies ein Motiv, das im späteren Wirken Marcions eine Rolle spielen sollte.

Unser recht konkretes Wissen über Marcions Leben beginnt mit jenem Tag, da er seinen Vater und andere Gemeindeobere zur Rede stellte und ihnen erklärte: Jahve sei der Satan, nicht Vater Christi; und das müsse jedermann erkennen, der nicht dumm oder finsteren Herzens sei. Statt eines Streitgesprächs erlebte Marcion, wie der »Große Cherem«, der Todesfluch über ihn verhängt wurde. Ebenso wie einst der Apostel Paulus, stand nun also auch Marcion unter dem Bann des »Großen Cherem«.

Marcion verließ nun seine bisherige Umgebung und schloß sich einer der wahren Urchristengemeinden an, deren Führer er bald wurde.

Wenn das Wort »Führerpersönlichkeit« je in bestem Sinne ausgesprochen werden konnte, so gewiß mit Blick auf Marcion. Er hatte das Talent des feurigen Redners und das Herz eines furchtlosen Kämpfers. Dabei war er zugleich – persönlich – ein bescheidener Mann. Was er tat, tat er im Dienst der göttlichen Wahrheit Christi.

Marcion hat sich also auch nie als Religionsstifter gesehen, sein Denken war auf weiten Ebenen ein philosophisches. So ist durchaus anzunehmen, daß zu der Zeit, von der wir jetzt reden, das rationale Denken, die Analyse der Gegensätze von Evangelium Christi und »Altem Testament«, in Marcion gleichwertig neben dem Glauben standen – anders also als bei den meisten Aposteln, die aus dem rein emotionalen Glauben handelten.

Die Begegnung mit Johannes

Dies änderte sich jedoch nach Marcions Begegnung mit Johannes dem Evangelisten. Sobald Marcion erfahren hatte, daß Johannes in Ephesus sei – der letzte noch lebende Jünger Christi auf Erden –, machte er sich auf den Weg dorthin.

In Ephesus fand Marcion eine klägliche Situation vor. Ganz ähnlich wie in den meisten Gegenden, hatte auch hier das judaisierte Scheinchristentum das echte Urchristentum schon beinahe gänzlich unterdrückt oder gar physisch ausgerottet. Marcion traf den greisen Apostel in siechem Zustand an und quasi unter Kuratel gestellt. Johannes stand im neunundneunzigsten Lebensjahr und bot einen Anblick des Jammers.

Eine Fügung Gottes, daß Marcion jetzt zu Johannes kam, denn es war der letzte Tag seines Erdendaseins. Als habe der schwer von Krankheit gezeichnete Johannes mit letzter Kraft auf diesen Tag gewartet, den Tag, an dem der Mann zu ihm kommen würde, der sein Erbe werden sollte – Marcion –, starb er in dessen Armen. Zuvor hatte er ihm noch einige seiner heimlich aufbewahrten Schriften des wahren Evangeliums aushändigen können.

Zusammen mit einigen Getreuen beerdigte Marcion den Evangelisten an einem heute unbekannten Ort (das offizielle Johannes-Grab ist ein falsches).

Jetzt verfügte Marcion über fast vollständige Schriften des wahren Evangeliums Christi und die Johannes-Apokalypse. Mit diesem Wissen ausgestattet – und nun vom Gefühl der göttlichen Sendung beseelt –, entfaltete Marcion eine ungeahnte Tatkraft, die bald alle Verfälscher das Fürchten lehren sollte.

Binnen zweieinhalb Jahren baute Marcion im ganzen Mittelmeerraum echte Christengemeinden auf; seine unmittelbaren Anhänger zählten bald nach Hunderttausenden. Über eine halbe Million »Marcioniter« waren es im dritten Jahr nach der Begegnung Marcions mit Johannes. Ihr Wahrzeichen – als Symbol des wahren Christentums – wurde das rote Dornenkreuz, das »Marcioniter-Kreuz«, aus dem später auch das Templerkreuz wurde und von dem sich schließlich das »Ritterkreuz« herleitet.

Mit der rasanten Bewegung – gegen alle Widerstände, die man heute kaum schlimm genug einschätzen kann – wuchsen die echten Christengemeinden überall. Marcion hatte auf Zypern sein »Hauptquartier« aufgeschlagen; zentral gelegen, um Nordafrika wie Europa gleichermaßen gut und verhältnismäßig schnell erreichen zu können.

Und es war keineswegs Marcions Absicht, die Wahrheit Christi nicht noch weiter zu tragen. Dabei ging es ihm zunächst nicht so sehr darum, »Heiden zu bekehren«, als das verfälschte Christentum von dieser Teufelei zu befreien, all den vielen Ahnungslosen zu sagen, was Jesu Christi Wort wirklich gewesen war.

Der Kampf gegen den Ungeist

Marcion hatte längst durchschaut, daß die Interessen der Priesterschaft, dem Jahve die Welt zu unterwerfen, Hand in Hand gingen mit ganz und gar weltlichen Interessen anderer, die wußten, daß mit dem wahren Christentum niemals ein Machtapparat Kirche geschaffen werden konnte.

Etwa so, wie Juden dem Christentum ihren Jahve aufgepflanzt hatten, weil sie schnell erkannten, daß das Geschehen um Christus nicht würde weggewischt werden können, so hatten dies auch machtpolitisch orientierte Kreise erkannt und also auf das »Pferd Jahve« gesetzt. Mittels des sogenannten »Alten Testaments« konnten sie Machtpolitik betreiben, was mit der reinen Lehre Christi unmöglich gewesen wäre.

Ein Blick in jüngere Zeit liefert schlagende Beweise hierfür: Hätten Kriege, Inquisition, Hexenverbrennung, Indianer-Ausrottung und so weiter und so fort mit Berufung auf das Evangelium Christi geschehen können? Nein! Aber mit Berufung auf das grausame »Alte Testament« konnte es geschehen und geschah es: purer Satanismus.

Der Kampf gegen den Ungeist der Hebräerschrift, das »Alte Testament«, war und ist zugleich der Kampf für die Wahrheit Christi, für das wahre Evangelium, das Wort der Liebe.

Marcion und die Seinen übten den christlichen Geist der Liebe. Sie nahmen auf, wer zu ihnen kam; sie fragten nicht, was einer

oder eine vorher gewesen war. Marcion reichte einem jeden die Hand, der guten Willens war. Marcioniter fragten nicht, was jemand früher getan hatte, forderten keine Buße und keine Selbstanklage: Denn mit dem Augenblick der Erkenntnis Christi war ein »neuer Mensch« geboren, ein freier, alles neu beginnender Christ.

Zu keiner Zeit hat es ein so verbreitetes echtes Christentum gegeben wie zur Blütezeit der marcionitischen Bewegung. Dies mag erklären, weshalb Marcion eines Tages den Entschluß faßte, nach Rom zu reisen – in die Höhle des Löwen –, um die Antichristen, die sich zu unrecht auch »Christen« nannten, zur Rede zu stellen.

Aus dem Brief eines engen Freundes Marcions, Veros, geht hervor, daß viele seiner Anhänger der Meinung waren, es sei besser, ein Heer aufzustellen und gegen Rom zu marschieren, um die Antichristen entmachten zu können. Marcion hat diesen Gedanken offensichtlich abgelehnt.

Allerdings sprechen zwei andere Dokumente dafür, daß Marcion in Rom ein Ultimatum stellen wollte, womit die Eventualität anschließend geplanter, oder zumindest erwogener, militärischer Maßnahmen nicht ganz ausgeschlossen werden kann. Rein praktisch müßte es Marcion ein leichtes gewesen sein, eine schlagkräftige und kampfentschlossene Armee zu schaffen. Doch sollten diese Gedanken als bloße Denkspiele betrachtet werden.

In Rom wurde Marcion ermordet

Über den genauen Verlauf des Auftretens Marcions in Rom wissen wir nicht Bescheid. Zwar gibt es mehrere Berichte, doch diese weichen voneinander ab und können nicht als unbedingt glaubwürdig bezeichnet werden; vor allem, was geschilderte Einzelheiten anbelangt.

Gewiß ist, daß Marcion auch in Rom Anhänger hatte und eine große Kundgebung an den Ufern des Tiber geplant war, sobald Marcion seine Gespräche mit den Antichrist-Christenführern beendet haben würde.

Dazu kam es aber nicht, denn gleich nach seiner Ankunft in Rom wurde Marcion ermordet. Einer der größten Verfechter des wahren Geistes Christi war den Märtyrertod gestorben, wie viele andere vor ihm und noch viele nach ihm. Über die näheren Umstände seiner Ermordung gibt es verschiedene Darstellungen, von denen jene am wahrscheinlichsten zu sein scheint, die berichtet, Marcion sei schon auf dem Weg durch die Stadt von hinten erdolcht worden.

Doch auch die in einem anderen Bericht genannte Version, er sei vergiftet worden, könnte der Wahrheit entsprechen, denn die Dolchwunde kann ihm außerdem zugefügt worden sein.

Durch den Tod Marcions waren die Marcioniter-Gemeinden jetzt offenbar so führerlos, daß sie im Laufe der nächsten Jahrzehnte völlig zerschlagen werden konnten. Das Wissen um die Wahrheit Christi wurde fortan zum Geheimwissen, einem Geheimwissen, dessen Überdauern ganz wesentlich den Katharern zu verdanken ist. Der »Katharer-Schatz«, der nie gefunden wurde, bestand nicht aus Gold – es war die Hinterlassenschaft Marcions beziehungsweise deren bedeutendster Teil.

Bliebe nun, einiges über den Vorwurf zu sagen, Marcion habe sich heidnischer Elemente bedient. Daran ist ein Stück Wahrheit, jedoch in ganz anderem Sinn, als die Feinde Marcions es meinten.

Marcion war sich darüber im klaren, daß »Gottvater Jehowa« nicht Gottvater, sondern der Satan war, der El Schaddai, der Scheitan, der Teufel. Mit ihm konnte Christus unmöglich in Verbindung zu bringen sein. Wer also war Christus?

Marcion fand die Antwort auf diese Frage bei Johannes: Christus war der menschgewordene Gott selbst – wofür in den verfälschten Evangelien noch Spuren zu finden sind: etwa Johannes 12,44–45; Johannes 7,28; Johannes 8,12; Johannes 8,25; Johannes 14,9. Deutliche Aussagen dazu hatte Marcion auch in mehreren Briefen des Lukas gefunden, die in seine Hände gerieten.

Als Christus war also Gott selbst, der alleinige Gott selbst, auf die Erde gekommen. Mit Jahve hatte er nichts zu schaffen. Ebensogut hätte man Christus mit jeder heidnischen Gottheit in Verbindung bringen können, ja, dies noch viel eher als ausgerechnet mit El Schaddai, dem Teufel.

Achtung vor den Naturreligionen

Dies nun den Menschen der verschiedenen Völker zu sagen, bediente sich Marcion verschiedener Ausdrucksweisen. So benutzte er beispielsweise die Altäre für den »unbekannten Gott«, die im Massengötterei pflegenden griechisch-römischen Raum üblich waren, um, symbolhaft, zu sagen: Auch hier ist Er erahnt und erwartet worden, der wahre ewige Gott, Christus.

Zugleich empfand Marcion aufgrund seiner Erkenntnis jedwede Religion und jede Gottheit immer noch als besser denn die Blut- und Rachelehre Jahves. Er tolerierte auch althergebrachte Traditionen anderer Völker und Kulturen; eine »Sachsenschlächterei« wäre für Marcion undenkbar gewesen.

In gewisser Weise muß Marcion Achtung vor den alten heidnischen Religionen gehabt haben, die häufig Naturreligionen waren und somit der philosophischen Ader des Marcion sicherlich nicht von vornherein unsympathisch waren.

Vor allem aber war da ein Punkt, den zu verstehen wir uns in die Zeit und in die Glaubenssituation versetzen müssen: In Christus war Gott selbst auf die Erde gekommen. War dieser eine, absolute Gott nicht zwangsläufig allen Traditionen gleichermaßen verbunden? Und war es daher nicht ganz natürlich, die Lehre Christi einem jeden Volk in der Weise seiner jeweiligen Kultur nahezubringen, das Wort Christi quasi in Vorhandenes »einzupflanzen«?

Und nun der entscheidende Schritt: War nicht das Wort Christi selbst ursächlich »heidnisch« – im Gegensatz zum Judentum?

Rückblickend kann wohl behauptet werden: Diese marcionitische Einstellung hätte nicht nur das wahre, ausschließlich der Liebe verpflichtete Christentum zu den Völkern gebracht, es hätte es auch in Harmonie mit dem Wesen der verschiedenen Kulturen getan – nämlich friedlich, christlich und nicht mit mosaischem Blutgericht und Zerstörung bei den »zu Bekehrenden«.

Es wird vielleicht kein Zufall sein, daß gerade aus dem Judentum hervorgegangene Christen – von Paulus bis Marcion –, die den Ungeist des sogenannten »Alten Testaments« gut kannten, sich am meisten gegen diesen Ungeist wandten und für das wahre Christentum eintraten.

Dies sei all jenen vorgehalten, die im Marcionitertum »Antisemitismus« meinen wittern zu müssen, weil sie nicht zwischen Antisemitismus und Antijudaismus unterscheiden können oder wollen.

Marcion sollte ein Vorbild sein

Sicherlich wäre da nun noch vieles, was von und über Marcion zu erzählen nötig wäre. Wenn dies hier nicht geschieht, so nicht allein aus Platzgründen –, sondern in erster Linie aus Mangel an sicheren Berichten. Zwar gibt es eine ganze Reihe interessanter Kleinigkeiten, die Streiflichter auf das große Ganze werfen, doch nicht genug Material, um der Persönlichkeit Marcions in authentischer Weise gerecht werden zu können.

Wollen wir es daher also bei diesen Zeilen bewenden lassen. Die bekannten Schriften über den »Häretiker Marcion«, vom »Contra Marcionem« bis von Harnak, sind hier bewußt außer acht gelassen worden. Wir haben uns ganz auf das wenige gestützt, was in privaten Kreisen verwahrt wird.

So soll dann auch ein persönlicher Satz hier zum Abschluß stehen: Wenn wir eine Gestalt aus der Geschichte suchen, die wir uns und unseren Kindern zum Vorbild geben wollen, so könnte es Marcion sein; ein Mann, der ein Held war, ohne je getötet zu haben; der stets menschlich und tolerant war, ohne weich zu sein; der das, was er glaubte und lehrte, auch lebte – getreu bis in den Tod. □

Medizin

Schmerzfrei ohne Tabletten

Kay Vogel

Seit über 2000 Jahren gehen chinesische Ärzte davon aus, daß die richtigen Punkte für die Akupunkturbehandlung auf zwölf linienförmigen Meridianen verlaufen, die auch die »Wege der Lebensenergie« genannt werden. Die Wirksamkeit der Akupunktur ist wissenschaftlich erwiesen, es gab jedoch in der Tat keinen Beweis für die Existenz der Meridiane. Der Biophysiker Professor Zongsiang Zhu an der chinesischen Akademie der Wissenschaft in Peking fand mit elektronischen Meßmethoden heraus, daß der niedrige elektrische Widerstand der Haut an den bekannten Akupunkturpunkten auch für die Verbindungslinien zwischen diesen Punkten gilt – und das sind die Meridiane.

Die Theorie, daß Magnetfolien, auf Akupunkturpunkte verbracht, eine permanente Reizung dieser Punkte, ähnlich wie bei einer Nadelung oder Pressur ausüben, wird durch den Erfolg bestätigt. Dem Einwand der Kritiker, bei Akupunktur handle es sich um eine »Psychotherapie«, kann man mit den Ergebnissen entgegentreten.

Die Sano-Sono-Therapie mit Magnetfolien hilft bei vielen Krankheitserscheinungen.

Die Wirkung der Magnete

Die Wirkung von Magneten als schmerzlinderndes, nebenwirkungsfreies Mittel ist schon seit Jahrtausenden bekannt. Doch erst unsere Generation liefert die Beweise. So schreibt Professor Werner Kraus vom Institut für medizinische Physik an der Universität München:

»Biophysikalische Vorgänge bei der Zellatmung sind nur so zu erklären: Es handelt sich um eine sogenannte Redox-Reaktion; von Wasserstoffatomen, die aus aufgespaltenen Wassermolekülen stammen, gehen Elektronen auf Sauerstoffatome über. Der jeweils zurückbleibende Wasserstoffkern, ein Proton, wandert an die Außenseite der Membranen der Mitochondrien; der aktivierte Sauerstoff dagegen ins Zellinnere, wo er mit anorganischem Phosphor reagiert.

Mit anderen Worten: Es findet eine Ladungstrennung statt. Sie läuft ab unter dem Einfluß des erdmagnetischen Feldes. Die sich bewegenden Ladungsteilchen werden im Zytoplasma der Zelle, das einen Elektrolyten darstellt, durch das Magnetfeld der Erde entsprechend ihrer jeweiligen Ladung abgelenkt und voneinander getrennt.

Dies ist das Ergebnis des Hall-Effekts, der bis zu einem Gleichgewichtszustand abläuft. Die Eigenbewegung der Ladungsträger kommen durch die mechanischen Zellbewegungen zustande, die auch bei ruhendem Körper zum Beispiel durch die Druckwellen des Blutes auf die elastische Zelle verursacht werden. Ist aber diese zelleigene Bewegung vermindert, etwa durch Verletzung oder Degeneration von Blutgefäßen, kann die Bewegung der Ladungsteilchen relativ zu einem Magnetfeld auch dadurch erzielt werden, daß ein äußeres, sich mit niedriger Frequenz änderndes Magnetfeld auf die Teilchen einwirkt. In diesem Fall verursacht dann die Induktion die Ladungstrennung.«

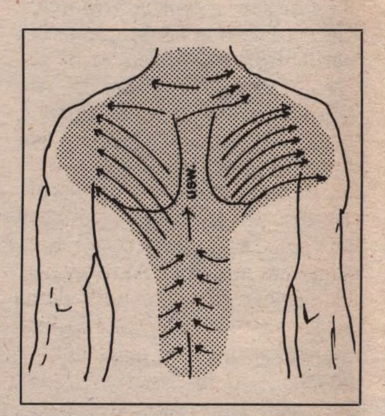
Magnetfolien helfen tatsächlich

Diese »wissenschaftlichen« Worte sagen eigentlich nichts anderes aus, als daß für den notwendigen Sauerstoffaustausch bei der Zellatmung das Magnetfeld der Erde erforderlich ist.

Dieser Effekt kann durch das Aufliegen von geeigneten Magneten verstärkt werden. Aber neben dieser sauerstoffversorgenden Komponente wirken die Magnete auch über ihre Feldstärke dämpfend und regulierend auf die Schmerzempfänglichkeit der Haut und des Gewebes ein.

Hier hat der Magnetphysiker Horst Baermann einen Meilenstein in der Schmerzbekämpfung gesetzt und wirklich »großes« geleistet, in dem er eine Magnetfolie entwickelte, die alles, was bisher in dieser Hinsicht auf dem Magnetsektor zu haben war, entscheidend verbesserte.

Magnetfolien, wie sie heute gebraucht werden, sind auf ihrer aktiven, das heißt bei der Anwendung dem Körper zugewandten Oberfläche in einem gleichen Polabstand mit linearen, parallel verlaufenden, streifenförmigen Polen wechselnder Polarität magnetisiert. Es folgt also einem Nordpolstreifen stets ein Südpolstreifen.



Steifigkeit in den Fingern ruft über die Schonhaltung Steifigkeit in den Schulter-Rükken-Partien hervor, die man behandeln kann.

Während früher bei streifenförmigen Polwechseln recht geringe Abmessungen gewählt wurden, weiß man heute, daß entsprechend größere Abstände höhere Feldstärken erzeugen. In jedem Fall steht fest, daß durch wechselnde Magnetfelder, die auf die zu behandelnden Körperstellen einwirken, geringe elektrische Spannungen beziehungsweise Ströme in die betreffenden Körperstellen induziert werden. Dadurch wird eine Erwärmung der Körperzellen und eine durchblutungsfördernde Wirkung sowie Schmerzlinderung erzeugt, da sich zum Beispiel die Blutflüssigkeit etwa wie ein elektrisch leitfähiges, bewegtes Medium verhält.

Eine optimale Wirkung, die sich insbesondere durch Linderung und Behebung von Schmerzen auszeichnet, wird nur dann erreicht, wenn die Pole abwechselnder Polarität quer, sternförmig oder rechtwinklig zur Flußrichtung des Blutes verlaufen.

Bei flüchtigen Verspannungen und Muskelschmerzen wird sicherlich nur das Tonschwin-

gungsgerät Sano-Sono zum Einsatz kommen. Mit diesem Gerät wird Zellgewebe in Schwung gebracht. Auf ganz natürliche, unschädliche Weise kann so die Ursache für dieses so unangenehme Alarmsignal des Körpers, der Schmerz, ausgeschaltet werden. Bei hartnäckigen Schmerzzuständen und bei chronischen Schmerzen sind, da man nicht ständig mit dem Gerät den Schmerz überlaufen kann, dauertherapeutische Maßnahmen mit den Magnetfolien sinnvoll.

Die Behandlung von Fernpunkten

Zunächst bessern sich im Bereich des Magnetfeldes die Durchblutungsverhältnisse und die Zellatmung. Die Wirksamkeit der aufgeklebten Magnete kann jedoch intensiviert werden, wenn man mit einer Aktivierung der Magnetrückseite mit dem Gerät zusätzlich eine Druck-Vakuum-Komponente herbeiführt, die eine weitere Durchblutungssteigerung zur Folge hat. In diesem Behandlungszeitraum strömt im Wirkungsbereich der Magnetfolie mehr Blut, und wo der Magnet mehr beeinflussen kann, ist mehr Linderung. Dies ist wissenschaftlich bewiesen.

Es gibt eine Vielzahl von Körperstellen, zum Beispiel Fingergelenke, bei denen der Befestigung von Magnetfolien anatomische Grenzen gesetzt sind. In diesen Fällen kann man mit den Magnetfolien, wie auch mit dem Sano-Sono-Gerät, auf akupunktur- beziehungsweise akupressurreaktive Punkte ausweichen.

Die Forderung, die die Mediziner stellen: Das Gerät muß selbst an unzugänglichen Körperstellen, wie etwa der Bereich zwischen den Schulterblättern oder an den Fußsohlen, auch für Bewegungseingeschränkte und unter Schmerz leidende Patienten leicht handhabbar sein, diese Forderung ist durch eine geschwungene und obendrein noch elegante Formung beim Sano-Sono-Gerät in idealer Weise erfüllt worden.

Das Gerät ist mit einem leistungsstarken, elektronisch steuerbaren Hubmotor ausgestattet, der trotz eingeschaltetem Gerät erst dann seine maximale Leistung bringt, wenn das Gerät mit einem leichten Druck aufgesetzt wird. Dabei hilft die hebelverstärkende, geschwungene Formgebung.

Neuartig ist der aus der Raumfahrt-Technik stammende Überwärmungsschutz. Patienten neigen nämlich manchmal dazu, Behandlungszeiten zu übertreiben. Zu deren und zu des Gerätes Schutz wurde deshalb eine automatische Thermoregulation eingebaut, die über einen Wärmefühler bei zu ausgedehnter Behandlungsdauer die Aktivität des Gerätes für kurze Zeit drosselt.

Das Gerät läßt sich von schwacher auf hohe Leistung stufenlos verstellen. Die zehn Markierungen am Rändelrädchen sind Anhaltspunkte, wo man sich in der Stärke oder Frequenzhöhe befindet. Es ist aber nicht sehr wichtig, so genau auf die Zahlen von null bis neu zu achten. Wichtig ist lediglich, zu wissen, daß mit den Einstellungen null bis drei die oberflächlichen Gewebeschichten, direkt unter dem Behandlungsteller aktiviert werden, bei vier bis sechs die Wirkung tiefer eindringt und schließlich bei sieben bis neun ihre größte Eindringungstiefe erreicht.

Zum Beispiel bei Rheuma

Bei der Anwendung des Sano-Sono-Gerätes muß die Ursache behandelt werden. Schmerzen sind immer Alarmsignale. So können zum Beispiel Schulter-Arm-Beschwerden eine Folge von Krankheiten der Brust und/ oder Oberbauchorgane sein. Wie sieht es mit der Anwendung des Gerätes und der Magnetfolie bei Rheuma aus?

Rheumatismus bedeutet »umherziehende, fließende Schmerzen«. Mit dieser Beschreibung ist das eindrücklichste Erlebnis des Rheumakranken, nicht jedoch die Ursache des Leidens, wiedergegeben. Sehr viele Krankheiten werden unter diesem Begriff zusammengefaßt. Selbst die Gicht oder das »Zipperlein« ist unter dem Begriff Rheumatismus angesiedelt. Hier handelt es sich um eine Stoffwechselerkrankung.

Für die notwendige Absenkung der Harnsäurewerte stehen dem Arzt gut wirkende Medikamente zur Verfügung. Gegen die Schmerzen, die durch die Harnsäurekristalle in den kleinen Gelenken hervorgerufen werden, klebt man Magnetfolien auf.

Auch bei der Arthritis (Gelenkentzündung) wirken neben der medikamentösen Behandlung die Magnete, auf die schmerzenden Gelenke verbracht, lindernd. Dies ist eine der wesentlichen Voraussetzungen dafür, daß der Patient, nunmehr weitgehend schmerzlos, mehr Übungsbereitschaft zeigt. Außerdem wird über die durchblutungsfördernde Komponente der Magnete die Präsenz der Arzneiwirkstoffe verbessert.

Hilfe bei Schlaflosigkeit

Woher auch immer Schlafstörungen kommen, die Auswirkungen machen die Menschen nervös und reizbar. Stundenlanges im Bett Hin- und Hergekullere, ohne den erlösenden Schlaf zu finden, haben in jedem Fall auf die Tagesaktivität einen ungünstigen Einfluß. Als Ursache zu beachten wären auch mögliche Durchblutungsstörungen.

Die Lösung dieses Problems mit der Medikamenteneinnahme ist zwar einfach und häufig wirkungsvoll, sie birgt jedoch die Gefahr der Abhängigkeit in sich.

Versuchen Sie doch einmal ohne Tabletten auszukommen. Versuchen Sie es gegen Abend mit Magnetfolien. Sie werden auf bewährte akupunkturreaktive Punkte geklebt, die das innerliche Einstimmen auf eine gute Nachtruhe nachhaltig unterstützen. Schlaflose sollten ihre Abendstunden nutzen, um sich auf den Schlaf vorzubereiten, das bedeutet Verzicht auf aufregende Spätfilme, keine großen Flüssigkeitsmengen und Süßigkeiten vor dem Zubettgehen. Zuvor wird die Halswirbelsäulenmuskulatur mit dem Sano-Sono-Gerät gelockert, damit die Blutzufuhr ins Gehirn verbessert wird, denn Sauerstoffmangel stellt eben auch oft eine Schlafbarriere dar.

Gegen Autofahrer-Beschwerden

Nicht ohne Grund werden Autorennfahrer vor und nach einem Rennen massiert, denn die beim Fahren und Konzentrieren auftretende Schwerstarbeit geht sehr in den Rücken. Die menschliche Muskulatur ist auf »Bewegung« ausgerichtet. Man kann zum Beispiel längere Zeit ohne Schwierigkeiten Holz sägen, da beim Ziehen oder Drükken der Säge jeweils nur eine Muskelgruppe arbeitet und die andere Hälfte der Armmuskulatur sekundenlang ruht. Diese kurzfristige Ruhe genügt jeweils zum Erholen.

Fehlt diese Zeit, wie zum Beispiel beim ständigen Heben der Arme, wenn etwa Gardinen aufgehängt werden, ermüdet der Muskel sofort, weil der in ihm vorhandene Sauerstoff verbraucht ist und bei Anspannen des Muskels nicht nachgefüllt werden kann.

So gesehen kann auch der Rükken bei ständiger Bewegung viel Arbeit leisten. Daß Sitzen am Steuer kommt aber für die Rükkenmuskulatur eher dem Aufhängen der Gardinen gleich. Die schmerzenden Folgen und das Nachlassen der Konzentration kennt jeder.

Eine gesunde Therapie bringt Hilfe bei vielen Schmerzen

Wer hier das Sano-Sono-Gerät während der ohnehin empfohlenen Rastpausen benutzt, erfährt durch die Massagewirkung eine nachhaltige Lockerung. Man kann natürlich auf die Schwachstellen auch vorher bereits Magnetfolie kleben. Die Verblüffung ist häufig sehr groß, wenn man auf diese Weise nach einer längeren Reise ermüdungsfrei aus dem Auto steigen kann.

Man kann viele Krankheitserscheinungen mit dem Sano-Sono-Gerät und der Magnetfolie behandeln, zum Beispiel die Abwehrkräfte steigern und stärken, Achillessehnenreizung, Allergie, Arterienverkalkung, Asthma, Bandscheibenschmerzen, Blutdruckstörungen, Darmträgheit, Kopfschmerzen, Lähmungen, Muskelkater, Schultersteife, Verspannungen und sogar Zahnschmerzen. □

Weitere Informationen über die Sano-Sono-Therapie erfahren Sie aus dem Buch von Frank Bildau und Hanspeter Sommer »Schmerzfrei«, erhältlich beim Versand Tien, Postfach 2468-1, D-4460 Nordhorn.

Gesund bleiben, gesund werden

Günter Carl Stahlkopf

Das Wort Diät ist in Mode, aber man sollte es aus dem ärztlichen Sprachschatz verbannen. Nach Stahlkopfs Erkenntnissen muß die Kost und Ernährung, die den Gesunden nicht krank werden läßt, auch umgekehrt dazu beitragen, den Kranken gesund werden zu lassen. Nach seiner Erkenntnis gibt es keine Spezial- oder Sonderkrankheiten, weder Diabetes noch Krebs, sondern ein einziges umfassendes Ganzheitsgeschehen aus der Unterschiedlichkeit der erbbedingten Konstitution.

Der Mensch lebt nicht von dem, was die bekannten Ernährungs- und Kalorientabellen zu essen vorschreiben, um angeblich nicht verhungern zu müssen, oder um zumindest nicht als unterernährt zu gelten. Der Mensch kann ausschließlich nur von dem leben, was der jeweilige Zustand seines Organismus vom zugeführten Nahrungsgut über die Sekretion der gesamten Verdauungsdrüsen biologisch umwandeln und assimilieren kann, in einem möglichst toxinfreien Atmungs-Stoffwechselprozeß des gesamten Zellularsystems.

Ende mit den falschen Ernährungslehren

Je mehr also ein schon geschädigter zellularer Stoffwechselprozeß beim Chronisch-Kranken vom Atmungsstoffwechsel abgedrängt wird und damit in den sogenannten Gärungsstoffwechsel pathogen übergeht, desto mehr fallen Eigengifte oder Toxine an und belasten damit zusätzlich den Organismus und das eigentliche Krankheitsgeschehen des Chronisch-Kranken.

Je schwerer das Krankheitsgeschehen und je geschwächter dadurch der Organismus ist, desto einfacher und zunächst kalorienarmer muß die Kost und damit die Ernährung sein.

Trennen wir uns von den falschen Ernährungslehren, die den Vitaminrummel in jeder Weise betreiben, und Vitamin C als den höchsten Ernährungswert hinstellen wollen, und darum Citrusfrüchte in jeder Form mit Säften anpreisen. Vitamin C schadet in den Mengen, wie es empfohlen wird. Es führt zur Verhärtung des Zellularsystems und zur Drüsen-Latenz von den Darmdrüsen bis zu den Keimdrüsen und schädigt außerdem das Gefäß-System.

Die Südländer essen und trinken nicht so viel Vitamin C, wie wir hier im Norden. Außerdem leben sie in einem warmen bis heißen Klima, wo dieser Vitaminschutz wegen des eben erklärten Grundes, die von der Sonne sehr beanspruchte Zelle schützt, damit sie nicht verbrennt. Diese Voraussetzungen und Belastungen des Organismus sind bei uns nicht gegeben, und darum sollten wir den falschen Vitamin-Rummel meiden, der nur dem Geschäft dient.

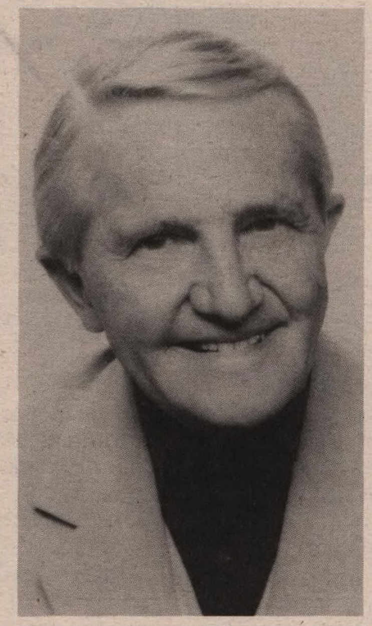
Unsere Eltern und Großeltern haben als Kinder auf dem Weihnachtsteller höchstens zwei Apfelsinen gehabt, und dann bekamen sie nochmals im Februar ein Pfund oder mehr Mandarinen oder Blutapfelsinen. Das mußte für ein ganzes Jahr reichen, und unsere Vorfahren waren nicht so krank wie die heutige Jugend.

Was uns gegebenenfalls krank gemacht hat, war der »schöne« Speck und Schinken und die Blut- und Leberwurst von damals noch gesunden Schweinen. Das heißt die üppige Fleisch-Speck-Kost mit wenig Gemüse oder Frischkost. Aber ansonsten haben wir keinen Vitamin-Mangel gekannt.

Kampf der Säure-Kost

Vitamin C als Anti-Krebsmittel oder zur Krebsvorsorge ist ein Irrtum von Wissenschaftlern, die nie gelernt haben, kausal und ganzheitlich zu denken und zu folgern.

Alles, was wir uns lebenserhaltend als Nahrung zuführen müssen, endet im Stoffwechselabbauprodukt der Purine und der Milchsäure neben der Darmausscheidung. Findet die Nahrungszuführung schon vorwiegend im sauren Bereich liegend statt, ist



Günter Carl Stahlkopf: »Trennen wir uns von den falschen Ernährungslehren.«

der normale Stoffwechselprozeß im bemühten Basen-Säuren-Ausgleich gefährdet, das heißt er sinkt ab in den dann dominanten Säuren-Bereich mit allen schädlichen Folgen für den Knochenstoffwechsel.

Haben Sie schon gesunde Vegetarier gesehen, die sich einseitig von vorwiegend Obst in jeder Form, mit Quark und Joghurt als Fleischersatz und mit viel Sojabohnenmehl oder Nüssen ernähren? Sie werden magerer und magerer, weil sie mehr und mehr zellulär sklerotisieren. Sie drangsalieren sich dabei noch mit Abhärtung in kalten Bädern, oder sie machen das Gegenteil und gehen in die Sauna. Dabei kann niemand gesunden!

Die angeblich wissenschaftliche Behauptung, daß alles Obst, besonders das der Citrusfrüchte, alkalisch oder zumindest neutral wäre, ist eine Täuschung. Eine Himbeere, eine Brombeere, eine Erdbeere, eine Heidelbeere, ein Apfel, eine noch so süße Birne, eine Apfelsine oder Mandarine hat erhebliche Mengen von freier ungebundener Obstsäure. Diese Früchte neutralisieren sich nicht selbst beim Stoffwechsel während der Nahrungs-Umwandlung im Organismus, sondern sie benötigen dazu körpereigenen Kalk.

Dieser Kalk wird dem Knochenstoffwechsel automatisch entzogen, weil in Selbsterhaltung der Organismus diese Neutralisierung damit durchführt und weil kein Leben auf übersäuertem Milieu möglich ist.

Der berüchtigte Apfel im Paradies

Jeder tüchtige Bauer achtet darauf, daß seine fruchtbaren Äcker nicht durch stauende Wässer, im Frühjahr bei der Schneeschmelze oder durch Regen versauern, weil dann kein Ertrag mehr gegeben ist.

Die biblischen sieben Hungerjahre im Reich der Pharaonen waren die einfache Folge der Übersäuerung, da die jährlichen Nil-Überschwemmungen mit ihren fruchtbaren Schlamm-Lös-Schichten nicht genügend entlüftet und entwässert wurden. Es entstand eine Boden-Übersäuerung und Unfruchtbarkeit.

Auch unser lebendiger Organismus verhält sich so. Die Obstsäure wie die obrigen Säuren als Verdauungsrückstände vom gebratenen Fleisch, dem »verbakkenen Fett«, vom Zuckergenuß, von der Konfitüre, dem Eis, den Limonaden, den Obstsäften, der Coca Cola, vom Kaffee und den vielen Zitronen und Apfelsinen, muß einfach neutralisiert werden.

Aus dem Knochensystem werden aus den Knorpelschichten

der kleinen und großen Gelenke, aus den Bandscheiben, der dort noch vorhandene leicht lösliche Kalk herausgezogen, um so die eben erwähnte Neutralisation der Säfte durchzuführen.

Das Ergebnis: Ein geschwächtes Knochensystem. Alle Bandscheiben- und Gelenkschäden sind allein auf diese falsche Ernährung zurückzuführen. Dazu kommen Nieren-Insuffizienzen, unbekannte, beschleichende Prozesse an den Nieren. Die Harnsäure und sonstigen Purine werden mangelhaft ausgeschieden, und der Teufelskreis baut sich weiter auf.

Der berüchtigte »Apfel im Paradies« hat uns damals schon das Schicksal bestimmt, und so wollen wir ein Obst-Maß für den »Normal-Gesunden« festlegen: einen halben Apfel pro Person und Tag gibt die völlig ausreichenden Vitamine.

Weg vom Zucker

Zucker ist schon für den Normal-Gesunden ein schweres Stoffwechselgift, das das gesamte Organ-Zellularsystem belastet. Also weg vom Zucker, vom Traubenzucker oder Fruchtzukker und selbstverständlich weg vom Süßstoff.

Weg von der Quark-Milchsäure-Kost als angeblicher Anti-Krebs-Kost. Alles ein wissenschaftlicher Irrtum von Außenseitern, die die Kausalitäten nicht beherrschen.

Die funktionsgeschwächte, oder gar schon latente Zelle des Chronisch-Kranken und besonders die der Krebs-gefährdeten Patienten, erstickt in der Milchsäure, das heißt, sie wird effektiv weder die Milchsäure noch die Harnsäure aus dem innerzellulären Stoffwechsel los über die blockierte Permeabilität (Durchlässigkeit) der Zellmembrane.

In Verkennung dieser Tatsachen substitutieren diese Wunder-Ärzte Säure in jeder Form, um die Alkalizität im Säftestrom zu brechen, weil diese umgekehrt genauso schädlich ist wie die Übersäuerung.

Die Ärzte, die meine Regena-Therapie anwenden, haben weltweit die einmalige und erstmalige Möglichkeit, mit diesen kausalen Zellregenerationsmitteln den eben geschilderten blockierten Zellmechanismus wieder zu aktivieren. Die Zelle wird ihre Abbauprodukte los, und der Säftestrom wird davon überschüttet, so daß die gesund arbeitenden Nieren diese Summen-Purine ausscheiden können. Der Urin-ph-Wert ist innerhalb von Tagen im Säurebereich bei 0,5.

Es ist nicht so, daß alles Fleisch vom Schwein hochtoxisch oder eben krebskrank machend wäre wegen besonderer »Sud-Toxine«. Dies alles ist ein Irrtum. Das Schwein wird mit falscher künstlicher Kost in den Mastanstalten genauso krank gemacht, wie jedes andere Mastvieh. Es unterscheidet sich vom Rindfleisch ernährungsmäßig um nicht viel. Der Harnsäuregehalt des Schweines ist fast gleich hoch.



»Das Schwein wird mit falscher künstlicher Kost ebenso krank gemacht, wie jedes andere Mastvieh. Es unterscheidet sich vom Rindfleisch ernährungsmäßig um nicht viel.«

Säurekost schadet der Blutbildung

Füttern wir einen Chronisch-Kranken mit Milchsäureprodukten, dann mästen wir ihn mit den schädigenden Abfallprodukten, die das Zellularsystem sowieso schlecht oder gar nicht mehr abgeben kann und wirken damit unserer Kausal-Therapie entgegen. Dasselbe ist der Fall, wenn wir ihn mit Rindfleisch oder Schweinefleisch füttern, weil beide Fleischqualitäten besonders hohe Mengen an Harnsäure haben, so daß hiermit die beim Chronisch-Kranken auch zu viel zellulär angesetzte Harnsäure neben der Milchsäure in der Zelle zusätzlich noch substituiert wird.

Alle Säurekost hat außerdem den großen Schaden, daß sie der Blutbildung und Blutzusammensetzung auf Zeit schwer schadet.

Die Obst- und Milchsäure im besonderen führt bei stoffwechselgestörten Patienten in den kleinen Kapillaren zur Blutkuchenbildung des Blutes.

So wie ein Zitronensäure-Tropfen ein Glas frische Milch zum »Gerinnen« bringt, weil es Milcheiweiß zur Koagulation bringt, so bringt die Obstsäure und Milchsäure das Blut in den Kapillaren zur Gerinnung (Blutkuchenbildung), weil es die Bluteiweißkörper vom Serum trennt und damit zur Verstopfung der Kapillaren führt.

Wir sollten erkennen, daß viele Herzinfarkte so ihre Ursache haben, und wir an einer echten regenerativen Ausheilung scheitern, wenn wir den Obst- und Milchsäure-Nahrungsgenuß nicht sofort einstellen. Aus diesen Gründen sollen wir jede kohlensäurehaltigen Mineralwässer meiden sowie generell Wasser, das einen ph-Wert unter 7.0 hat.

Und nochmals: Keinen Zucker in irgendeiner Form. Er führt über den Abbauprozeß zur Übersäuerung des Säftestromes und damit zu all den Schäden bis hin zum Herzinfarkt.

Der Irrsinn der hoch-ungesättigten Fettsäuren

Butter ist die natürlichste, reinste biologische Form der Fett-Gewinnung. Sie wird vom Organismus und damit von der Zelle über ihre Aufspaltung am leichtesten und rückstandslosesten aufgenommen, wenn man sie nicht »dick« auf das Brot streicht. Nicht messerrückenstark und mehr, sondern nur aufkratzen und dafür besser kauen!

Zum Braten, was sowieso nicht gesund ist, keine Butter nehmen, sondern ein wenig Olivenöl, oder nur fettlos dünsten, um dazu ein wenig »kalte Butter«, unzerlassen, zu essen mit Kartoffeln.

Gehen Sie sparsam mit dem Fettverzehr um, denn dieser ist der große Krankmacher bei Diabetes, bei Rheuma, Gicht und Arteriosklerose. Auch weg vom Käse. Davon nur wenig für den Normal-Gesunden.

Das für den Organismus gesündeste Öl ist das reine, kalt gepreßte Olivenöl. Es hat den geringsten Anteil an den so gelobten hoch-ungesättigten Fettsäuren. Christus hat mit ihm die schwersten Wunden geheilt, den Kranken und Armen gelabt.

Der Normal-Gesunde kann Olivenöl gut vertragen. Für den Chronisch-Kranken ist es je nach dem Grad seiner Erkrankung schwer »aufzuknacken«. Darum sollte der Kranke darauf solange verzichten, bis über die Regena-Therapie die Galle-Leber-Werte und die des Pancreas besser sind. Am Fettmangel geht

Gesund bleiben, gesund werden

niemand innerhalb von 4 bis 6 Wochen zugrunde.

In der Rohkost, im Salat, nur mit 2 bis 3 Tropfen Oliven-Öl anfangen, dazu etwas Knoblauch und eventuell feingehackte Zwiebeln.

Den höchsten Gehalt an »hoch-ungesättigten Fettsäuren« hat das Sesam-Öl. Vor 15 Jahren lief dieser Irrsinn der Reform-Industrie auf Hochtouren. Alles hatte Sesam-Öl, während die Backwaren vom Keks bis zum Brötchen mit Sesam-Samen bestreut und gebräunt waren. Im Altertum war man »wissenschaftlicher« und hat das Sesam-Öl nie als Nahrungsmittel verwandt, sondern als Balsamierungsöl zur Herstellung von Mumien. Dieser Hinweis dürfte genügen, daß die hoch-ungesättigten Fettsäuren die Zelle und das Gewebe und damit auch die Drüsen »einbalsamieren«.

Zum Fleisch-Eiweiß-Ersatz

Die einheimischen Hülsenfrüchte wie Erbsen, Bohnen und Linsen haben eine hohen Anteil an pflanzlichem Eiweiß. Er ist nicht minder hoch als der der Sojabohnen. Warum essen wir also nicht mehr einheimische Eiweißträger? Wir brauchen also deswegen nicht nach China oder Indien zu gehen. Hülsenfrüchte haben jedoch den großen Nachteil, daß sie das menschliche Zellularsystem sklerotisieren und verhärten.

Der Normal-Gesunde kann – bei handwerklicher Tätigkeit – einmal in der Woche ein Erbsen-Bohnen- oder auch Linsengericht essen. Wenn er aber diese Eiweißträger zur Grundlage seiner täglichen Eiweißversorgung macht, dann ernährt er sich absolut krankmachend. Er sklerotisiert, wird leistungslos und vergetiert, denn sein Stuhlgang ist schon lange nicht mehr normal.



»Der berüchtigte ›Apfel im Paradies‹ hat uns damals schon das Schicksal bestimmt, und darum ein Obst-Maß für den ›Normal-Gesunden‹: einen halben Apfel pro Person und Tag.«

Die Eiweiß-Träger sind auf keinen Fall ein Fleisch-Ersatz. Dann sollte man lieber bei den Cerealien bleiben und diese eingeweicht in Breiform essen, dazu viel Gemüse, roh und gedünstet.

Vor allem grünen Blattsalat, so wie er wächst mit etwas Salz, Zwiebeln und ein wenig Knoblauch. Salat ist ein Hochgenuß als Energiespender und Reaktivator des ganzen Zellularsystems. Salat also jeden Tag, fuderweise am besten!

Nüsse sind und bleiben schwer verdaulich, so daß sie für den Kranken entfallen. Der Normal-Gesunde sollte 10 bis 15 Haselnüsse und höchstens 5 Walnüsse essen. Mehr nicht!

Mandeln und Mandelmilch sollte man weglassen. Sie haben zwar viel Eiweiß, aber in einer Form, die die Zelle verfüllt in Richtung Latenz. Marzipan, ein Produkt der Mandeln, ist das schwerste Genußgift aus der Pralinenkiste. Davon darf selbst der »Normal-Gesunde« nur einmal im Jahr nehmen und sündigen. Der Kranke nicht einmal!

Fleisch ist die uns natürlichste und leicht verdaulichste Eiweißform zur Deckung unseres Eiweißbedarfes. Wir verstoßen gegen unsere Ethik, wenn wir zuviel Fleisch essen und Völlerei betreiben. Damit versündigen wir uns auch vor Gott, denn dafür hat er uns das Tier nicht gegeben.

Vorsicht beim schwarzen Pfeffer

Es gibt Ärzte, die grundsätzlich »mangelnden Appetit« und »schlechte Verdauung« mit den verschiedensten Gewürzen therapieren wollen. Ich halte nichts davon. Ein gesunder Organismus mit normaler Speichelbildung kann unsere natürliche Nahrung im Mund so gut vorverdaut aufschließen, daß die sogenannte Geschmacksempfindung die einfachste Nahrung ohne Gewürz – zum Beispiel eine Pellkartoffel mit etwas Salz gegessen – zu einem Genuß werden läßt.

Wer dies noch nicht erlebt hat, ist »arm dran«, oder noch nie ernsthaft krank gewesen. Gewürzreize therapeutisch zu nutzen, ist wiederum ein Denken in der Verwechslung von Ursache und Wirkung. Es ist in Wahrheit ein kausaler diagnostischer Hinweis dafür, daß die Speicheldrüsen und das Pancreas echt insuffizient sind, oder mit anderen Worten in der Latenz ruhen.

Die Würzung muß so sein, daß man die verwendeten Einzelgewürze nicht schmecken darf. Vorsicht bei schwarzem Pfeffer! Er bringt den gesunden Mann aufs Pferd solange bis er herunterfällt, und die arme Frau ins Grab, sagt mit Recht der Volksmund.

Muskatnuß ist sehr gefährlich, weil sie bei andauernder Verwendung zur Zell-Latenz führt. Bei allen übrigen gängigen Gewürzen, angefangen vom Zimt über Nelken, Coriander, Majoran, Thymian, Basilikum, Oregano, Lorbeer, ist Vorsicht geboten. Man sollte nur in beschei-

denen Nuancen und in größeren Zeitabschnitten damit würzen.

Beim Kranken sind alle diese Gewürze sehr schädlich und verboten. Man sollte statt der Gewürze ein wenig Natur-Vanille oder Rosmarin verwenden. Gewöhnen wir uns an eine natürliche Kost ohne Gewürzreize.

Mein Standpunkt zur Hefe

In weiten Kreisen der Ärzte herrscht der Eindruck, daß Bierhefe als ein Arzneimittel verordnungswürdig ist. Bei verschiedenen Krankheits-Bildern, angefangen bei der Akne bis zur Behebung von Darmkrankheiten, gegen Unterernährung, soll Bierhefe hilfreich sein. Hiervon partizipieren die Reformhäuser, die von den verschiedensten Hefepräparaten überquellen.

Die kausale Wahrheit ist das Gegenteil. Hefe, als einzellige, kugelige, sogenannte Spross-Pilze aktivieren nicht den zellulären Stoffwechsel von der ursächlichen Seite her, sondern belasten ihn und schränken ihn ein. Die Zelle wehrt sich mit ihren echten Abwehrfunktionen gegen das Eindringen derselben über die Zell-Membrane und erliegt diesem Angriff auf Zeit kürzer oder länger, je nach der Konstitution beziehungsweise der pathogenen Vorbelastung.

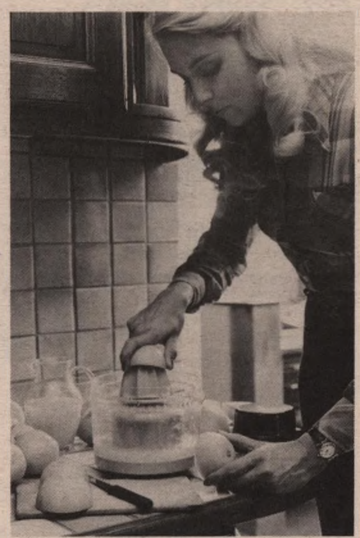
Während also immer wieder mit meinem Vergleichsbeispiel der »Normal-Gesunde« ein »Hefegraubrot« anstandslos vertragen kann, weil sein zellulärer Abwehrmechanismus die »Oberhand« behält, erliegt der gleiche Abwehrmechanismus eines geschwächten oder pathogen belasteten Organismus diesem ständigen Angriff der Hefe-Sprossen-Pilze, so daß über die damit erreichte Zell-Latenz der Gesundheitszustand sich mehr und mehr verschlechtert.

Eine Akne zum Beispiel, die nach meinen kausalen Regena-Erkenntnissen wiederum einen echten Reinigungsprozeß für den Säftestrom darstellt über die Haut als den gesuchten Ausscheidungsweg, sieht leider der wissenschaftlich falsch orientierte Arzt diesen Prozeß als ein Versagen der Abwehr an, um ihn mit den unter Umständen schädlichsten Medikamentenwirkungen zu unterbinden und damit zu unterdrücken. Dieser Symptom-Erfolg wird dann völlig irrig als eine Heilung ausgegeben, weil man immer wieder in dem sogenannten modernwissenschaftlichen Denken Ursache mit Wirkung verwechselt.

Was ist biologischer Anbau?

Zum Abschluß dieser Ausführung über eine gesunde Ernährung möchte ich noch auf das Problem der sogenannten rein biologischen Erzeugnisse eingehen, die sich auf dem Markt befinden. Die zur Zeit in Deutschland und in der Schweiz herrschenden biologischen Anbauweisen sind aus meiner Sicht als falsch und unbiologisch zu bezeichnen. Sie führen eine völlig unbiologische Bodenbearbeitung durch, indem sie nach der Ernte im Herbst den Boden nicht tief umpflügen. Sie haben die falsche Vorstellung, damit die sogenannte Bodengare zu zerstören.

Meistens haben sie keinen ordentlichen Kompost, vor allem keinen abgelagerten alten und verkompostierten Stalldünger zur Düngung zur Verfügung. Kein Bauer verkauft seinen Dung, weil er ihn in seinem geschlossenen Betrieb – sofern er ihn überhaupt hat – dringend selbst benötigt. Die biologischen Anbauer könnten diesen Mangel beheben, indem sie nach der Aberntung im Herbst Gründünger als Zwischenfrucht anbauen, der dann kurz vor Eintritt des Frostes untergepflügt wird. Dazu eignet sich Raps, Senf, Lupinen oder Seradella. Darin liegt eigentlich das Geheimis für einen echten Nährboden für einen gesunden biologischen Anbau.



»Vitamin C als Anti-Krebsmittel oder zur Krebsvorsorge ist ein Irrtum der Wissenschaftler, die nicht gelernt haben, kausal und ganzheitlich zu denken.«

In der Schweiz und auch in Deutschland wird dagegen aus meiner Sicht völlig inbiologisch der Acker mit Knochen- und Horn- wie Klauenmehl, Abfallprodukte aus unseren Schlachthäusern und außerdem aus Indien und Pakistan eingeführt, behandelt. Diese Abfallprodukte – bei den importierten Mehlen kann es sich um Produkte von verendeten, alten und meist kranken Tieren handeln – werden im Mehlzustand mit einem schweren chemischen Gift vorbereitet, das mit diesem Knochen-Horn-Klauen-Mehl in den Boden gebracht wird. Nach amtlich festgestellten Untersuchungsergebnissen werden damit die Böden toxisch geschädigt. Dieser toxische Schaden ist unvergleichbar schwerer als ein Fruchtanbau auf Böden, die mit normalen Mineralstoffdüngern gedüngt worden sind.

Der weitere angeblich biologische Anbau ohne Einsatz von entsprechenden Pflanzen-Schädigungen wird beim Kopfsalat bewirkt, daß man den Kopfsalat, beziehungsweise die Bodenoberfläche vor der Aufzucht der Pflanzen und während der Wachstumszeit, mit Urgesteinsmehl bestreut. Andere biologische Bauern stellen einen Teesud aus Schachtelhalm oder von der Droge Equisetum arvensis her.

Dann gibt es biologische Landwirte, die verwenden zwischen Glasscheiben zerriebenes Bergkristallpulver. Sie vermischen es mit »Kuhdreck«, graben es in einem Kuhhorn zu einer bestimmten Jahreszeit und bei einem bestimmten Mondstand in den Boden ein. Nach einem halben Jahr, ebenfalls unter astronomischen Voraussetzungen, graben sie es wieder aus, um es als Spritzmittel gegen die verschiedensten Ungeziefer bei der Kopfsalat-Zucht zu verwenden.

Die richtige Lösung ist eine Kunst

Die so behandelten Salate sind vom Gesteinsmehl her über den Equisetum-Sud als Spritzmittel, oder die Weiterverarbeitung der Bergkristallverreibung ebenfalls zu einem Spritzmittel übersättigt mit Silicium Dioxyd in einer Form, daß sie damit die feinsten Zellen des Salates verhärten.

Der Erfolg ist, daß sich an diesem Salat kein Schädling an den so verdorbenen, verhärteten Blättern vergreift. Und auch für unsere Lebensprozesse – besonders des Kranken – kann ein solcher sogenannter biologischer Salat geradezu verheerend sein.

Biologische Produkte, die so reich mit Silicium Dioxyd behandelt und in ähnlicher Form übersättigt sind mit freien, also ungebundenen Substanzen, sklerotisieren die Magen- und Darmdrüsen.

Ich halte es für meine Pflicht, dies so offen auszusprechen und kann nur hoffen, daß diese Aussage allen biologischen Anbauern schnell bekannt wird, damit sie sich endlich zu einem echten biologischen Anbau durchringen.

Es ist sowohl für den Arzt als auch für den Patienten eine Kunst, bei der Ernährung gleich auf Anhieb die richtige Lösung zu finden. Nach meinen Kausal-Erkenntnissen muß die Kost und Ernährung, die den sogenannten Gesunden nicht krank werden läßt, auch umgekehrt dazu beitragen, den Kranken gesund werden zu lassen. Nach meinen Kausal-Erkenntnissen gibt es keine Spezial- oder Sonderkrankheiten, sondern nur ein umfassendes Ganzheitsgeschehen aus der Unterschiedlichkeit der erbbedingten Konstitution. Darum empfehle ich keine Diät, sondern diese Ganzheits-Gesundheits-Ernährungsvorschläge. □

Günter Carl Stahlkopf ist Biologe und hat die Regena-Ganzheits-Regenerations-Therapie entwikkelt. Seit 15 Jahren gehen Ärzte, die sich dieser Therapieform verschrieben haben, bei der Krebsbekämpfung ganz neue Wege von der hypothetischen Ursachenschau bis hin zur erfolgreichen Therapie. Sie bekämpfen nicht die Krankheiten und damit auch nicht den Krebs, sondern unterstützen die »Selbst-Heilungs-Tendenz« des Körpers. Weitere Informationen erhalten Sie von Günter Carl Stahlkopf, Hof Bommerten, CH-9229 Bischofszell.

USA

Computer für die Sowjetunion

Nachdem sie ihre Verbündeten in Westeuropa jahrelang gehetzt haben der Sowjetunion keine Computer zu verkaufen, hat die Reagan-Regierung jetzt ihre Meinung geändert. Sie hat beschlossen, den Verkauf von vielen bisher verbotenen Computern amerikanischer Bauart in die Sowjetunion zu erlauben.

Das US-Handelsministerium hat die Bestimmungen gelockert, um amerikanischen Firmen den Verkauf einer Vielzahl von Computern zu ermöglichen und hat die Zeit, die für die Verkaufsabwicklungen erforderlich ist, um die Hälfte reduziert.

Die neuen Bestimmungen werden es amerikanischen Firmen ermöglichen, viele aktuelle Versionen der IBM-AT-Computers und zahlreiche kompatible Ableger sowie eine Reihe von Computern zu exportieren, die die Sowjets dringend brauchen, um ihre Industrie einschließlich der waffen-produzierenden Unternehmen zu modernisieren.

Eine Hauptschwäche in den Bemühungen der Sowjets ihr Militär auf dem neuesten Stand zu halten war ein Mangel an hochtechnisierten Computern und die Fähigkeit sie zu konstruieren und herzustellen.

Mit den neuen amerikanischen Bestimmungen wurde das Verkaufsverbot von verschiedenen losen Computerteilen und Bauteilen nicht gelockert. Doch das US-Handelsministerium versucht auch eine Erleichterung bei diesen Bestimmungen zu erreichen.

Als das US-Verteidigungsministerium von Verteidigungsminister Caspar Weinberger geleitet wurde, wurden Bemühungen des Handelsministeriums die Bestimmungen über Computerverkäufe zu erleichtern, blockiert. Weinbergers Nachfolger Frank C. Carlucci dagegen hat eine liberalere Haltung zu solchen Verkäufen eingenommen.

Die neuen Computer-Exportbestimmungen folgten Treffen mit Vertretern der COCOM, dem Komitee westlicher Regierungen, das dem Verkauf von hochtechnisierter Technologie an die Kommunisten regelt und seinen Sitz in Paris hat.

Die gelockerten Bestimmungen folgten auch auf gesteigerte Kontakte zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über den Wunsch der Sowjets den Kauf von Computern und anderer fortgeschrittener Technologie zu erhöhen.

Kürzlich bereiste eine sechsköpfige Delegation der sowjetischen Akademie der Wissenschaften und des Staatskomitees für Wissenschaft und Technologie die Vereinigten Staaten und besuchte dabei amerikanische Computer-Produktionsstätten.

Die Kommunisten haben weltweit einen größeren Vorstoß unternommen, Joint-Ventures mit westlichen Ländern einzugehen, um zu Produktionskenntnissen westlicher Computerindustrien zu kommen.

Die Eastman-Kodak Company von Rochester hofft, mit den Sowjets bis zum Ende des Jahres einen Vertrag für den Bau eines riesigen Werks für Floppy-Disks in Kiew zu unterzeichnen. Mit der Errichtung der Anlage würde die Produktion der Disks beendet, die bis dahin in den Kodak-Werken in Kalifornien gefertigt werden. □

Panama

Präsident warnt vor Abhängigkeit von den USA

In einer Rede vor einer Konferenz des »Regionalen Landwirtschaftlichen Kooperations-Rats« (CORECA) in Panamy City warnte der Präsident von Panama, Manuel Soltis Palma, vor einer Nahrungsmittelabhängigkeit von den Vereinigten Staaten.

Soltis Palma sagte, daß trotz Lateinamerikas traditioneller Selbstversorgung, was Nahrungsmittel angeht, es jetzt der Fall sei, daß die Region ein klares Defizit an »Grundnahrungsmitteln wie Getreide, Milchprodukte und Tier- und Pflanzenöle aufweise, die die Grundlagen für die Ernährung unserer Bevölkerung sind«.

Er sagte, diese Realität führe zu zunehmender Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten bezüglich Nahrungsmittelimporten, »die eine effektive Waffe der Intervention oder gar Aggression werden könnte«.

Ein Hauptthema des CORECA-Treffens, so schlug er vor, »sollte die Auswirkung ausländischer wirtschaftlicher Aggression auf die Entwicklung des Agrarsektors sein«. Er berichtete, die Landwirtschaft Panamas sei in Schwierigkeiten aufgrund wirtschaftlicher Aggression der USA.

Das Beispiel Panamas, »bei dem alle Sektoren der Gesellschaft, insbesondere die bedürftigsten, unter den Auswirkungen dieser Aggression leiden, sollte ein Beispiel und eine Inspiration sein für alle lateinamerikanischen Völker, sich der Gefahren bewußt zu werden, die sie umgeben, so daß sie sehr rasch handeln können, um ihre Nahrungsmittelproduktion zu sichern, was die Grundlage ihrer nationalen Unabhängigkeit ist«. □

Südafrika

Kommt die Unabhängigkeit für Südwestafrika?

Die Gespräche wurden in Genf zwischen Südafrika, Angola, Kuba und den Vereinigten Staaten auf der Suche nach einer »Beilegung« des regionalen Konflikts in Südafrika geführt. Die Sowjetunion hatte einen Beobachter in Genf, Vladillen Vasev, Leiter des Südafrika-Ressorts im sowjetischen Außenministerium.

Vor den Gesprächen fand ein Vorbereitungstreffen zwischen Chester Crocker vom amerikanischen Außenministerium und dem stellvertretenden sowjetischen Außenminister Anatoly Adamishin statt. Danach meinte Adamashin, daß es »positive Momente« in den Gesprächen gäbe, die sich konzentrierten auf einen Zeitplan für den Rückzug der kubanischen Truppen aus Angola und die Verleihung der Unabhängigkeit an Namibia, das derzeit noch ein südafrikanisches Protektorat ist.

Doch bereits nach dem ersten Verhandlungstag lehnten Angola und Kuba Südafrikas Vorschlag ab und verursachten damit der US-Initiative einen Rückschlag. Der Vorschlag Südafrikas würde verlangen, daß die Guerilla-Stützpunkte des Afrikanischen National-Kongresses (ANC) in Angola entfernt werden müßten. Doch dies, so sagen die Kubaner, würde sie zu »Handlangern der Apartheid« machen.

Südafrika bot auch an, Nambia zum 1. Juni 1989 in die Unabhängigkeit zu entlassen, wenn zum gleichen Zeitpunkt 50 000 kubanische Soldaten Angola verlassen. Der angolanische Außenminister Venancio de Koura meinte, die Vorschläge demonstrieren einen »Mangel an Ernsthaftigkeit« auf Seiten der Südafrikaner. □

Kambodscha

Warnung vor der Roten Khmer

Die ehemalige amerikanische Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Jeane Kirkpatrick, unterstützt den Widerstandsführer von Kambodscha, Prinz Sihanouk, in seiner Meinung, »ein weiterer Holocaust wird unvermeidlich«, da ein vietnamesischer Rückzug aus diesem Land den Weg ebnet für eine Rückkehr von Pol Pots Roter Khmer.

Die Rote Khmer haben unter Pol Pots Herrschaft in den Jahren 1973 bis 1978 drei Millionen Menschen von der Gesamtbevölkerung von sieben Millionen im Land ermordet.

In einem Kommentar schrieb Mrs. Kirkpatrick, daß die Vereinigten Staaten und andere Demokratien Sihanouk und Son Samm, einem anderen gemäßigten Widerstandsführer, symboli-

sche und diplomatische Unterstützung angeboten haben, doch »wenig gesagt und getan haben, als die Versorgungsgüter, die an sie geschickt wurden, blockiert und anderswohin geleitet worden sind«, oder über die Hilfe, die China und Thailand der Roten Khmer geliefert haben.

»Diese Geschichte westlicher Passivität liefert guten Grund zu der Befürchtung, daß die Westmächte vielleicht nicht aktiv gegen jede Beilegung sein werden – selbst wenn sie für das kambodschanische Volk keinen Schutz vor Pol Pot bietet.« Obwohl es nicht »sehr diplomatisch ist, dies zu sagen, trifft generell für Thailand zu, daß allgemein gesagt, China bekommt, was es haben will«.

Das einzige, was jetzt klar ist, meinte Kirkpatrick, ist, was China im Hinblick auf die Roten Khemer haben will. »Pol Pots mörderisches Utopia paßt besser auf das China der Kulturrevolution als auf das heutige China.«

Brasilien

Reagan ordnet Sanktionen an

Als Vergeltung gegen Brasiliens Ablehnung pharmazeutischen und chemischen Herstellern aus den USA Patentschutz zu geben, ordnete US-Präsident Ronald Reagan Handelssanktionen in Höhe von 200 Millionen Dollar gegen das Land an zu verhängen.

Der Präsident bezog sich dabei auf eine Klage wegen unlauteren Wettbewerbs, die im vergangenen Jahr von der Vereinigung von Pharma-Produzenten eingereicht worden war und in der Brasilien beschuldigt wird, im Jahr 1969 absichtlich seine Gesetze geändert zu haben, damit die Firmen des Landes Raubnachahmungen patentierter amerikanischer Arzneimittel und anderer Chemikalien herstellen und verkaufen konnten.

»Wir bedauern, daß es nötig ist, Handelssanktionen in dieser Angelegenheit aufzuerlegen, doch die USA können die Piraterie ihres intellektuellen Eigentums nicht dulden«, sagte der Sprecher des Weißen Hauses Marlin Fitzwater. »Angemessener Patentschutz ist der Eckpfeiler einer gesunden pharmazeutischen Industrie.«

Brasilien antwortete, es werde vor das »Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen« (GATT) gehen und »gerechte Wiedergutmachung für den Schaden fordern, den es erlitten hat«, sagte der brasilianische Präsident José Sarney in einem offiziellen Kommuniqué. Sarney fügte hinzu, daß die Entscheidung »ungerecht sei und keinen Sinn ergäbe, dazu neige sie die Wirtschaftsbeziehungen der beiden Länder zu unterminieren und die grundlegenden Prinzipien internationaler Rechte zu verletzen.«

Kolumbien

Kokain-Könige bedrohen Richter

Die Kokain-Könige von Kolumbiens Medellin-Kartell haben eine Richterin bedroht, sie werden jedes Mitglied ihrer Familie töten, wenn sie den Drogenboß Pablo Escobar Gaviria des Mordes an Guillermo Cano, dem Direktor der Zeitung »El Espectador«, vom Dezember 1986 schuldig spricht.

Die Kokain-Bosse schrieben in einem Brief, den sie mit »Die Auszuliefernden« unterzeichneten – in Anspielung auf Anträge der USA auf Auslieferung der Drogenhändler –: »Wir haben beschlossen, Ihnen erneut zu schreiben, um folgendes zu erklären: Wir sind Freunde von Mr. Pablo Escobar Gaviria und deshalb zu allem bereit. Wir haben erfahren, daß Sie vorgeschlagen haben, ihn im Falle Cano vor Gericht zu laden. Wir haben auch Gerüchte gehört, daß Sie nach dem Prozeß einen diplomatischen Posten im Ausland erhalten werden. Doch wir möchten Sie daran erinnern, daß Sie einen schweren Fehler begehen, der Ihr Leben zeichnen und Sie bis ans Ende Ihrer Tage unglücklich machen könnte. Sie wissen sehr gut, daß wir in der Lage sind Sie überall auf diesem Planeten hinzurichten. Sie sollten auch wissen, daß Sie unterdessen die Mitglieder Ihrer Familie einen nach dem anderen fallen sehen werden. Wir raten Ihnen jetzt darüber nachzudenken, denn später werden Sie keine Zeit mehr haben zu jammern. Wenn Sie Mr. Escobar den Prozeß machen, können Sie absolut sicher sein, daß Ihr Familienstammbaum keine Vorfahren oder Nachkommen mehr aufweisen wird. Wenn Ihnen dieser Brief nichts sagt, nehmen Sie sich ein Beispiel an den Fällen Tulio Manuel Castro, Hernando Baquero, Gustavo Zuluaga Sena, Alvaro Medina, Carmencita Londono, Lara Bonilla, Oberst Ramirez, Parejo Gonzales und so weiter und so weiter.

Wir raten Ihnen, Mr. Pablo Escobar Gaviria in Ruhe zu lassen.«

Alle Leute, die auf der Liste genannt wurden, sind von der Drogenfirma erschossen worden und nur Parejo Gonzales überlebte.

Unterdessen hat ein anderer kolumbianischer Richter – vielleicht weil er den gleichen Drohbrief erhalten hat – die Anklage gegen Escobar wegen Mordes an Staatsanwalt Mauro Hoyos fallengelassen. Die kolumbianische Armee hat umfangreiche Dokumente vorgelegt, einschließlich einer Tonbandstimme von Pablo Escobar, die ihn definitiv mit dem Mord an Mauro im Januar dieses Jahres in Verbindung bringen, doch der Richter, der den Fall bearbeitete, hat die Beweise als unzulässig verworfen.

General Jaime Ruiz Barrera, Brigadekommandeur, hat den Staatsanwalt gebeten, gegen die Entscheidung Berufung einzulegen. □

Kambodscha

Sihanouk kooperiert gegen die Roten Khmer

In einer Rede in einem Flüchtlingslager in Thailand sagte Prinz Norodom Sihanouk von Kambodscha, er werde sowohl London als auch Washington besuchen und diese Gespräche seien der Vorläufer über die dritte Runde der Friedensgespräche über Kambodscha, die in Paris geplant sind.

Nach ihrem ersten Treffen mit Sihanouk sagte die britische Premierministerin Margaret Thatcher, es sei die Absicht der britischen Regierung zu versuchen die Kraft aufrechtzuerhalten, die in Richtung einer ausgehandelten Beilegung und Schlichtung in Kambodscha zu gehen scheint.

Sihanouk enthüllte auch, daß seine militärischen Streitkräfte und die der von den Vietnamesen unterstützte Regierung von Kambodscha unter Hun Sen zusammen daran arbeiten, die Rückkehr der Roten Khmer zur Macht zu verhindern.

»Es besteht bereits mehr als ein de-facto-Waffenstillstand zwischen uns und Hun Sen«, sagte Sihanouk. »Wir kooperieren sogar miteinander. Es ist nicht nur ein Waffenstillstand. Wir kooperieren jetzt militärisch miteinander.« Er meinte, mehr und mehr Einheiten würden sich seinen Streitkräften in der Bekämpfung der vietnamesischen Besatzung anschließen und im nächsten Jahr rechne er damit, daß über 30 000 Mann »voll ausgestattet sein werden mit US-Waffen«. □

Angola

Amerikanern, Russen und Kubanern ist nicht zu trauen

Gespräche über die Beendigung des Bürgerkriegs in Angola wurden im Juni in Kairo abgehalten, bei denen Delegationen aus Kuba, Angola, Südafrika und den USA zusammenkamen. Sie wurden danach in den Vereinigten Staaten fortgesetzt.

Angola soll sich im Prinzip mit dem Abzug der kubanischen Truppen einverstanden erklärt haben, doch knüpfte man das an Südafrikas Rückzug aus Namibia und freie Wahlen in diesem Land. Südafrika verlangte, daß alle kubanischen Truppen aus Angola abgezogen werden, bevor es sich aus Namibia zurückzieht.

Die Probleme der Afrikaner sollten von den Afrikanern in Afrika gelöst werden, hatte der südafrikanische Außenminister Pik Botha erklärt. Der »Financial Times« zufolge war Bothas Erklärung an die Angolaner eine Warnung, daß den Amerikanern, Russen und Kubanern nicht zu trauen ist. □

In eigener Sache

Das sind die Fakten

Ekkehard Franke-Gricksch

CODE veröffentlichte in der September-Ausgabe zwei Beiträge unter den Überschriften »Freys Geschäfte mit den Nationalen« und »Frey will das Ende der NPD«, im Oktober-Heft den Artikel »Freys Sorge um das Wohl der Union« und in dieser Ausgabe eine Dokumentation unter dem Titel »Freys Komplott zur Schwächung der Nationalen«. Zum Inhalt der Beiträge erfolgten keine Beanstandungen, dafür wurde der Verleger und Chefredakteur von CODE persönlich verunglimpft.

Als Verleger und Chefredakteur von CODE ist man gewöhnt, daß, wenn den Menschen die Argumente fehlen oder ausgehen, sie zur persönlichen Verleumdung greifen. Vorweg feststellen möchte ich, daß ich nicht den Kauf dieser Zeitschrift dem Münchener Verleger Dr. Gerhard Frey angeboten habe. Sein Verlag wandte sich 1981 zum ersten Mal an mich, um die Abonnenten der Zeitschrift durch Kauf zu übernehmen.

Das Ergebnis einer Frage nach einem Rat

Als sich im Jahr 1987 Schwierigkeiten beim Vertrieb der Zeitschrift in der Schweiz durch politischen Boykott abzeichneten, wandte ich mich an das Verlagshaus von Dr. Frey, um zu hören, wie er diese Probleme in der Schweiz anfaßt. Meine Ratsuche wurde offenbar falsch gedeutet und man fragte, ob ich nicht verkaufen wolle. Ich lehnte ab.

Kurze Zeit darauf kam Freys Mitarbeiter Bruno Wetzel telefonisch auf mich zu und äußerte Interesse am Erwerb der Zeitschrift. Unrichtig ist, daß ich einen Kaufpreis von vier Millionen DM forderte und für mich ein Honorar als Chefredakteur von monatlich 20 000 DM. In einem konkreten Angebot, daß ich auf Drängen von Freys Verlagshaus abgab, schrieb ich am 15. Dezember 1987:

»Ich gehe davon aus, daß Sie die Zeitschrift CODE kaufen und weiter betreiben. Ich müßte als Kaufpreis 1 250 000 DM haben.«

Zur Honorarfrage heißt es in diesem Brief: »Für die Redaktion der Zeitschrift einschließlich Honorare und Übersetzungskosten würde ich dafür pro Monat 20 000 DM verlangen.«

Ein Blick in das Impressum zeigt, welcher Umfang an Korrespondenten- und Mitarbeitertätigkeit dabei eingeschlossen ist. Der Betrag reicht heute bei weitem nicht mehr.

Das sind die Fakten, alles andere ist Spekulation!

Wir bleiben bei unserem Credo

Ganz bewußt haben wir auf Seite 3 unser Credo formuliert: »CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.«

Das heißt: Meine Frau und ich sind die alleinigen Inhaber der Zeitschrift und des Verlages. Unsere Mitarbeiter sind weltweit anerkannte Journalisten, von denen einige auf eine langjährige internationale Berufserfahrung zurückschauen können; teilweise geben sie selbst eigene Informations- und Nachrichtendienste heraus. Ihr einziges Bestreben ist, mit größter journalistischer Sorgfalt der Wahrheit zu dienen, Hintergründe zu analysieren und korrekt und ehrlich zu berichten.

Natürlich macht es sich für einen Kritiker gut, der Wahrheiten und Tatsachen nicht akzeptieren will, ein Nachrichtenmagazin in der Weise zu verleumden, daß man unterstellt, es bestehe eine Abhängigkeit von ausländischen Geheimdiensten.

Ich kann aus tiefster Überzeugung versichern, daß wir weder im Auftrage von Geheimdiensten, Parteien, freimaurerischen oder politischen Netzwerken arbeiten noch im Solde irgendwelcher weltanschaulichen oder finanziellen Interessen stehen.

Meine Frau und ich verlegen CODE, weil wir die ständige Desinformation der Establishment-Medien nicht mehr ertragen können. Und das ist auch die Absicht bei unserem Einstieg in das Thema »nationales Lager«.

Die oben erwähnten Beiträge in CODE sollten die Dinge in Richtung eines konservativen Bewußtseins in Bewegung bringen. Täglich stellen wir fest, mit welcher Selbstsicherheit und Aggressivität die linken politischen Kräfte in allen Parteien und gesellschaftlichen Einrichtungen Boden gutmachen. Das »nationale Lager« hungert dagegen am Rand der politischen Bedeutungslosigkeit und eine kleine Handvoll idealistischer Ameisen hält die sonst leeren Organisationen zusammen.

Nichts ist in dieser Situation tödlicher für zukunfts-orientierte Ideen und Überlegungen, als wenn sich die konservativen Kräfte in eigene Querelen, einer permanenten Nabelschau und dem partei-üblichen Gezänk verlieren. Zu leicht übersieht man dabei, welche Probleme die Menschen bewegen.

Immer das gleiche Spiel

Unsere Leser wissen, wovon ich spreche: Die Bestrebungen zur Erreichung einer Eine-Welt-Regierung; die Zusammenhänge des internationalen Waffen- und Drogenhandels; die Diktatur der Absprachegremien, die allen westlichen Regierungen die Marschrichtung diktieren; die Verzweigungen der freimaurerischen Netzwerke seit der Französischen Revolution mit ihrem falsch verstandenen Nationalismus; die Sozialisierung der deutschen Wirtschaft durch die Brüsseler-EG-Bürokratie; die Umerziehung der zweiten Generation nach 1945; der Beutezug der Multinationalen; die Machenschaften der Banker, die den Dollar seit dem Jahr 1913 kontrollieren; die Finanzierung von Kriegen und Revolutionen. Dazu kommt der weite Themenkreis des Revisionismus.

CODE läßt Historiker und Publizisten zu Themen wie Freimaurerei, Illuminaten und Insidergremien das Wort ergreifen, die sonst auch in den sogenannten »nationalen Blätter« verschwiegen werden. Man verspottet CODE wegen einer angeblich vorherrschenden »unsinnigen Verschwörertheorie«, weil man sich nicht gern selbst eingestehen möchte, daß man in diesem Spiel der Pinocchio ist.

Mit der Verleumdung von CODE und seiner Mitarbeiter hofft man, sich bei den Persönlichkeiten, Gruppierungen und Zirkeln im – nennen wir es so – Pinocchio-Theater einschmeicheln zu können. So hat man es seit der Französischen Revolution gehalten, es ist immer gut gegangen, warum sollte es diesmal nicht auch profitabel sein. Was heute im »nationalen Lager« geschieht ist also gar kein Präzedenzfall.

Wir werden darum unsere Bemühungen fortsetzen und Denkanstöße, Kommentare sowie Informationen veröffentlichen. Wir kennen das wirtschaftliche Risiko, das meine Frau und ich tragen. Es gibt in dieser Hinsicht viele Probleme und wir können nicht auf eine »nationale Partei« hoffen, die uns eine Million Mark aus ihren Festgeldern zur Verfügung stellt. Wir versuchen die Dinge weiterhin selbst zu meistern und das ist offenbar ungewöhnlich für unsere heutige Zeit. □



ISBN 3-923864-02-7

»Die Welt wird von Persönlichkeiten regiert, die sehr anders sind, als man meint, wenn man nicht hinter die Kulissen schauen kann«, meint Benjamin Disraeli. Dieses Buch informiert über diese massive Verschwörung – einer »verborgenen Hand«, einer »geheimen Kraft«, die die Nationen der Erde in den endgültigen Zusammenbruch führt, damit eine gottlose, totalitäre »Weltherrschaft« errichtet und rücksichtslos durchgesetzt werden kann.

